

Robert Liefmann

Geld und Gold



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin
1916


BERKELEY
LIBRARY
UNIVERSITY OF
CALIFORNIA


SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868



12 —

1920.

Geld und Gold

Ökonomische Theorie des Geldes

Geld und Gold

Ökonomische Theorie des Geldes

Von

Robert Liefmann



Deutsche Verlags-Anstalt
Stuttgart und Berlin 1916

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt
in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach
in Salach, Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Diese Schrift ist rein theoretisch, sie gibt eine ökonomische Theorie des Geldes, verfolgt aber im letzten Grunde auch praktische Zwecke, und zwar praktisch im höchsten Sinne. Denn sie möchte zeigen, warum der deutschen Volkswirtschaft die zirka drei Milliarden Mark erspart werden könnten, die jetzt in seinem Geldwesen, in der Goldzirkulation und dem zur Deckung der Banknoten vorhandenen Goldbestand stecken. Daß das ein Ziel ist, das zu erreichen sich lohnen würde, hat man wohl schon früher hie und da eingesehen. Aber man hielt es für ein unerfüllbares Ideal. Erst im Kriege hat man erkannt bzw. einige wenige Leute fangen an zu erkennen, daß die Lösung dieser Aufgabe auch eines der wichtigsten wirtschaftlichen Kampfmittel gegenüber unseren wirtschaftlichen und politischen Gegnern sein könnte. Gelänge es, bei uns und vielleicht noch in anderen Ländern die Goldwährung zu beseitigen, so würde uns das nicht nur Milliarden sparen, sondern es würde insbesondere England, das mit seinen Kolonien das größte Goldproduktionsland ist und ihres Goldes wegen noch vor kaum zwei Jahrzehnten die Burenstaaten sich angegliedert hat, einen sehr schweren Schlag versetzen.

Aber, wird man sagen: zugegeben, daß unsere Goldwährung ein sehr kostspieliges Währungssystem ist und daß wir und die anderen Goldwährungsländer mit ihm in erster Linie die Interessen der Goldproduktionsländer, also vor allem Englands, dann der Vereinigten Staaten, Rußlands usw. fördern, können wir die Goldwährung so ohne weiteres aufgeben? Haben wir sie nicht unter schweren Opfern erst vor wenigen Jahren geschaffen und wendeten wir nicht in den letzten Jahren noch weit mehr als 100 Millionen Mark jährlich für sie auf? Und was soll an ihre Stelle treten? Etwa eine Papierwährung mit allen ihren

in der Geldgeschichte hundertfach beobachteten Mängeln und Gefahren? War eine solche nicht immer das Zeichen der ungünstigsten wirtschaftlichen und staatlichen Zustände, aus denen man möglichst schnell wieder herauszukommen trachtete?

Aber nicht nur solche Zweckmäßigkeitsgründe, auch theoretische Erwägungen werden gegen eine Abschaffung der Goldwährung geltend gemacht. Kann man überhaupt nur mit an sich wertlosen Papierstücken die Güter kaufen? Muß nicht schließlich der Staat doch Einlösung in einem wertgeschätzten Stoffe versprechen, wenn jene angenommen werden sollen, und ist es da nicht am besten, sie in dem allgemein als Geld benutzten Edelmetall zu versprechen? Ist nicht, wenn auch vielleicht im Inlande eine bloße Papierwährung funktionieren könnte, doch für den Verkehr mit dem Auslande ein Goldschatz erforderlich, da man ja im Auslande nicht mit unserem Papier zahlen kann?

Solche und ähnliche Fragen werden regelmäßig erhoben, wenn man an der unbedingten Vorzüglichkeit und Unersetzlichkeit der Goldwährung zweifelt, und sie haben gewiß historisch die größte Berechtigung. Zu oft hat die Geldgeschichte bewiesen, daß insbesondere die Papierwährung für ein Land verhängnisvoll wurde. Daß freilich auch die Silberwährung kein Ideal war, daß es also an dem wertgeschätzten Stoff allein nicht liegen kann, diese Erkenntnis tritt zurück hinter der Tatsache, daß, seit die wichtigsten Staaten die Goldwährung haben, eine Verbesserung der Währungsverhältnisse zweifellos eingetreten ist, und daß es von der Währungsfrage, die früher die ganze Welt in Aufregung brachte, seit dem Beginn dieses Jahrhunderts ziemlich still geworden ist.

Aber freilich, die Preisschwankungen sind nicht geringer, die Preise trotz des Bestehens der Goldwährung nicht gleichmäßiger geworden, und viele Nationalökonomen sehen in der Goldproduktion, also gerade auch in der Goldwährung eine der Ursachen, ja manche sogar die Hauptursache der seit Beginn des Jahrhunderts beobachteten allgemeinen Teuerung. Allerdings, wie wir sehen werden, mit Unrecht. Andererseits werden wir aber zeigen, daß von dem oft behaupteten Vorzug der Goldwährung, daß nur bei ihr eine gewisse Stabilität der Kaufkraft des Geldes, besonders auch im Verhältnis zum Auslande, möglich sei, nicht die Rede sein kann.

Also, wenn auch weite Kreise noch davon überzeugt sind, daß die Goldwährung, die uns so große Opfer gekostet hat und noch kostet, ebendeshalb wohl ein Ideal sein müsse, so sind doch schon längst Zweifel daran erhoben worden, und der Wissenschaft ist es jedenfalls gestattet, die Frage aufzuwerfen, ob ein so kostspieliges Währungssystem wirklich nötig, wirklich ein Ideal und auf dauernden Bestand berechnet ist. Das soll in diesem Buche geschehen, und zwar in der Weise, daß die gesamten Grundlagen der Geldlehre einer Prüfung unterzogen werden.

Eine solche Prüfung liegt nahe, weil seit dem Kriege die Erfahrung sowohl in bezug auf die Geldlehre, als auch in bezug auf die Goldwährung mancherlei Neues gezeigt und zu denken gegeben hat. Sie hat zunächst in den kriegführenden Ländern, vor allem in Deutschland und Frankreich, gezeigt, daß der Tauschverkehr auch ohne Goldzirkulation sich geregelt vollziehen kann und daß im Verkehr mit dem Auslande statt Gold insbesondere auch Effekten zur Ausgleichung von Forderungen dienen können. In manchen neutralen Staaten aber, vor allem in Schweden, Holland und Argentinien, hat die Erfahrung weiter gezeigt, daß der eigentliche Kernpunkt der Goldwährung, die freie Goldprägung, nach der jeder, der Gold zur Münze bringt, die im Münzgesetz vorgesehene Summe von Banknoten verlangen kann, unter Umständen seine großen Schattenseiten hat. Insofern nämlich, als es dadurch in das Belieben des Auslandes gestellt ist, wieviel Gold es ins Inland bringen will. Wenn es ihm besser paßt, kann es statt in Waren, in denen sich in der Hauptsache der Ausgleich im Tauschverkehr zwischen verschiedenen Nationen vollzieht, in Gold zahlen und damit seine Verpflichtungen für Warenbezüge begleichen. Und in jenen Ländern hat es sich gezeigt, daß England es vorzog, statt Waren zu liefern, die man viel nützlicher hätte gebrauchen können, seine Einkäufe mit Gold zu bezahlen, so daß schließlich die ausgegebenen Banknoten übergedeckt waren. Da stellte sich heraus, was man früher für unmöglich gehalten hatte, was aber ganz klar am Tage liegt, daß ein Land auch zuviel Gold haben kann, daß das Institut der freien Prägung dem Auslande die Türe offen läßt, all sein überschüssiges Gold, das es produziert hat, aber nicht selbst zu Währungszwecken verwenden will, in die anderen Gold-

währungsländer abzuschieben. Es kam so weit, daß sich jene Länder gegen den Goldzufluß zu wehren begannen, die schwedische Reichsbank z. B. weiteres Gold nur mit einem gewissen Abzuge annahm, also gewissermaßen ein Agio auf ihre Banknoten einführte.

Während die neutralen Staaten so im Golde schwammen, hielt man in den kriegführenden Ländern mit aller Zähigkeit an dem Goldbestande fest, als ob er das Allerheiligste in der Volkswirtschaft sei. Und der allgemeinen Meinung nach scheint das auch der Fall zu sein, wenn man sieht, wie überall der Goldbestand der Reichsbank als das beste Zeichen unserer wirtschaftlichen Kraft betrachtet wird. Bis in die weitesten Kreise ist der Gedanke gedrungen, daß, wenn man das Gold zur Reichsbank bringe, dafür das Dreifache an Banknoten ausgegeben werden könne, und daß das außerordentlich nützlich sei. Überall sind Goldsammelstellen zu diesem Zweck errichtet worden, die goldenen Schmuck, Ringe u. dgl. in Geld verwandeln. Als das Handels-Unterseeboot Deutschland seine Rückreise von Baltimore antreten sollte, stand in allen Zeitungen zu lesen, daß es auch einige Millionen Mark in Gold mitbringe. Gerade als ob wir nicht andere Stoffe unendlich viel nützlicher gebrauchen könnten! Wahrscheinlich war jene Nachricht falsch, aber daß sie in allen Zeitungen stand, zeigt, daß eine derartige Goldsendung vielen als richtig und zweckmäßig erschienen wäre.

Jedenfalls, der Satz, daß der Wert unseres Geldes auf dem Golde beruhe, ist heute noch der allgemeinen Meinung nach eine Selbstverständlichkeit. Und das kann auch nicht wundernehmen, da auch in der Wissenschaft erst Ansätze vorliegen, ihn zu bestreiten, und da ein großer Teil der Nationalökonomen selbst noch an ihm festhält.

Darum sind auch die Erfahrungen und Beobachtungen, die man einerseits in den kriegführenden Ländern im allgemeinen mit der reinen Papierzirkulation, andererseits in den neutralen Staaten mit dem Golde gemacht hat, wohl häufig erörtert worden, aber sie haben zu einer wissenschaftlichen Vertiefung der Untersuchungen über das Geld bisher nicht geführt. Mit ganz wenigen Ausnahmen beeilen sich die Nationalökonomen, zu versichern, daß diese Erfahrungen gegen den Metallismus, d. h. gegen eine auf dem Edelmetall, also Gold, beruhende Währung

nichts beweisen. Nur eine solche könne, vor allem für den internationalen Verkehr, geordnete Währungszustände herbeiführen, insbesondere sei allein bei der Goldwährung eine möglichst große Stabilität der Kaufkraft des Geldes gewährleistet.

Aber auch bei den wenigen, die bisher diese Auffassung bestritten haben, beruhten ihre Anschauungen doch in der Regel nur auf einem bloßen *Glauben*, auf *Behauptungen* des Gegenteils, und die Versuche, diese Behauptungen mit den Mitteln der Wissenschaft *zu begründen*, sind recht unbedeutend gewesen. Die ökonomische Theorie des Geldes liegt noch durchaus im argen, und das ist der Grund, weshalb das Geld auch heute noch immer als ein „ungelöstes Rätsel" betrachtet wird, und weshalb die Streitfragen, die damit zusammenhängen, kein Ende nehmen. Diese Unklarheiten und Irrtümer knüpfen sowohl an Einzelprobleme des Geldwesens an, wie z. B. an die wichtige Frage, wie, wodurch und in welcher Weise die Goldwährungen der einzelnen Länder durch das Gold im Zusammenhang miteinander stehen, als auch an die letzten Probleme des Geldes, wie z. B. die unzähligen Erörterungen über den „Geldwert" und seine Ursache beweisen. Schließlich aber werden wir in dieser Schrift zeigen, daß auch solche rein wissenschaftliche Erörterungen immer noch an der Oberfläche bleiben, daß wir noch tiefer in die allgemeinsten Fragen der Wirtschaftstheorie hinabsteigen müssen. Wir werden daher hier *von einer ganz anderen Auffassung sowohl des Geldes als auch der Wirtschaft selbst ausgehen*; wir werden zeigen, daß das reale Geld etwas ganz anderes ist, als was in Wahrheit die Mehrzahl der Güter kauft und den ganzen Tauschverkehr vermittelt.

Es kann nicht scharf genug betont werden: die praktische Geldpolitik, die ganze Ordnung des Geldwesens, war bisher nicht die Folge wissenschaftlicher Untersuchungen, sondern ausschließlich praktischer *Erfahrungen*. Wenn eine zweckmäßige Geldpolitik getrieben wurde, ist die ökonomische Theorie ihr nachgehinkt und hat sie nachträglich zu begründen versucht. Dabei ist die Wissenschaft dann doch wieder den größten Irrtümern verfallen, wie sie in der sogenannten *Quantitätstheorie* noch heute wirksam sind. Das liegt meiner Meinung nach daran, daß die gesamte Wirtschaftstheorie von Anfang an in der Frage nach dem *Volksreichtum*, dann später in der im Mittelpunkt

aller bisherigen Theorien stehenden Frage nach den Bestimmungsgründen des „Güterwertes" sich auf einer falschen Fährte befunden hat, das Wesen der Wirtschaft überhaupt nicht richtig erkannt hat. Die Geldlehre, die ich hier entwickele und die mich zu den wichtigsten praktischen Folgerungen führt, ist also das Ergebnis einer neuen allgemeinen Wirtschaftstheorie überhaupt. Ihre Grundgedanken werden im ersten Kapitel kurz dargestellt.

Auf eine klare und systematische theoretische Begründung der Auffassung des Geldes und der praktischen Folgerungen, die daraus zu ziehen sind, kommt hier alles an. Wenn irgendwo, so kann in diesem Falle das bloße Sammeln von Erfahrungen nicht genügen. Denn es handelt sich bei der Währungsfrage um Aufgaben von höchster politischer und nationaler Bedeutung, in denen wir nicht in Ruhe erst die allgemeine Entwicklung abwarten können. Die Frage, ob wir auf die Goldwährung und die Anhäufung eines großen Goldschatzes zur Deckung unserer Zahlungsmittel verzichten können, ist eine solche, daß, wenn sie bejaht wird, wir damit nicht nur Milliarden sparen, sondern auch unseren wirtschaftlichen und politischen Gegnern, vor allem England, einen höchst fühlbaren Schlag versetzen. Aber nach beiden Richtungen haben wir nur Erfolg, wenn wir selbständig, und zwar schnell, unsere Entschlüsse fassen. Denn wenn andere Staaten in der Erkenntnis, daß ein großer Goldbesitz bei geordneten Währungsverhältnissen überflüssig ist und in ihrer praktischen Anwendung uns vorangehen, ernten sie allein die Vorteile davon, ihren Goldvorrat noch rechtzeitig und ohne Verlust abstoßen zu können. Wir sollten also nicht warten, bis andere Staaten Schritte in jener Richtung tun, sondern müssen selbst unsere Entscheidung treffen.

Wodurch soll diese aber bestimmt werden? Da kann nur die wissenschaftliche Erkenntnis in Betracht kommen, welche den Nutzen dieser oder jener Maßregel theoretisch zu begründen vermag. Die Wissenschaft allein vermag zu übersehen, wie die Abschaffung des Goldes wirken würde, ob und unter welchen Bedingungen eine bloße Papierwährung möglich ist, ob sie nicht, sei es für den inländischen Tauschverkehr, sei es für den mit dem Auslande, Nachteile mit sich bringt usw. Es liegt hier einer jener Fälle vor, daß die Wissenschaft, welche an

sich nie die Fragen des Seinsollens aufzuwerfen hat, sondern deren Aufgabe die reine Erkenntnis ist, doch damit jene praktischen Fragen, Probleme der Politik im weitesten Sinne des Wortes, auf das stärkste fördert. Aber die Wissenschaft vermag das nicht auf Grund bloßer Behauptungen in wissenschaftlichem Gewande, sondern nur auf Grund eines geschlossenen, den ganzen Organismus des Tauschverkehrs richtig erfassenden theoretischen Systems. Und gerade daran fehlte es bisher. Infolgedessen war insbesondere auch die Geldlehre von jeher der Tummelplatz von einander entgegenstehenden Behauptungen, die höchstens aus gewissen Erfahrungen und Beobachtungen abgeleitet waren, denen aber die tiefere Begründung durch die ökonomische Theorie fehlte. Und der einzigste Grund, der mich veranlaßt, in dieser Schrift zu den höchst wichtigen Fragen unseres Geldwesens Stellung zu nehmen, ist der, daß ich glaube, mit meiner neuen Wirtschaftstheorie auch das Wesen des Geldes und seine Funktionen schärfer als bisher erkennen und damit auch in der praktisch so wichtigen Währungsfrage ganz neue Grundlagen für ihre Beurteilung und für unsere praktische Stellungnahme schaffen zu können.

Wenn also diese Schrift in letzter Linie praktische Zwecke von höchster Bedeutung verfolgt, so ist sie selbst doch in erster Linie theoretisch. Denn die Frage der zweckmäßigsten Währung kann nicht anders als durch die ökonomische Theorie entschieden werden. Sie kann nur gelöst werden mit vollkommenster Einsicht in den ganzen Mechanismus des Geldwesens und des Tauschverkehrs, insbesondere auch der Preisbildung. Aber gerade an letzterem fehlte es. Von einer wirklichen Erklärung der Preisbildung kann heute noch nicht die Rede sein. Die Irrtümer auf diesem Gebiete, die mit der ganzen materialistischen Wirtschaftsauffassung zusammenhängen, haben es verschuldet, daß das Geld heute noch immer als ein ungelöstes Rätsel hingestellt wird und daß über die mit ihm zusammenhängenden Probleme noch die größten Unklarheiten bestehen. Ich muß also, wenn ich die Fragen der zweckmäßigsten Geldverfassung erörtern will, auf die letzten Grundlagen der Wirtschaftstheorie zurückgehen.

Deshalb ist diese Schrift nicht für diejenigen, die zur Vertiefung in die ökonomische Theorie nicht imstande sind und

glauben, in der Geldlehre und Geldpolitik mit dem bloßen Empirismus auskommen zu können, der bisher darin allein gewaltet hat. Man mag praktisch das Wirtschaftsleben und den Geldmechanismus noch so gut in allen Einzelheiten kennen, zu einem Einblick in die Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen und besonders zu einer begründeten Entscheidung in den hier zur Erörterung stehenden allgemeinen Fragen kommt man nur mit einer richtigen Wirtschaftstheorie, wenn man sich über die Funktion des Geldes und das Wesen des Preises klar geworden ist. Die Schrift steht also insbesondere mit meinen bisherigen Arbeiten über die Preistheorie im engsten Zusammenhang. Aber ich möchte mit ihr nicht nur die Wissenschaft fördern, die allgemeine theoretische Grundlage für die Geldlehre schaffen, sondern ich möchte auch praktisch wirken, den großen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die mir auf dem Gebiete des Geldwesens bevorzustehen scheinen, den wissenschaftlichen Untergrund geben, den ihre Lösung bedarf, und zugleich dazu anregen, diese Lösung in Angriff zu nehmen.

Die Praktiker sind ja immer leicht geneigt, den einmal bestehenden wirtschaftlichen Zustand als dauernd anzusehen. Sie verkennen, daß sich das ganze Wirtschaftsleben in schnellster Entwicklung befindet und daß die wirtschaftliche Organisation, die noch vor kurzem vortrefflich und zeitgemäß war, morgen rückständig und veraltet sein kann. Auch die Goldwährung ist ja noch keineswegs alt, aber die Vorstellung von ihrer Vortrefflichkeit ist, vor allem der bimetallistischen Agitation gegenüber, tief in die Gedankenwelt weitester Kreise, besonders des Erwerbslebens, eingehämmert worden. Man freute sich, auf dem Gebiete des Geldwesens endlich einmal die so lang entbehrte und für das Wirtschaftsleben so notwendige Stabilität erreicht zu haben, und nahm die gewaltigen Kosten, die eine solche Währung erfordert, als ein notwendiges Opfer willig in Kauf. Kein Wunder, daß in diesen Kreisen keine große Neigung besteht, hier wieder völlig umzulernen. Und doch ist es kein Zweifel, daß, wie alle wirtschaftlichen Verhältnisse, so auch das Geldwesen in den letzten Jahrzehnten große Veränderungen durchgemacht hat und in einem Zustand der Umbildung begriffen ist, der durch den Krieg noch verschärft wurde. Sie geht auch auf diesem Gebiete in der Richtung größerer Wirtschaftlich-

keit, die es verbietet, in den bloßen Umsatzmitteln Milliarden unproduktiv festzulegen. Zu den wirtschaftlichen Interessen kommen nun die politischen, die eine Änderung des Zustandes verlangen, in dem die Goldwährung gipfelt, daß uns die Goldproduktionsländer Gold in beliebiger Menge als Bezahlung für unsere Waren zuschieben können.

So soll also die „Währungsfrage", die seit der Jahrhundertwende überwunden schien, in neuer Gestalt wieder aufleben! In der Tat möchte ich wünschen, daß sie auf neuer Grundlage bald recht eifrig wieder erörtert werden möge. Dann kann ein großer allgemeiner und wirtschaftlicher Fortschritt daraus erwachsen. Möge er sich bald erfüllen!

Man glaube auch nicht, daß die ganze Frage der Abschaffung der Goldwährung nur ein Problem spekulierender Theoretiker sei, mit dem sich Männer der Praxis nicht zu beschäftigen hätten. Demgegenüber sei nur auf folgende Zeitungsmeldung hingewiesen, die Anfang November 1916 durch alle Blätter ging und die wohl die wenigsten verstanden haben: „New York. Von 92 Professoren der Volkswirtschaftslehre und anderen wirtschaftlichen Schriftstellern erklärten 85, daß die Goldwährung den Krieg überleben werde!" Das glaube ich allerdings auch, aber die Tatsache, daß diese Frage in Amerika gestellt werden konnte, sollte doch, insbesondere auch in Deutschland, zu denken geben!

*

Die wirtschaftspolitischen Maßregeln, die wir vorschlagen und die zunächst auf möglichst günstige Verwertung eines großen Teils unseres Goldbestandes hinzielen, würden natürlich am wirksamsten sein, wenn sie ganz im geheimen vorgenommen werden könnten, ohne daß die sie bestimmenden Gründe in der Öffentlichkeit bekannt werden. Das ist aber leider nicht möglich, einmal weil überhaupt Gesetzgebungsakte dafür nötig sind, dann aber weil unser Geld- und Notenbankwesen, z. B. durch Veröffentlichung der Bankausweise, unter Kontrolle der Öffentlichkeit steht. In welcher Weise diese Umstände berücksichtigt werden könnten, werden wir unten, soweit es öffentlich möglich ist, erörtern. Hier sei nur gesagt, daß auch ich zunächst an im geheimen zu ergreifende Maßregeln gedacht und schon im Frühjahr dieses Jahres an der maßgebendsten Stelle dahin gehende Vor-

schläge gemacht habe. Aber ich erhielt unter anderem zur Antwort: man glaube nicht, daß eine Beseitigung der Goldwährung als Maßregel des wirtschaftlichen Kampfes in Betracht komme. Inzwischen sind nun ähnliche Vorschläge, wie ich sie mache, von F. Bendixen in seiner sehr lesenswerten Schrift: „Währungspolitik und Geldtheorie im Licht des Weltkrieges", 1916, öffentlich vertreten worden, nur ohne die notwendige theoretische Begründung. Damit fällt aber jedenfalls die Notwendigkeit hinweg, unsere Vorschläge geheimzuhalten. Auch praktische Erwägungen verschiedenster Art sprechen dagegen. Was zunächst nottut, ist Aufklärung der Öffentlichkeit über das Wesen des Geldes, Verbreitung des Gedankens, daß der „Wert" unseres Geldes nicht, wie man meist noch annimmt, auf dem Golde beruhe, sondern daß auch ganz ungedeckte Zahlungsmittel ebensogut ihre Funktion erfüllen können. In den Irrtümern der öffentlichen Meinung, nicht in irgendwelchen sachlichen Widerständen, etwa zu befürchtenden Gegenmaßregeln Englands oder in der Möglichkeit einer Diskreditierung unseres Geldes im Auslande, liegen allein die Schwierigkeiten einer nützlichen Verwertung unseres Goldbestandes. Denn das Ausland nimmt ja doch nie unser Geld, sondern nur unsere Waren oder Effekten und Forderungen, und wenn es durchaus die Ware Gold haben will, was aber mit zunehmender Einsicht wohl bald aufhören wird, werden wir uns für diesen Zweck immer genug davon beschaffen können.

Aber im Inlande muß dafür gesorgt werden, daß nicht ein gedankenloses metallistisches Dogma unsere Rechnungseinheit diskreditiert für den Fall, daß einmal nicht mehr ein großer Goldbestand hinter den staatlichen Zahlungsmitteln steht. Das ist aber auch nicht allzuschwer zu verhindern. Daß unser Papiergeld nicht nur der Golddeckung wegen genommen wird, zeigen unsere Reichs- und Darlehnskassenscheine. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß nicht wie bisher bloße Meinungen und Behauptungen, die auf die Goldwährung eingeschworen sind, in der Erörterung geldpolitischer Fragen das große Wort führen und den Ausschlag geben. Wer daher nicht die theoretischen Grundlagen dieser Schrift kritisieren kann, der möge lieber ganz über sie schweigen. Das gilt sowohl für manche Leute, die bisher glaubten, ein gutes Werk zu tun, wenn sie blindlings die

Goldwährung verteidigten, weil sie früher einmal ein Fortschritt war, ohne sich jedoch die Mühe zu machen, auf die theoretischen Grundlagen des Geldes einzugehen; als auch gilt es für die recht zahlreichen Nationalökonomen, die bisher den Metallismus wissenschaftlich vertraten und, um ihre bisherigen Lehren aufrechtzuerhalten, sehr geneigt sind, die neuen Gedanken ohne wirkliches wissenschaftliches Eingehen darauf abzulehnen. Alle seien eingedenk, daß es in diesen auch praktisch so wichtigen Fragen ganz besonders darauf ankommt, ohne Rücksicht auf bisherige Dogmen und Lehrmeinungen nur der Wahrheit zu dienen.

Mit bloßen Meinungen und Behauptungen: ich glaube nicht, daß wir die Goldwährung abschaffen können u. dgl. ist es auch nicht getan. Die Vorschläge, die wir machen, tragen auch dem in der öffentlichen Meinung vorhandenen Gedanken der Notwendigkeit einer Papiergelddeckung noch Rechnung. Mir kommt es aber als Theoretiker zunächst nur darauf an, die allgemeinen wissenschaftlichen und theoretischen Grundlagen des Geldwesens klarer zu gestalten. Denn dann wird auch die richtige Geldpolitik schließlich von selbst kommen. Ob wir sie in Deutschland zuerst und so rechtzeitig einschlagen, daß sie uns auch den größten Nutzen bringt, das ist eine Frage, deren Entscheidung von den leitenden Männern der Regierung und von der Volksvertretung abhängt.

Da gebe ich mich allerdings zunächst keinem großen Optimismus hin, sondern betrachte die Dinge und Menschen, wie sie sind. Es ist sehr erklärlich, wenn von dieser Seite gesagt wird: Ja, in der Theorie sind diese Ausführungen wohl richtig, oder noch bequemer: Es fehlt uns leider an Zeit, auf die theoretischen Erörterungen einzugehen, wir können aber die Verantwortung für die praktische Durchführung nicht übernehmen. Leider sind auch die verantwortlichen Personen oft keineswegs wirklich sachverständig. Hoffen wir, daß auch auf diesem Gebiete ein gütiges Geschick uns die rechten Männer am rechten Platze bescheren möge!

Jedenfalls habe ich es für meine Pflicht gehalten, die durch meine Theorie gewonnene Einsicht in das Geldwesen der Öffentlichkeit zu unterbreiten, weil Aufklärung über diese wichtigen Fragen vor allem nottut. Daß sie wirklich in weitere Kreise dringt und den Boden für ein vollkommeneres Währungssystem vorbereitet, dazu reicht freilich eine einzige Schrift nicht aus, dazu werden noch viele

Erörterungen nötig sein, die die hier niedergelegten wissenschaftlichen Gedanken erweitern und popularisieren. Ich hoffe, daß sich allmählich die Zahl der Mitarbeiter an diesem Werke erhöhen wird, und da ich nicht alles verfolgen kann, was in Deutschland gedruckt wird, wäre ich sehr dankbar für die Zusendung von Äußerungen zu diesem Problem, von zustimmenden sowohl wie von ablehnenden, wenn sie mit ernsthafter Begründung versehen sind, und auch natürlich von ergänzenden Vorschlägen und neuen Gesichtspunkten. Niemand erkennt besser als ich, daß sich mit vertiefter Einsicht in den tauschwirtschaftlichen Organismus noch mancherlei neue Gedanken und Gesichtspunkte werden gewinnen lassen, daß wir erst in den Anfängen stehen und daß noch für Jahrzehnte hier Stoff für wissenschaftliche Arbeiten vorliegt. Und so will ich als Theoretiker, der im wesentlichen nur durch die Schrift wirken kann, auch nichts weiter als Anregungen geben und vor allem die Wissenschaft fördern in der Hoffnung, ihr Fortschritt werde schließlich auch der Allgemeinheit zugute kommen.

Freiburg i. B., im November 1916

Prof. Dr. Robert Liefmann

Erstes Kapitel

Die allgemeinen Grundlagen der Geldlehre

Auri sacra fames", „der verwünschte Hunger nach Gold". Dieser Ausspruch Virgils gilt noch heute. Er gilt nicht nur im übertragenen Sinne, wo Gold soviel wie Reichtum bedeutet, sondern auch buchstäblich. Noch heute streben alle Staaten, sich einen möglichst großen Goldschatz zu beschaffen, und wir sehen, wie sie im Kriege mit allen Mitteln bemüht sind, ihn sich zu erhalten und ihn zu vermehren. Nach dem Goldbestande seiner Zentralbank, nach der Golddeckung ihrer Noten wird die Valuta eines Landes, d. h. der Kurs der inländischen Währung im Auslande, mit in erster Linie beurteilt. Zahlreiche Vorschläge sind gemacht worden, nach dem Kriege den Goldbestand der Reichsbank möglichst zu erhöhen, möglichst vollkommene Golddeckung der Banknoten herbeizuführen, bei einer uns zu leistenden Kriegsentschädigung vor allem auch Zahlung in Gold zu verlangen. Und dieselben Forderungen werden bei unseren Gegnern erhoben. Wer heute behauptet, daß ein großer Goldschatz überflüssig sei, daß wir gut daran täten, ihn mindestens zum großen Teil, natürlich möglichst günstig, abzustoßen, würde heute in den weitesten Kreisen völliger Verständnislosigkeit begegnen, er würde von seiten zahlreicher Praktiker und vieler höchst angesehener wissenschaftlicher Nationalökonomen Widerspruch finden. Beide würden sagen, daß für eine solche Auffassung zwar gewisse, übrigens höchst zweifelhafte Theorien sprächen — mit Ausdrücken Knappianer, Chartalist, Nominalist würde nicht gespart werden —, aber gar praktisch-politisch eine Beseitigung der Goldwährung zu empfehlen, darüber lohne es sich kaum ernsthaft zu diskutieren. Knapp und der Chartalismus — etwas anderes kennt man nicht — hätten gewisse theoretische Verdienste,*) aber eine Anwendung auf die praktische

*) Gerade das bestreite ich; die Knappschen Ideen sind keine ökonomischen Theorien, sondern nichts weiter als falsch, d. h. nur juristisch begründete Behauptungen richtiger induktiver und historischer Beobachtungen.

Währungspolitik habe Knapp selbst abgelehnt. An ein Aufgeben der Goldwährung, die man mit so großen Opfern geschaffen habe, könne nicht im Ernst gedacht werden. Allenfalls wird zugegeben, daß im inländischen Verkehr eine reine Papierwährung möglich und nicht unbedingt nachteilig sei, aber für den internationalen Verkehr müsse die Währung mit dem allgemeinen „Wertmesser" Gold verknüpft sein. Gewöhnlich findet sich dabei der Hinweis, daß das für den internationalen Handel maßgebende Land, England, die Goldwährung habe, folglich müßten wir sie auch haben, wenn wir nicht unsere Stellung im internationalen Handel verschlechtern wollen.

Was ist an dieser Auffassung richtig? Man kann, wenn man ihr entgegenkommen will, nur sagen, daß sie einigermaßen historisch begründet ist. Die Erfahrung hat unzählige Male gelehrt, daß in Ländern mit Papierwährung sehr ungünstige Geldverhältnisse, insbesondere hohe und stets schwankende Preise und damit Unsicherheit im ganzen Wirtschaftsleben vorhanden waren. Sie hat weiter gelehrt, daß England, das zuerst, vor jetzt 100 Jahren, die Goldwährung einführte, seit langem die solidesten und stabilsten Geldverhältnisse gehabt hat und das Zentrum des Geldverkehrs der ganzen Welt geworden ist. Das englische Vorbild der Goldwährung haben dann zahlreiche Staaten, insbesondere auch Deutschland, nachgeahmt, wir ließen es uns viel kosten, die Goldwährung einzuführen. Und noch heute folgen immer neue Staaten dem von den großen Handelsstaaten mit ihrer Goldwährung gegebenen Beispiel.

Daß man allen Theorien, die ein anderes Währungssystem als die Goldwährung empfehlen, großes Mißtrauen entgegenbringt, ist auch theoretisch nicht unberechtigt. Wie lange ist es her, daß die bimetallistische Agitation in wissenschaftlichem Gewande die ganze Welt in Unruhe versetzte? Wie gering die wirkliche wissenschaftliche Einsicht in das Geldwesen dabei auf beiden Seiten war, das hat man damals nicht erkannt. Es war die Zeit der historischen Schule in der Nationalökonomie, nur historische und praktisch-politische Fragen fanden Interesse, im Geldwesen erörterte man nur den Gegensatz zwischen Gold- und Silberwährung und die daraus sich ergebenden Probleme, die zu keiner Vertiefung der Geldlehre führten. Die bimetallistischen Ideen wurden mit demselben reinen Empirismus behandelt, der

auch heute noch mangels einer klaren ökonomischen Theorie in der Geldlehre obwaltet und der aus Zweckmäßigkeitsgründen die Goldwährung empfahl. Aber Gegner und Anhänger des Bimetallismus drapierten ihre Forderungen mit einem theoretischen Mäntelchen, dessen Fadenscheinigkeit heute vom Standpunkte unserer besseren Einsicht in das Geldwesen und das Wesen der Wirtschaft überhaupt oft recht belustigend wirkt und die völlige Unklarheit über die allgemeinsten theoretischen Grundlagen der Wirtschaft niemals zu verhüllen vermag. Die staatliche Regelung des Geldwesens war infolgedessen auch eine rein empirische. Man handelte so, wie ein guter, solider Kaufmann handelt, und insbesondere das neue Deutsche Reich war bestrebt, recht solide aufzutreten. Die Goldwährung war die solideste, und eine recht große Goldzirkulation im Lande erschien als das beste Zeichen unserer wirtschaftlichen Solidität. England hatte seit langem die solidesten und stabilsten Geldverhältnisse, und seine Erfahrungen machte man sich zunutze, ohne sich über die theoretischen Grundfragen viel die Köpfe zu zerbrechen.

Diese auf reichlicher Goldzirkulation beruhende Solidität des deutschen Geldwesens, die vom Standpunkte der strengen Metallisten nur in den 120 Millionen Mark ungedeckter und uneinlösbarer Kassenscheine einen argen Schönheitsfehler hatte, soll nun für jene Zeit keineswegs getadelt werden. Sie war historisch notwendig, um die frühere allgemeine Unsolidität des Geldwesens zu überwinden, und hat erst das allgemeine Vertrauen in die Geldeinheit geschaffen, welches, wie wir sehen werden, die Voraussetzung jedes Geldes, einerlei in welcher Gestalt und mit welcher „Deckung", ist. Man nahm die gewaltigen Kosten dieser Goldzirkulation, die 3 bis 4 Milliarden Mark in Zahlungsmitteln festlegte, als etwas Unvermeidliches hin, blickte wohl mit einem gewissen Neid nach England, das, trotzdem es den größten Teil der Goldproduktion in den eigenen Kolonien gewann und aus dem Verkauf riesige Gewinne erzielte, selbst einen verhältnismäßig außerordentlich geringen Goldbesitz und Goldumlauf hatte. Es wurde auch schon im 19. Jahrhundert nicht selten auf die Vorzüge eines bargeldlosen Zahlungsverkehrs nach englischem Vorbilt hingewiesen; aber zu seiner Förderung geschah nichts, und Deutschland glich einem schnell reich gewordenen Protzen, dessen größter Ehrgeiz darin besteht, mit einer recht dicken goldenen Uhrkette zu prahlen.

Man darf nicht verkennen, daß an dieser Anbetung des Goldes, als dem Urbild aller Solidität im Geldwesen, die Wissenschaft den allergrößten Anteil hatte. Es herrschte und herrscht noch heute die ökonomische Theorie, die ich die qantitativ-materialistische nenne und die in der Geldlehre als die metallistische bezeichnet wird. Sie sieht das Wirtschaften in der „Sachgüterbeschaffung", ignoriert alle immateriellen Güter und Leistungen und hält einen Tausch nur für möglich, wenn „Güter mit Gütern verglichen werden", hält also in dieser Hinsicht noch an der Auffassung eines „Substanzwertes", einer den Gütern vermöge ihrer Eigenschaften innewohnenden objektiven Nützlichkeit fest. So nahm man an, daß letzten Endes nur wertgeschätzte Güter, nur Güter mit einem Stoffwert gegeneinander getauscht werden könnten, und daß auch das Geld als allgemeines Tauschmittel entweder ein solches allgemein geschätztes Gut sein oder doch auf einem solchen beruhen müsse, als welches von jeher die Edelmetalle wegen ihren besonderen Eigenschaften benutzt wurden. Daß das wertgeschätzte Gut — wenn auch nicht immer ein Sachgut — in Wirklichkeit dasjenige ist, das der Empfänger des Geldes sich damit eintauschen zu können erwartet, daß also der „Wert" des Geldes darauf beruht, daß jeder es nimmt, weil er weiß, daß er sich dafür etwas ihm Wertvolles kaufen kann, das hat man entweder nicht erkannt, oder die Wenigen, die es erkannten, haben es mit der bisherigen materialistischen Wirtschaftsauffassung, die viel zu wenig in die Psyche des einzelnen Wirtschafters eindrang, nicht begründen können.

Die Ausgabe eines Geldes ohne eigenen stofflichen Wert, im wesentlichen ja überhaupt erst eine Errungenschaft der Neuzeit, hatte sich bewährt, d. h. nicht gerade als schädlich erwiesen nur dann, wenn sie in enger Verbindung mit einer Metallwährung und mit strengen Deckungsvorschriften der Banknoten durch Metall erfolgte. Aber gar zu oft hatten Staaten in kritischen Zeiten, wenn auch auf dem Umwege über mehr oder weniger private Notenbanken, das Mittel angewendet, durch Papiergeldausgabe sich neue Einnahmen zu verschaffen, gar zu oft hatte man die schädlichen Wirkungen einer solchen Geldvermehrung beobachtet, als daß man nicht allen nichtmetallistischen oder nicht metallisch gedeckten Umlaufsmitteln gegenüber hätte sehr mißtrauisch sein sollen. Ein solides Geldwesen schien nur möglich, wenn dem

Staate durch strenge Deckungsvorschriften der nicht metallenen Zahlungsmittel in dem nur beschränkt vermehrten Edelmetall die Möglichkeit einer beliebigen Vermehrung der Geldmenge entzogen war. Selbst die bimetallistischen Gedanken, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eine so große Rolle spielten, galten, obwohl die Wissenschaft überzeugt war, daß sie auf Grund internationaler Vereinbarung der wichtigsten Länder durchführbar wären, als unsolide, nachdem das Preisverhältnis zwischen beiden Edelmetallen auf 1:30 gesunken war. England, das größte Handelsland, hatte eine Goldwährung, es hatte zweifellos schon am längsten stabile Geldverhältnisse, und allein schon des Außenhandels und der Sicherheit seiner Kalkulationen wegen erschien die Goldwährung die einzige, die für einen Staat, der im internationalen Handel eine Rolle spielen und als Repräsentant solider Kaufleute auftreten wollte, in Betracht kam.

Wissenschaft und kaufmännische Praxis fanden sich so in der Verherrlichung der Goldwährung zusammen, d. h. die Wissenschaft bestätigte empirisch die ebenso empirisch gewonnene Überzeugung von der Vorzüglichkeit der Goldwährung, die als Währungssystem unübertrefflich und, nachdem sie einmal eingeführt war, auf ewige Dauer berechnet schien. Und daher erschienen die Probleme des Geldwesens, nachdem Mitte der 90er Jahre die letzte große Aktion des Bimetallismus im Sande verlaufen war, praktisch erledigt und verschwanden fast vollkommen aus der öffentlichen Erörterung. Niemand wagte und wagt in der Hauptsache auch heute, die Goldwährung anzutasten, sie gilt in weitesten Kreisen als eine Selbstverständlichkeit, als ein *Κτῆμα εἰς ἀεί*. Höchstens wurde gefordert, mehr Gold aus der Zirkulation zu ziehen, für diese mehr die bargeldlosen Zahlungsmethoden anzuwenden; aber die meisten traten für eine möglichste Vermehrung des Goldschatzes der Reichsbank ein, und bei uns wie überall ist man glücklich, wenn es der Notenbank einmal gelingt, den Goldbestand durch Goldankäufe im Auslande zu vermehren.

Wohl haben schon längst einige Nationalökonomen beobachtet, daß eine Papierwährung, wenn nur der Staat nicht die Notenpresse als Mittel zur Erzielung von Einnahmen benutzt, wenigstens im inländischen Verkehr genau so als allgemeines Tauschmittel benutzt wird wie ein auf metallischer Grundlage beruhendes Geldwesen. Namentlich das Beispiel des österreichischen Geld-

wesens seit 1879, wo der Papiergulden, weil er nicht vermehrt wurde, im Werte schließlich über den des Silberguldens stieg, auf den er ursprünglich gelautet hatte, war ein gar zu schlagender Beweis dafür, daß das Geldwesen eines Landes nicht an einen realen Stoff gebunden ist, als daß man es ganz hätte übersehen können. Die Tatsache, daß das Papiergeld bei reiner Papierwährung in einigen Ländern einen völlig selbständigen, von jeder Metallgrundlage unabhängigen Wert hatte und ihn jahrelang ohne nennenswerte und im inneren Verkehr überhaupt erkennbare Schwankungen beibehielt, machte immerhin, namentlich in der scharfsinnigen Analysierung durch Knapp, auf die ökonomische Wissenschaft einen solchen Eindruck, daß sich manche Nationalökonomen zu einer nominalistischen Geldauffassung gedrängt sahen, durchaus im Widerspruch zu ihren sonstigen streng materialistischen Theorien. Solange man, wie es heute allgemein geschieht, unter Wirtschaften Sachgüterbeschaffung, unter Preis eine Gütermenge versteht, solange man den Tauschverkehr und die Preis- und Einkommensbildung dabei nur quantitativ als ein Verhältnis von Gütermengen auffaßt und von jeder Beziehung zu den wirtschaftlichen Erwägungen der Individuen abstrahiert, so lange ist es nicht möglich, auch im Gelde etwas anderes als ein Güterquantum mit einem materiellen Wert zu sehen, so lange ist eine wissenschaftliche Begründung einer nominalistischen Geldauffassung durch die allgemeinen Grundlagen der ökonomischen Theorie unmöglich, stehen beide in unlösbarem Widerspruch miteinander. Dieser Widerspruch tritt in besonders charakteristischer Weise in der großen Abhandlung v. Wiesers im „Grundriß der Sozialökonomik", Band I, zutage, der mit einer sonst streng materialistischen Wirtschaftsauffassung eine nominalistische Geldlehre mit teilweise recht fortgeschrittenen Ansichten verbindet, die nur in seine sonstige Theorie gar nicht hineinpassen.

Der Gedanke, daß das Geld ein bloßes Zeichen, eine Anweisung, ein Symbol sei, das nicht notwendig eigenen Stoffwert haben müsse, ist ja schon seit den Zeiten Laws und Lockes von vielen Theoretikern ausgesprochen worden. Aber er paßte nicht in die sonstigen ökonomischen Theorien hinein, und man wußte damit nichts anzufangen. In neuerer Zeit ist eine nominalistische Geldauffassung wohl zuerst von O. Hammer, „Die Hauptprinzipien des Geld- und Währungswesens", Wien 1891, dann

namentlich von Otto Heyn in zahlreichen Schriften vertreten worden („Papierwährung mit Goldreserve für den Auslandsverkehr“, 1894; „Irrtümer auf dem Gebiete des Geldwesens“, 1900). Eigentlich aber war es erst G. F. Knapp in diesem Jahrhundert, 1905, der durch seine „Staatliche Theorie des Geldes“ der metallistischen Auffassung einen stärkeren Stoß versetzte und einer nominalistischen, nämlich der „chartalen“ Geldauffassung, die die Möglichkeit eines Geldes ohne jeden Stoffwert betont, einige Anhänger warb. Doch war die ganz unökonomische, rein juristische Begründung, die Knapp für seine Auffassung gab, und nach der der staatliche Nennwertbefehl das Entscheidende für die Kaufkraft des Geldes wäre, der Staat also die Kaufkraft des Geldes bestimmen könnte, eher geeignet, die Scheu vor einem nicht metallisch fundierten Geldwesen, bei welchem staatlichen Mißbräuchen am wenigsten Grenzen gezogen sind, noch zu verstärken, und auch Knapp will daher von praktischen Anwendungen seiner Lehre als Ersatz der heutigen metallistischen Währungen nichts wissen. Auch ist die Zahl seiner Anhänger beschränkt, sie alle vermissen, und mit Recht, eine ökonomische Begründung der nominalistischen Geldauffassung. So sagt F. Bendixen, „Geld und Kapital“, S. 14: „Möge sich bald ein Theoretiker finden, der Knapps Werk durch eine systematische „wirtschaftliche Theorie des Geldes“ ergänzt.“

Dieser Wunsch soll hier erfüllt werden. Denn seine Erfüllung ist die unbedingt notwendige Voraussetzung für die Klarheit über alle Geldprobleme, an der es bisher noch fehlte. Er kann aber nur erfüllt werden unter gleichzeitiger striktester Ablehnung der Knappschen Auffassung, daß das Geld nur ein „Geschöpf der Rechtsordnung“ sei und daß der Staat durch seinen Nennwertbefehl die Kaufkraft des Geldes bestimme.

Nur mit einer ganz anderen Auffassung des Geldes und auf Grund einer ganz anderen Wirtschaftstheorie als der bisherigen sind die richtigen Beobachtungen Knapps und anderer Geldtheoretiker zu erklären und ökonomisch zu begründen. In der Tat glaube ich mit meiner Wirtschafts- und Geldtheorie „das ungelöste Rätsel Geld“ (Laughlin, Bendixen u. a.), diesen „Gordischen Knoten“ (Jevons, Altmann) lösen und alle damit zusammenhängenden Streitfragen klären zu können.*) Das ist nur mög-

*) Es können aber in diesem Buche nur die wichtigeren behandelt werden, und auf alle die zahllosen Spezialtheorien kann ich hier nicht eingehen.



lich, weil ich das Geld ganz anders auffasse als alle bisherigen Theorien, die doch immer nur die realen staatlichen oder vom Staate autorisierten Zahlungsmittel betrachteten. Diese neue Geldauffassung kann aber wiederum nur begründet werden mit meiner anderen, psychischen Wirtschaftsauffassung und der darauf aufgebauten ökonomischen Theorie überhaupt.

Bei der Begründung meiner Geldauffassung kann ich mich bisher leider nicht auf eine schon vollendet vorliegende Gesamtdarstellung meiner Wirtschaftstheorie beziehen. Obwohl ich mich, allerdings mit zahlreichen Unterbrechungen durch andere Arbeiten, seit mehr als zehn Jahren mit der Ausarbeitung dieses Systems beschäftige, ist es doch in seinen ganzen Grundlagen derartig abweichend von den bisherigen Theorien, daß alles von Grund aus neu aufgebaut werden mußte. Eine so große Aufgabe verlangt allmähliches Reifen, lange Auseinandersetzungen mit den verschiedenen bisherigen Auffassungen und Richtungen. Ich habe bisher eine größere Anzahl von Aufsätzen über meine Theorien veröffentlicht, die ich denjenigen empfehle, die sich mit ihren letzten Grundlagen beschäftigen wollen. Eine systematische Darstellung des Ganzen, ohne die Geldlehre, war zwar zu Beginn des Krieges zu dreiviertel vollendet. Aber ich war dann längere Zeit, zunächst durch meine militärische Tätigkeit, dann durch andere Umstände, an der Vollendung verhindert. Dann erkannte ich die Notwendigkeit, auch die Geldlehre mit hineinzuziehen, und die große praktische Bedeutung, die meine Theorie in dieser Hinsicht hat, und das veranlaßte mich, die Geldlehre zunächst weiter auszubauen. Doch hoffe ich, meine „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre", die systematische Darstellung meiner Theorie in 2 Bänden, im Jahre 1917 erscheinen lassen zu können.

Bis dahin findet der Leser die allgemeinsten methodologischen Auseinandersetzungen mit den bisherigen Wirtschaftstheorien in den beiden Aufsätzen „Über Objekt, Wesen und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft" in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", 1916, Januar- und Februarheft. In derselben Zeitschrift wurden auch die beiden, für meine Auffassung der Wirtschaft grundlegenden Aufsätze „Das Wesen der Wirtschaft und der Ausgangspunkt der Nationalökonomie", 1913, Novemberheft, und „Wirtschaft und Technik", 1914, Juniheft, veröffentlicht. Weitere grundlegende Erörterungen, na-

mentlich auch über den für die Geldtheorie entscheidenden Kostenbegriff, beabsichtige ich in dem ersten Bande meiner „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ zu bringen. Meine mit der Geldlehre in engster Beziehung stehende Kapitaltheorie findet der Leser in dem Aufsatze „Kapital und Kapitalismus“ in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, 1917. Die Geldlehre steht natürlich im allerengsten Zusammenhang mit der Preis- und Einkommenslehre, und daß das Geld heute noch ein „ungelöstes Rätsel“ ist, beruht zu einem großen Teil darauf, daß eine wirkliche Preistheorie, welche die Preisbildung unter den tatsächlichen Voraussetzungen des heutigen Wirtschaftslebens erklärt, bisher nicht existiert. Ich kann für die Erklärung des Preises einstweilen nur auf meinen großen Aufsatz im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, 1912, Band 34, „Die Entstehung des Preises aus subjektiven Wertschätzungen“, verweisen und auf den ebendort im Jahrgang 1915, Band 41, befindlichen Aufsatz „Konkurrenz und Monopoltheorie“, der die Verbindung der Preis- mit der Einkommenslehre behandelt. Die ganze Preis- und Einkommenslehre soll systematisch im zweiten Bande meiner „Grundsätze“ veröffentlicht werden, der, da er schon weiter vorgeschritten ist als der erste, wie ich hoffe, bald nach jenem veröffentlicht werden kann.

*

Aus allen meinen theoretischen Arbeiten fasse ich das für die folgenden Untersuchungen über das Geld Unerläßliche möglichst kurz folgendermaßen zusammen. Nach meiner Auffassung ist wirtschaften nicht gleichbedeutend mit produzieren, mit „Sachgüterbeschaffung“, wie die bisherige Theorie immer annahm, es ist keine technische Tätigkeit, nicht „Überwindung der Knappheit an Gegenständen der äußeren Natur“, sondern es ist etwas Psychisches, eine Art von Erwägungen, nämlich ein Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen. Das muß streng festgehalten werden. Aber nicht jedes Vergleichen von Lust- und Unlustgefühlen, das vielmehr bei allen menschlichen Handlungen vorkommt, nennen wir Wirtschaft. Davon sprechen wir vielmehr nur, wenn mehrere erstrebte Lustgefühle, Genüsse, mit den zu ihrer Erlangung aufzuwendenden Unlustgefühlen, Opfern, verglichen werden und der Mensch vor die Frage ge-

stellt ist, in welchem Umfange und bis zu welchem Grade er die Aufwendung von Unlustgefühlen, von Opfern, für die verschiedenen erstrebten Lustgefühle oder Genüsse vornehmen und fortsetzen will, um ein möglichst großes Maß, ein Maximum von Genuß zu erreichen. Die aus diesem Bestreben hervorgehenden Erwägungen, die also zweckmäßigstes Disponieren über die aufzuwendenden Opfer zur Erlangung eines Maximums von Genuß zum Inhalt haben, nennen wir Wirtschaften. Solche Unlustgefühle oder Opfer können sein: Arbeitsmühe oder Opfer an Sachgütern, wozu auch die Aufwendung einer Geldmenge gerechnet werden kann. Beide Fälle unterscheiden sich dadurch, daß Opfer an Sachgütern oder Geld eine gegebene Menge davon zur Voraussetzung haben, während der Umfang, in dem Arbeitsmühe verwendet werden kann und wird, nicht von vornherein feststeht. Solche Unlustgefühle oder Opfer, bei denen man erwägt, ob und in welchem Grade man sie auf die Erlangung dieses oder jenes Genusses, die Befriedigung dieses oder jenes Bedürfnisses am zweckmäßigsten verwendet, wie man also die Aufwendung von Opfern verteilen soll, nennen wir Kosten. Der Kostengedanke, und zwar der psychische Kostengedanke, ist eine wesentliche Erscheinung der Wirtschaft. Zweitens ist für das Wesen der Wirtschaft charakteristisch, daß man mit diesen Kostenaufwendungen ein Maximum von Genuß erstrebt. Wie die Kosten werden auch die erstrebten Genüsse, die wir, solange sie noch erstrebt werden, Bedürfnisse, wenn sie erlangt sind, Nutzen nennen wollen, miteinander hinsichtlich ihrer Stärke verglichen. Natürlich gibt es für alle diese Erwägungen und Vergleiche, die rein subjektiv bleiben, keinerlei Ausdruck.

In der zweckmäßigsten Verteilung der Kosten auf die verschiedensten Bedürfnisse nach dem Maximumsprinzip besteht also das wirtschaftliche Handeln. Dabei ist der Fall, daß Arbeitsmühe als Kosten dem erstrebten Nutzen gegenübergestellt werden, der kompliziertere, denn sie ist eben nicht in gegebenem Umfange vorhanden. Er ist aber — das ist für das Verständnis des Tauschverkehrs wohl zu beachten — das eigentliche wirtschaftliche Grundproblem. Für die Empfindung der Lustgefühle, des Nutzens, gilt nun, daß sie mit wachsender Befriedigung des Bedürfnisses an Stärke abnimmt, das sogenannte

Gossensche Gesetz: Jede folgende Einheit der zur Bedarfsbefriedigung dienenden Güter verschafft mir eine geringere Lustempfindung, geringeren Genuß. Bei der *Arbeitsmühe* als Kosten aber wird, ganz allgemein gesprochen, *jede folgende Aufwendung*, z. B. jede folgende Arbeitsstunde, *höher geschätzt, stärker als Unlustgefühl empfunden*. Das wirtschaftliche Grundproblem ist also, *wie auf an sich unbegrenzte, aber an Stärke mit wachsender Befriedigung abneh-nehmende Bedürfnisse Aufwendungen, Kosten verteilt werden, deren Umfang nicht von vornherein gegeben ist, sondern die mit wachsenden Aufwendungen stärker als Unlustgefühl empfunden werden, und zwar mit dem Ziel einer möglichst großen Bedarfsbefriedigung*. Dies ist, wie nochmals betont sei, auch das Problem, das dem *ganzen Tauschverkehr* zugrunde liegt.

Bei dem Opfer von Sachgütern oder einer Geldmenge als Kosten aber geht man von einem *vorhandenen Vorrat* oder doch *einer angenommenen Menge* aus. Hier wird *jede Einheit gleichgeschätzt*, und zwar nach dem Nutzen, den man *opfert*, den man also *nicht mehr erzielt*, und das ist der, den man sich *mit einer weiteren verfügbaren Einheit verschaffen könnte*. Für die unanfechtbare Begründung dieser Behauptung muß ich einstweilen auf meine „Grundsätze“ verweisen.

Die Aufgabe des wirtschaftenden Menschen ist also die: Wie muß ich meine Tätigkeit einrichten, um mir mit meinen Kostenaufwendungen das höchste Maß von Nutzen, von Bedarfsbefriedigung zu verschaffen? Dafür kann man theoretisch folgenden Satz formulieren, der sowohl für Arbeitsmühe als auch für Opfer von Sachgütern oder Geld als Kosten gilt: Der Mensch wird dann wirtschaftlich handeln, wenn er seine Kosten so *verteilt, daß der Überschuß von Nutzen über die Kosten, den er mit der letzten, auf jede Bedürfnisart noch zu verwendenden Kosteneinheit erzielt, bei allen Bedürfnisarten gleichgroß ist*. Diesen *Überschuß von Nutzen über die Kosten* nennen wir *Ertrag*. Es ist natürlich zunächst genau so ein *psychischer* und daher nicht zahlenmäßig feststellbarer Begriff wie Nutzen und Kosten. Der Ertrag ist also die Richtschnur für das wirtschaftliche Handeln. Der Wirt-

schafter strebt nicht absolut nach größtem Nutzen, sondern nach größtem Nutzen verglichen mit den Kosten, und diese sind in dem primären Falle der Arbeitsmühe nicht von vornherein gegeben, sondern nehmen mit wachsenden Aufwendungen an Stärke zu. Gleichzeitig nehmen die erzielten Nutzen an Stärke ab, und der Wirtschafter muß also, wenn seine Aufwendung von Kosten beschränkt ist, jede Kosteneinheit so aufwenden, daß er mit ihr ein Maximum von noch erreichbarem Nutzen erzielt. Die Gesamtheit der Kostenaufwendungen aber muß er so verteilen, daß der Nutzenüberschuß oder Ertrag, den er mit der letzten, auf jede Bedürfnisart aufzuwendenden Kosteneinheit erzielt, bei allen gleichgroß ist. Diesen mit der letzten Kosteneinheit bei jeder Bedürfnisart zu erzielenden Ertrag, der unter Umständen in der Konsumwirtschaft, wenn er überhaupt feststellbar wäre, auch gleich Null sein könnte, nennen wir Grenzertrag, und jenes Prinzip der zweckmäßigsten Verteilung der Kosten auf die verschiedenen Bedürfnisse nennen wir Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge.

Inwieweit nun der einzelne Wirtschafter wirklich und unter allen Umständen diesem Prinzip folgt, das braucht hier nicht weiter erörtert zu werden. Das wichtigste bei der Erkenntnis dieses Prinzips, nach dem alles wirtschaftliche Handeln erfolgt, ist, daß es auch zugleich Organisationsprinzip des ganzen Tauschverkehrs, der „Volkswirtschaft" ist. Im Tauschverkehr wird jeder tätig, wendet Kosten auf zunächst für die Befriedigung des Bedarfs anderer, aber nur dann, wenn er erwartet, daß auch er sich im Wege des Tausches seine Bedürfnisse befriedigen kann, und zwar besser, als wenn er direkt für den eigenen Bedarf arbeitet. Dadurch zerfällt die wirtschaftliche Tätigkeit hier in zwei Teile, die erwerbswirtschaftliche Tätigkeit oder Erwerbswirtschaft und die Konsumwirtschaft. Der Wirtschafter erstrebt zunächst in seiner Erwerbstätigkeit einen möglichst hohen Geldertrag und verwendet ihn dann in seiner Konsumwirtschaft als Kosten nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge. Die Erwerbswirtschaft hat man bisher vom technisch quantitativen Standpunkt aus allein betrachtet und für Wirtschaft gehalten, und hat nicht genügend beachtet, daß hinter jeder Erwerbstätigkeit die Konsumwirtschaft des Wirtschaftenden steht, in der die letzten wirtschaftlichen Erwägungen stattfinden. In der Erwerbs-

wirtschaft nun sind Nutzen und Kosten sehr häufig nicht mehr Lust- bzw. Unlustgefühle, sondern es sind Geldsummen; Kosten sind solche allerdings nur dann, wenn nicht die eigene Arbeitsmühe als Kostenfaktor die Hauptrolle spielt. Ist dies der Fall, so macht der Wirtschafter eine psychische Nutzen- und Kostenvergleichung, er stellt nicht Geldmengen, sondern Bedarfsbefriedigung einerseits, Arbeitsmühe andererseits einander gegenüber. So der Arbeiter, der nur seine Arbeitskraft im Tauschverkehr verwertet. Die sogenannten selbständigen Erwerbswirtschaften, die außer eigener Arbeitsmühe des Inhabers vor allem auch „Kapital" verwenden, machen eine geldliche Nutzen- und Kostenvergleichung, Kosten sind eine Geldmenge, und an Stelle der Bedarfsbefriedigung tritt als Nutzen ebenfalls eine Geldsumme. Als Ziel einer solchen Erwerbswirtschaft, die aber nach unserer psychischen Auffassung immer nur eine Teilwirtschaft, ein Teil der eigentlichen, erst in der Konsumwirtschaft abschließenden wirtschaftlichen Erwägungen ist, erscheint dann nicht mehr Bedarfsbefriedigung, Nutzenüberschuß, Konsumertrag, sondern ein Geldreinertrag. Man darf aber nie vergessen, daß dieser in der dahinterstehenden Konsumwirtschaft dem erstrebten Nutzen psychisch gegenübergestellt wird.

Das Hauptproblem des Tauschverkehrs nun, in dem diese Trennung von Konsum- und Erwerbswirtschaft sich vollzieht, ist, wie und wodurch hier die Kostenaufwendungen bestimmt werden, da sie ja nicht mehr für die eigene Bedarfsbefriedigung erfolgen und daher nicht direkt dem erstrebten Nutzen gegenübergestellt werden können. Dieses Problem: Wodurch bestimmen sich die Kosten im Tauschverkehr? ist das Problem des Preises, das Hauptproblem der ganzen ökonomischen Theorie, von dem die bisherige Wirtschaftstheorie aber gar keine Ahnung hatte, weil sie das Angebot als gegeben annahm. Daher ist nichts so berechtigt wie meine Behauptung, daß es eine wirkliche Preistheorie bisher überhaupt noch nicht gegeben habe. Man lese nur, was bisher über das Verhältnis von Preis und Kosten gelehrt wurde. Immer wurde behauptet, daß der Preis durch die Kosten bestimmt werde, auch die sogenannte subjektive Wertlehre ist darüber nicht hinausgekommen. Aber es ist gerade das Problem, wie und in welchem Umfang Kosten auf die Beschaffung dieses oder jenes Gutes verwendet werden. Diese Kosten nennt man im Tauschverkehr das Angebot, und das Angebot, also

das Maß der Kostenaufwendung, zu erklären, ist die erste Aufgabe der Preistheorie. Und zwar ist es zu erklären gegenüber Bedürfnissen, hier Nachfrage genannt, die ebensowenig wie die Bedürfnisse in der einzelnen Konsumwirtschaft als festgegebene Größen anzusehen sind, sondern die an sich unendlich sind, aber mit wachsender Befriedigung an Stärke abnehmen. Dieses Problem, wie es nicht gegebenen, unendlich mannigfaltigen Bedürfnissen gegenüber im Tauschverkehr zu Kostenaufwendungen, zu einem Angebot kommt und wie sich daraufhin die Preise bilden, mußte der bisherigen Wirtschaftstheorie als absolut unlösbar erscheinen. Man beachte nur, wie die vielgerühmte sogenannte Preistheorie der Österreicher Angebot und Nachfrage einfach als quantitativ und zahlenmäßig gegebene Größen annimmt. Unser Problem, das wirklich dem Tauschverkehr zugrunde liegt, ist nur lösbar mit dem Ertragsgedanken, den freilich noch neuestens Theoretiker für ganz überflüssig erklärten. In Wirklichkeit aber ist er, wie auch jede Beobachtung schon zeigt, die Richtschnur für alles wirtschaftliche Handeln. Ein gewisses Minimum von Geldertrag nämlich, das ich tauschwirtschaftlichen Grenzertrag nenne, bestimmt die Kosten, die eine Erwerbswirtschaft auf die Dauer höchstens noch auf das Angebot eines Gutes oder einer Leistung aufwenden kann, und bestimmt damit den Preis dieses Gutes. Das gilt für alle im Tauschverkehr angebotenen Güter und Leistungen. So lange wenden sich also Erwerbstätige mit ihrer Arbeitskraft oder ihrem Kapital einem Erwerbszweige zu, als sie in demselben noch mindestens den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag zu erzielen erwarten. Durch das Ertragsstreben aller Erwerbstätigen vollzieht sich also auch hier ein Ausgleich der Grenzerträge bzw. es besteht eine Tendenz zum Ausgleich, der allerdings zur völligen Durchsetzung im heutigen Wirtschaftsleben gewisse Hindernisse im Wege stehen. Alle Erwerbstätigen mit geringeren Kosten erzielen über den Grenzertrag hinausgehende Erträge. Der Grenzertrag wird dann, wie alle Erwerbserträge, in der Konsumwirtschaft Einkommen und dort als Kosten geschätzt, muß also so hoch sein, um angesichts der bisherigen Preise den Beziehern die dem Kulturzustande entsprechende Lebenshaltung zu ermöglichen. Dadurch und durch die Möglichkeit, Kosten entweder auf dieses oder auf jenes anzubietende Gut zu

verwenden, hängen alle Preise zusammen. Auch das war der bisherigen Theorie, die den Preis eines Gutes aus dem Angebot von und der Nachfrage nach diesem Gut selbst allein erklären wollte, völlig unbekannt geblieben. Nennt man die Anbieter, die gerade noch jenes Ertragsminimum, den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag, erzielen, die Grenzanbieter, ihre Kosten für jede Güterart die Grenzkosten, so ist jeder Preis zusammengesetzt aus Grenzkosten plus tauschwirtschaftlichem Grenzertrag, wobei der letztere die in der ganzen Volkswirtschaft gegebene Größe ist, die überall die Kosten bestimmt und, wie gesagt, selbst eine Komponente aller Preise aller Genußgüter ist.

Das ist die bisher durchaus ungeklärte, nur mit dem Ertragsbegriff mögliche Erklärung der Beziehungen zwischen Preis und Kosten bzw. zwischen Angebot, Nachfrage und Preis. Erklärt ist damit zunächst die Entstehung des Konkurrenzpreises, der bei der heutigen, auf dem individuellen Ertragsstreben beruhenden Organisation des Tauschverkehrs der gewissermaßen reguläre, der allgemeinste, häufigste Preis ist. Wie daneben auf Grund von Vorzugsstellungen der Anbieter, beschränkten Vorkommens der Rohstoffe u. dgl. Monopolpreise in verschiedener Form zustande kommen, das habe ich einstweilen in dem Aufsatze „Konkurrenz und Monopoltheorie“ im „Archiv für Sozialwissenschaft“ auseinandergesetzt. Mit der Erklärung der Preisbildung ist auch zugleich die Einkommenslehre im wesentlichen erledigt. Da es bisher keine wirkliche Preistheorie gab, konnten auch die Einkommen nicht aus der Preisbildung, als Preise oder aus Preisen zusammengesetzt erklärt werden. Man faßte sie nicht als Geldertäge, sondern entsprechend der ganzen technisch-materialistischen Wirtschaftsauffassung als Gütermengen auf und glaubte die einzelnen Einkommensarten auf die verschiedenen „Produktionsfaktoren“ Boden, Kapital und Arbeit zurückführen und sie deren Anteil am Produktionsprozesse zurechnen zu können. Auch zur Widerlegung dieser sogenannten „Verteilungstheorie“, die im Mittelpunkt der ganzen bisherigen Wirtschaftslehre steht, muß ich auf meine verschiedenen theoretischen Arbeiten und auf mein in Vorbereitung befindliches Buch verweisen.

Das mag zur Darlegung der Grundgedanken unseres theoretischen Systems genügen. Nur eines sei noch erwähnt. Es ergibt sich aus dem Gesagten und wird auch in der Geldlehre zu-

tage treten, daß unsere Theorie viel subjektiver, individualistischer ist als alle bisherigen, die, auch wenn sie eine sogenannte subjektive Wertlehre vertraten, doch ein allgemeines Maß des Güterwertes, einen allgemeinen Ausdruck dafür finden zu können glaubten. Mit anderen Worten, sie verwechselten Wert und Preis, glaubten, daß der Preis der Ausdruck eines subjektiven Wertes sei. Das ist aber einer der fundamentalsten Irrtümer, und jedes Ausgehen von einem wie immer gearteten Wertbegriff ist unmöglich. Nur die „rein subjektive" Betrachtung der Einzelwirtschaft, nicht ein aus Nutzen und Seltenheit künstlich konstruierter Wertbegriff kann zur Erklärung der tauschwirtschaftlichen Vorgänge führen.

In neuester Zeit hat man auf Grund der offenbaren Mißerfolge der bisherigen objektiven sowohl wie subjektiven Wertlehre eine mehr „soziale" Wirtschaftstheorie, eine Annäherung der Volkswirtschaftslehre an die Soziologie empfohlen und gefordert. Aber wohlgemerkt, nur gefordert, zu einer wirklichen Erfüllung dieser Forderung sind kaum wirkliche Versuche gemacht worden. Demgegenüber habe ich in meinen methodologischen Arbeiten den Unterschied zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft und die Aufgabe der ersteren scharf abgegrenzt und gezeigt, daß eine ökonomische Theorie nur individualistisch sein kann, da der Tauschverkehr, die sogenannte „Volkswirtschaft", nicht, wie man bisher immer annahm, ein Organismus mit eigenen Zwecken ist, sondern nur die Einzelwirtschaften in ihr Zwecke verfolgen. Das Ertragsstreben der Einzelnen ist es, das den ganzen tauschwirtschaftlichen Organismus in Gang setzt und in Bewegung hält. Aus den Bestrebungen und wirtschaftlichen Erwägungen der Einzelnen sind daher alle tauschwirtschaftlichen Vorgänge zu erklären.

Das gilt auch für die Erscheinung des Geldes, und wir werden sehen, daß gerade aus der richtigen Auffassung der Funktion des Geldes in der Einzelwirtschaft unsere ganze Geldlehre und die neuen Erkenntnisse, die sie vermittelt, hervorgehen.



Zweites Kapitel

Die tauschwirtschaftliche Funktion des Geldes

Ohne die Benutzung des Geldes ist ein regelmäßiger Tauschverkehr nur in sehr beschränktem Umfange möglich. Er erfolgt vielmehr nur gelegentlich in Überschußprodukten oder in dem verabredeten Austausch von Leistungen. Die sog. Eigenwirtschaft, die Selbstherstellung weitaus der meisten Güter, wird beim Naturaltausch immer noch die Grundlage der Bedarfsversorgung bleiben. Heute aber ist, wie bekannt, der Tauschverkehr dadurch charakterisiert, daß kein Mensch mehr auch nur einen verschwindenden Teil der Güter herstellt, die er gebraucht, jeder ist auf die Bedarfsbefriedigung durch den Tausch angewiesen. Die Kehrseite davon ist, daß jeder Mensch sich auf die Herstellung und das Angebot ganz bestimmter Güter beschränkt und durch deren Verkauf erst sich die Mittel zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verschafft. So ergibt sich die vollkommene Abhängigkeit jeder einzelnen Wirtschaft von unzähligen anderen. Und es ergibt sich weiter die völlige Trennung der Wirtschaftstätigkeit der meisten Personen in zwei Teile, die wir als Erwerbswirtschaft und Konsumwirtschaft unterscheiden. Man hat diesen Unterschied in der bisherigen Theorie wohl gekannt, aber, wieder auf Grund der materialistischen Auffassung der Wirtschaft, längst nicht genügend beachtet. In der modernen Entwicklung hat sich in den Aktiengesellschaften eine völlige Selbständigmachung von Erwerbswirtschaften, eine völlige Loslösung von den Konsumwirtschaften ihrer Besitzer angebahnt, das sog. Unpersönlichwerden des Kapitals.

Das alles war nur möglich mit dem Aufkommen eines allgemeinen Tauschmittels, des Geldes. Es ist überall anerkannt, daß allgemeines Tauschmittel zu sein die wesentlichste Funktion des Geldes ist. Das Wesen des Geldes besteht also darin, daß „jeder es nimmt“. Obgleich es an sich kein Bedürfnis befriedigen kann, sucht doch jedermann es zu erwerben,

weil mit seinem Besitz heuzutage die Befriedigung aller Bedürfnisse sichergestellt ist. Jedermann erwirbt es aber nur, um es wieder auszugeben, und selbst der Geizhals, der seinen Genuß in dem Besitz des Geldes an sich, an seinem „Klingen im Kasten" findet, denkt doch letzten Endes an die Genüsse oder an die Macht, die er sich beim Ausgeben des Geldes verschaffen könnte. Ihm ist der Gedanke an die Möglichkeit, sich einen Genuß damit verschaffen zu können, selbst der größte Genuß.

Das Geld ist also allgemeines Tauschmittel. Tauschmittel ist ein Gut, das nicht um seiner selbst willen, d. h. um des Nutzens willen, den es jemand leistet, begehrt wird, sondern nur zur Vermittlung des Tausches. Es steht damit auf der gleichen Stufe wie die Kostengüter, die Güter entfernterer Ordnung, die auch nicht um ihrer selbst willen hergestellt und eingetauscht werden, sondern um sich unter ihrer Mitwirkung Genußgüter dafür zu beschaffen. Schließlich können im Tauschverkehr ja auch Genußgüter Güter entfernterer Ordnung sein, nämlich für denjenigen, der sie nicht zum eigenen Genuß, sondern für den Tausch, zum Verkauf, sich beschafft. Alle solche Sachgüter, Genußgüter oder Produktionsmittel, die für den Tausch bestimmt sind, nennen wir Waren. Und das Geld ist auch eine Ware, ja die Ware im höchsten Sinne. Denn während jedes andere Gut, sei es ohne weiteres, sei es nach erfolgter Verarbeitung, schließlich von jemand konsumiert und aus dem Tauschverkehr gezogen wird, ist das Geld eine ewige Ware. Es dient dazu, immer zu zirkulieren und den Austausch aller anderen Güter zu vermitteln. Es ist also nicht nur Tauschmittel wie alle anderen Waren, weil man sich für sie andere Güter, die man selbst schätzt, eintauschen kann, sondern es ist Tauschmittel in einem eminenten Sinne, Mittel aller Austausche; das eine Tauschgut ist heute stets Geld. Das drückt man mit der Bezeichnung allgemeines Tauschmittel aus. In diesem Sinne ist das Geld den Waren entgegengesetzt. Denn Waren sind dann diejenigen Güter, die die Erwerbswirtschaften für Geld hingeben.

Statt allgemeines Tauschmittel sagt man daher auch wohl Zirkulationsmittel, spricht von der Zirkulationsfunktion des Geldes. Doch ist das Zirkulieren ja eigentlich keine wirtschaftliche Funktion, sondern diese ist die Tauschvermittlung. Der einzelne nimmt das Geld wohl, weil jeder andere es nimmt,

das ist das Zirkulieren —, aber der Zweck, den er damit verfolgt und den die ökonomische Theorie nie aus den Augen verlieren darf, ist doch nur vergrößerte Bedarfsbefriedigung. Nur zu diesem Zweck wird es erworben, damit ist es aber auch das meistbegehrte aller Güter. Seine Beliebtheit beruht aber nur darauf, weil mit seinem Besitz heute die gesamte Bedarfsbefriedigung sichergestellt ist.

Wie diese Beliebtheit des Geldes und diese Sicherheit der Bedarfsversorgung mit seiner Hilfe aber entstanden ist, das ist eine heute noch vielerörterte Streitfrage. Es ist kein Zweifel, was insbesondere von Knapp scharf betont wurde („Die staatliche Theorie des Geldes", 1905), daß für ein bestimmtes Geldsystem der Staat festsetzt, was Geld sein soll: „Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung." Aber wenn Geld vorher unbekannt war, kann der Staat es nicht auf einmal schaffen. Geld muß sich durch wirtschaftliche Verhältnisse langsam einbürgern, kann nicht plötzlich durch die Rechtsordnung geschaffen werden. Daß gewisse Gegenstände, vermöge ihrer besonderen Brauchbarkeit dafür, schließlich allgemeines Tauschmittel werden, entwickelt sich zunächst von selbst und ganz allmählich aus dem Zustand des Naturaltausches heraus. Der Staat kann viel dazutun, indem er z. B. gewisse Güter als Mittel zu Zahlungen an sich bestimmt. Aber schließlich bestimmt der Staat doch nur ein konkretes Geldsystem. Daß sich aber überall die Edelmetalle als am geeignetsten zum allgemeinen Tauschmittel herausgestellt haben, das konnte ein Staat natürlich nicht bestimmen, das mußte sich aus den wirtschaftlichen Verhältnissen allmählich entwickeln. Und auch die Kaufkraft seines inländischen Geldes kann der Staat nicht bestimmen, sondern, wie wir sehen werden, nur indirekt beeinflussen durch Einwirkung auf die Geldmenge.

Das Geld ist also zweifellos auch eine „soziologische" Erscheinung in dem von uns abgegrenzten Sinne.*) Es erfordert ein gewisses Gleichgerichtetsein aller Einzelwirtschaften, wenn es zur allgemeinen Benutzung gewisser Güter als Tauschmittel kommen soll. Das ist nicht durch den freien Willen des Einzelnen entstanden, sondern unter Machteinflüssen. Die ökonomische Theorie braucht solche soziale Erscheinungen natürlich nicht zu

*) Vgl. dazu meine Aufsätze: „Über Objekt, Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft" in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", 1916.



leugnen, sie kann aber von ihrer eingehenderen Betrachtung absehen. Die Erklärung der tauschwirtschaftlichen Organisation, die ihre Aufgabe ist, hängt nicht ab von einer Darstellung, wie staatliche Maßregeln die Entwicklung des Geldes gefördert haben. Eine historische Darstellung, wie das Geld entstand, ist ebensowenig ihre Aufgabe wie eine Schilderung der Entwicklung des Tauschverkehrs überhaupt.

Wir haben oben das Geld als eine „ewige Ware" bezeichnet, ohne übrigens irgendwelchen Wert auf diesen Ausdruck zu legen. Denn es lassen sich in der Tat Unterschiede zwischen Geld und Ware finden, die eben in der „Zirkulationsfunktion" des Geldes ihren Grund haben. Das ist mit der Bezeichnung „ewig" aber auch vollkommen klar ausgedrückt, und gleichzeitig ist betont, daß das Geld, abgesehen davon, Kostengut, Gut entfernterer Ordnung, wie alle anderen ist. Was das für das Verständnis des Geldes, insbesondere für die große Frage der bisherigen Theorie, nach seinem „Werte" bedeutet, werden wir in den folgenden Kapiteln sehen.

Über den Charakter des Geldes als Ware ist bekanntlich schon viel gestritten worden. Wegen der Unklarheit über die allgemeinsten Grundlagen der Wirtschaft hat dieser Streit nicht zu klaren Erkenntnissen über das Wesen des Geldes geführt. Er ist im wesentlichen ein Streit um Worte geblieben. Nur um gleich anfangs einige verbreitete Irrtümer richtigzustellen, sei kurz auf einige Ausführungen von Helfferich, „Das Geld", 2. Auflage, eingegangen. Er betont (S. 4) „das fundamentale Unterscheidungsmerkmal von Geld und Ware", das eben in der „Zirkulationsfunktion" liegt. Dabei behauptet er von der Ware des Händlers: „Nur vom privatwirtschaftlichen Standpunkte aus handelt es sich hier um einen Erwerb zur Wiederveräußerung. Volkswirtschaftlich betrachtet, sind die Gewerbetreibenden und Händler nur Vermittler, welche die Güter ... ihrer endgültigen Verwendung in der Wirtschaft des Einzelnen zuführen; volkswirtschaftlich betrachtet, sind alle Verkehrsobjekte, die wir im Gegensatz zum Gelde „Waren" nennen, dazu bestimmt (!), in der Einzelwirtschaft konsumiert zu werden, während das Geld seinen Zweck erfüllt, indem es ... von Hand zu Hand geht." Das ist die der materialistischen Wirtschaftsauffassung entsprechende, nach der Feststellung des Volksreichtums fragende sog. „volkswirtschaftliche" Betrach-

tungsweise, welche im Tauschverkehr, der „Volkswirtschaft", ein Gebilde mit eigenen Zwecken sieht, für die das Geld und die Waren „bestimmt" sind. Auch privatwirtschaftlich betrachtet, sind die Gewerbetreibenden und Händler nur „Vermittler", und aus den privatwirtschaftlichen Interessen aller Konsumwirtschaften sind die wirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären. Auf den technischen Verbrauch kommt es nicht an, wirtschaftlich wird aber auch das Geld in der Einzelwirtschaft „konsumiert", während andererseits nicht technisch konsumierte Objekte wie Telegraphendrähte u. dgl. auch „Verkehrsobjekte" sind. Mit anderen Worten, eine sachliche, aus der technisch-materialistischen Auffassung geschöpfte Unterscheidung von Geld und Ware läßt sich nicht aufstellen, das Geld läßt sich, wie wir sehen werden, überhaupt nicht sachlich definieren.

Schließlich (S. 217) gibt Helfferich nur die Begründung für den „fundamentalen" Unterschied von Geld und Ware, daß im sozialistischen und kommunistischen Staate Transportmittel nicht entbehrt werden können, wohl aber das Geld. Es kommt aber eben bei wirtschaftlichen Problemen nicht auf die technische Funktion an, die hier wieder einmal mit der wirtschaftlichen verwechselt wird, sondern auf diese, und sind Transportmittel etwa keine Erwerbsmittel?

Durchaus abzulehnen ist auch ein Satz, der sich bei Helfferich findet und der, wie manche andre Stellen, eine starke Anlehnung an die staatliche Theorie bedeutet (a. a. O., S. 353): „Die Reichsgoldmünzen werden vom Empfänger nicht angenommen als Ware, die sie verkaufen wollen, sondern in ihrer vom Recht bestätigten Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel." Niemand denkt in normalen Zeiten daran, daß er und ebenso der Wirtschafter, von dem er kauft, diese Geldstücke annehmen muß, sondern jeder denkt nur daran, was er dafür kaufen kann. Und in kritischen Zeiten ist das erst recht der Fall. Man kann das Geld also sehr wohl eine Ware nennen, richtiger aber ist es bezeichnet als eine sachliche Verkörperung, wenn man will ein Symbol, einer abstrakten Rechnungseinheit, die alle Umsätze vermittelt. Davon werden wir unten sprechen.

*

Die Bezeichnung des Geldes als allgemeines Tauschmittel scheint vollkommen klar zu sein, und nach unserer psychischen

Wirtschaftstheorie, die auch das Geld nicht nur als sachliches Objekt, sondern abstrakt auffaßt, ist das auch der Fall. Nach der materialistischen Wirtschaftsauffassung, die unter Geld immer nur die realen Zahlungsmittel aus Metall oder Papier versteht, kann es aber in den Fällen nicht als Tauschmittel betrachtet werden, in denen es selbst von beiden Seiten Zweck des Tausches ist, bei der Geldleihe. Hier wird Geld hingegeben nicht gegen Waren oder persönliche Leistungen, sondern gegen Rückgabe wiederum von Geld. Es ist der Fall des Kredits im engeren Sinne. Nach unserer unten zu entwickelnden abstrakten Geldauffassung vermittelt jedoch hier das „Geld", d. h. eine abstrakte allgemeine Rechnungseinheit, ebenso Umsätze in Forderungen und Schulden, die in Geld nur verrechnet werden, wie bei dem Umsatz von Waren und Leistungen. Man erkennt aber schon, daß in diesen Fällen des Kredits unter Geld offenbar etwas ganz anderes verstanden wird als die realen staatlichen oder vom Staat autorisierten Zahlungsmittel. In unserem theoretischen System ist der Kredit, die Geldleihe, nichts anderes als eine besondere Art der Leihe überhaupt, die wiederum nur eine besondere Tauschform neben dem Verkauf von Sachgütern und persönlichen Leistungen darstellt. Nach der heute herrschenden Auffassung aber ist Kredit ein Phänomen sui generis, das man niemals unter den übergeordneten Begriff der Leihe und in ein geschlossenes theoretisches System eingereiht hat, sondern das man überwiegend juristisch definiert (siehe Ausführungen von Komorcynski und noch neuestens von Schönitz, v. Schulze-Gaevernitz, H. v. Beckerath u. a.). Näher kann darauf hier nicht eingegangen werden; es bleibt da für die ökonomische Theorie noch viel zu tun.

In den Lehrbüchern wird unter den Funktionen des Geldes, außer der als Tauschmittel, von der wir bisher gesprochen haben, und der als „Wertmaßstab", von der wir im folgenden noch sprechen, noch die als allgemeines Zahlungsmittel angeführt. Schon Hildebrand, „Die Theorie des Geldes", 1883, hat betont — ohne freilich daraus weitere Schlüsse zu ziehen, was eben mit der bisherigen Wirtschaftstheorie nicht möglich war —, daß man zum Kaufen überhaupt kein „Geld" brauche, nur zum Zahlen. Nur als Zahlungsmittel, nicht aber als Umsatzmittel sei das Geld Gegenstand eines bestimmten Bedarfs. Doch ist die Grenze zwischen Zahlungs- und Umsatzmittel flüssig. Eine

Miet- oder Pachtzinsforderung ist z. B. eine Forderung auf eine einseitige Zahlung, die aber doch auf Grund eines „Umsatzes", einer tauschwirtschaftlichen Gegenleistung verlangt wird. Abgesehen etwa von Steuerzahlungen, wo die Gegenleistung, der allgemeine Schutz durch den Staat, nicht Gegenstand des Tauschverkehrs ist, und von Schenkungen, sind so ziemlich alle „Zahlungen" auch zugleich Umsätze, Tauschverkehrsvorgänge. Auch Zahlungen können, genau wie Umsätze, verrechnet werden, müssen nicht unbedingt in den gesetzlichen Zahlungsmitteln erfolgen. Die „deklaratorische" Tätigkeit des Staates, der solche schafft, ist daher eine durchaus subsidiäre und nur juristisch bedeutungsvolle. In 99 von 100 Fällen verlangt kein Gläubiger Zahlung in gesetzlichen Zahlungsmitteln, sondern er verlangt *Erträge* in seiner Erwerbstätigkeit, mit denen er als *Einkommen* seiner Konsumwirtschaft seine Bedürfnisse befriedigen kann. Nur wenn die Stabilität der allgemeinen Rechnungseinheit erschüttert ist, was durch Manipulationen mit den staatlichen Zahlungsmitteln geschehen kann, wird unter Umständen die juristische Vorschrift, daß Zahlungen in der staatlichen Währung zu leisten sind, von Bedeutung.

In neuester Zeit hat nun eine Richtung der Geldtheorie, die „chartale", an ihrer Spitze *Knapp*, wachsenden Einfluß erlangt, die diese Funktion des Zahlungsmittels als die primäre in den Vordergrund stellt: Geld sei „ein Geschöpf der Rechtsordnung". Sie behauptet dies deshalb, weil der Staat bestimmen kann, daß Geldschulden in dem von ihm geschaffenen Gelde erfüllt werden müssen, und eventuell auf eine derartige Erfüllung geklagt werden kann, und weil ferner der Staat das von ihm geschaffene Geld auch zu Zahlungen an sich bestimmen kann. Das ist natürlich ganz zutreffend, aber es ist durchaus verkehrt, wenn nun daraus geschlossen wird, daß der Staat auch die ökonomische *Geltung* seines Geldes, seine „Kaufkraft", bestimme, daß auch sie ein Geschöpf der Rechtsordnung sei. Es bedeutet das, ganz abgesehen von grundlegenden theoretischen Irrtümern über das Wesen des Geldes und seine Stellung im Tauschverkehr, eine gewaltige Überschätzung der vom Staat geschaffenen Zahlungsmittel und deren Funktion bei einseitigen Zahlungen. Wir werden sehen, daß die Frage, *in welchem Gelde* Zahlungen geleistet werden müssen, in der Regel bei einem geordneten Geldwesen, d. h. wenn der Staat das Geldwesen nicht zu dem Zweck, sich selbst künstlich

größere Kaufkraft zu verschaffen, mißbraucht, gar keine Rolle spielt; daß die juristische Frage, in welchem Gelde Zahlungen verlangt werden können, nur dann von Wichtigkeit ist, wenn in einem ungeordneten, durch Eingriffe des Staates gestörten Geldwesen verschiedene Währungsarten mit verschiedener Geltung nebeneinander bestehen. Und auch die einseitigen Zahlungen, als welche nur Schenkungen, Strafen und Steuerleistungen nennenswert in Betracht kommen, spielen gegenüber den Fällen, wo das Geld zwischen tauschwirtschaftlichen Leistungen und Gegenleistungen, seien es persönliche, seien es sachliche, vermittelt, nur eine verschwindende Rolle.

Es ist daher auch ganz ausgeschlossen, daß die Geldwirtschaft, d. h. der Tauschverkehr unter Benützung von Geld, mit staatlichen Preisfestsetzungen seinen Anfang genommen habe. So war auch die sog. mittelalterliche Stadtwirtschaft, bei der aber auch längst nicht alle Preise obrigkeitlich festgesetzt waren, nur möglich auf Grund eines schon früher durch den freien Verkehr gebildeten Preis- und Einkommensystems. Dieses kann der Staat, die Rechtsordnung niemals aus sich selbst schaffen. Die deklaratorischen Bestimmungen des Staates über das Geld, die Verpflichtung, Zahlungen an ihn selbst und im Streitfalle Geldschulden zwischen Tauschkontrahenten in den gesetzlichen Zahlungsmitteln zu leisten, können nie ein solches Preis- und Einkommensystem herbeiführen. Er kann wohl zur Einbürgerung und Verbreitung einer allgemeinen Rechnungseinheit beitragen, aber er kann sie nicht begründen. Daß die Menschen anfangen, ihr Einkommen, d. h. was sie zu ihrer Bedarfsbefriedigung verwenden können, nicht in Sachgütern, sondern in einer „Geldsumme", in Wahrheit in einer abstrakten Rechnungseinheit zu kalkulieren, das muß sich im Laufe einer langen Entwicklung ganz allmählich von selbst vollzogen haben. Erst wenn das geschah, ist die wesentlichste Funktion des Geldes, allgemeines Rechnungsmittel, Kosteneinheit zu sein, erfüllt, erst dann kann man von einer Epoche, einem Zustand der Geldwirtschaft reden. Diesen Zustand konnte niemals der Staat von sich aus schaffen, er konnte mit Münzenprägung und Preisregelungen immer nur an die Tatsache anknüpfen, daß wenigstens ein großer Teil der Wirtschafter schon mit Preisen und mit einer Geldsumme als Einkommen rechnete. Niemals aber führt ein Staatsbefehl aus dem Zustand der Naturalwirtschaft in den

der Geldwirtschaft. Und wenn im Mittelalter viele Preise staatlich oder obrigkeitlich festgesetzt wurden, so war das nur dadurch möglich, daß schon vorher ein freier Verkehr, z. B. durch den Handel, bestand und zu Preisen und Geldrechnungen führte, daß also ein Geldtauschverkehr, eine „Geldwirtschaft" vorhanden war, welche letzten Endes aus der Römerzeit stammte und durch sie nach Mitteleuropa überliefert worden ist.

Man darf also die Bedeutung einseitiger Zahlungen, die durch den Staat in seinem Gelde erzwungen werden, für die Entwicklung des Geldes nicht überschätzen. Immerhin, wenn man glaubt, diese einseitigen Zahlungen in Geld bei der Aufzählung seiner Funktionen nicht übergehen zu dürfen, steht nichts im Wege, das Geld als *allgemeines Tausch- und allgemeines Zahlungsmittel* zu bezeichnen. Nur dürfen irgendwelche Schlüsse auf die ökonomische Natur des Geldes nicht daraus gezogen werden, daß die Rechtsordnung im Falle des Streites über die Erfüllung einer Geldforderung die Benutzung der vom Staate geschaffenen Zahlungsmittel vorschreibt. Denn der größere Teil der Umsätze erfolgt gar nicht unter Benutzung der vom Staate geschaffenen realen Zahlungsmittel, Münzen oder Papiergeld, sondern wird, wie wir sehen werden, nur in einer *abstrakten Rechnungseinheit*, dem eigentlichen Gelde, *verrechnet*.

Wir sind damit zu einer Frage gekommen, die zwar in der Geldtheorie schon oft erörtert, aber doch im ganzen stark vernachlässigt und in ihrer Bedeutung für das Wesen und die Funktionen des Geldes längst nicht genügend erkannt ist. *Dient* — so muß man sich fragen, wenn man den heutigen Tauschverkehr beobachtet — *allein das Geld, d. h. die staatlichen oder vom Staate autorisierten Zahlungsmittel, also Münzen, Papiergeld, Banknoten, zur Vermittlung der Umsätze im Tauschverkehr?* Es ist doch kein Zweifel, daß ein großer Teil der Umsätze im Tauschverkehr ohne Benutzung von „Geld" nur „ausgeglichen", kompensiert, abgerechnet wird. Es gehören dahin offensichtlich weniger die Umsätze zwischen Konsumwirtschaften und Erwerbswirtschaften, obwohl auch hier, wie bekannt, die Benutzung „bargeldsparender Zahlungsmethoden" immer mehr Platz greift und ihre Verbreitung energisch gefordert wird (Scheckwesen), als vielmehr vor allem die zahllosen Umsätze

zwischen Erwerbswirtschaften selbst, die die moderne weit vorgeschrittene Arbeits- und Berufsteilung erforderlich macht (Wechsel, Giro u. dgl.), ferner die ebenfalls zahlreichen Fälle, in denen es sich um bloße Übertragung von Forderungen auf Geld von einer Person auf die andere handelt (Kredit- und Effektenwesen). Wo bleibt in allen diesen Fällen die Verwendung des baren Geldes im Tauschwege, der staatlichen Zahlungsmittel, die doch nach aller bisherigen Geldtheorie allein Geld sind?

Diese privaten Zahlungs- und Abrechnungsmethoden, die die Benutzung der staatlichen Zahlungsmittel in vielen Fällen entbehrlich machen, werden in der bisherigen Geldlehre noch durchaus ungenügend berücksichtigt. Der Metallismus sagt einfach, sie beruhen auf Kredit, womit aber über ihre Wirkung auf die Preisbildung noch nichts gesagt ist; und darüber konnte man eben mit der bisherigen sog. Preistheorie, die den Preis als eine Gütermenge auffaßt und den Preis jedes Gutes durch seine Produktionskosten bestimmt sein läßt, nichts sagen. Aber schon die große Bedeutung, die die praktische Wirtschaftspolitik diesen Umsatzmitteln beimißt, das große Interesse, das ihrer Ausbreitung in Deutschland entgegengebracht wird, die mannigfachen Anstrengungen, die in dieser Richtung unternommen wurden, hätten die Theoretiker darauf aufmerksam machen sollen, daß diese Erscheinungen auf die Funktion des Geldes im Tauschverkehr sehr bestimmend einwirken müssen. Hier versagen aber alle Geldtheorien, die nominalistischen wie die metallistischen, vollkommen. Die ersteren erkennen diese Geldsurrogate prinzipiell nicht als Geld an, sondern behaupten, sie beruhten nur auf der Kreditierung metallischen Geldes; und was die nominalistischen Theorien darüber denken, das zeigt die neueste und verbreitetste von Knapp, die eben auch nur die staatlichen oder von ihm autorisierten Zahlungsmittel als Geld anerkennt.

Man hat die erwähnten Erscheinungen bisher immer nur unter dem Begriff „Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes“ zusammengefaßt, der aber die verschiedensten Dinge und daher die größten Unklarheiten enthält. Neben den sachlichen, realen Geldstücken aus Metall oder Papier, die die Umsätze vermitteln, gibt es noch eine Umlaufsgeschwindigkeit derselben. Der Begriff ist zunächst natürlich von der Beobachtung hergenommen, daß ein und dasselbe Geldstück nacheinander mehrere Umsätze ver-

mittelt, immer weiter zirkuliert, und daß die Schnelligkeit, mit der das geschieht, in Ländern mit sehr entwickeltem Tauschverkehr offenbar größer ist als in solchen mit geringer wirtschaftlicher Entwicklung. Weiter hat man aber auch die Benutzung bargeldsparender Zahlungsmethoden in den Begriff Umlaufsgeschwindigkeit mit hineingezogen, wobei man offenbar von der Ansicht ausging, daß solchem Verkehr immer eine gewisse Menge baren Geldes als Grundlage diene. Das gilt auch zum Teil für den Giro- und Scheckverkehr, aber sicherlich nicht für den Wechsel und auch nicht für den Abrechnungs- (Clearing-) verkehr.

Schon daraus erkennt man, daß die Berücksichtigung dieses Faktors Umlaufsgeschwindigkeit in der bisherigen Geldtheorie ungenügend ist. Man spricht gewöhnlich davon, daß sich infolge der Anwendung privater Zahlungs- und Abrechnungsmittel die Umlaufsgeschwindigkeit des eigentlichen Geldes vergrößert habe, während sie doch in Wahrheit sich damit vermindert, das einzelne Geldstück bleibt länger in den Kassen der Banken u. dgl. liegen, vermittelt weniger Umsätze. Man denkt aber dabei daran, daß jene Zahlungs- und Abrechnungsmethoden gewissermaßen Ersatzmittel des Gebrauchs von barem Gelde seien, das nur durch jene Mittel repräsentiert werde, ähnlich wie der Frachtschein die transportierte Ware repräsentiert. In Wahrheit könne nur das bare Geld die Güter kaufen, sei es, daß es selbst aus Edelmetall besteht, wie bei den Münzen, oder doch auf Edelmetall lautet, in solchem einlösbar sei, wie die Banknoten.

Das ist nun ganz offenbar nicht richtig. Wenn ich mit einem Scheck auf mein Bankguthaben zahle, und erst recht, wenn ein Kaufmann einen Wechsel zieht und dieser durch zahlreiche Hände geht, werden Umsätze ganz ohne die Benutzung des staatlichen Geldes und seines angeblich auf dem Edelmetall beruhenden Wertes erledigt. Und schon seit langem hat es den „metallistischen" Geldtheoretikern schweres Kopfzerbrechen gemacht, daß es offenbar Papiergeld und Papierwährungen gegeben hat, die in keiner Weise auf einer Einlösung in Edelmetall beruhten und doch ihre Funktion als allgemeines Tauschmittel geradesogut erfüllten wie metallische Zahlungsmittel und durch Edelmetall gedeckte Banknoten.

Es ist also zweifellos nicht richtig, daß ein allgemeines Tauschmittel ein um seiner selbst willen, um seiner sonstigen Qualitäten willen geschätztes Gut, ein Gut aus einem „wertvollen Stoff" sein

müsse, daß nur solches wirkliches Geld sei und alle übrigen Tausch- und Zahlungsmittel nur Geldsurrogate. Behauptet man das, so kommt man freilich doch gleich wieder auf Schwierigkeiten dem Wechsel, dem Giro- und Abrechnungsverkehr gegenüber. Als Geldsurrogat kann man höchstens die papierenen Zahlungsmittel, Banknoten und eigentliches Papiergeld, ansehen und müßte dazu auch die „unterwertig" ausgeprägten Scheidemünzen rechnen. Aber bloße Abrechnungsmethoden wären dann weder Geld noch Geldsurrogate.

Heute stopft man alle diese unbequemen Erscheinungen in den Allerweltsbegriff Umlaufsgeschwindigkeit. Dieser Begriff ist aber noch völlig unklar und gerade vom Standpunkt der metallistischen Auffassung in unerhörter Weise vernachlässigt. Man vergleiche nur, was die bekanntesten Lehrbücher darüber zu sagen wissen, Lexis z. B., dessen „Allgemeine Volkswirtschaftslehre" das Geldwesen besonders eingehend behandelt, gar nichts. v. Philippovich erwähnt in der ganzen Geldlehre die Umlaufsgeschwindigkeit nur bei der Erscheinung eines größeren „Geldbedarfs an den Zahlungsterminen (§ 88): Diese Verteilung der Zahlungstermine ist es, die dem Gedanken zugrunde liegt, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes eine der Ursachen der Größe des Geldbedarfs ist"!! Das ist alles, was in der ganzen Geldlehre über die Bedeutung der Tatsache gesagt wird, daß dieselbe Geldmenge in einer bestimmten Wirtschaftsperiode sehr oft Umsätze vermittelt.

Erst neuestens hat man angefangen, dem Faktor Umlaufsgeschwindigkeit bei der Frage nach der Kaufkraft des Geldes größere Bedeutung beizulegen, und hat sogar versucht, sie abzuschätzen und festzustellen (Irving Fisher, s. darüber im folgenden Kapitel).

Die Beobachtung, daß auch ein reines Papiergeld ohne jede Verknüpfung mit einem wertgeschätzten Stoffe die Funktion als allgemeines Tauschmittel erfüllen kann, hat zu verschiedenen Theorien über das Geld geführt, die wir als „nominalistische" Theorien unten besprechen und von denen besonders Knapps „Staatliche Theorie des Geldes" einen gewissen Einfluß ausgeübt hat. Aber sie alle haben das Wesen des Geldes und seine Stellung zu den privaten Zahlungs- und Abrechnungsmethoden nicht richtig erkennen können, weil sie, wenn sie überhaupt eine ökono-

mische Begründung ihrer Auffassung zu liefern versuchten, dabei doch immer noch auf dem Boden der bisherigen quantitativ-materialistischen Wirtschaftslehre standen.

Wenn nun trotz der Beobachtung einer Papierwährung, deren Kaufkraft von dem Werte irgendeines Geldstoffes völlig losgelöst ist, ja, wie bei der österreichischen Papierwährung der siebziger Jahre, über den Wert des Metallgeldes hinausgeht, so streng an der metallistischen Auffassung festgehalten wird, daß nur die in einem wertgeschätzten Stoffe verkörperten oder auf solche lautenden Zahlungsmittel Geld seien und bei Untersuchung der Geldphänomen zu betrachten sind, so erhebt sich die Frage, worauf denn diese einschränkende Auffassung des Geldbegriffs beruht. Sie ist, wie alle Irrtümer der Wirtschaftstheorie, die noch mit solcher Zähigkeit festgehalten werden, aus der historischen Entwicklung der Wissenschaft zu erklären. Zunächst entsprach sie überhaupt der quantitativ-materialistischen Auffassung, die die Wirtschaftslehre als eine Güterlehre ansah, Wirtschaft und Produktion, Wirtschaft und Technik verwechselt. Ferner aber ergab sie sich aus den praktisch-politischen Bestrebungen, aus denen unsere Wissenschaft entstanden ist, aus dem Bestreben, den „Volksreichtum“ zu vermehren. Das führte zu den bekannten Erörterungen, worin der Volksreichtum bestehe, und zu der sogenannten „volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise“, welche den Tauschverkehr unter dem Namen „Volkswirtschaft“ als eine Einheit, letzten Endes selbst als eine Wirtschaft auffaßt.*) Von diesem Standpunkte aus kam man dazu, die gesamte Gütermenge in der Volkswirtschaft der gesamten Geldmenge gegenüberzustellen, die letztere kauft die erstere — das ist die quantitativ-materialistische Wirtschaftsauffassung auf die Geldlehre übertragen. Sie führt daher hier auch den Namen **Quantitätstheorie**.

Bei der Geldmenge war nur der Faktor Umlaufsgeschwindigkeit noch zu berücksichtigen. Dann glaubte man Gütermenge einerseits, Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit andererseits einander wie die Seiten einer Gleichung gegenüberstellen zu können.

Diese Gegenüberstellung, in der eben die Quantitätstheorie besteht, hatte Bedeutung vor allem für eine der Kernfragen der Geldtheorie, für die Frage nach den Veränderungen im „**Werte**“

*) Siehe dazu meine schon genannten Aufsätze: „Über Objekt, Wesen und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft“.



oder der „Kaufkraft" des Geldes. Denn von altersher hatte man die Erfahrung gemacht, daß, wenn die Menge des Geldes stark vermehrt wurde, die Kaufkraft der einzelnen Geldeinheit sank. In dieser allgemeinen Formulierung ist gegen die Quantitätstheorie, abgesehen von der Unklarheit des Begriffs Kaufkraft, der man sich nicht bewußt wurde, auch nicht viel einzuwenden. Ihre Richtigkeit ist gar zu oft durch die Erfahrungen, die man mit der Papiergeldwirtschaft gemacht hat, bestätigt worden. Aber sie ist dann auch nichts weiter als eine Behauptung, für die eine wirkliche Erklärung, die nur aus einer richtigen Erkenntnis vom Wesen des Geldes zu gewinnen ist, noch fehlt.

Die Quantitätstheorie wird aber meist noch in der schärferen Formulierung vertreten, daß die Kaufkraft der Geldeinheit proportional der Vermehrung der Geldmenge sinke, und die neuere sogenannte „Verfeinerung" der Quantitätstheorie besteht vor allem darin, daß man den sehr unklaren Faktor Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes schärfer zu fassen versucht hat. (Siehe darüber im folgenden Kapitel.)

Wie man sie aber auch gefaßt hat, immer hat die Quantitätstheorie drei grundlegende Fehler:

1. Der eine ist die ganze objektiv-materialistische Betrachtungsweise, die dabei zugrunde gelegt ist, die Meinung, daß die Wirtschaftstheorie es mit Güterquantitäten zu tun habe, daß man Güter- und Geldmenge einander gegenüberstellen könne. Nicht um Gütermengen handelt es sich in der Wirtschaft und daher auch im Tauschverkehr, sondern um Bedarfsbefriedigung. Dies nicht nur in dem Sinne, daß es nicht allein auf materielle Güter ankommt, vielmehr mit Geld auch Millionen immaterielle Bedürfnisse befriedigt werden, die man überhaupt nicht quantitativ erfassen kann. Sondern auch deswegen muß man dem Gelde die Bedürfnisse und nicht Gütermengen gegenüberstellen, weil eine Erklärung der tauschwirtschaftlichen Vorgänge — denn darum und nicht um Quantitätsmessungen handelt es sich in der ökonomischen Theorie — ohne Zurückgehen auf die individuellen Bedürfnisse überhaupt nicht möglich ist. Sie sind die Ursache aller wirtschaftlichen Vorgänge, und auf sie sind sie zurückzuführen. Daran muß man auch in der Geldlehre festhalten, und daran sind alle bisherigen Theorien, auch die sogenannten subjektiven, gescheitert. Es ist ein ungeheurer Irrtum, zu glauben,

daß, wenn man Geldmenge und Gütermenge einander gegenüberstellt, man irgendwelche Erkenntnisse über den tauschwirtschaftlichen Mechanismus gewinnen könnte. 2. Der zweite Fehler ist der überlieferte Wertbegriff, der Gedanke, daß es möglich sei, für den Güterwert einen objektiven Ausdruck zu finden, mag man nun den Wert durch die Produktionskosten oder durch Nutzen und Seltenheit bestimmt sein lassen. Dieser Gedanke beruht immer auf einer Verwechslung mit dem Preise, auf der durchaus irrtümlichen Annahme, daß der Preis eines Gutes ein objektiver Ausdruck eines so oder so festgestellten Wertes sei. Und damit hängt der dritte Fehler eng zusammen, 3. die Annahme, daß Güter und Geldmengen, die getauscht werden, Äquivalente seien. Diese Auffassung ist zwar auch schon von der modernen subjektiven Wertlehre bestritten worden, die darauf hinweist, daß man bei jedem Tausch einen Vorteil zu erzielen versucht, das eingetauschte Gut regelmäßig höher schätzt als das hingegebene; aber auf die Geldlehre ist diese Erkenntnis noch so gut wie gar nicht angewendet worden. Hier herrscht die ebengenannte Quantitätstheorie, die Güter und Geldmenge, letztere noch multipliziert mit ihrer Umlaufsgeschwindigkeit, einander als gleiche Größen, als Hälften einer Gleichung gegenüberstellt. Gegen die Quantitätstheorie sind zwar schon oft Einwendungen erhoben worden, aber doch in der Hauptsache nur gegen zu scharfe Formulierungen, daß die Preise proportional der Vermehrung der Geldmenge steigen u. dgl. Gegen eine so allgemeine Formulierung, daß, wenn die Geldmenge stark vermehrt wird, viele Preise steigen, ist natürlich überhaupt nichts einzuwenden. Aber es ist damit auch nicht das geringste erklärt, und — was man oft in der ökonomischen Theorie verkannt hat — Erscheinungen des Tauschverkehrs zu erklären, ihre Ursachen, hier also die Ursachen von Preisveränderungen, festzustellen, das ist die Aufgabe. Ob man dann irgendwie eine Gesetzmäßigkeit zwischen Ursache und Wirkung formulieren kann, das kommt erst ganz in zweiter Linie.

Nachdem wir das vorausgeschickt haben, wird der Leser keine besondere Mühe haben, uns zu folgen, wenn wir im nächsten Kapitel die neueste „Verfeinerung", welche die Quantitätstheorie erfahren hat, kritisieren.*) Das volle Verständnis unserer Kritik

*) Im wesentlichen schon veröffentlicht in einem Aufsatz im „Bankarchiv" vom 1. Juni 1916.

wird freilich erst erzielt werden können, wenn wir unsere positive Geldtheorie entwickelt haben, welche mit ihrer ganz anderen Auffassung des Geldes am deutlichsten zeigt, wie gewaltig die bisherige Theorie des Geldes in der Irre ging.

Es handelt sich um das viel beachtete Buch des angesehenen amerikanischen Nationalökonomen Irving Fisher, „Die Kaufkraft des Geldes“, 1911, deutsche Ausgabe 1916 erschienen Wir zeigen an der Besprechung dieses Buches, was heute in der Geldlehre noch möglich ist. Denn wenn auch manche an dem Buche Fishers manches auszusetzen hatten, so ist doch eine durchgreifende Kritik der ganzen Grundanschauungen des Buches nie gegeben worden, weil sie eben mit der bisherigen allgemeinen Wirtschaftstheorie nicht möglich war, und sein Verfasser betont in der Vorrede, daß sich die erste amerikanische Auflage (1911) „in Amerika und in Europa gleich großer Zustimmung erfreut“ habe, und beruft sich auf äußerst günstige Besprechungen.

Drittes Kapitel

Die Quantitätstheorie

In der bisherigen Wirtschaftstheorie, in deren Mittelpunkt die Frage nach dem **Wert** der Güter und seinen Bestimmungsgründen besteht, hat man auch nach dem **Wert des Geldes** gefragt. Hier stehen sich zwei Richtungen gegenüber: Beruht der Wert, die Kaufkraft des Geldes auf seinem Stoff oder auf dem Werte der Güter, die man damit kaufen kann? Fisher vertritt die letztere Ansicht, die zwar auch schon von Adam Smith geäußert, aber eigentlich erst Inhalt der modernen sogenannten subjektiven Wertlehre ist. Doch auf Grund der allgemein herrschenden materialistisch-quantitativen Wirtschaftsauffassung konnte weder von den Klassikern noch von den Vertretern der neuen sogenannten subjektiven Wertlehre gezeigt werden, **wie** nun der Wert des Geldes sich aus dem Wert der Güter ableitet, die man damit kaufen kann.

Trotzdem Fisher die subjektive Wertlehre vertritt, ist er doch in der Geldtheorie **Metallist**. Die metallistische Geldlehre behauptet auf Grund der herrschenden materialistischen Wirtschaftsauffassung, daß „nur Güter gegen Güter getauscht werden könnten" und daß das Geld, um Wertmaßstab zu sein, einen eigenen Stoffwert nötig habe. Demgegenüber behauptet die **nominalistische** Theorie, daß das Geld einen eigenen, von seinem Stoffe ganz unabhängigen Wert haben könne, so daß, wie **Knapp** es ausdrückt („Staatliche Theorie des Geldes", S. 13), „die nominale Werteinheit vollständig ausreiche für Urteile über den lytrischen (d. h. in bestimmten Tauschmitteln ausgedrückten) Wert der Güter"; daß „Werturteile über ein Gut abgegeben werden können unter Benutzung der nominalen, nur historisch definierten Werteinheit". Woher die Kaufkraft einer solchen nominalen Werteinheit kommt, darüber sind sich auch die Vertreter der nominalistischen Geldlehre nicht einig. **Knapp** hat die ökonomische Beantwortung der Frage

umgangen, indem er seine Auffassung nur aus der Beobachtung tatsächlicher Papierwährungen ableitet. Im übrigen sieht er im Gelde allein das „Geschöpf der Rechtsordnung“ und in dem staatlichen Nennwertbefehl, dem Zwang, das Geld zu Zahlungen zu verwenden, die Quelle seiner Kaufkraft.

Fisher gehört nun, wie gesagt, zu denen, welche im Einklang mit der modernen, vermeintlich subjektiven Wertlehre den „Wert“ des Geldes bestimmen will durch den „Wert“ der Güter, die man dafür kaufen kann. Aber Fisher ist ein extremer Vertreter der quantitativ-materialistischen Wirtschaftslehre überhaupt und der quantitativen Geldtheorie im besonderen. Nicht der „Wert“ der Güter bestimmt den „Wert“ des Geldes — ich setze „Wert“ immer in Anführungszeichen, denn dieser Wertbegriff der heutigen Theorien ist, wie man ihn auch auffaßt, immer eine Fiktion —, sondern das Quantum anderer Güter bestimmt die Kaufkraft des Geldes. So heißt es S. 11: „Hauptaufgabe dieses Buches ist die Erklärung der Ursachen, durch die die Kaufkraft des Geldes bestimmt wird. Die Kaufkraft des Geldes wird durch die Quantitäten der Güter bestimmt, die eine gegebene Geldmenge zu kaufen vermag.“ Hier liegen gleich die verschiedenen Grundfehler, die in der Anschauung Fishers und fast aller bisherigen Nationalökonomen enthalten sind. Allerdings ist an anderer Stelle — siehe die folgenden Zitate — nicht vom Quantum, sondern vom Wert der Güter die Rede. Für ein derartiges Durcheinander, die größte Unklarheit schon in den ersten Voraussetzungen, hat Fisher nur die eine Entschuldigung, daß sie eben bisher fast allgemein üblich war. Und in der Tat kann man mit jenem „Wert“ der Güter ebensowenig zu einer Erkenntnis gelangen wie mit der Menge Güter, denn mit beiden glaubt die bisherige Theorie meßbare Größen zu haben, und das ist unmöglich.

Wie Fisher nun die übliche Gegenüberstellung von Geld- und Gütermengen vornimmt, das soll in möglichster Kürze gezeigt werden.

Die Grundlage aller Ausführungen Fishers ist die auf der strengen Quantitätstheorie beruhende sogenannte „Verkehrsgleichung“, die lautet: Gütermengen × Preise = Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit. Mit dieser Verkehrsgleichung steht und fällt das ganze Buch.

Diese Verkehrsgleichung ist ja nun keineswegs eine Erfindung Fishers, sondern sie liegt der gesamten Geldtheorie zugrunde,

die, wenn sie auch oft die Quantitätstheorie kritisierte, doch nie etwas anderes an ihre Stelle gesetzt hat. Fisher hat sie nur mathematisch weiter verarbeitet, wodurch ihre Fehler mehr hervortreten, und hat ferner ihre einzelnen Faktoren, besonders den Faktor Umlaufsgeschwindigkeit, genauer analysiert. Was er aber nicht untersucht, und zwar einfach deswegen, weil es frühere auch nicht getan hatten, ist die Möglichkeit einer solchen Gleichung. „Man erhält die Verkehrsgleichung" — heißt es S. 13 — „einfach durch Summierung der Verkehrsgleichungen aller individuellen Transaktionen. Nehmen wir z. B. an, daß eine Person 10 Pfund Zucker zu 30 Pf. pro Pfund kauft. Dies ist eine Austauschtransaktion, in der 1 Pfund Zucker als gleichwertig (!) mit 30 Pf. betrachtet wird, und diese Tatsache wird folgendermaßen ausgedrückt: 300 Pf. = 10 Pfund Zucker multipliziert mit 30 Pf. per Pfund. Jeder andere Kauf und Verkauf kann in derselben Weise ausgedrückt werden, und wenn wir diese Posten zusammen addieren, erhalten wir die Verkehrsgleichung für eine gewisse Periode in einem bestimmten Gemeinwesen." „Die Verkehrsgleichung ist einfach die Summe der Gleichungen, die alle individuellen Austausche eines Jahres ausdrücken. In jedem Kauf und Verkauf sind Geld und ausgetauschte Güter ipso facto gleichwertig (!); das für Zucker bezahlte Geld z. B. hat denselben Wert wie der gekaufte Zucker (!). Und in der großen Gesamtsumme aller Austausche eines Jahres ist der Gesamtgeldbetrag gleichwertig (!) mit dem Gesamtwert der gekauften Güter."

Das ist nun ein ganz fundamentaler Irrtum, der auch in der ökonomischen Theorie schon öfters kritisiert wurde, und es kann Fisher der Vorwurf nicht erspart werden, daß die Leichtherzigkeit, mit der er über die Grundfragen hinweggegangen ist, trotz aller Gelehrsamkeit und Gedankenarbeit, die das Buch auszeichnen, hier doch stark den Charakter der Unwissenschaftlichkeit trägt. Allerdings hat er die Entschuldigung, daß die Irrtümer, die seiner Verkehrsgleichung zugrunde liegen, noch von den meisten Nationalökonomen geteilt werden, und daß sie, wenn sie auch schon oft kritisiert worden sind, noch kaum durch bessere positive Theorien ersetzt sind. Aber das alles kann den Vorwurf nicht aus dem Wege räumen, daß das ganze Buch auf höchst angefochtenen Prämissen aufgebaut ist und daß ihre Richtigkeit nicht im geringsten geprüft wurde.

Zunächst die individuelle Verkehrsgleichung. Wenn ich mir 1 Pfund Zucker für 30 Pf. kaufe, bedeutet das niemals, daß ich beide für gleichwertig halte. Warum würde ich sie denn kaufen und nicht lieber die 30 Pf. behalten. Mit anderen Worten: Der Preis ist kein Ausdruck eines subjektiven Wertes, eine der simpelsten Wahrheiten, ohne die es überhaupt keine richtige Erkenntnis der Tauschvorgänge gibt. Sonst müßte ich ja, wenn ich gleichzeitig für eine Reise nach Berlin, für ein Buch und für ein Paar Stiefel je 20 M. gebe, alle drei für gleichwertig halten. Das ist aber nicht im geringsten der Fall. Nur die Kosten, die ich aufwende, sind gleich. Aber die ausgetauschten Güter darf man niemals ihrem Werte nach gleichsetzen, denn es gibt keinen absoluten Wert. Fisher fällt, wie so viele, namentlich die Sozialisten, in die alte Lehre vom Äquivalententausch zurück, mit der man aber niemals das Zustandekommen eines Tausches überhaupt erklären kann, weshalb z. B. A. Smith, der auch noch diese Vorstelluug hatte, einen besonderen Trieb der Menschen annahm, Güter gegeneinander auszutauschen. Güter und dafür aufgewendete Kosten, insbesondere Arbeitsmühe, Opfer anderer Güter oder Geld sind aber nie „gleichwertig". Diese Auffassung ist so oft kritisiert worden, insbesondere von der ganzen sogenannten subjektiven Wertlehre, die allerdings nicht die Konsequenzen daraus zieht, daß es kaum verständlich ist, wie Fisher sie „als eine sichere und naheliegende Voraussetzung" (S. 23) bezeichnen und näheres Eingehen auf sie unterlassen kann. Freilich würde er dann sein ganzes Buch nicht haben schreiben können.

Dasselbe gilt natürlich für die allgemeine Verkehrsgleichung, die ja einfach durch Summierung von Verkehrsgleichungen aller individuellen Transaktionen erhalten wird. Geld und ausgetauschte Güter sind nicht ipso facto (!) gleichwertig; jedermann weiß, daß weder dieselbe Geldmenge noch dieselbe Zuckermenge für jeden den gleichen Wert hat, und daher ist es eine durchaus falsche Voraussetzung, daß „in den Gesamtsummen aller Austausche eines Jahres der Gesamtgeldbetrag gleichwertig sei mit dem Gesamtwert der gekauften Güter". Man kann wohl die Tatsache, daß ein Paar Stiefel für 20 M. angeboten wird oder daß jemand ein Paar Stiefel für 20 M. gekauft hat, anschreiben: ein Paar Stiefel = 20 M., aber für den Käufer bedeutet das Kosten und für den Verkäufer (Brutto-) Nutzen,

und man darf es niemals als eine wirkliche Gleichung auffassen, nicht einmal in der einzelnen Wirtschaft, geschweige denn durch Addierung aller Güter und aller Preise im ganzen Tauschverkehr.

Die mathematischen Nationalökonomen, zu denen auch Fisher gehört, stürzen sich aber, sobald ihnen etwas vor Augen kommt, das wie eine mathematische Formel aussieht, darauf wie auf eine große Errungenschaft! Im Handumdrehen sind noch einige andere Größen so mathematisch ausgedrückt und dann ist alle Beobachtung von wirtschaftlichen Tatsachen vergessen, dann jonglieren sie mit ihren P, V, M usw. nach den Regeln der Mathematik, blind dafür, daß sie sich immer weiter von den wirklichen wirtschaftlichen Vorgängen entfernen. So auch Fisher. Er könnte höchstens sagen, daß die Summe aller Güter multipliziert mit ihren Preisen pro Einheit gleich der Summe aller Preise sei. Aber im Nu wird aus dieser „Geldseite" der Verkehrsgleichung statt Summe aller Preise gesetzt: Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit. Das ist nun natürlich keineswegs dasselbe, denn die ursprüngliche Gleichung soll ja nach Fisher eine Gleichwertigkeit enthalten. Jetzt ist aber zur Freude der Mathematiker der Faktor: Summe der Preise durch: Menge × Umlaufsgeschwindigkeit ersetzt und damit die unbequeme Beziehung zu dem freilich künstlich konstruierten Wertbegriff ausgeschaltet. In Wahrheit macht das freilich nicht viel aus. Denn schon der Gedanke der „Verkehrsgleichung" als solcher ist ein fundamentaler Irrtum, und alle die Operationen, die Fisher dann mit ihren verschiedenen Faktoren vornimmt, können das schon gänzlich Falsche kaum noch falscher machen. Und was wäre denn damit gewonnen, wenn man wirklich alle Güter und alle Preise addieren könnte?

Auch die Umlaufsgeschwindigkeit ist — das haben frühere Nationalökonomen schon richtig erkannt — nicht festzustellen, und selbst das, was als Geldmenge zu betrachten ist, ist durchaus unsicher. Wie Fisher nun mit allen diesen Größen umspringt, um sie für seine Zwecke feststellbar zu machen, das kann nur wiederum den schärfsten Widerspruch herausfordern. Einem an Exaktheit gewöhnten Naturwissenschaftler — und die mathematische Darstellungsweise legt unwillkürlich einen solchen Vergleich nahe — müßten dabei die Haare zu Berge stehen. Er verkennt damit ganz die Aufgabe und Möglichkeiten der ökonomischen Wissenschaft. Es handelt sich nicht darum, die Ursache der Preisver-

änderungen zu errechnen, sondern sie zu erklären. Kausalanalyse des wirtschaftlichen Mechanismus, das ist die Aufgabe der ökonomischen Theorie, nicht aber mathematische Operationen mit willkürlich konstruierten Zahlengrößen auszuführen.

Denn die Willkür, mit der Fisher die Faktoren seiner Verkehrsgleichung auf zahlenmäßige Ausdrücke bringt, spottet jeder Beschreibung. Zunächst und erst etwa in der Mitte des Buches (S. 183) erfährt man ganz nebenbei, daß längst nicht alle Güter in die Verkehrsgleichung aufgenommen wurden, sondern nur Waren mit Engrospreisen, also nicht alle die zahllosen persönlichen und sachlichen Leistungen, für die — man denke an Transportleistungen, Leistungen liberaler Berufe, Dienstboten, Post, Telephon, Telegraph, Beleuchtung usw. — Millionen jährlich ausgegeben werden. Ferner bleiben alle Arbeitslöhne außer Betracht. Auch Umsätze in Grundbesitz, Mieten und Pachten, Detailpreise und Wertpapiere werden ausgeschlossen, und Fisher behandelt nur die Engrospreise, die nach seiner eigenen Angabe vielleicht nur ein Fünftel aller Transaktionen bilden (S. 182). (In Wirklichkeit sicher noch erheblich weniger.) Aber diese seien besonders typisch, und er stellt eingehende Untersuchungen darüber an, wie für sie nun zweckmäßigste Indexnummern aufgestellt werden können. Er vergißt ganz, daß es sich bei seiner Verkehrsgleichung ja nicht um Typen, sondern um die Gesamtmenge der Umsätze handelt, die er der Geldmenge gegenüberstellen will. Ja, wenn man den gesamten Gütermengen ihre Preise als Äquivalent gegenüberstellen könnte, dann könnte man auch einzelne herausgegriffene Güter ihren Preisen gegenüberstellen. Aber was könnte man damit für die Kaufkraft des Geldes beweisen? Die Verkehrsgleichung, die willkürlich ausgewählte Indexnummern von Preisen mit dem „Handelsvolumen", hier natürlich auch wieder nur Sachgüter in Betracht gezogen, multipliziert und dem die Geldmenge einschließlich Depositen und Umlaufsgeschwindigkeit gegenüberstellt, ist eine Ungeheuerlichkeit.

Dazu kommt noch, daß Fisher das „Handelsvolumen" — ein fürchterliches Wort für den, der erkennt, daß das Wirtschaftsleben nicht Güterquantitäten zum Ziel hat — manchmal als Gütermenge, manchmal als Zahl der Umsätze auffaßt, was offenbar keineswegs dasselbe ist. In seiner Sucht nach festen, zahlenmäßigen Größen scheut sich auch Fisher nicht, das Handels-

volumen als eine feste Größe anzusehen. Das gilt bekanntlich nicht einmal für verkaufte Waren, geschweige denn für die zahllosen Fälle von persönlichen Leistungen, Mieten u. dgl., die die Umsätze beeinflussen. Infolgedessen scheidet z. B. der wichtige Einfluß wechselnder Ernten auf die Preise für ihn vollständig aus. Das Handelsvolumen wird nach Fisher „verändert nur durch außerhalb der Verkehrsgleichung liegenden Ursachen". Infolgedessen kümmert er sich bei den mathematischen Operationen mit seiner Verkehrsgleichung nicht darum.

Den Kernpunkt aller Irrtümer der Quantitätstheorie berührt dann die Meinung Fishers, daß Zunahme der Geldmenge oder ihrer Umlaufsgeschwindigkeit nur auf die Preise, nicht aber auf das „Handelsvolumen" wirken könne. Er glaubt also, daß z. B. die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes gesteigert werden kann, ohne daß sich die Umsätze vermehren! Diese ganze Auffassung ist die Folge der unten näher zu besprechenden Tatsache, daß man sich niemals klargemacht hat, wodurch denn eine Geldvermehrung die Preise steigert. Man hat nicht beachtet, daß es durch Steigerung der Einkommen geschieht, die neue Kaufkraft bedeutet und also auch die Umsätze vermehrt. Das nicht erkannt zu haben, dafür hat Fisher wieder nur die eine Entschuldigung, daß das seinen Vorgängern auch nicht klar geworden war. Daher ist die Voraussetzung ganz willkürlich, um nicht zu sagen sinnlos, die er (S. 119) bei seinen Schlußfolgerungen macht: „Es bestätigt sich, daß die Preise gleichmäßig mit der Geldquantität zunehmen, sofern das Handelsvolumen und die Umlaufsgeschwindigkeit unverändert bleiben." Das Handelsvolumen bleibt eben nicht unverändert, wenn die Geldmenge vermehrt wird, weil dies vergrößertes Einkommen bedeutet.

Das „Handelsvolumen", multipliziert mit dem Preise der Güter, bildet die Warenseite der Verkehrsgleichung, der dann die Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit gegenübergestellt wird. Hätte die ganze Verkehrsgleichung überhaupt nur einen Schein von Berechtigung, so müßte man natürlich alle Güter mit ihren Preisen multiplizieren. Aber wie Fisher einzelne Güterarten willkürlich herausgreift, so auch einzelne Preise, und er hat nicht einmal Sorge getragen, daß nun die ausgewählten Gütermengen mit ihren Preisen multipliziert werden. Doch ist auch dies angesichts der Grundfehler ganz nebensächlich.

Als Summe aller Preise stellt Fisher nach sehr eingehenden Erörterungen über die zweckmäßigste Auswahl der Preise Indexnummern auf, und so kommt er auch hier glücklich zu einer Zahl, einer festen Größe, die er das Preisniveau nennt. An diesen Begriff knüpfen sich nun wiederum die allergrößten Irrtümer. Fisher meint (S. 140): „Das Preisniveau ist unter normalen Verhältnissen das einzige absolut passive Element in der Verkehrsgleichung." Alle Einflüsse, die nur auf einzelne Preise einwirken, müßten das allgemeine Preisniveau unverändert lassen. S. 145/6 heißt es: „Der rückwirkende Einfluß des Preises einer Ware auf die Preise anderer Waren darf niemals aus dem Auge gelassen werden. Manche Verwirrung könnte vermieden werden, wenn jeder Versuch, direkt von individuellen Preisen zu folgern, aufgegeben würde. Fortschritte in der Produktionstechnik wirken auf die jeweilige Preislage nur insofern ein, als sie den Umfang der erledigten Geschäfte beeinflussen." „Gewerkvereine und Trusts können durch Manipulationen der Preise spezieller Waren das allgemeine Preisniveau nicht anders beeinflussen als durch Änderungen des Umsatzes. Wenn die Preise einer Ware ohne eine Verminderung ihres Umsatzes abnehmen oder zunehmen, so wird die Wirkung auf das Preisniveau durch ausgleichende Veränderungen in anderen Preisen aufgehoben." „Wenn die Arbeitnehmerverbände die Löhne zu erhöhen suchen und die Trusts die Warenpreise erhöhen, so kann allgemein die Preislage aller Waren steigen oder fallen; steigen kann sie aber nur durch eine allgemeine Abnahme der verkauften Quantitäten der Waren, der Arbeit usw., oder durch eine Zunahme von Umlaufsmitteln oder durch eine Zunahme der Umlaufsgeschwindigkeit." „Wir haben gesehen, daß das Preisniveau nicht durch individuelle Preise bestimmt wird, sondern daß im Gegenteil jeder individuelle Preis ein Preisniveau voraussetzt."

Trotzdem es richtig ist, daß ein einzelner Preis nicht von „Angebot und Nachfrage", sondern von allen anderen Preisen abhängt, ist doch der Gedanke eines „allgemeinen Preisniveaus", das nach der Methode der Indexzahlen gewonnen wird, selbst wenn diese noch so sorgfältig „gewogen" werden, für die Untersuchung von Veränderungen der Kaufkraft des Geldes und ihrer Ursachen unter allen Umständen von der Hand zu weisen. Wenn nicht eine vollkommene Assignatenwirtschaft vorliegt und in solchem

„Gelde" ausgedrückt alle Preise steigen, gibt es ein „allgemeines Preisniveau" selbst in dem Sinn nicht, daß alle Preise, wenn auch in verschiedener Stärke, sich in derselben Richtung bewegen. Selbst im gegenwärtigen Kriege, wo doch in den meisten Ländern eine viel stärkere Geldvermehrung stattgefunden hat, als sie vorher durch die Goldproduktion zu verzeichnen war, ist eine allgemeine Preissteigerung nicht vorhanden.

Was Fisher vorschwebt, ist der richtige Gedanke, daß alle Preise im Zusammenhang stehen, daß man also nicht, wie die bisherige Theorie, immer einen einzelnen Preis aus Angebot und Nachfrage nach dieser bestimmten Güterart erklären kann. Aber Fisher hat bisher keine andere Preistheorie aufgestellt, die das vermeidet, und es ist einer seiner Grundfehler, zu glauben, daß man überhaupt die Kaufkraft des Geldes ohne eine wirkliche Preistheorie untersuchen könne. Fisher ist auch hier ganz in seiner Verkehrsgleichung befangen. Es wirkt komisch, wenn er darüber triumphiert, daß denen, die behaupten, daß die Preise durch Angebot und Nachfrage bestimmt wären, „immer gerade eine Gleichung fehlt (!); die Verkehrsgleichung ist in jedem Fall erforderlich, um die Gleichungen von Angebot und Nachfrage zu ergänzen"! Die einzige Möglichkeit, wie die Preisbildung erklärt werden kann, ohne daß Angebot und Nachfrage als gegeben angenommen werden, habe ich in meiner Preistheorie in dem oben genannten Aufsatz gezeigt. Sie setzt den Ertragsbegriff, ein Minimum von Ertrag, das ich tauschwirtschaftlichen Grenzertrag nenne, voraus, also eine Vorstellung, die den Anschauungen Fishers mit seinem Äquivalenzgedanken und seinen Gleichungen diametral entgegengesetzt ist.

Der Gedanke, das aus Indexnummern gewonnene durchschnittliche Preisniveau und die Veränderungen dieses Preisniveaus bei der Erklärung benutzen zu können, wie Preissteigerungen zustande kommen, muß unter allen Umständen abgelehnt werden. Die Theorie kann nie ein durchschnittliches Preisniveau, sondern muß immer das Steigen einzelner Preise oder Gruppen von Preisen erklären. Sie stehen dann in einer richtigen Preistheorie doch mit allen anderen Preisen in Zusammenhang. Denn unter allen Faktoren, die überhaupt im Wirtschaftsleben Preisänderungen herbeiführen können, gibt es keinen, auch, wie wir noch sehen werden, die Geldvermehrung nicht, der auf alle Preise,

geschweige denn auf alle Preise gleichmäßig einwirkt. Selbst bei der starken Geldvermehrung während des Krieges sind nirgendwo alle Preise gestiegen, und von einer Verhältnismäßigkeit zwischen einer behaupteten „allgemeinen Preissteigerung“, dem „allgemeinen Preisniveau“ und dem „Handelsvolumen“ kann keine Rede sein. Der Umsatz mancher Güter ist gestiegen, der anderer gesunken. Die Preise vieler Güter sind gestiegen, die vieler anderer gesunken. Bezüglich letzterer nenne ich nur einen so wichtigen Preis wie Wohnungsmieten, auch Grundstücke, Häuser, Dienstbotenlöhne, viele Effekten u. dgl., und es würden noch viele gesunken sein, wenn sich solche Güter im freien Verkehr befänden. Aber ob das „Handelsvolumen“ und das „Preisniveau“ im ganzen gestiegen oder gesunken ist, was will das besagen? Diese Begriffe sind absolute Willkür, Phantasiekonstruktionen ohne reale Unterlage, willkürliche Additionen von Größen, die sich eben nicht addieren und auf einen zahlenmäßigen Ausdruck bringen lassen.

Daher ist das Operieren mit Indexnummern für die Feststellung der Ursachen von Preisänderungen wertlos. Diese Aufgabe ist überhaupt nur Sache der ökonomischen Theorie, kann nur allgemein theoretisch, nicht aber zahlenmäßig-statistisch gelöst werden. Insbesondere aber kann eine so rein quantitative Betrachtung wie die Multiplikation der Gütermenge mit einer Indexzahl von Preisen natürlich niemals die Ursachen der Preisveränderungen klarstellen. —

Was nun die andere Seite der Verkehrsgleichung, die Geldseite, betrifft, so ist auch da alles eitel Willkür. Und doch ist auch hier Fisher zuzugestehen, daß er die bisherige Behandlung des Gegenstandes wesentlich vertieft hat, nur eben auf der Grundlage falscher Voraussetzungen. Bisher hat man ganz roh die Geldmenge den Gütern gegenübergestellt, sich höchstens darüber gestritten, was als Geld aufzufassen sei. Den Faktor Umlaufsgeschwindigkeit hat man gelegentlich erwähnt — man vergleiche, was in den Lehrbüchern darüber zu finden ist —, aber sich um die genauere Analyse des Begriffs nicht gekümmert. Fisher will nun alles zahlenmäßig feststellen. Und zwar glaubt er, die Geldseite seiner Verkehrsgleichung erfaßt zu haben, wenn er die Geldmenge und deren Umlaufsgeschwindigkeit feststellt. Wie das geschieht, näher zu erwähnen, hat keinen Zweck, da doch alle Voraussetzungen dafür falsch sind. Es ist eben klar, daß mit der

Geldmenge und Depositenmenge und ihrer Umlaufsgeschwindigkeit längst nicht alle Umsätze erfaßt sind. Wechsel, Giro und Clearing vermitteln ebenso Umsätze, wirken also auf die Umlaufsgeschwindigkeit, wenn man überhaupt die realen Zahlungsmittel zugrunde legen will. Fisher geht von der Annahme aus, daß jedes Gut nur einmal verkauft werde. Dem liegt vielleicht unklar die Empfindung zugrunde, daß die Einkommen es sind, welche die Güter kaufen, und daß man daher die Kaufkraft des Geldes von der Schätzung der G e n u ß g ü t e r abzuleiten habe, die mit dem Einkommen gekauft werden (s. darüber unten). Aber in Fishers Theorie der Gegenüberstellung aller Umsätze mit der Geldmenge paßt das nicht im geringsten; da hätte, wenn nicht schon so alle Voraussetzungen falsch wären, auch sozusagen die „Umlaufsgeschwindigkeit der Güter" berücksichtigt werden müssen.

Die Begründung für die alleinige Berücksichtigung der Depositen neben der Geldmenge, die völlige Außerachtlassung von Wechseln, Giro und Clearing und der dadurch betätigten Umsätze ist jedenfalls ganz unhaltbar; ebenso die Begründung für die Behauptung, daß zwischen Geld- und Depositenmenge ein festes Verhältnis bestehe, weil für letztere Reserven in Geld erforderlich seien (S. 128). So ist nicht schwer einzusehen, daß die umfassenden Berechnungen Fishers über die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und der Depositen für das, was er damit beweisen will, jeder Bedeutung entbehren. Er kommt für das Geld zum Resultat, daß jeder Amerikaner in jedem Moment durchschnittlich 15 Dollar im Besitz habe und sie 15 Tage in der Tasche behalte, also ungefähr 1 Dollar täglich ausgebe. Die Zuverlässigkeit dieser Berechnung kann man daraus erkennen, daß sein Kollege, Prof. Kemmerer, die Umlaufsgeschwindigkeit bei derselben Berechnungsmethode nur auf 1:47 berechnet hatte.

Nach Fisher sind in den Vereinigten Staaten „die Preise von 1896 bis 1909 ungefähr um zwei Drittel gestiegen. Dies geschah trotz der Verdoppelung des Handelsvolumens und infolge 1. einer Verdoppelung des Geldes, 2. einer Verdreifachung der Depositen und 3. und 4. leichten Wachstums der Umlaufsgeschwindigkeit" (S. 751). Das Anwachsen der Depositen sei von geringer Bedeutung, denn sie steigen und fallen mit dem im Umlauf befindlichen Gelde. „Wenn also die Depositen zwar ebenso schnell und nicht schneller wie das Geld zugenommen hätten, so

wäre die ganze Zunahme dem Gelde allein beizumessen. In diesem Falle wäre keinerlei Anteil an der Preissteigerung einer Zunahme in den Depositen zuzuschreiben, denn ohne die durch die Zunahme am Gelde veranlaßte Preiserhöhung hätte es keine solche gegeben."

Man erkennt auch hier die mathematische Gegenüberstellung ganz fiktiver zahlenmäßiger Größen, die Fisher sich willkürlich errechnet hat. Dabei entwickelt er freilich größte Sorgfalt im Detail, aber was hilft sie angesichts der falschen Voraussetzungen? Man kann die aufgewandte Mühe und den nicht geringen Scharfsinn nur bedauern. In dieser Hinsicht ist Fishers Buch einem anderen Werk der nationalökonomischen Theorie an die Seite zu stellen, das gerade auch in Amerika größten Anklang gefunden hat, Böhm-Bawerks „Kapital und Kapitalzins", das auch trotz größten Scharfsinns und der eingehendsten Erörterungen vieler Einzelheiten an leichtsinnig angenommenen und nicht genügend durchdachten falschen Voraussetzungen gescheitert ist. —

Doch betrachten wir noch die allgemeinen Resultate, zu denen Fisher gelangt. Er führt aus (S. 118/119):

„Die Kaufkraft des Geldes ist das Resultat von fünf, und zwar nur fünf Ursachenkomplexen, nämlich: Geld, Depositen, deren beiderseitiger Umlaufsgeschwindigkeit und Umfang des Handels. Diese Ursachen und ihre Wirkung, die Preise, sehen wir durch eine Gleichung verbunden, welche wir die Verkehrsgleichung nannten. Wir haben gefunden, daß die fünf Ursachen ihrerseits selbst Wirkungen tiefer liegender Ursachen sind, welche völlig außerhalb der Verkehrsgleichung liegen, und zwar in folgender Weise: Der Umfang des Handels wird erhöht und daher das Preisniveau entsprechend erniedrigt durch die veränderten Bedürfnisse des Menschen, durch erhöhte Spezialisierung in der Industrie und durch Verbesserung im Transportwesen. Die Umlaufsgeschwindigkeit wird erhöht und das Preisniveau zu einem Steigen veranlaßt durch Unwirtschaftlichkeit, durch Ausdehnung des Buchkredits und durch beschleunigten Transport. Die Quantität des Geldes wird erhöht und dementsprechend auch das Preisniveau unmittelbar durch den Import sowie das Prägen von Geld, mittelbar aber durch die steigende Produktion des Geldmetalls; durch den Bimetallismus, der ein anderes, und zwar anfangs billigeres Geldmetall einführt, oder durch die Ausgabe von Banknoten und anderem Papiergeld. Durch Ausdehnung des Banksystems sowie

durch Ausdehnung des Buchkredits wird die Quantität der Depositen erhöht und folglich auch das Preisniveau gesteigert. Die entgegengesetzten Ursachen bringen natürlich entgegengesetzte Wirkungen hervor."

Also nur fünf Ursachenkomplexe wirken direkt auf das Preisniveau ein, alle anderen Ursachen nur indirekt durch diese hindurch. Infolgedessen kommt Fisher dazu, den Einfluß von Schutzzöllen, von Steuern, auch von monopolistischen Organisationen, wie Gewerkvereinen, Kartellen und Trusts, auf die Preise so gut wie ganz zu ignorieren. Er behauptet nämlich, auch hier nur in ganz oberflächlichen Erörterungen, daß „Trusts durch Manipulation der Preise spezieller Waren das allgemeine Preisniveau nicht anders beeinflussen können als durch Änderungen des Umsatzes". Also, wenn der Absatz einer Ware bei erhöhten Preisen sich nicht vermindert, ist das nur möglich, weil andere Waren im Preise gesunken sind. „Änderungen in Teilen des Preisniveaus können nur auf Kosten der entgegengesetzten Änderungen in anderen Teilen stattfinden" (S. 146). So kommt er auch in der wichtigen Frage der Einwirkung technischer Fortschritte, billigerer Produktionsmethoden, die ebenfalls nur ganz flüchtig gestreift sind, zu dem Schlusse: „Fortschritte in der Produktionstechnik wirken auf die jeweilige Preislage nur insofern ein, als sie den Umfang der erledigten Geschäfte beeinflussen."

Das alles ist die Folge der materialistisch-quantitativen Auffassung, die mit „Handelsvolumen", Geldmengen usw. als mit fixen, durch die Verkehrsgleichung verbundenen Größen rechnet. Diese Elemente variiert Fisher, darüber hinaus kennt er nichts und verschließt sich allen Beobachtungen gegenüber durch Berufung darauf, daß diese Momente außerhalb seiner Verkehrsgleichung liegen. An die Spitze seines ganzen Buches könnte man als Motto den Spruch setzen: Quod non est in aequatione, non est in mundo.

Mit Recht bemerkt W. Eggenschwyler in seiner Kritik des Buches, „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" (Bd. 36, S. 560), der ich in allen wesentlichen Punkten beistimme,*) daß

*) Nur fehlt auch Eggenschwyler die theoretische Grundlage für eine positive andere Auffassung über die Kaufkraft des Geldes, die durch die psychische Wirtschaftsauffassung und die enge Beziehung zum Einkommen herbeigeführt wird.



danach der Staat ein sehr einfaches Mittel in der Hand hätte, um der allgemeinen Teuerung zu begegnen. Er braucht dann nur durch Zölle oder andere Abgaben eine bestimmte Gruppe von Gütern zu verteuern, und sogleich werden alle nicht betroffenen Güter dem Gleichgewicht zwischen Geldniveau und Geldumlauf zuliebe im Preise sinken.

Über die „indirekten Einflüsse auf die Kaufkraft", die im 5. bis 7. Kapitel erörtert werden, sagt Fisher folgendes: Handelsumfang, Quantitäten des Geldes und der Depositen und ihre Umlaufsgeschwindigkeiten „sind die alleinigen Einwirkungen, welche das Preisniveau **direkt** treffen können. Alle anderen Einflüsse auf die Preise müssen sich durch diese fünf geltend machen". Die äußeren Einwirkungen, die den Umfang des Handels und durch ihn das Preisniveau berühren, sind:

„1. Verhältnisse, welche die Produzenten berühren.
 a) Geographische Unterschiede in natürlichen Hilfsquellen,
 b) die Arbeitsteilung,
 c) die Kenntnis der Produktionstechnik,
 d) die Akkumulation des Kapitals.

2. Verhältnisse, welche die Konsumenten berühren.
 a) Die Ausdehnung und Verschiedenheit der Bedürfnisse des Menschen."

Darüber sagt Fisher nur (S. 62): „Die zu einer Erhöhung des Handels führende Zunahme der Bedürfnisse trägt zu einer Erniedrigung des Preisniveaus bei. Die Geschichte lehrt, daß in neuerer Zeit durch Erfindungen, Erziehung usw. eine große Vermehrung und Vervielfältigung der Bedürfnisse des Menschen und daher eine Zunahme des Handels herbeigeführt worden ist. Infolgedessen ist aus dieser Ursache eine Tendenz zum Sinken der Preise herzuleiten." Das ist alles!

Fisher fährt dann fort:

„3. Verhältnisse, die Produzenten und Konsumenten verknüpfen.
 a) Verkehrsmittel,
 b) relative Handelsfreiheit,
 c) Charakter des Geld- und Banksystems,
 d) Geschäftsvertrauen."

Es ist kein Zweifel, daß für eine richtige Theorie der Preisveränderungen die wichtigsten Ursachen bei Veränderungen der Bedürfnisse und der Kosten (Produktionstechnik, Ernten, abnehmender Bodenertrag usw.) liegen. Alle diese Probleme werden auf $2^1/_2$ Seiten abgemacht! Jede weitere Bemerkung ist überflüssig.

Auf die Umlaufsgeschwindigkeit sollen einwirken: 1. Gewohnheiten des Individuums, 2. Zahlungssysteme in dem Gemeinwesen, die dann beide noch in dreifacher Weise weiter spezialisiert werden, und 3. Allgemeine Ursachen, wozu Bevölkerungsdichte und Transportschnelligkeit gerechnet werden.

Die Einwirkungen auf die Quantität des Geldes (6. Kapitel) „können wie folgt klassifiziert werden: 1. Einwirkungen, die durch den Export und den Import von Geld hervorgebracht werden; 2. Einwirkungen, die durch das Einschmelzen oder das Prägen von Geld verursacht werden; 3. Einwirkungen, die durch die Produktion und den Verbrauch von Geldmetallen herbeigeführt werden; 4. Einwirkungen des Geld- und Banksystems, die den Gegenstand des 7. Kapitels bilden".

Alle diese teilweise sehr eingehenden Untersuchungen enthalten bestenfalls ein interessantes Material, das aber erst Wert gewinnt und in seiner Bedeutung richtig gewürdigt werden kann in einer richtigen Theorie über die allgemeinsten Grundlagen der Kaufkraft des Geldes. Angesichts der fundamentalen Irrtümer des Verfassers darüber und der Tatsache, daß er über die Hauptpunkte: Einkommensverschiebungen durch Veränderungen in den Bedürfnissen oder in den Kosten auf Grund seiner Verkehrsgleichung vollkommen stillschweigend hinweggeht, bleiben diese Untersuchungen einstweilen bedeutungslos. Von einem richtigen Gesichtswinkel aus betrachtet, kann manches davon vielleicht später einmal bei detaillierter Ausarbeitung der Geldtheorie von Interesse sein.

S. 119/120 werden die Ergebnisse folgendermaßen zusammengestellt: „So finden wir hinter den fünf Ursachenkomplexen, welche einzig und allein die Kaufkraft des Geldes unmittelbar bestimmen, über ein Dutzend mittelbarer Ursachen ... Am Schlusse wie am Anfang unserer Untersuchung tritt die Verkehrsgleichung als der letzten Endes entscheidende Faktor der Kaufkraft des Geldes hervor (!). An der Hand dieser Gleichung sehen wir, daß regelmäßig die Quantitätsschwankungen der Depositenumlaufsmittel direkt mit

denen des Geldes parallel laufen, und daß daher die Verhältnisse ... durch die Einführung von Depositen nicht gestört werden, d. h. es bestätigt sich, daß 1. die Preise gleichmäßig mit der Geldquantität variieren, sofern das Handelsvolumen und die Umlaufsgeschwindigkeiten unverändert bleiben; daß sich 2. die Preise direkt wie die Umlaufsgeschwindigkeiten verändern, sofern ihrerseits die Quantität des Geldes und der Umfang des Handels unverändert bleiben, und daß sich 3. die Preise im umgekehrten Verhältnis zum Handelsumfang verändern, vorausgesetzt, daß die Quantität des Geldes — und folglich auch der Depositen — und deren Umlaufsgeschwindigkeiten unverändert bleiben!"

Diese Ergebnisse der „Verkehrsgleichung" sind absolut wertlos, weil, wie schon die einfachste Beobachtung zeigt, die Voraussetzungen, die sie machen, im Wirtschaftsleben nicht zutreffen und niemals zutreffen können. Sehen wir ganz von Fall 2: Umlaufsgeschwindigkeit ab, die doch nicht feststellbar ist, so bleibt zu 1 zu sagen: wenn die Geldmenge steigt, so bleibt das „Handelsvolumen" niemals unverändert, weil eben eine Vergrößerung der Geldmenge, mindestens, sofern sie einen einigermaßen nennenswerten Betrag ausmacht, regelmäßig vergrößerte Kaufkraft, gesteigerte Einkommen, bedeutet, zunächst des Staates, der die Geldmenge vermehrt, dann der Einzelwirtschaften, die die Güter liefern, zu deren Beschaffung der Staat die Geldmenge vermehrt hat. Und zu 3 ist zu sagen: Obwohl sich sicher der „Handelsumfang" oder — um diesen ganz unklaren Begriff zu vermeiden — die Menge der großen Mehrzahl von Gütern, die im Deutschen Reiche gebraucht werden, in den letzten 40 bis 50 Jahren mehr als verdoppelt hat, unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß die Preise sich nicht um die Hälfte vermindert hätten, wenn die Geldmenge und ihre Umlaufsgeschwindigkeit gleichgeblieben wären. Vielmehr zeigt die Beobachtung, daß die einzelnen Preise sich ganz verschieden bewegen, und diese „Zerstreuung" der Preise, mit der sich auch Fisher beschäftigt, lehrt schon, sobald man nur ihre Ursachen ein wenig eingehender und ungestört durch die trübe Brille der Verkehrsgleichung prüft, daß für quantitative Vergleiche mit der Geldmenge ein einheitliches, aus Indexnummern konstruiertes „Preisniveau" daraus nicht abgeleitet werden kann. Denn wenn diese Indexnummern noch so schön „gewogen" werden, die Veränderungen der subjektiven Bedarfsempfindungen kann man nicht

wiegen. Aus ihnen aber und ohne die Beschränkung auf materielle Güter und die Betrachtung ihrer Quantitätsverhältnisse sind die tauschwirtschaftlichen Vorgänge zu erklären.

Wir leugnen daher durchaus und glauben, in der hier geforderten Kürze den Nachweis ihrer Unrichtigkeit geliefert zu haben, zwei von den drei „Behauptungen" Fishers (S. 128): „die Verkehrsgleichung" und „daß die Umlaufsgeschwindigkeiten oder die Handelsmenge unter normalen Verhältnissen durch ein Zunehmen der Geldmenge nicht beeinflußt werden". Und wenn Fisher weiter sagt: „Es ist deshalb so viel Sorgfalt darauf verwendet worden, diese Theorien aufzustellen ..., weil es nichts Geringeres als einen Skandal in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft bedeutet, wenn über einen so grundlegenden Satz Anlaß zum Streite bestehen sollte," so können wir, wie schon betont, diese Sorgfalt nicht im mindesten anerkennen.

Wir können auch nur aufs schärfste dem Satz entgegentreten (S. 128): „Die Quantitätstheorie beruht auf Wahrheit ... in dem Sinne, daß eine der normalen Wirkungen einer Quantitätsvermehrung des Geldes eine genau proportionale (!) Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus ist." Wie Fisher, wenn er es wirklich mit der „Sorgfalt" bei seiner Arbeit ernst meinte, nicht nur im nebensächlichen Detail, sondern auch bei seinen Voraussetzungen zu einem solchen Ergebnis gelangen, und wie er die wirklichen Ursachen der Preisveränderungen so völlig und geradezu absichtlich von seinen Untersuchungen ausschließen konnte, ist uns unerfindlich. Und ebenso ist es uns unverständlich, wie der Verfasser mit nur ein wenig unvoreingenommener Beobachtung der Tatsachen zu dem Schlußergebnis gelangen konnte, das er (S. 255) so ausspricht: „Wir können also mit großer Zuverlässigkeit schließen, daß in der Hauptsache die Zunahme in den Goldbeständen der Welt für das Steigen der Weltmarktpreise verantwortlich zu machen ist." Es sind in der Nationalökonomie schon die unglaublichsten Theorien behauptet und wissenschaftlich zu beweisen versucht worden. Aber wohl noch nie hat man auf Grund falscher theoretischer Voraussetzungen einer Behauptung, man könnte auch sagen, einer vorgefaßten fixen Idee durch ein großes statistisches Material den Anschein eines wissenschaftlich exakt geführten Beweises zu geben sich bemüht und sich dabei so weit wie hier von den Tatsachen und der Beobachtung des wirtschaftlichen Lebens

entfernt. Das Buch eines so angesehenen Gelehrten wie Fisher wird später einmal als ein Dokument dafür angesehen werden, was zu Anfang des 20. Jahrhunderts bei größtem Scharfsinn und eindringendster Gedankenarbeit in der ökonomischen Theorie noch möglich war.

Fisher hat die quantitativ-materialistische Auffassung, die ja die ganze bisherige Wirtschaftstheorie erfüllte, in der Geldlehre ins Extrem getrieben. Er hat denjenigen, denen nicht durch diese Betrachtungsweise schon der Blick für die tatsächlichen Verhältnisse im Wirtschaftsleben verloren gegangen ist, aufs deutlichste gezeigt, wohin man mit ihr gelangt, zu welch weltfremden, unwirklichen Konstruktionen sie führt. Wir wollen nun versuchen, auf Grund unserer neuen Wirtschaftsauffassung, die im Wirtschaften nicht die Sachgutbeschaffung, sondern etwas Psychisches, bestimmte Erwägungen, nämlich Nutzen- und Kostenvergleichungen erblickt, auch die Gelderscheinungen besser zu verstehen. Zu diesem Zweck müssen wir auch das Geld und seine Funktionen viel schärfer, als es bisher geschehen ist, in den Einzelwirtschaften, besonders in den einzelnen Konsumwirtschaften, zurückverfolgen und sehen, wie sich der einzelne Mensch dem Geld gegenüber verhält. Das ist bisher entsprechend der allein auf das „Volkswirtschaftliche" gerichteten Entwicklung unserer Wissenschaft nur durchaus ungenügend geschehen, der unselige Wertbegriff hat da zu durchaus unzutreffenden Behauptungen geführt; wir müssen auf Grund der psychischen Wirtschaftsauffassung durchaus von neuem aufbauen. So wollen wir im folgenden Kapitel die *innerwirtschaftliche* Funktion des Geldes betrachten.

Viertes Kapitel

Die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes

1. In der Konsumwirtschaft

Wir haben das Geld bisher nur als allgemeines Tauschmittel kennen gelernt. Als solches ist es stets das eine Tauschgut. Der Tausch gilt als vollendet, wenn der eine dem andern das Tauschgut, dieser jenem das Tauschmittel übergeben hat. Wenn dieser das Geld wieder fortgibt, um sich Güter dafür zu kaufen, so ist das Gegenstand eines neuen Tausches. So wird das Geld selbst eine ewige Ware, bleibt aber immer ein Gut entfernterer Ordnung, das letzten Endes zur Beschaffung von Genußgütern dient.

Der Ausdruck: allgemeines Tauschmittel bezeichnet aber nur die tauschwirtschaftliche, die „soziale" Vermittlungsfunktion des Geldes. Wie gesagt, müssen wir aber, entsprechend der Aufgabe der ökonomischen Theorie, die tauschwirtschaftlichen Erscheinungen auf die Bedarfsempfindungen der Einzelwirtschaften zurückzuführen, auch beim Gelde *seine Funktion innerhalb der Einzelwirtschaft* feststellen, es sozusagen auch *individualistisch* definieren. Das hat auch die bisherige Wissenschaft schon erkannt, freilich nicht im Zusammenhang einer Erklärung des tauschwirtschaftlichen Mechanismus überhaupt, sondern auf Grund der speziellen, verhältnismäßig weit ausgebauten Geldtheorie. Entsprechend dem bisher das Zentrum aller ökonomischen Erörterungen bildenden *Wert*begriff hat sie demnach das Geld als *allgemeinen Wertmaßstab* bezeichnet.

Das ist nun, wie ja der Wertbegriff überhaupt, ein so vieldeutiger Ausdruck, daß damit wohl etwas Richtiges gemeint, es aber ebensogut auch vollkommen mißverstanden werden kann. Und das letztere ist auch infolge der ganzen objektiv-materialistischen Grundlage der Wissenschaft der Fall gewesen. Obwohl man in neuerer Zeit die alte objektive Werttheorie immer mehr

durch eine subjektive zu ersetzen versuchte, sind doch alle ökonomischen Richtungen bisher darin einig geblieben, im Gelde und im Preise einen objektiven Wertausdruck zu erblicken. Bisher hat man immer den Geldausdruck, z. B. 10 M., als objektiven Ausdruck eines subjektiven Wertes und daher rein quantitativ betrachtet. Ja, die ganze materialistisch-quantitative Auffassung, die die Wissenschaft von jeher beherrscht, hat offenbar von dieser anscheinenden Objektivität der Geldausdrücke ihren Ausgangspunkt genommen. Nur vom Gelde her ist der Gedanke eines objektiven Tauschwertes, der in der Wissenschaft eine so verhängnisvolle Rolle spielt, überhaupt verständlich.

In allen Kontroversen über die subjektive oder objektive Wertlehre, wie sie namentlich in den 80er und 90er Jahren zwischen Menger, Böhm-Bawerk, Wieser, Dietzel, Scharling, Neumann u. a. ausgefochten und dann besonders von den amerikanischen Nationalökonomen fortgesetzt wurden, war es doch allgemein anerkanntes, von keiner Seite bestrittenes Axiom, daß der Winterrock — das war das damals viel gebrauchte Beispiel —, den jemand für 50 M. kauft, von ihm = 50 M. geschätzt würde. Der objektive Geldausdruck 50 M. wurde also zugleich als objektiver Ausdruck eines subjektiven Wertes aufgefaßt, und dabei ist es bis zu meiner Preistheorie, die das bestreitet und den Fehler nachweist, im wesentlichen geblieben.

Diese Auffassung bedeutet aber, wie schon gesagt, daß man den Gelderscheinungen gegenüber von der alten Äquivalenztheorie beim Tausch, die auch sonst immer wieder hervortritt, nicht loskommen konnte. Zwar wird prinzipiell überall zugegeben, daß man beim Tausch einen Vorteil erzielen will, aber den Gelderscheinungen, den Preisen und Einkommen gegenüber wird das regelmäßig vergessen. Der Preis gilt als ein allgemeiner, objektiver Ausdruck der Kosten bei den Verkäufern, den Erwerbswirtschaften, und als ein allgemeiner, objektiver Ausdruck des „Wertes" bei den Käufern, den Konsumwirtschaften.

Wegen dieses Festhaltens an der Vorstellung eines objektiven Tauschwertes ist keine der bisherigen Theorien „rein subjektiv". Es wird wohl gelegentlich in der Geldlehre betont, daß jeder das Zwanzigmarkstück, das er besitzt, verschieden schätzt, aber auf die Tausch- und Preistheorie ist diese Erkenntnis nie übertragen worden. Man spricht immer noch von Tauschwert, ganz

einerlei, ob man ihn mit dem Preise indentifiziert oder einen Unterschied festzustellen sucht, und auch die weiteren Unterscheidungen von subjektivem und objektivem Tauschwert haben keine Klarheit zu bringen vermocht, einfach deswegen nicht, weil eben der ganze übliche Wertbegriff ein Irrtum ist. Man verkennt, daß es auf den Wert im Sinne der herrschenden Theorie, als einer Funktion von Nutzen und Seltenheit, überhaupt nicht ankommt, und daß insbesondere diese Tauschwertbegriffe mit den wirklich entscheidenden wirtschaftlichen Grundbegriffen Nutzen und Kosten nichts zu tun haben. Lassen wir den Tauschwert daher, wie den Wertbegriff überhaupt, ganz aus dem Spiel. —

Was bedeutet das Geld in der einzelnen in den Tauschverkehr verflochtenen Wirtschaft? Was ist, wie wir es ausdrücken wollen, die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes? Ein möglichst hoher Geldertrag ist zweifellos das Ziel der Erwerbswirtschaften. Er wird Einkommen der hinter ihnen stehenden Konsumwirtschaften und wird als solches für die Beschaffung der Genußgüter ausgegeben. Geldertrag und Einkommen, das sind in der Tat die beiden innerwirtschaftlichen Begriffe, die spezielle Beziehungen der einzelnen Wirtschaften zum Tauschverkehr mit Geld bezeichnen. Wie steht nun das Geld mit den Nutzen- und Kostenvergleichungen im Zusammenhang, in denen wir den Inhalt alles Wirtschaftens erkannt haben? Betrachten wir da zunächst die Funktion des Geldes in der Konsumwirtschaft näher. Die Geldausdrücke, die Preise, in denen die Konsumwirtschaften ihr Einkommen ausgeben, bedeuten für sie Kosten, und damit ist auch das Geld in seiner innerwirtschaftlichen Funktion in der Konsumwirtschaft an diesen einen Grundbegriff aller Wirtschaftstheorie angeknüpft. Auch das Geld muß selbstverständlich, wenn man den tauschwirtschaftlichen Mechanismus aus den subjektiven Erwägungen der einzelnen Wirtschaftspersonen ableiten will, auf die allgemeinsten ökonomischen Begriffe zurückgeführt werden, und das geschieht eben, indem man seine innerwirtschaftliche Funktion untersucht. Das Geld ist dann ebenso wie Produktionsmittel und Waren Kostengut. Ob man ein Gut bei der Produktion opfert: Produktionsmittel, oder als Tauschgut hingibt: Ware, oder als bloßes Tauschmittel: Geld; das Opfer geschieht immer mit Rücksicht auf ein zu erzielendes Mehr an Genuß, den Konsumertrag,

und von diesem Ertrag leitet sich die Bewertung der Kostengüter ab, d. h. er bestimmt, wieviel Arbeitsmühe und Opfer auf sie verwandt werden können.

Das Geld ist also auch ein Kostengut, und damit ergibt sich auch ihm genüber genau derselbe Gegensatz, der unsere Theorie von der bisherigen materialistischen scheidet. Während diese bei der Betrachtung der Gütermengen und auch der Geldmengen stehenblieb, muß unsere psychische Auffassung der Wirtschaft auch bei den Geldausdrücken konsequent auf die dahinter stehenden psychischen Erwägungen zurückgehen. Mit anderen Worten, wir dürfen nicht, wie die materialistische Theorie, bei den Kostengütern stehenbleiben, sondern müssen an die Kosten anknüpfen, d. h. an einen Schätzungsbegriff, Unlustgegefühle, Arbeitsmühe, Opfer. Das gilt auch den Gelderscheinungen gegenüber, und in dieser konsequenten Anwendung der psychischen Betrachtung auch auf die Geldausdrücke liegt einer der fundamentalen Unterschiede unserer Theorie gegenüber den bisherigen.

Kosten ist, wie wir wissen, ein psychischer Begriff, er muß dem Genuß, den erstrebten Bedürfnissen gegenübergestellt werden. Daher wird das Geld innerhalb der Konsumwirtschaft als Kostengut geschätzt, und zwar geschieht diese Schätzung genau nach dem, was wir im ersten Kapitel über die Schätzung der Kostengüter überhaupt gesagt haben. Das Geld wird in der Konsumwirtschaft als Kostengut geschätzt nach dem mit einer weiteren Einheit zu erzielenden Nutzen. Die verfügbare Geldmenge kommt also für die Schätzung des Geldes als Kostengut in der Konsumwirtschaft in Betracht. Diese verfügbare Geldmenge nennt man Einkommen. Der einzelne Wirtschafter schätzt also — das ist eine schon lange bekannte Tatsache, die man nur nicht konsequent beachtete, in der sich aber die Richtung unserer Kostenlehre ausspricht — das „Geld" nach der Größe seines Einkommens. Er schätzt es als Kosten, als Opfer, ebenso wie ein Opfer an Sachgütern oder Arbeitsleistungen, und kann sie also nach dem Gesichtspunkte höchsten Gesamtertrags, d. h. nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge, auf seine Bedürfnisse verteilen.

Es ist aber irreführend, zu sagen, wie ich es früher tat, das Geld sei für die Konsumwirtschaft Kostenausdrucksmittel.

Das könnte zu der Meinung verleiten, die Preise und Einkommen drückten die Kosten, also etwas Psychisches aus, das Geld sei ein Maßstab dafür. Das ist unmöglich, weil es für Lust- und Unlustgefühle überhaupt keinen äußeren Maßstab gibt. Das Geld ist eben Kostengut für die Konsumwirtschaften, und seine innerwirtschaftliche Funktion besteht darin, daß es allgemeines Kostengut, Kosteneinheit für die Konsumwirtschaft ist. Diese Kosteneinheit ist das Einkommen. Dem Einkommen werden alle erstrebten Bedürfnisse gegenübergestellt, und anknüpfend an die bekannten oder vermuteten Geldpreise der Güter, verteilt der Wirtschafter sein Einkommen auf seine Bedürfnisse nach dem Gesichtspunkte größten Gesamtkonsumertrages, d. h. nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge.

Wie wir wissen, werden aber nur da die Kostenschätzungen der Konsumwirtschaft auf die Kosteneinheit Geld oder Einkommen gebracht, wo die Veranschlagung aller Kosten in Geld möglich ist. Wo die eigene Arbeitsmühe als Kosten die Verwendung des Kostenguts Geld überwiegt, da macht der Wirtschafter keine geldliche, sondern eine psychische Nutzen- und Kostenvergleichung, stellt seiner Arbeitsmühe die mit dem Geldeinkommen zu erzielende Bedarfsbefriedigung gegenüber. Man kann nicht sagen, daß die geldliche Nutzen- und Kostenvergleichung vollkommener sei als die psychische. Denn auch jene ist ja in der Konsumwirtschaft psychisch, und beide brauchen daher keine tertium comparationis, sondern nur einen Generalnenner der Kosten, dem sie die erstrebten Nutzen gegenüberstellen. Dieser Generalnenner ist das Einkommen, an dem alle zu befriedigenden Bedürfnisse verglichen werden. Gegenüber der Arbeitsmühe als Kosteneinheit hat das „Geld“, d. h. das Einkommen, den Vorteil, daß seine Menge sehr häufig fest gegeben oder doch näher zu veranschlagen ist und daß man jede Einheit gleich schätzt. Darüber hinaus hat das Geld als Kosteneinheit der Konsumwirtschaft gegenüber der Arbeitsmühe natürlich den aus dem Tauschverkehr fließenden Vorteil, daß man sich eine weit umfassendere und vielseitigere Bedarfsbefriedigung damit verschaffen kann als mit jener.

So ist also die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes in der Konsumwirtschaft, allgemeine Kosteneinheit, Generalnenner der Nutzen- und Kostenvergleichung zu sein, indem die rein psychischen, niemals irgendwie in Geld oder Zahlen

quantitativ ausgedrückten Bedürfnisse den als Geldsumme, als Preise erscheinenden Kostengütern, aber mit Rücksicht auf die ganze verfügbare Geldmenge, das Einkommen, nach dem Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge gegenübergestellt werden. Das setzt natürlich eine gewisse Kenntnis der schon vorhandenen Preise voraus. Wir haben in der Preistheorie ausgeführt, wie der Wirtschaftsplan der Konsumwirtschaften um so genauer die mögliche Bedarfsbefriedigung kalkulieren kann, je genauer sie die voraussichtlichen Preise schon kennen. Auf jede Güterart wird entsprechend ihren Preisen so viel Geld, d. h. so viel in der Geldeinheit ausgedrückte Einkommensteile verwendet, daß die Konsumerträge, die mit der letzten Gutseinheit von jeder Güterart erzielt werden, für alle Bedürfnisse ungefähr gleichhoch sind. Das ist die theoretisch scharfe Formulierung dafür, wie eine Konsumwirtschaft ein Geldeinkommen verwendet. Das ist zugleich die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes in der Konsumwirtschaft. Nur in dem Sinne, daß der Wirtschafter bei seinen Erwägungen an sein früheres Einkommen und frühere Preise anknüpft, kann man sagen, daß er von einer gegebenen Geldmenge ausgehe. Das gilt also nur rein rechnungsmäßig, psychisch. Faktisch ist natürlich nie ein gewisser Güter- oder Geldvorrat als schon vorhanden anzunehmen, die ökonomischen Probleme sind rein dynamische. Das verkennen einige Nationalökonomen, wie Voigt und Oswalt, vollkommen, wenn sie glauben, alle meine Ideen auch schon gehabt zu haben, und im selben Atem betonen, daß sie immer gegebene Güterquantitäten zugrunde legen. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit in solchen Fällen ein Nichtverstehenwollen mitspielt.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, wie schon die obige Auffassung der innerwirtschaftlichen Funktion des Geldes, die zweifellos den Tatsachen entspricht, von der bisherigen abweicht, die im Gelde einen Wertmaßstab sah, und von wie großer Bedeutung diese bessere Erkenntnis für die Erklärung des tauschwirtschaftlichen Mechanismus, auch der Preise und Einkommen ist. Der Preis ist niemals ein Ausdruck eines subjektiven Wertes. Einen solchen Ausdruck gibt es gar nicht, was man schon längst erkannt hätte, wenn man nicht den künstlichen Wertbegriff konstruiert und sich dadurch Scheuklappen angelegt hätte. Nicht aus dem Wert, sondern aus den Bedürfnissen sind die wirt-

schaftlichen Erscheinungen zu erklären. Ich kaufe nicht ein Gut für 20 M., weil ich es gleich 20 M. schätze, sondern jeder bezahlt so lange 20 M. für irgendein Gut, als dies das höchstgeschätzte Gut ist, das er im Rahmen seiner gesamten Bedürfnisse und aller für sie aufzuwendenden Kosten noch mit dem Teil seines Einkommens, den 20 M. ausmachen, kaufen kann. Die Schätzung der Genußgüter, die er sich für 20 M. kaufen kann, ist eben bei jedem einzelnen Gut ganz verschieden, rein individuell, und erhält keinen äußerlichen Ausdruck.

Das Geld ist also nicht einmal individuelles Vergleichungsmittel für die Wertschätzungen der Güter, geschweige denn „soziales Vergleichungsmittel" (Amonn), wie man bisher immer glaubte, dazu dienend, die Wertschätzungen verschiedener Menschen zu vergleichen. Es kann beides nicht sein, weil es einen äußeren Maßstab für subjektive Wertschätzungen überhaupt nicht geben kann, weder für Wertschätzungen einer und derselben Person, geschweige denn für die Wertschätzungen verschiedener Personen. Das Geld ist allgemeine Kosteneinheit sowohl in dem Sinne, daß der einzelne Wirtschafter alle seine erstrebten Nutzen daran vergleicht, als auch in dem Sinne, daß alle in den Tauschverkehr verflochtenen Wirtschafter so verfahren. Da aber die Kosten, in deren Vergleichung mit den Nutzen das Wesen des Wirtschaftens besteht, ebensowenig quantitativ als eine Gütermenge, sondern ebenso psychisch aufzufassen sind wie diese, so ist auch die Geldform der Kostengüter, wenigstens in der Konsumwirtschaft, immer nur psychisch zu betrachten.

Das Geld dient also nicht dazu, Nutzen und Kosten miteinander zu vergleichen. Es ist kein tertium comparationis, sondern es ist selbst eine Art von Kosten, genau wie Arbeitsmühe. Im Gegensatz zu jedem anderen Vergleichen, wobei man immer ein tertium comparationis braucht, bedarf es für Gefühle keines solchen — wenn man auch für die äußere Meßbarkeit, d. h. für die Meßbarkeit von Gefühlsäußerungen, künstliche Maßstäbe, Reizbarkeitsmesser u. dgl. schaffen kann. Der Mensch empfindet eben Gefühle verschieden stark, und das genügt ihm als Richtschnur für seine Handlungen, auch wenn er, wie beim wirtschaftlichen Handeln, verschiedene erstrebte Lustempfindungen den dazu aufzuwendenden Unlustempfindungen gegenüberstellt. Daher ist auch die Aufgabe des Geldes als Kostengut nicht, den Nutzen zu messen, sondern

die Kosten zur Vergleichung mit den verschiedenen Nutzen auf eine Einheit zu bringen, was in der tauschlosen Wirtschaft und bei den Erwerbstätigen, bei denen die eigene Arbeitstätigkeit überwiegt, durch Veranschlagung der Kosten in Arbeitsmühe geschieht. Die Aufgabe des Wirtschafters ist dann, das Kostengut so auf alle erstrebten Nutzen zu verteilen, daß der höchste Gesamtüberschuß von Nutzen, der höchste Ertrag erzielt wird. (Geht man von einer gegebenen Kostengütermenge aus, so kann man auch sagen, daß mit ihr der höchste Gesamt(Brutto-) nutzen erzielt wird.) Es ist daher zweifellos, daß der Wirschafter die Kosteneinheit, z. B. das Zwanzigmarkstück, zur Erlangung einer sehr verschiedenen Nutzengröße verwenden kann, daß sie also kein Ausdruck eines Nutzens ist. Nun muß er sie so verwenden, daß er mit jeder noch vorhandenen Kosteneinheit ein Maximum von Nutzen erzielt. Es ist also nicht daran zu denken, daß wenn jemand zwei Güter für je 20 M. kauft, diese gleiche Kostenaufwendung der Ausdruck gleicher Nutzen und ein Vergleichungsmittel für subjektive Wertschätzungen sei. Ein solches kann es überhaupt nicht geben. Hätte man das früher erkannt, so hätte die ganze ökonomische Theorie eine andere Richtung genommen. Hier ist gewissermaßen der Zipfel, an dem der „Geldschleier", der noch immer über den Erscheinungen des Tauschverkehrs liegt, zu lüften ist und den bisher noch niemand wirklich gelüftet hat. Das ungelöste Rätsel Geld, von dem die meisten Geldtheoretiker sprechen, ist nur mit der psychischen Wirtschaftstheorie zu lösen. Hätte man ein wenig mehr Psychologie getrieben, oder sagen wir lieber — da die zunftmäßige psychologische Wissenschaft heute ganz andere Wege wandelt — hätte man das wirtschaftliche Handeln der einzelnen Menschen besser beobachtet, so hätte man die innerwirtschaftliche Funktion und damit schließlich auch das eigentliche Wesen des Geldes schon längst richtig erkannt.

Da der Preis kein Ausdruck eines subjektiven Nutzens ist, erscheint es unmöglich, ihn auf subjektive Bedarfsempfindungen zurückzuführen, und es ist auch unmöglich, wenn man, wie bisher immer, glaubt, den Preis entweder durch individuelle Kosten oder durch individuelle Nutzen „bestimmen" zu können. Vielmehr ist ein allgemeiner — sagen wir ruhig: sozialer — Faktor, etwas allgemein Gegebenes erforderlich für die Preisbildung, da die indi-

viduellen Nutzenschätzungen nicht bekannt und nicht meßbar und die Kosten ihrer Höhe nach erst eine Folge des Preises sind. Dieses Allgemeine ist ein Minimum an Ertrag bei den Erwerbswirtschaften, das wir tauschwirtschaftlichen Grenzertrag nennen. Diese allgemeine Geldgröße, die allerdings in verschiedener Form in Erscheinung tritt, wird aber Gegenstand individueller Schätzungen dadurch, daß sie Einkommen und als solche Kosten und damit Grundlage individueller Bedarfsbefriedigung wird. Nur dadurch, daß die Preise Einkommen und damit Kosten werden, wird die Beziehung zwischen ihnen und den subjektiven Bedarfsempfindungen geschaffen, die eine Ableitung jener aus diesen ermöglicht.

*

Fassen wir noch einmal das Gesagte zusammen. Das Geld ist Kostengut der Konsumwirtschaften. Es leitet, wie alle Kostengüter, seinen „Wert" von dem der Genußgüter ab, zu deren Beschaffung es dient. Das ist die Formulierung, die ja schon die Grenznutzentheorie für die Bestimmung des Wertes der Güter entfernterer Ordnung hatte. Sie kann aber nicht genügen. In Wirklichkeit kann von einem vom Preise verschiedenen, durch Nutzen und Seltenheit bestimmten, allgemein feststellbaren Werte der Güter keine Rede sein. Sofern man also von Wert oder Kaufkraft des Geldes sprechen will, gelten diese Bezeichnungen nur ganz individuell. Für jeden Menschen hat das Geld und hat der Geldausdruck, der Preis, genau wie jedes andere Kostengut einen ganz individuellen, subjektiven Wert oder ganz individuelle, subjektive Kaufkraft, weil alle über verschiedene Geldmengen verfügen und jeder die Güter, die er dafür kaufen kann, verschieden schätzt. Güter entfernterer Ordnung werden, wie wir im ersten Kapitel ausgeführt haben, als Kosten geschätzt nach dem Nutzen, den man sich mit einer über die verfügbare Menge hinausgehenden weiteren Einheit verschaffen könnte, und jede Einheit der verfügbaren Menge wird so geschätzt. Das gilt auch für das Geld als Kostengut der Konsumwirtschaften. Diese Geldmenge, über die eine Konsumwirtschaft verfügen kann, nennt man ihr Einkommen. Es ist das Ergebnis der Erwerbstätigkeit des Wirtschafters und ist seiner Größe nach ihm in vielen Fällen ganz genau, in allen anderen ziemlich

genau bekannt auf Grund seiner früheren Erwerbstätigkeit, so daß er seinen Konsumwirtschaftsplan danach einrichten kann. Nur in diesem Sinne darf man von verfügbarem Vorrat reden. So wird also der „Wert“, den das Geld für jeden Wirtschafter hat, besser gesagt seine Schätzung, bestimmt durch den Nutzen, den er sich damit beschaffen kann, genauer formuliert durch den Nutzen, den er sich mit einer über die verfügbare Menge hinausgehenden weiteren Einheit verschaffen kann. Hier haben wir also eine höchst wichtige Anwendung unserer Lehre von den Kosten, d. h. unserer konsequent durchgeführten Wirtschaftsauffassung, welche die Kosten nicht, wie das bisher geschah, immer nur quantitativ als Geldmenge oder Gütermenge auffaßte.

Dies ist auch die tiefere Begründung für die neuerdings schon von einigen vorgeschritteneren Theoretikern erkannte Tatsache, daß das Einkommen der „Geldwertbestimmungsgrund“ sei. Insbesondere v. Zwiedineck hat in einem scharfsinnigen Aufsatze: „Die Einkommengestaltung als Geldwertbestimmungsgrund“, „Schmollers Jahrbuch“, Bd. 33, Heft 1, diesen Gedanken vertreten, und auch v. Wieser hat in seinem Referat über den Geldwert im Verein für Sozialpolitik (Schriften, Band 132) ihn mit den Einkommen in Beziehung gebracht. Aber es fehlt bei ihnen infolge der herrschenden materialistischen Wirtschaftsauffassung die letzte Begründung, und wie so vieles in der Geldlehre, steht diese Erkenntnis mit den sonstigen wirtschaftstheoretischen Auffassungen nicht in Übereinstimmung. Zwiedineck kommt nicht weiter, als einen Kausalzusammenhang zwischen Geldwert und Einkommen zu behaupten, aber doch nicht zur klaren Erkenntnis des Zusammenhangs von Geld, Preisen und Einkommen überhaupt. Manches ist bei ihm richtig empfunden, unbestimmt gefühlt, aber nicht klar ausgesprochen und begründet, weil es sich eben mit der ganzen bisherigen Wirtschaftsauffassung nicht vereinigen ließ. Jedenfalls ist sein Aufsatz, als ein Versuch, zu neuen Ufern vorzudringen, von großem Interesse, während v. Wieser ebenfalls richtige Ansätze im Rahmen seiner ganz technisch-materialistischen Anschauungen über Preis, Einkommen u. dgl. nicht zur Entfaltung zu bringen vermag.

Vor allem findet sich bei diesen Theoretikern, die das Einkommen als „Geldwertbestimmungsgrund“ erkennen, doch immer noch die absolute Wertauffassung, sie wollen damit, genau wie

die früheren, einen allgemeinen Geldwert feststellen. Sie haben nicht erkannt, daß die Beziehung des Geldes zum Einkommen nur für die Schätzung des Geldes innerhalb der einzelnen Konsumwirtschaften, als Kosteneinheit gilt. Die psychische Wirtschaftstheorie braucht aber auch nicht mehr, sie erklärt auch das Geld individualistisch, während die bisherige materialistisch-quantitative immer Geld- und Gütermenge in der ganzen Volkswirtschaft einander gegenüberstellen wollte und unter Einkommen letzten Endes auch eine Gütermenge verstand. In diesem Sinne ist jene Beziehung des Geldwertes zum Einkommen, besonders nach dem ganz materialistischen System von Wieser, nichts weiter als der alte Satz, daß das Geld seinen Wert von den Gütern ableitet, die man dafür kaufen kann.

Aber damit kann man keinen „Wert" des Geldes in der Volkswirtschaft bestimmen. Denn einen solchen Ausdruck gibt es nicht. Es ist natürlich auch ganz unmöglich, wie die heutigen materialistischen Nationalökonomen (z. B. Philippovich, Lexis, Wieser und viele andere) es tun, dem Gelde die „Realeinkommen, also nur die Sachgüter gegenüberzustellen und die Verwendung von Einkommen für alle anderen Bedürfnisse ausdrücklich auszuschließen. So sagt Philippovich, „Grundriß", § 92: „Das Verhältnis aller Geldeinkommen in der Volkswirtschaft zu den Objekten des Konsums, also zu den Realeinkommen, wird für den objektiven Tauschwert des Geldes entscheidend werden." Das ist ein typisches Beispiel der materialistischen Wirtschaftsauffassung. Sie verkennt erstens, daß mit dem Gelde nicht nur Sachgüter, sondern auch zahlreiche persönliche und sachliche Leistungen gekauft und daher bei der Verteilung des Geldeinkommens auf die Bedürfnisse in der einzelnen Konsumwirtschaft berücksichtigt werden. Zweitens verkennt sie mit ihren rein quantitativen Gegenüberstellungen den psychischen Charakter aller wirtschaftlichen Begriffe. Drittens aber und vor allem verkennt sie, daß die Einkommen größtenteils gar nicht in dem bestehen, was sie allein als „Geld" betrachtet, sondern nur ein auf Geld lautender Rechnungsausdruck sind. Davon werden wir unten sprechen.

Mit der psychischen Wirtschaftstheorie erkennt man, daß es einen objektiven allgemeinen Geldwert, eine allgemeine Kaufkraft nicht geben kann, sondern jeder das Geld verschieden bewertet,

und zwar nach der Größe seines Einkommens. Aber für diese Bewertung gibt es ebensowenig einen objektiven Ausdruck, wie für alle sonstigen Bewertungen. Das Geld und der Ausdruck seiner Benutzung als Tauschmittel, die Preise, bedeuten keinerlei Objektivation eines subjektiven Wertes. Das Geld und die Preise sind daher weder ein „soziales" Vergleichsmittel, wie neuere Theoretiker gern behaupten, die mit dem Wort sozial alle ihre theoretischen Unklarheiten verdecken wollen, es dient nicht dazu, die Wertschätzungen verschiedener Personen zu vergleichen, denn das ist unmöglich, noch sind sie auch nur ein Ausdruck des Wertverhältnisses der Güter *innerhalb der einzelnen Konsumwirtschaft*. Wenn ich für ein Paar Stiefel, ein Buch und eine Reise nach Berlin je 20 M. bezahle, so bedeutet das weder, daß ich sie gleich 20 M. schätze, noch, daß ich sie überhaupt gleichschätze. Der Preis ist kein Ausdruck eines subjektiven Wertes, aber er ist ein objektiver Ausdruck in der allgemeinen Rechnungseinheit, die als Kosten von jedem Menschen bewertet wird, und zwar nach der Größe seines Einkommens. Jeder verteilt sein Einkommen nach dem Gesichtspunkte höchsten Konsumertrages auf alle seine Bedürfnisse, wobei er diese seine wirtschaftlichen Erwägungen um so genauer vornehmen, einen eingehenden Wirtschaftsplan aufstellen kann, je mehr er bei seinen Kalkulationen die früheren Preise schon kennt und mit ihrem Fortbestand rechnen kann (s. darüber meine früheren Aufsätze).

Was sich daraus für die Geldtheorie weiter ergibt, daß überhaupt nicht das „Geld", die staatlichen Zahlungsmittel, sondern daß die *Einkommen* die Güter kaufen, das werden wir im folgenden Kapitel erörtern. Hier seien zunächst über die Funktion des Geldes in der einzelnen Erwerbswirtschaft ein paar Worte gesagt.

2. Die Funktion des Geldes in der Erwerbswirtschaft

Betrachten wir nun die Rolle des Geldes in den Erwerbswirtschaften. Es ist die Rolle, die die bisherige technisch-materialistische Wirtschaftstheorie allein betrachtete, und von dieser Einseitigkeit stammt die ganze Verwechslung von Wert und Preis, die Auffassung des Preises als Wertausdruck und damit auch aller Irrtum über das Geld.

Welche Funktion hat das Geld bei den Erwerbswirtschaften? Auch hier teilt es den Tausch in zwei Teile. Genau genommen ist er erst vollendet, wenn der Erwerbstätige mit seinem Geldeinkommen sich wirklich Nutzen, Bedarfsbefriedigung verschafft hat. Aber die Menschen als Erwerbswirtschaften abstrahieren heute von diesem zweiten Tauschakt, dem der Konsumwirtschaften, und da die Wirtschaftstheorie nur die technische Tätigkeit der Menschen, die Produktion, betrachtete, hat auch sie davon abstrahiert. Die Erwerbstätigen betrachten den Gelderlös ihrer Erwerbstätigkeit selbst als Nutzen, weil sie sich nach Maßgabe seiner Höhe alle ihre Bedürfnisse damit befriedigen können. Für die Erwerbstätigen sind also die Gelderträge und die Preise ihrer Produkte oder Leistungen, in denen jene stecken, sozusagen Nutzensurrogate oder -substitute, sie verkörpern ihnen die wirkliche mit dem Geld erst zu beschaffende Bedarfsbefriedigung. Darin besteht eben die Trennung der Erwerbs- von der Konsumwirtschaft, daß der Erwerbstätige den Geldreinertrag schon als Ziel seiner Wirtschaftstätigkeit ansieht, obwohl dieses in Wahrheit erst mit seiner Bedarfsbefriedigung erreicht ist. Da die bisherige Wirtschaftstheorie aber nie diese, sondern immer nur die in der ganzen „Volkswirtschaft" produzierten Gütermengen im Auge hatte, hat sie auch die eigentliche Funktion des Geldes als Mittel der Bedarfsbefriedigung nicht erkennen können.

Übrigens ist dieses Abstrahieren von der mit dem Geldertrag zu erzielenden Bedarfsbefriedigung, wie wir wissen, nur dann möglich, wenn alle Kosten der Erwerbstätigkeit in Geld veranschlagt werden können, wenn also die eigene Arbeitsmühe als Kosten nicht die Hauptrolle spielt. Ist letzteres der Fall, so macht der Wirtschafter eine psychische Nutzen- und Kostenvergleichung, die den Kosten als Unlustgefühle die Lustgefühle der Bedarfsbefriedigung gegenüberstellt. Die selbständigen Erwerbswirtschaften aber machen eine nur quantitative Nutzen- und Kostenvergleichung in Geldsummen. Das Geld und die Preise sind hier also Nutzen- und Kostenvergleichsmittel. Wie schon betont, ist von dieser quantitativen Nutzen- und Kostenvergleichung, die die Erwerbswirtschaften machen, indem sie von der Bedarfsbefriedigung der dahinterstehenden Konsumwirtschaften einstweilen abstrahieren, die ganze quantitative Betrachtung wirtschaftlicher Vorgänge entstanden, die in der bisherigen Theorie

zu den größten Irrtümern geführt hat. Dadurch, daß die Erwerbswirtschaften mit Geldsummen und Preisen als quantitativen Größen rechnen, ist insbesondere auch der Glaube entstanden, daß die Preise schon Ausdruck eines subjektiven Wertes seien.

Wir können also sagen, daß die Funktion des Geldes in der Erwerbswirtschaft Nutzen- und Kostensubstitut ist. Die Geldrechnung, die diese Wirtschaften machen, besteht eben darin, daß sie, wie bei allen Wirtschaften, Nutzen und Kosten vergleichen, nur nicht psychisch, wie in der Konsumwirtschaft, sondern quantitativ als Geldsummen. Möglichst wenig Kosten in Geld, möglichst hoher Nutzen in Geld und daher auch möglichst hohe Spannung zwischen beiden, möglichst hoher Geldertrag, das ist, wie allgemein bekannt, das Ziel jeder Erwerbswirtschaft, das ist hier die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes. Die Konsumwirtschaften machen dann an diesem Geldertrag als ihrem Einkommen ihre psychischen Nutzen- und Kostenvergleichungen.

Ich brauche kaum zu sagen, daß diese Feststellungen etwas wesentlich anderes besagen als die bisherige unklare Bezeichnung des Geldes als Wertmaßstab, womit auch so etwas wie seine innerwirtschaftliche Funktion angegeben werden sollte. Unsere psychische Auffassung der Wirtschaft führt auch hier nicht nur zur Preisgabe des unklaren und unheilvollen Wertbegriffes, sondern zu einer viel tieferen Auffassung der Funktion des Geldes und Preises. Damit ist auch eine viel tiefere Unterscheidung des Gegensatzes von Konsum- und Erwerbswirtschaft angebahnt, als sie der bisherigen Theorie möglich war, die dabei nur technisch-materialistische Unterschiede, Produktion — Konsumtion, zugrunde legte.

Wenn wir also die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes mit einem einzigen Ausdruck: Nutzen- und Kostenvergleichsmittel zusammenfassen können, so sei doch nochmals betont, daß die Betrachtung der Geldausdrücke in der Konsum- und in der Erwerbswirtschaft eine ganz verschiedene ist. Die Konsumwirtschaft darf also niemals bei der quantitativen Betrachtung der Geldausdrücke stehenbleiben, einfach deswegen nicht, weil man ihnen nicht die Bedarfsempfindungen, den erstrebten Nutzen gegenüberstellen kann und somit nicht zu wirtschaftlichen Erwägungen kommt, sondern das Geldeinkommen wird bei ihr als

Kosten in einer Weise, die wir im ersten Kapitel angedeutet haben, ebenfalls geschätzt und wird dadurch im Tauschverkehr zur **Nachfrage**. Bei den Erwerbswirtschaften dürfen wir dagegen unter Umständen bei der rein quantitativen Betrachtung der Geldausdrücke stehenbleiben, wenn wir nur die tatsächliche Beziehung zur Bedarfsbefriedigung der den Geldertrag erzielenden Einzelwirtschaften nie vergessen. Wir dürfen das in den Fällen, in denen es uns nur auf die Betrachtung der Erwerbswirtschaften selbst ankommt und in denen wir dem Nutzenausdruck im Gelde, dem Bruttoeinkommen der Erwerbswirtschaften, auch die **Kosten** in Geld gegenüberstellen. Bei der Betrachtung der Konsumwirtschaften ist aber, wie jedem einleuchten wird, die quantitative Zugrundelegung einer Geldsumme als Kosten immer unmöglich, weil hier den Kosten immer nur die subjektiv empfundenen Nutzen gegenübergestellt werden können. Deshalb ist hier auch Kosten immer nur psychisch, nie quantitativ aufzufassen, und das Geld als Mittel zur Nutzen- und Kostenvergleichung ist in der Konsumwirtschaft immer ein Schätzungsbegriff, während es bei den Erwerbswirtschaften Nutzen und Kosten quantitativ ausdrückt.

Also **gerade umgekehrt** wie nach der materialistischen objektiven Wertlehre ist die Bedeutung des Geldes und Preises als Kostenausdruck. Der Preis ist **kein objektiver Ausdruck der Kosten der Erwerbswirtschaft**, sondern **ein Rechnungs-, ein Vergleichsmittel der Kosten der Konsumwirtschaften**. Nur die durch das Geld herbeigeführte Trennung der wirtschaftlichen Handlungen und Erwägungen eines Menschen in Erwerbs- und Konsumwirtschaft ermöglicht es, daß das Geld zum Mittel der Nutzen- und Kostenvergleichung gemacht wird, in der das Wirtschaften besteht. Überall, wo die eigene **Arbeitsmühe** als Kosten die Hauptrolle spielt, ist sie das Mittel der Nutzen- und Kostenvergleichung, aber wo alle Kosten in Geld veranschlagt werden können, da hat das **Geld** innerhalb der Wirtschaft diese Funktion und führt zur Trennung von Erwerbs- und Konsumwirtschaft. Statt die eigene Arbeitsmühe betrachtet heute der Konsument sein Geldeinkommen als Kosten, vergleicht die für seine verschiedenen Bedürfnisse aufzuwendenden Kosten ausgedrückt in der Geldeinheit. Dabei wird aber diese Geldeinheit je nach der Größe des Ein-

kommens von jedem verschieden geschätzt. Das Geld als Generalnenner bei der Nutzen- und Kostenvergleichung der Konsumwirtschaften ist also kein allgemeiner objektiver Ausdruck eines subjektiven Wertes, sondern 20 M. für ein Paar Stiefel bedeutet für jeden Menschen etwas Verschiedenes. Das ist die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes und damit natürlich auch des Preises. Denn das Geld ist eben nur Geld, allgemeines Tauschmittel, wenn es zu Preisen führt. Der Preis eines Gutes ist zwar durch den Preis aller anderen Güter bedingt, aber jede Konsumwirtschaft schätzt den Preis eines Gutes, also z. B. die 20 M., die sie auf Grund der allgemeinen Bestimmungsgründe des Preises für ein Paar Stiefel geben muß, individuell verschieden, d. h. sie veranschlagt diese Geldsumme im Rahmen ihres ganzen Geldeinkommens und der damit, unter Berücksichtigung aller anderen Preise, zu erzielenden Bedarfsbefriedigung. Das Geld und die Preise sind also nicht Wertmaßstab, wie die bisherige Theorie annahm, sondern sie sind für die Konsumwirtschaften, die durch die Benutzung des Geldes von den Erwerbswirtschaften getrennt werden können, allgemein gebrauchtes Kostenvergleichsmittel. Es ist klar, daß diese innerwirtschaftliche Funktion aus der primären als allgemeines Tauschmittel abgeleitet ist. Denn nur dadurch, daß alle Güter gegen Geld getauscht werden, daß sich Preise und Einkommen bilden, kann man das Geld selbst als Kostengut ansehen, ist die Trennung von Konsum- und Erwerbswirtschaft möglich, können jene, statt auf die letzten Kosten, Arbeitsmühe und Sachgüteropfer zurückzugehen, ihren Bedarfsempfindungen als Kosten ein Geldeinkommen gegenüberstellen und dieses mit dem Ziele größten Konsumertrages auf ihre Bedürfnisse verteilen.

Was sich daraus für die Geldtheorie weiter ergibt, daß überhaupt nicht das „Geld", die staatlichen Zahlungsmittel, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen, das wollen wir im folgenden Kapitel untersuchen.



Fünftes Kapitel

Das Wesen des Geldes

1. Das „Geld" und die allgemeine Rechnungseinheit

Wie wir gesehen haben, wird der „Wert" des Geldes, d. h. eben seine Schätzung als Kostengut, die natürlich, wie aller Wert, alle Schätzung, etwas ganz Individuelles bleibt, durch die verfügbare Menge, d. h. durch die Einkommen bestimmt. Darin spricht sich eben der rein individuelle Charakter des Geldwertes aus. Denn das Geld hat ja überhaupt keinen anderen Zweck, als durch die Preise hindurch, welche die Erwerbswirtschaften erzielen, und damit, wieder durch die Preise hindurch, der hinter der Erwerbstätigkeit stehenden Konsumwirtschaft die Befriedigung aller ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen, auf die sie sonst selbst Arbeit verwenden oder, im Naturaltausch, die von ihr produzierten Güter direkt hingeben müßte.

Aber nachdem wir so die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes betrachtet haben, liegt die Frage außerordentlich nahe: Ist es denn wirklich das Geld, das in dieser Weise Kosteneinheit der Konsumwirtschaft ist? Es sind doch ganz offenbar die nur in Geld ausgedrückten Einkommen. Sind aber — so muß man weiter fragen — die Einkommen heute wirklich Geld? Ist nicht ein großer Teil, ja vielleicht der größte Teil aller Einkommen, nur „in Geld" verrechnet, erscheint nur als Guthaben bei den Banken, niemals aber, oder doch nur zu einem Teile, wirklich in der Geldform? Und wenn das richtig ist, wie kommt man dann dazu, den staatlichen Zahlungsmitteln eine so ungeheure Bedeutung zuzuschreiben, zu behaupten, daß die Kaufkraft des Geldes einerseits durch das Gold (Metallismus), andererseits durch den Staat (Chartalismus) bestimmt werde, während in Wahrheit der größte Teil der Einkommen niemals die Form staatlicher Zahlungsmittel annimmt, sondern eine rein rechnungsmäßige Größe ist?

Hier liegen in der Tat Irrtümer vor, welche sich nur aus der Geschichte unserer Wissenschaft, Ausgang vom Volksreichtum, und nur aus der wieder damit zusammenhängenden quantitativ-materialistischen Wirtschaftsauffassung erklären lassen, welche aber heute noch ganz allgemein geteilt werden.

Wenn die Einkommen der „Geldwertbestimmungsgrund" sind, so beachte man doch einmal, wieviel Einkommen überhaupt als bares Geld erscheinen. Doch höchstens der Tagelohn des Arbeiters und der Erlös des kleinen Landwirts, Gewerbe- und Handeltreibenden, der aber auch immer nur Bruttoertrag ist, während sie ihr wirkliches Einkommen, das sie zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwenden können, eigentlich niemals in einer Geldsumme vor sich liegen haben. Erst recht werden aber alle sonstigen Einkommen überwiegend durch Gutschriften bei den Banken ihren Beziehern zugeführt. Aber auch bei ganz kleinen Erwerbswirtschaften ist das Einkommen, mit dem sie rechnen und das sie ihrer Konsumwirtschaft zugrunde legen, etwas ganz anderes als die Summen, die sie am Ladentisch oder in der Werkstatt als Ergebnis ihrer Erwerbstätigkeit in Empfang nehmen. Die Ausgaben der Konsumwirtschaft erfolgen allerdings noch in größerem Umfange mit barem Geld, doch werden auch hier gerade die größten Zahlungen, Mietzahlungen, immer mehr durch den Überweisungsverkehr, Scheckverkehr, ausgeglichen, der ja auch sonst immer größere Ausdehnung annimmt.

Es ist also gar nicht wahr, daß die Einkommen Geldsummen sind. Ein großer Teil der Einkommen ist niemals Geld gewesen. Es sind nur Rechnungssummen in der Geldeinheit, Verfügungsmöglichkeit über Forderungen, die auf die auch dem Gelde zugrunde liegende Rechnungseinheit lauten. Von den vielen Milliarden — man schätzt es auf 40 Milliarden Mark —, die das deutsche Volk jährlich als Einkommen erzielt und auf seinen Konsum verwendet, ist nur ein ganz verschwindender Teil wirklich in der Form der staatlichen Zahlungsmittel Einkommen geworden. Gerechnet aber wird selbst in der ärmsten Konsumwirtschaft, die „mit Pfennigen rechnet", in Wirklichkeit nicht in Geldstücken, sondern in der abstrakten Rechnungseinheit. Man kann auch sagen: gerechnet wird nicht in Geld, sondern in Preisen. Preise sind eben auch nicht nur bezahlte Geldsummen, sondern Preise sind viel häufiger abstrakte Rechnungsgrößen, kalkulierte

Faktoren in der Wirtschaftsrechnung. Denn Wirtschaften ist eben nicht Produzieren, sondern Rechnen, und zwar ein Disponieren, ein vorsorgliches Rechnen mit abstrakten, erwarteten Größen, und der Tagelöhner *rechnet* mit den 20 M., die er einmal im Jahr für ein Paar Stiefel aufwenden muß, schon das ganze Jahr hindurch und so mit unzähligen anderen Ausgaben. Mit einem Wort, die Wirtschafter rechnen nicht in *Geld*, sondern sie rechnen mit ihrem *Einkommen*, das in einer nicht in Geld bestehenden abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückt ist, rein *formal* ihre Kaufkraft bedeutet.

Nicht das Geld, so kann man sagen, *kauft die Güter, sondern die Einkommen kaufen sie.* Ich halte diesen Satz für einen der wichtigsten Erkenntnisse, dessen ökonomische Bedeutung und Anwendung man freilich nur mit der psychischen Wirtschaftstheorie richtig erkennen kann. Wenn manche Nationalökonomen vielleicht behaupten wollten, daß sie das auch schon erkannt hätten, weshalb haben sie dann aus dieser Erkenntnis gar keine weiteren Anwendungen gezogen? Denn der Metallismus ist doch mit dieser Erkenntnis einfach erledigt, und wieviel weitere Schlüsse für die Einkommens- und Preislehre, kurz für die Widerlegung mancher der wichtigsten Irrtümer der herrschenden Theorien lassen sich daraus gewinnen! Aber selbst v. *Zwiedineck*, der noch am ersten das erkannt und betont hat, daß das Einkommen der „Geldwertbestimmungsgrund" sei, zieht daraus gar keine Schlußfolgerungen, sondern schwankt unentschieden zwischen Metallismus und Nominalismus. Bisher habe ich noch keinen Schriftsteller kennen gelernt, der unter dem Gelde etwas anderes als *die realen Zahlungsmittel* verstanden und seiner Auffassung eine *systematische Begründung* — denn darauf kommt es an — mit den Mitteln der Wirtschaftstheorie, sei es der bisherigen oder einer eigenen, gegeben hätte. Ich darf mit unbestreitbarem Rechte meine Geldtheorie, wie meine ganze Wirtschaftsauffassung, als mein ausschließliches geistiges Eigentum behaupten. Wohl mag der eine oder andere diese oder jene Einzelheit schon behauptet haben, aber auf die geschlossene *theoretische Begründung* kommt es an. Wenn aber Leute, die nie selbst theoretisch gearbeitet haben, solche Behauptungen aufstellen, daß sie das auch alles schon erkannt hätten, so darf man fragen, warum sie ihre Erkenntnisse nicht

schriftlich niedergelegt haben. Sie hätten sich doch damit vielleicht einen wissenschaftlichen Namen machen können!

Wenn ich sage, daß die Einkommen die Güter kaufen, so denke ich dabei an die Geldreinerträge der Erwerbswirtschaften, welche den Konsumwirtschaften als Einkommen zufließen, und an die Genußgüter, die sie damit kaufen. Kostengüter werden ja auch von den Erwerbswirtschaften gekauft aus demjenigen Teil ihres Vermögens, das man Geldkapital nennt. Aber diese Summen sind, wie schon bemerkt, noch viel weniger Geld, reale Zahlungsmittel, als die Ausgaben der Konsumwirtschaften. Und nicht solche Kosten der Erwerbswirtschaften, sondern ein Minimum an Einkommen, an Konsumtionsfonds, das mit den früheren Preisen aller wichtigen Genußgüter in Zusammenhang steht und den Konsumwirtschaften eine dem Kulturzustand entsprechende Lebenshaltung ermöglichen muß, ist, wie wir wissen, Bestimmungsgrund, der gegebene Faktor der Preisbildung (der tauschwirtschaftliche Grenzertrag).

Die meisten Einkommen also, und vor allem die größeren, sind kein Geld, sondern rein rechnungsmäßige Größen, Verfügungsrechte über die verschiedenartigsten Forderungen und Guthaben. Aber selbst bei dem Arbeiter, der jeden Tag seine 3 M. Tagelohn erhält, sind etwa diese 3 M. die Grundlage für seine Bedarfsbefriedigung? Nein, er rechnet nicht mit den 3 M., sondern er rechnet mit seinem gesamten jährlichen oder doch mindestens monatlichen Einkommen. Er weiß, daß er sich auf Grund seines ganzen Jahreseinkommens und unter Zugrundelegung aller seiner sonstigen Bedürfnisse jährlich einmal einen Anzug für 60—70 M., ein Paar Stiefel für 20 M. u. dgl. kaufen kann, und rechnet mit diesen Ausgaben unter anderem z. B. für seine Wohnung das ganze Jahr hindurch, d. h. er rechnet nicht mit Geld, mit seinem täglichen Lohn, sondern mit seinem gesamten Einkommen. Kein Mensch denkt bei seiner Kostenkalkulation daran, ob und in welchen Geldstücken sein Einkommen verkörpert ist und wie er gerade die Geldsumme verwendet, die er in der Tasche hat. Preise sind für jeden nicht Geldstücke, sondern Ausdrücke in einer abstrakten Rechnungseinheit und werden von jedem entsprechend seinem Einkommen als Kosten verschieden geschätzt. Lange bevor es zu individuellen Tausch-

handlungen kommt, wird von jedem Wirtschafter in Einkommensquoten, die in einer abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückt sind, eine Nutzen- und Kostenkalkulation gemacht. Das konnte man freilich mit der bisherigen Wirtschaftsauffassung, die die Sachgüterbeschaffung, die technische Tätigkeit des Arbeiters an der Maschine oder auf dem Felde für Wirtschaft hielt, nicht erkennen.

Also in den weitaus meisten Fällen, in denen man von Geld spricht, denkt man nicht im geringsten an die realen Zahlungsmittel, von deren Menge die Preise allein abhängen sollen, sondern man denkt an sein Einkommen und Einkommensquoten, die man für diese oder jene Bedürfnisse nach Maßgabe des ganzen Wirtschaftsplans verwenden kann. Wenn ich mich frage, ob ich für 100 M. einen neuen Anzug kaufen soll, so denke ich, da mein Einkommen mir es nicht gestattet, beliebig viele Anzüge zu kaufen und daneben noch alle sonstigen Bedürfnisse zu befriedigen, nicht an Geld und Münzen, sondern ich denke daran, welche Rolle diese 100 M. als Einkommensteil in meinem gesamten Einkommen spielen. Dieses Einkommen und dieser Einkommensteil sind aber ganz abstrakte Größen, ausgedrückt in einer allgemeinen Rechnungseinheit, auf die auch das Geld nur lautet, und die jeder, eben entsprechend seinem Einkommen, verschieden schätzt.

Wenn man sagt: dieser Mann hat viel Geld, so denkt man nicht an eine Summe staatlicher Zahlungsmittel, sondern man denkt an sein Vermögen, und zwar an das Vermögen nicht als Summe verschiedenartiger Sachgüter, sondern Vermögen ist eben auch, wie alle heutigen wirtschaftlichen Begriffe ein Geldausdruck, ein Ausdruck in der Geldrechnung, in dem veranschlagte Preise aller sachlichen Besitzstücke und aller Forderungen in einer Summe zusammengefaßt werden. Sagt man: dieser Mann verdient viel Geld, so denkt man ebenfalls nicht an eine Summe staatlicher Zahlungsmittel, sondern man denkt an das Einkommen des Mannes, nicht in Geldstücken, sondern in einer abstrakten Rechnungseinheit. Ebenso wenn man von Geldkapital, Geldmarkt usw. spricht.

Man könnte dieser Auffassung gegenüber vielleicht einwenden, daß das Geld dem Einkommen gegenüber das logisch Primäre sei. Das ist aber nicht zutreffend. Die Vorstellung des Geldes



in unserem Sinne, der abstrakten Rechnungseinheit, hat sich erst allmählich gebildet, indem die Wirtschafter allmählich gelernt haben, statt mit Sachgütern und realen Tauschmitteln als Kosten zu wirtschaften, mit Einkommensquoten als Kosten in ihrer Konsumwirtschaft zu rechnen. Dadurch, also erst aus dem Begriff des Einkommens und wiederum aus ganz individuellen psychischen Vorgängen, nicht auf Grund einer mystischen „sozialen Regelung", hat sich allmählich die allgemeine Benutzung der abstrakten Rechnungseinheit als Geld entwickelt.

Das Wort „Geld" wird also im Sprachgebrauch des gewöhnlichen Lebens offenbar in sehr verschiedenem Sinne gebraucht. Wenn man im gewöhnlichen Leben von Geld spricht, denkt man in 90 von 100 Fällen, ja vielleicht noch häufiger, gar nicht an die Geldstücke, sondern man denkt an die Rechnungseinheit Geld. Man faßt zahlenmäßig eine Summe in Mark zusammen, ohne jede Beziehung auf ihre Verkörperung durch Geldstücke. Das deutsche Volk hat an Kriegsanleihen über 50 Milliarden Mark zusammengebracht. Wieviel davon ist in barem Geld, einschließlich aller Banknoten und Darlehenskassenscheine, einbezahlt worden?

Eine sehr viel größere Rolle als das Geld selbst spielt also die Geldeinheit, die Rechnungseinheit, nicht nur innerhalb der einzelnen Wirtschaft, sondern auch im Tauschverkehr. Der größte Teil der Umsätze wird in dem bloßen Rechnungsmittel Geld nicht bezahlt, sondern verrechnet. Dieses Rechnungsmittel Geld ist von der Münze Geld und den darauf lautenden „chartalen" Zahlungsmitteln wohl zu unterscheiden, und man kann nicht behaupten, daß der Wert, die Geltung des Rechnungsmittels auf dem Werte der Münzen beruhe. Das Rechnungsmittel Geld ist nicht selbst eine Ware von besonderer allgemeiner Beliebtheit, die im Tauschverkehr gegen die Produkte der eigenen Erwerbstätigkeit eingetauscht wird, sondern es ist eine bloß rechnungsmäßige Anweisung (im allgemeinsten, nicht im juristischen Sinne) auf sämtliche Güter, die man sich dafür kaufen kann. Die „Funktion" dieser Rechnungseinheit beruht allerdings auf ihrer allgemeinen Benützung, und ihr Wert hängt, wie wir noch sehen werden, von den Gütern ab, die man sich auf Grund der allgemeinen Verwendung dieses Rechnungsmittels beschaffen kann. Eine solche Rechnungseinheit, die sich mit gewisser Kaufkraft, d. h. mit in ihr ausgedrückten Preisen, einmal historisch

entwickelt hat, ist die Grundlage für den ganzen Tauschverkehr. Haben sich in ihr erst einmal Preise und Einkommen ausgebildet, so hängt wenig oder gar nichts davon ab, wieviel bares Geld und besonders wieviel Edelmetall wirklich vorhanden ist.

*

Kehren wir nun nochmals zu der Frage zurück, worauf die Möglichkeit einer solchen, von einem wertgeschätzten Stoff gänzlich losgelösten Rechnungseinheit als Mittel des gesamten Tauschverkehrs beruht. Wir können jetzt nicht mehr sagen, sie beruht auf dem Vertrauen, daß „jeder das Geld nimmt", denn es wird hier nichts mehr genommen oder gegeben. Wir müssen vielmehr sagen, die Möglichkeit der Benutzung einer solchen Rechnungseinheit als Grundlage für alle Forderungen und Zahlungen im Tauschverkehr beruht auf der Tatsache, daß sie allgemein zur Feststellung von Preisen und zur Verrechnung der Einkommen benutzt wird. Es ist sicher, daß das ursprünglich nur bei allgemein beliebten Gebrauchsgütern der Fall war, die jeder gern nahm. Aber nachdem ein solches einmal allgemeines Tauschmittel geworden ist, in dem alle Preise und Einkommen ausgedrückt sind und mit dem alle rechnen, wird es schließlich ganz gleichgültig, in welchem Stoffe die Rechnungseinheit in den immer weniger zahlreich werdenden Fällen sich verkörpert, in denen man eines wirklichen realen Zahlungsmittels zur Erledigung der Umsätze noch bedarf. Daß man bei Geldausdrücken überhaupt kaum mehr an ihre Verkörperung in realen Zahlungsmitteln, sondern an eine ganz abstrakte, zahlenmäßige Kaufkraft denkt, das ist in erster Linie durch das Einkommen herbeigeführt worden, d. h. durch die vom Gelde ermöglichte Trennung von Erwerbs- und Konsumwirtschaft. Die Wirtschaften, die ein Geldeinkommen als Kosten verwenden, gebrauchen eben die Währungseinheit als Rechnungsmittel ihrer Nutzen- und Kostenvergleichung. Das können sie freilich nur, wenn sie die früheren Preise der Bedarfsgüter schon einigermaßen kennen. Aber diese haben sich eben auf Grund der Verwendung eines allgemeinen Tauschmittels allmählich herausgebildet und gehen in komplizierter Weise, die wir einstweilen in dem obenerwähnten Aufsatz auseinandergesetzt haben, auf die Nutzen- und Kostenvergleichungen der Konsumwirtschaften zurück. Von dieser Erscheinung der Einkommen, als in der

Geldeinheit ausgedrückte, ziemlich genau bekannte Kostensummen, hat sich die rein rechnungsmäßige Auffassung des Geldes im heutigen Tauschverkehr entwickelt.

Sobald ein Tauschmittel so allgemein gebraucht wird, daß es zu Preisen führt, d. h. zu einer einheitlichen Berechnung für die Kosten, die auf Grund der gesamten Bedürfnisse aller Wirtschaftssubjekte nach allen Gütern jeder von ihnen für ein einzelnes Gut aufzuwenden hat, wird es als Rechnungseinheit, als Generalnenner in der Nutzen- und Kostenvergleichung aller Konsumwirtschaften benutzt. Und erst dadurch wird dieses Tauschmittel allgemeines Tauschmittel, Geld.

Daß es historisch dazu gekommen ist, das wäre vielleicht ohne Mitwirkung des Staates unmöglich gewesen. Das läßt sich nicht mehr feststellen. Ursprünglich mag der Staat zur Entwicklung des Geldes auch in diesem eigentlichen Sinn als Rechnungseinheit beigetragen haben, indem er für seine Zahlungen und Zahlungen an ihn, die von jeher unter den Umsätzen im geldwirtschaftlichen Tauschverkehr eine große Rolle gespielt haben, den von ihm vorgeschriebenen Geldstoff bestimmte. Allein er kann dabei doch immer nur an schon vorher im Gebrauch befindliche Tausch- und Zahlungsmittel angeknüpft haben, und auch wenn ein Staat Papierwährung einführt, knüpft er immer an das schon bestehende „Geld“, eine schon eingebürgerte Rechnungseinheit an. Diese kann der Staat nicht schaffen, und insbesondere ist auch die Schaffung der Münze, eines Geldsystems mit fester Relation der einzelnen Geldstücke aus verschiedenem Stoffe, nicht von der Bedeutung für die Entwicklung des eigentlichen Geldes, der Rechnungseinheit, wie man bisher annahm. Denn auch wenn Edelmetalle nur gewogen werden, kann, sofern nur ein einheitliches Gewichtsmaß besteht, das ja allerdings auch erst dem Staate sein Entstehen verdankt, sich eine allgemeine Rechnungseinheit ausbilden, die nur auf die Gewichtseinheit lautet. Das beweisen von jeher die zahlreichen Geldrechnungseinheiten, die Gewichtsbezeichnungen tragen, heute noch das Pfund Sterling.

2. Der Begriff des Geldes

Dieses Rechnungsmittel, in welchem also die Konsumwirtschaften ihre Kosten und die Erwerbswirtschaften Nutzen und Kosten veranschlagen, in welchem beim Tauschverkehr die Preise

ausgedrückt werden, in denen die Einkommen stecken, die dann wieder Grundlage für den Konsum werden: dieses Rechnungsmittel ist also etwas ganz anderes als das Geld im eigentlichen Sinne. Und doch benutzt der Sprachgebrauch dieses Wort schon unendlich oft in diesem übertragenen Sinne, in dem an die staatlichen Zahlungsmittel nicht im geringsten gedacht wird. Wegen dieser Vieldeutigkeit des Begriffes Geld ist auch die Geldtheorie von der metallistischen Auffassung noch nicht losgekommen. Hätte man für die abstrakte Rechnungseinheit im Tauschverkehr, wie sie z. B. bei allen Bankgeschäften zugrunde liegt, wo das bare Geld eine verschwindende Rolle spielt, ein besonderes Wort, so hätte man wohl schon längst das Wesen des Geldes richtiger erkannt und wahrscheinlich auch die meisten sonstigen Irrtümer der ökonomischen Theorie, die ja fast alle mit dem Gelde zusammenhängen, vermieden.

Man könnte im Gegensatz zum eigentlichen „baren" Gelde, den realen Zahlungsmitteln, die vom Staate ausgegeben oder von ihm sanktioniert werden (Banknoten), die bloße Rechnungseinheit als Vermittler des Tauschverkehrs als Währung bezeichnen. Aber die heutige Geldlehre versteht unter Währung etwas anderes, nämlich, gerade im Gegensatz zur Rechnungseinheit, die enge Verknüpfung eines Geldwesens mit dem Staate, die Bestimmung des Staates darüber, welcher Geldstoff überall angenommen werden muß, daher Gold-, Silber-, Papierwährung.

Ausdrücke wie Markwährung, Frankenwährung, Kronenwährung usw. kommen zwar auch vor, aber auch sie knüpfen immer nur an die staatlich geschaffenen realen Zahlungsmittel an, enthalten nie den Gedanken einer abstrakten Rechnungseinheit als Vermittler aller Umsätze im Tauschverkehr und Grundlage aller Einkommen.

Wollte man für die Tatsache, daß eine abstrakte Rechnungseinheit heute alle Umsätze vermittelt und in der Einzelwirtschaft als Kosten bewertet wird, einen besonderen Ausdruck, so könnte man diese Rechnungseinheit vielleicht als „Nenner" in übertragener Bedeutung bezeichnen. Denn das ist eben die Funktion dieser Rechnungseinheit, in der Konsumwirtschaft als Einkommen Generalnenner zu sein für die Verteilung der Kosten auf die Bedürfnisse. Und auch im gesamten Tauschverkehr ist sie der Generalnenner, auf den alle Preise lauten, die sich aus den Nutzen- und Kostenvergleichungen aller Einzelwirtschaften ergeben.

Wenn es andererseits gelänge, den Ausdruck Münze nicht nur auf die geprägten, sondern auch auf die gedruckten staatlichen Zahlungsmittel, die ja auch „gestempelt" werden, anzuwenden, könnte man umgekehrt den so allgemeinen Begriff Geld, in dem der Gedanke der allgemeinen Annahme enthalten ist, für die abstrakte Rechnungseinheit beibehalten, an die man heute in den meisten Fällen denkt, wenn man von Geld spricht. Es könnten dann die großen Irrtümer der bisherigen Geldlehre sehr viel leichter vermieden werden. Doch da wir den Sprachgebrauch nicht ändern können, müssen wir eben den Tatbestand klar im Auge behalten, daß er mit Geld zwar sehr verschiedene Dinge bezeichnet, von denen die abstrakte Rechnungseinheit die ungleich wichtigere, aber eben wegen ihrer Abstraktheit noch gar nicht genügend beachtet ist.

Diese „abstrakte" Auffassung des Geldes ist ein Ergebnis unserer ganzen psychischen Wirtschaftstheorie, die auch auf das Geld anzuwenden ist und gerade auch in diesem Punkte der hergebrachten quantitativ-materialistischen Wirtschaftsauffassung vollkommen entgegengesetzt ist. Welche weiteren Schlüsse daraus für die Spezialfragen der Geldlehre zu ziehen sind, das soll in den folgenden Kapiteln, wenn auch nicht erschöpfend, erörtert werden. In diesem Kapitel bringen wir noch einige allgemeine Fragen zur Sprache, zunächst die nach dem Begriff und der Definition des Geldes.

Man hat gewaltigen Scharfsinn und Mühe darauf verwendet, das eigentliche Geld von den Geldsurrogaten und den privaten Umsatzmitteln abzugrenzen, insbesondere auch die Frage zu entscheiden, ob auch die Banknoten Geld seien. Diese Versuche mußten, wie man jetzt erkennt, scheitern an dem Doppelbegriff des Geldes, an der Tatsache, daß in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle das Wort Geld im Sprachgebrauch nicht die stofflich vorhandenen Münzen oder Papierscheine, sondern eine gedankliche, rein abstrakte Rechnungseinheit, einen bloßen „Nenner" bezeichnet. Es ergibt sich nun aus unseren Ausführungen klar die für die metallistische Geldlehre und darüber hinaus für die ganze materialistische Wirtschaftsauffassung wichtige Tatsache, daß das Geld, wie der Begriff in der großen Mehrzahl der Fälle im Sprachgebrauch verstanden wird, nicht sachlich definiert werden kann.

Um unserer Auffassung die bisherige gegenüberzustellen, seien von den üblichen Gelddefinitionen nur zwei angeführt. Helfferich („Das Geld", 2. Aufl., S. 220) nennt Geld „die Gesamtheit derjenigen Objekte, welche ... die ordentliche Bestimmung haben, den Verkehr (oder die Übertragung von Werten) zwischen den wirtschaftlichen Individuen zu vermitteln". Und neuestens sagt B. Moll („Logik des Geldes", 1916), der auch glaubt, mit seiner Definition die Lehre vom Gelde zu fördern (S. 24): „Bewegliche Objekte, die von einem Staate oder einer Notenbank ausgegeben oder wenigstens generell gezeichnet oder gestempelt, innerhalb eines Staatsgebietes und zuweilen darüber hinaus als Vermittler des Güterverkehrs gebraucht werden." Sehen wir ganz davon ab, daß die Ausdrücke Verkehr und Vermittlung natürlich viel zu allgemein und unbestimmt sind, so ist doch an beiden Definitionen schon die Grundauffassung falsch. In dem häufigsten Sprachgebrauch und in dem, der das eigentliche Wesen der Erscheinung berührt, sind Geld keine Objekte. Man wird niemals die Funktion des Geldes im Tauschverkehr richtig erkennen können, wenn man nur die staatlichen oder stofflichen Tauschmittel als Geld betrachtet.

Auf der anderen Seite ist es aber auch vom Standpunkt meiner „rein subjektiven Wertlehre" (richtiger Nutzen- und Kostenlehre) ebenso unrichtig, wenn manche Anhänger Knapps, z. B. F. Bendixen („Währungspolitik und Geldtheorie", 1916, S. 102), behaupten, daß das Geld Wertzeichen, nicht Wertgegenstand sei. Denn das Geld ist, gerade umgekehrt, Gegenstand einer Bewertung, aber nicht ein Zeichen dieser Bewertung. Denn ein Bewertungszeichen, d. h. einen objektiven Ausdruck für subjektive Schätzungen gibt es nicht. Man erkennt hier wieder einmal, welche Rolle unklare und vieldeutige Begriffe spielen. Die übliche Wertlehre und das Fehlen einer richtigen Preistheorie ist an diesen Irrtümern schuld.

Von dem ökonomischen Begriff Geld als allgemeiner Rechnungseinheit, der in der ökonomischen Theorie unentbehrlich ist, weil er den im Wirtschaftsleben am häufigsten mit dem Wort Geld verbundenen Sinn bezeichnet, ist also der juristische Geldbegriff wohl zu unterscheiden. Wie so viele Begriffe des Wirtschaftslebens, z. B. Aktiengesellschaft, Genossenschaft, Kredit, in der ökonomischen Theorie noch im juristischen Sinn gebraucht oder

doch durch die juristische Bedeutung stark beeinflußt werden, einfach deswegen, weil das Recht in diese wirtschaftliche Erscheinung, wenn auch oft nur sehr teilweise, regelnd eingegriffen hat, so ist es auch beim Gelde. Und Knapp hat diese juristische Auffassung des Geldes in der ökonomischen Theorie ins Extrem getrieben. Juristisch kann man man das Geld vielleicht sachlich, wenn auch natürlich nicht stofflich definieren: alle die Sachen, die der Staat zum allgemeinen Zahlungsmittel erklärt. Ob nicht doch auch für eine vorgeschrittene juristische Theorie der ökonomische Gedanke der allgemeinen Rechnungseinheit von Bedeutung sein könnte und nicht nur die bloße proklamatorische Tätigkeit des Staates, soll hier nicht untersucht werden.

Aus unseren Erörterungen ergibt sich, daß diesem Nenner, dieser abstrakten Rechnungseinheit gegenüber das gerade Gegenteil der Knappschen Auffassung richtig ist. Daß aus dem Gelde eine solche abstrakte Rechnungseinheit wird, das kann nicht vom Staate geschaffen werden. Sie ist kein „Geschöpf der Rechtsordnung". Vielmehr hat der Staat im Laufe der bisherigen Geldgeschichte durch seine fortgesetzten Eingriffe in das Geldwesen sein möglichstes getan, das Aufkommen einer solchen abstrakten Rechnungseinheit, die Entwicklung vom Gelde, das sein Geschöpf war, zum „Nenner", wenn wir es so ausdrücken dürfen, zu hindern.*) So sehr Knapp auch manche Einzelheiten des Geldwesens, die man mit der materialistischen Auffassung überhaupt nicht erklären konnte, richtig beobachtet hat, so sehr ist doch die Begründung seiner Auffassung, die „Staatliche Theorie des Geldes" als ganz unökonomisch abzulehnen. Vielleicht mußte auch auf diesem Gebiete die jahrhundertealte Auffassung, die das Geld in erster Linie als ein Geschöpf der Rechtsordnung ansah, es nur als staatliche Institution kannte, erst einmal auf die Spitze getrieben worden sein, wie dies durch Knapp geschehen ist, bis der Boden für eine moderne Geldauffassung reif war. Und wie immer, so ist auch hier die ökonomische Theorie erst sehr spät den tatsächlichen Verhältnissen des wirtschaftlichen Lebens nachgefolgt.

---

*) Und der einzigste Grund für die hergebrachte sachliche Auffassung des Geldes und auch der Grund für die Knappsche Theorie liegt in der Tatsache, daß vom Staate vorgenommene Veränderungen der sachlichen Zahlungsmittel unter Umständen auch die Schätzung der allgemeinen Rechnungseinheit und die Preise ändern.

Schon lange ist die Bedeutung des Geldes als staatliche Institution im Abnehmen, aber die „staatliche Theorie des Geldes", die diese Beziehung ins Extrem trieb, wurde erst aufgestellt, als sie längst nicht mehr in dem Sinn wahr war wie früher. Gewiß, nie hat die Geldmenge, sondern immer haben die **Einkommen** die Güter gekauft, die Preise sind nie durch die Geldmenge, sondern immer durch die Einkommen bestimmt worden, von jeher haben sich die Erwägungen der Einzelwirtschafter nicht auf Geldmengen, sondern auf in einer abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückte Einkommen bezogen, die verteilt wurden; dennoch hat erst mit der gewaltigen Zunahme der privaten Zahlungs- und Abrechnungsmethoden die Entwicklung eingesetzt, die es gilt, jetzt auch in der Theorie zu berücksichtigen, wenn diese ihre Aufgabe erfüllen soll, den tatsächlichen Mechanismus des wirtschaftlichen Lebens richtig zu verstehen. Sie geht darauf hinaus, die Befriedigung des Bedarfs an Umsatzmitteln möglichst durch den Verkehr selbst besorgen zu lassen und in der Hauptsache nur noch für den täglichen Kleinverkehr staatliche Zahlungsmittel zu benutzen, und sich damit eine von staatlichen Eingriffen möglichst unabhängige, wenigstens von der Geldseite her stabile Rechnungseinheit zu verschaffen.

Die Entwicklung des Geldwesens geht — das hat man bisher nicht genügend erkannt und bei der Geldpolitik nicht genügend befolgt — auf eine immer weitergehende Ersetzung der realen staatlichen Umsatzmittel durch abstrakte private Umschreibungs- und Abrechnungsmethoden. Sie werden das reale Geld natürlich nie ganz verdrängen können, aber seine Bedeutung wird immer geringer werden, und insbesondere wird ein Geld mit eigenem Stoffwert immer mehr überflüssig werden. Eine abstrakte Rechnungseinheit, in der heute schon alle Einkommen kalkuliert werden und auf der in Wahrheit alle Preise beruhen, wird in immer größerem Umfange auch zur **Zahlung** aller Preise verwendet werden. Eine derartige Entwicklung bedeutet eine Lostrennung des Geldwesens von der Willkür des Staates, seine Anknüpfung an die Bedürfnisse des Tauschverkehrs, und das Ziel dieser Entwicklung ist erreicht, wenn der Verkehr aus sich selbst die Umsatzmittel und -methoden schafft, die er braucht. Das ist der Endzweck der ganzen Entwicklung der privaten Zahlungs- und Abrechnungsmittel, die, wie gesagt, ein reales Geld niemals ganz

entbehrlich machen, aber die Bedeutung seiner Gestaltung und Menge für den Tauschverkehr immer mehr vermindern. Schon heute bewirkt der große Umfang, in dem private Abrechnungsmethoden zur Vermittlung der Umsätze benutzt werden, daß die Kaufkraft der Rechnungseinheit viel unabhängiger und viel widerstandsfähiger gegen staatliche Geldmanipulationen ist, als das früher der Fall war.

Aus unseren Erörterungen ergibt sich nun auch, was über das Verhältnis des „Geldes" zu den privaten Umschreibungs- und Abrechnungsmethoden zu sagen ist, deren Funktion der heutigen materialistisch-quantitativen Geldlehre soviel Schwierigkeiten macht. Es hat natürlich keinen Sinn, den Giro- oder Abrechnungsverkehr als *Geld* zu bezeichnen, obwohl es sicher ist, daß dadurch Umsätze vermittelt werden. Diese erscheinen aber nicht in der Form der gesetzlichen Zahlungsmittel, dem einzigen „Gelde" der bisherigen Theorie, sondern finden Ausdruck nur in der allgemeinen abstrakten Rechnungseinheit. Ihre Berücksichtigung erfolgt in der bisherigen Theorie unter dem Titel *Umlaufsgeschwindigkeit* des Geldes. Man hat diesen Begriff bisher sehr vernachlässigt, aber seine Existenz und die Bedeutung, die er, wie leicht zu erkennen ist, in der Geldlehre haben muß, zeigen schon, daß man mit einer *sachlichen Definition* des Geldes in der Geldtheorie nicht auskommt. Nicht bloß das „Geld", sondern auch seine „Umlaufsgeschwindigkeit" vermittelt Umsätze. Aber man erkennt leicht, daß vom Standpunkt unserer tieferen Einsicht in den wirtschaftlichen Mechanismus, der sich aus unserer psychischen Wirtschaftsauffassung ergibt, auch die Bezeichnung des Geldes als Tausch- oder Umsatz*mittel* noch zu materialistisch ist. Man denkt dabei doch immer noch zu viel an Objekte. Doch selbst, wenn man das vermeidet und die Abrechnungsmethoden in Betracht zieht, also etwa von Umsatz*verfahren*, Umsatzmethoden, spricht, erfaßt das doch noch nicht das innerste Wesen des Geldes, das eben nicht im Tauschverkehr, sondern in der *Psyche* der allerdings natürlich in den Tauschverkehr hineingestellten Einzelwirtschaft liegt. Geld ist eben die Tatsache des *Generalnenners*, der *Kosteneinheit*, die das Wesen jedes Tausch*mittels* ausmacht. Sich beim Tausch eines Mittels zu bedienen, hat nur Sinn, erleichtert und erweitert nur den Tauschverkehr, wenn dieses Mittel ein allgemeines ist, und dadurch eben

erhält es die innerwirtschaftliche Funktion der allgemeinen Rechnungseinheit, in der das Wesen des Geldes enthalten ist. Also, wie alle wirtschaftlichen Erscheinungen, läßt sich auch das Geld letzten Endes nur individualistisch erklären. Alle von der „Volkswirtschaft" ausgehenden Betrachtungen müssen notgedrungen an der Oberfläche bleiben. Das wird klar, wenn man nur überhaupt das Wesen aller Wirtschaft als etwas Psychisches richtig erkannt hat.

3. Zur „Philosophie" des Geldes

Über das Geld ist schon unendlich viel philosophiert worden. Vielleicht ist dadurch auch die Philosophie gefördert worden, ich kann aber nicht finden, daß man damit der Erkenntnis der Funktionen des Geldes im Mechanismus des Tauschverkehrs näher gekommen sei. Wir wollen hier nun keineswegs Philosophie treiben, sondern nur einige Ergebnisse unserer Geldauffassung vorführen, die sich auf vielerörterte, das Geld betreffende allgemeine Fragen beziehen.

Mit der ganzen quantitativ-materialistischen Wirtschaftstheorie hängt es zusammen, daß man immer die Gelderscheinungen und die Preise als ein Mengenverhältnis zwischen Gütern auffaßte. Wenn z. B. L. v. Mises („Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel", 1912) fragt (S. 33): „Als den Kern unserer Aufgabe sehen wir die Entwicklung der Gesetze an, die das zwischen dem Gelde und den übrigen wirtschaftlichen Gütern bestehende Austauschverhältnis bestimmen, dies und nichts anderes ist die Aufgabe der rationalen ökonomischen Theorie des Geldes", so ist diese Fragestellung vom Standpunkt der bisherigen Theorie aus ganz berechtigt, aber Mises tut nichts zu ihrer Lösung und erkennt nicht einmal, daß ihre Lösung eben eine wirkliche Preistheorie verlangt, die mit den heute als Preistheorie bezeichneten naiven Erörterungen nichts gemein hat,*) denn das sogenannte „Austauschverhältnis zwischen dem Gelde und den übrigen wirtschaftlichen Gütern" sind die Preise, und erst wenn man ihre Bildung erklärt hat, kann die Geldtheorie überhaupt anfangen.

*) Durchaus verkehrt ist es daher, wenn v. Mises den Chartalisten vorwirft, daß sie nicht einmal den Versuch machten, jene Frage zu lösen; das gilt für alle Metallisten ganz ebenso. Ist doch regelmäßig der Preis als eine Gütermenge definiert worden.



Solange man so wenig sich über die Preisbildung klar war wie bisher, schwebte jede Geldtheorie einfach in der Luft. Wir wissen nun, daß der Preis eines einzelnen Gutes sich nicht einfach aus Angebot von und Nachfrage nach jenem Gute erklären läßt, sondern daß er eine komplizierte Komponente aller Nutzen- und Kostenvergleichungen im Tauschverkehr ist. Wir wissen, daß man jenes sogenannte Austauschverhältnis, mit anderen Worten die Preise, nur erklären kann, wenn man erkennt, daß und wie die Güter auf der einen Seite, die Geldsummen, die Preise auf der anderen Seite sowohl als Nutzen wie als Kosten von den Konsumwirtschaften und den Erwerbswirtschaften geschätzt werden.

Andererseits ist es aber auch verkehrt, wie die meisten Vertreter der „Anweisungstheorie" es tun (z. B. Bendixen, a. a. O., S. 96), zu behaupten, es bestehe gar kein Austauschverhältnis zwischen Geld und anderen Gütern, „denn das Geld ist kein wirtschaftliches Gut, sondern Legitimation zum Empfang wirtschaftlicher Güter". Es gäbe nur Austauschverhältnisse zwischen den Gütern selbst. Dieses ist durchaus falsch, ein Irrtum, der von den Metallisten und Nominalisten in gleicher Weise geteilt wird; denn die ganze heutige Wirtschaftstheorie beruht darauf. Wenn ein Paar Stiefel, ein Lehrbuch der Nationalökonomie und eine Reise nach Berlin je 20 M. kosten, so bedeutet das keinerlei Austauschverhältnis zwischen jenen drei „Gütern". Unter den Tausenden, die nach Berlin fahren oder sich ein Paar Stiefel kaufen, und unter den Hunderten, die sich das Lehrbuch der Nationalökonomie kaufen, ist vielleicht kein einziger, der das eine gegen das andere geben würde. Das spezielle Austauschverhältnis aber zwischen dem Gelde und einem einzelnen Gut, daß also ein Paar Stiefel bestimmter Qualität augenblicklich gerade 20 M. kostet, das kann die Theorie überhaupt nie erklären, da dieser Preis, wie gesagt, von allen anderen Umsätzen im Tauschverkehr, von den Einkommen und der ganzen Entwicklung der Schätzung der Rechnungseinheit abhängt. Die Wirtschaftstheorie hat nur die Aufgabe, überhaupt allgemein das Zustandekommen von Preisen zu erklären.

Die ganze Vorstellung, daß das Geld ein Austauschverhältnis zwischen Gütern ausdrücke, ist verkehrt, ist nur eine Folge der hergebrachten Verwechslung von Wirtschaft und Technik. Das Wesen des Geldes besteht gerade darin, daß es als allgemeines

Tauschmittel zu „Austauschverhältnissen“ zwischen sich und den Gütern führt, d. h. zu Preisen, die aber kein Ausdruck von Austauschverhältnissen zwischen den Gütern selbst sind und die nur individuell, aus den Beziehungen zu den einzelnen Wirtschaften, nicht als Beziehungen zwischen Güterquantitäten verstanden werden können.

Es ist also in gleicher Weise falsch, das Geld als ein „wirtschaftliches Gut“, wie alle anderen Güter, oder es als bloßes Wertzeichen betrachten zu wollen. Die vielerörterte Frage, ob das Geld ein wirtschaftliches Gut, ob es eine Ware oder mehr oder weniger als eine Ware sei, hat gar keinen Sinn. Denn ebensowenig wie „das wirtschaftliche Gut“ läßt sich „das Geld“ sachlich definieren, lassen sich die Dinge sachlich bestimmen, die Geld oder Güter sind. Nur durch einen psychischen Begriff, Kosten, steht das Geld mit der Bedarfsbefriedigung im Zusammenhang, deren Organisation zu erklären Inhalt der Wirtschaftstheorie ist.

Auf Grund unserer ganzen Wirtschaftstheorie erkennen wir, daß auch die Vorstellung eines Austauschverhältnisses zwischen dem Geld und den Gütern irrig ist, auf dem logischen Irrtum beruht, von dem die ganze bisherige Wirtschaftswissenschaft als „Güterlehre“ erfüllt ist. Es gibt in der Wirtschaftswissenschaft überhaupt keine Beziehungen zwischen den Dingen, sondern nur Beziehungen der Dinge zu den Menschen, und daher gibt es kein Austauschverhältnis zwischen Geld und Gütern, sondern nur „Schätzungsverhältnisse“, wenn man so sagen will, individuelle Beziehungen jedes einzelnen Menschen zu den Gütern einerseits und dem Gelde andererseits. Und diese Beziehungen, die eben in Nutzen- und Kostenvergleichungen bestehen, führen zu wirtschaftlichen Beziehungen aller Menschen, und daraus bilden sich in dem allgemeinen Tauschmittel die Preise in der Weise, wie wir sie zuerst erklärt haben. Wenn man das einmal erkannt hat, wird man gegenüber der ganzen bisherigen materialistisch-quantitativen Wirtschaftstheorie den richtigen Standpunkt gefunden haben. Dann ist meine psychische Wirtschaftstheorie eine Selbstverständlichkeit geworden. Es ist kein Zweifel, daß wir auf dem Wege dahin sind.

*

Vom Standpunkt dieser psychischen Wirtschaftstheorie sei über das Wesen des Geldes noch folgendes gesagt. Es ist naheliegend, das Geld als Vergleichsmittel von Nutzen und Kosten anderen Vergleichsmitteln oder Maßstäben gegenüberzustellen. Auch das Thermometer ist ein Vergleichsmittel für etwas Subjektives, die Wärme, und die Gewichte ebenso für den Druck. Daß man für Empfindungen einen allgemeinen objektiven Vergleichsmaßstab schafft, ist also nichts Ungewöhnliches. Aber wie funktioniert dieser Vergleichsmaßstab? Sagt 10 Grad Celsius auch nur, daß ich diese Wärme halb so stark empfinde als 20 Grad Celsius? Geschweige denn, daß zwei Menschen dieselbe Gradangabe von Wärme in gleicher Weise empfinden? Gewiß nicht. 10 Grad Wärme bedeutet für mich unter verschiedenen Bedingungen etwas sehr Verschiedenes, nicht nur in bezug auf verschiedene Objekte, etwa Wasser odere äußere Luft, sondern auch in bezug auf dasselbe Objekt. Wasser zum Trinken oder zum Baden, äußere Luft bei Wind und bei Windstille, feucht oder trocken, im Hochgebirge oder im Tale usw. Trotzdem die meisten Menschen eine ungefähre gedankliche Vorstellung davon haben, welche Wärmeempfindung sie unter bestimmten gegebenen Verhältnissen bei einer äußeren Lufttemperatur von 10 Grad haben, kann man doch nicht sagen, daß die Wärmeempfindungen hier einen allgemeinen objektiven Ausdruck finden. Der künstlich geschaffene gemeinsame Wärmemesser bleibt doch immer nur individuelles Vergleichsmittel, das nur unter gleichen subjektiven Bedingungen als solches gebraucht werden kann und nach außen gar nichts Subjektives aussagt.

Ähnlich ist es beim Preis, doch ist er noch mehr ein technisch-quantitativer Ausdruck und von subjektiven Empfindungen, „Wertschätzungen" noch viel weiter entfernt. Trotzdem alle Menschen eines Gebietes für ein Paar Stiefel 20 M. bezahlen, schätzt jeder einzelne die Stiefel wie die 20 M. verschieden, und für beides gibt es keinen Ausdruck. 20 M., 1 Zentner, 10 Grad Celsius sind an sich objektive Bezeichnungen. Der Unterschied zwischen dem Preise und der Wärme- oder Gewichtseinheit besteht nur darin, daß jene objektive Tatsache des Preises eine soziale Erscheinung ist — d. h. natürlich nicht im Sinne der unklaren Sozialbegriffe der Soziologen, die im Tauschverkehr ein Gebilde mit eigenen sozialen Zwecken sehen, sondern nur in dem Sinne, in

dem wir das Wort verwenden, um einen kurzen Ausdruck zu haben: jeder einzelne Preis ist das Ergebnis aller in den Tauschverkehr verflochtenen Wirtschaftstätigkeiten. Ihn trotzdem ganz allgemein auf die individuellen wirtschaftlichen Erwägungen, also letzten Endes auf die Bedarfsempfindungen der einzelnen Menschen zurückzuführen, das ist das Hauptproblem der Wirtschaftstheorie.

Die Thermometerskala nach Celsius oder Réaumur ist das Ergebnis allgemeiner Übereinkunft, also gerade des gleichgerichteten sozialen Zusammenwirkens, das die Soziologen auch im Tauschverkehr finden wollen. An sich könnte jeder sich einen eigenen Vergleichsmaßstab für seine Wärmeempfindungen schaffen. Aber der Unterschied des Thermometers vom Gelde in sozialer Hinsicht liegt, wie leicht einzusehen ist, darin, daß beim Gelde auch sein Funktionieren, die Preisbildung selbst ein ökonomischer und sozialer, d. h. eben durch wirtschaftliches Handeln vieler Personen sich vollziehender Vorgang ist. Die Wärme, die man in einer nach Übereinkunft geschaffenen Skala ausdrückt, ist eine Naturerscheinung, die ganz unabhängig vom Zusammenleben der Menschen ist; die Preise aber schaffen die Menschen selber, und zwar dadurch, daß jeder bei seinen wirtschaftlichen Erwägungen und Handlungen das Geld benutzt. Aber sie schaffen sie nicht bewußt, nicht als Ziel eines gemeinsamen Zweckstrebens, wie die Soziologen behaupten, sondern die Preise entstehen von selbst auf Grund einer historischen Entwicklung, die ursprünglich wohl unter Mitwirkung des Staates zum Gelde führte.*)

Die Preise sind aber nicht das Ziel eines gleichgerichteten sozialen Zusammenwirkens, in dem wir den Inhalt der Gesellschaftslehre im Gegensatz zur Wirtschaftslehre erblicken, sie sind auch insofern eine Art Naturtatsache, als sie sich bilden, ohne daß sich der einzelne Mensch seines auch nur minimalen Einflusses darauf bewußt ist. Die Preisbildung ist vielmehr die

*) Wie wir in dem Aufsatz: „Über Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft“ in den „Jahrbüchern für Nat. u. Stat.“, 1916, Februarheft, ausführten, steht daher die Wirtschaftswissenschaft der Sprachwissenschaft am nächsten, deren Objekt ebenfalls eine solche durch die Beziehungen vieler Menschen, aber nicht durch gemeinsames Zweckstreben geschaffene Erscheinung ist.

Folge individueller, einander bekämpfender Zwecke, eben der individuellen wirtschaftlichen Erwägungen.*)

Und ferner ist der Unterschied des Geldes als objektives, allgemein gebrauchtes Vergleichsmittel bei individuellen wirtschaftlichen Erwägungen von dem objektiven Vergleichsmittel der Thermometerskala der, daß jene, wie sie aus „sozialen" Vorgängen der wirtschaftlichen Abhängigkeit vieler Individuen voneinander und den daran anknüpfenden wirtschaftlichen Erwägungen entstanden sind, so auch wieder solche zur Folge haben. Wie alle Preise, so stehen auch alle Einkommen als Geldausdrücke in Zusammenhang, und wenn auch jeder die Preise als Quote seines Einkommens subjektiv bewertet, so ergibt sich doch die Höhe seines Einkommens aus den Tauschkonstellationen, in denen seine Erwerbstätigkeit gegenüber der aller anderen und allen Bedürfnissen steht.

Wie nun diese Geldausdrücke, zu denen die Güter umgesetzt werden, die Preise, ein anscheinend objektiver Tatbestand, eine Naturtatsache, die nicht auf Grund eines gemeinsamen Zweckplanes der Menschen bewußt geschaffen ist, doch zurückzuführen ist auf subjektive Zwecke, auf die individuellen Bedarfsempfindungen, davon hat die bisherige Theorie, die glaubt, mit ihrem Wertbegriff auch den Preis erklären zu können, und die nicht einmal den Zusammenhang aller Preise durch das Geld ahnte, gar keine Vorstellung gehabt. Die Lösung dieses Problems ist die Preistheorie, für die ich einstweilen auf meinen oben zitierten Aufsatz und die einleitend gegebene kurze Darstellung verweisen muß. Es leuchtet ein, daß die Lösung nur dadurch möglich ist, daß man an die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes anknüpft. Denn die vom Einkommen ausgehenden Nutzen- und Kostenvergleichungen der einzelnen Wirtschafter sind es, die die Entstehung der Preise mit den individuellen Bedürfnissen verknüpfen.

Die Lösung dieses Problems wird nun dadurch erschwert, daß das Geld weder als allgemeines Tauschmittel im Güterverkehr zwischen den einzelnen Wirtschaften noch in seiner innerwirt-

---

*) In dem eben zitierten Aufsatze sehe ich den Unterschied zwischen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaft darin, daß es sich bei ersterer um sich bekämpfende, widerstreitende, bei letzterer um gleichgerichtete Zwecke vieler Menschen in ihrem Zusammenleben handelt.

schaftlichen Funktion als Generalnenner der Nutzen- und Kostenvergleichung etwas Sichgleichbleibendes ist; sondern es verändert sich, und zwar, wie wir einstweilen allgemein sagen können, durch Veränderung seiner Menge. Zwar kommt etwas Ähnliches auch bei anderen Vergleichsmitteln vor; die Bestimmungsgründe der Thermometerskala, das Gefrieren des Wassers als Bestimmung des Nullpunktes, das Kochen des Wassers als Bestimmung der Gradeinteilung 100 bedeuten auch nicht immer dasselbe. Denn in Wahrheit ist das Kochen des Wassers vom Luftdruck abhängig, weshalb es an hochgelegenen Orten schon zu einem erheblich geringeren Grade als 100 zum Kochen kommt. So gilt also auch hier die Wärmemessung nur unter der Voraussetzung rebus sic stantibus. Der Unterschied ist aber der, daß diese Veränderungen im Vergleichsmittel Geld für den einzelnen Wirtschafter in der Regel nicht feststellbar sind, daß sie teils aus dem Tauschverkehr selbst, teils aus dem Eingreifen des Staates in das Geldwesen sich ergeben und daß es sich bei der Feststellung von Preisen nicht wie bei Feststellung von Wärme nur um eine individuelle Angelegenheit handelt, sondern daß die Preisbildung, also die Benutzung dieses schwankenden, selbst nicht stabilen Vergleichsmittels Geld, die Folge eines ungeheuer komplizierten tauschwirtschaftlichen Prozesses sind, in dem Millionen von Wirtschaftern mitwirken. —

Schließlich sei noch kurz auf ein anderes Problem eingegangen, das in die „Philosophie des Geldes" gehört und das deutlich zeigt, was dabei herauskommt. Man hat sich den Kopf darüber zerbrochen, daß das Geld doch nicht als in alle Ewigkeit zirkulierend gedacht werden könne. Man hat beim Gelde die Antinomie gefunden: „Geld kann nicht ohne Ende zirkulieren — denn es muß eine schließliche Befriedigung, eine Einlösung als Abschluß erwarten lassen. — Geld muß ohne Ende zirkulieren, denn nur im ewigen Weitergegebenwerden, in der Funktion liegt sein Wesen, und der Begriff des Endes bedeutet Negation und Aufhören dieses Wesens" (Bruno Moll, „Logik des Geldes", 1916, S. 27 ff.). „Aber," fährt der Verfasser fort (S. 29): „Das Zirkulieren kann nicht letzter Zweck sein, es kann nicht bis in alle Ewigkeit fortgehend gedacht werden. Einmal muß eine Einlösung kommen, eine Befriedigung."

Im 4. Kapitel seines Buches: Eigener Lösungsversuch: Grundlegung einer wirtschaftlichen Theorie des



Geldes, kommt der Verfasser nach mancherlei Hin und Her zu dem Ergebnis, daß „auch die Steuerfundation — die Möglichkeit, das Geld zu Zahlungen an den Staat zu verwenden — nicht ausreicht, um die Vorstellung des befriedigenden Endes zu garantieren", „daß Geld nach menschlicher Berechnung der relativ sicherste Besitz ist" (S. 70), daß aber „letzter Zweck jeder menschlichen Wirtschaft die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse durch Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen ist" und „eine Theorie des Geldes uns zwingt, auf diesen letzten Zweck der Wirtschaft uns zu besinnen, mag auch noch so oft das Geld bloß als Umlaufsmittel erscheinen" (S. 79). „Nehmen wir" — heißt es S. 80 — „einmal an, ein bestehender Staat solle aufhören, in der alten Form zu existieren; oder einen anderen Fall: der Geldbesitzer verlasse für immer das Gebiet seines Staates. Wir fragen nun: Wie wird man unsere heutigen Zahlungsmittel einordnen müssen nach dem Grade, in dem in solchen Fällen die Befriedigung des Geldinhabers gesichert oder gefährdet erscheint?" Verfasser kommt zu folgender Reihenfolge:

Wechsel und Schecks,
Papiergeld,
Unterwertiges Metallgeld,
Vollwertiges Metallgeld,
Sachgüter.

„Auch ein girales System" — sagt er S. 83 — „setzt doch immer Einlage von irgendwelchem Stoffwert als Grundlage für den Beginn und als Möglichkeit des Ausgleichs am Ende voraus. Darüber wird man nie hinwegkommen, und da liegt die logische Grenze für die Möglichkeit eines stoffwertlosen Zahlungswesens: Anfang und Ende verlangen stoffwertvolle Befriedigung." „Die Forderung der elementaren wirtschaftlichen Logik nach der Sicherung endlicher Befriedigung sollte bei der Diskussion einer Währungsfrage niemals ganz außer acht gelassen werden" (S. 84). Weiterhin wird gesagt (S. 102): „Ein Papiergeld, das sich nicht entwerten soll, kann im letzten Grunde nur fundiert sein auf den Glauben des Publikums an die Macht des Staates zu endlicher Befriedigung."

Über diese Frage sei in Kürze folgendes gesagt:

Das ganze Problem der „endlichen Befriedigung" beim Gelde scheint mir eine reine „Doktorfrage", die von den Tatsachen des

wirtschaftlichen Lebens abstrahiert. Kein Wirtschafter denkt daran, was schließlich aus dem Papiergeld oder den Scheidemünzen wird, er nimmt sie gerade so, wie sich ein anderer eine Forderung auf sein Bankkonto gutschreiben läßt. Die Möglichkeit eines Zusammenbruchs seiner Bank oder auch der Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, ist für jeden Wirtschafter unendlich viel größer als die Möglichkeit des Zusammenbruchs des staatlichen Geldes, wobei er zudem höchstens die geringe Summe riskiert, die er gerade in Geld und in auf Geld lautenden Forderungen besitzt. Der in den Geldtauschverkehr verflochtene Wirtschafter will eben überhaupt nicht „sicheren Besitz" irgendwelcher Sachen, sondern er will *Erträge*. Ihm genügt, daß er ein *Einkommen* hat, das in Geld, d. h. in der allgemeinen Rechnungseinheit, verrechnet wird und mittels dessen er seine Bedürfnisse befriedigen kann. Wäre es richtig, wie der Verfasser meint, daß Geld der sicherste Besitz wäre, warum häuft dann nicht jeder Geld auf? Was sollten dann aber alle mit dem Gelde anfangen? Es kommt doch immer wieder nur das Weitergeben in Betracht. Die ganze Geldwirtschaft beruht eben darauf, daß der Wirtschafter der „sicheren" Eigenproduktion, die ihm Sachgüter verschafft, die nach der heutigen „Güterlehre" vermeintlich unsichere Erzielung eines *Geldeinkommens* vorzieht, weil er weiß, daß er damit seine Bedürfnisse viel vollkommener befriedigen kann. Was schließlich aus den paar Geldstücken wird, die im Verhältnis zu dem bloß verrechneten Einkommen des einzelnen Wirtschafters und zu den gesamten Umsätzen heutzutage eine verschwindende Rolle spielen, das interessiert keinen wirtschaftenden Menschen. Wer das nicht erkennt, hat überhaupt vom Wesen der Wirtschaft keine Ahnung.

Die ausschließliche Betrachtung der zirkulatorischen Funktion des Geldes ist ebenso einseitig wie die des Stoffwertes. Das Geld muß neben seiner tauschwirtschaftlichen Funktion als allgemeines Tausch- und Zahlungsmittel auch in seiner „innerwirtschaftlichen" Funktion betrachtet werden, in welcher es eben nicht „Wertmaßstab" ist, wie die bisherige Theorie lehrt, sondern *Generalnenner der Nutzen- und Kostenvergleichung*. Dann erkennt man, daß sich das Geld überhaupt nicht sachlich definieren läßt, sondern daß es eine abstrakte Rechnungseinheit ist, die jedermann verschieden als *Kosten* schätzt, und zwar *nach seinem individuellen Einkommen*. Diese abstrakte Rech-

nungseinheit bleibt aber, wie man z. B. in Serbien beobachten kann, erhalten und vermittelt alle Umsätze, auch wenn der Staat, der die realen Zahlungsmittel ausgab, gar nicht mehr existiert und an eine Einlösung nicht zu denken ist. Sie bleibt erhalten, weil eben das ganze Preis- und Einkommensystem darauf aufgebaut ist.

In der Theorie klingt es ja ganz schön, daß man mit der Einlösungspflicht der Banknoten in Gold einen Anspruch auf ein Sachgut habe, das unter allen Umständen wegen seiner Seltenheit einen gewissen Wert darstellen wird, der beim Papier fehlt. Aber einmal wird diese Einlösungspflicht aufgehoben werden, wie die Erfahrung zeigt, sobald ein Staat in schwierige politische und wirtschaftliche Lage kommt, und daß daher eine auf Gold lautende Forderung mehr wert sein, eventuell gar den Bestand des Staats überdauern könne, ist durchaus zu bestreiten. Nur die allgemeine Benutzung der abstrakten Rechnungseinheit überdauert unter Umständen den Bestand des Staats, und um so eher, je weniger vorher durch Eingriffe des Staates in das Geldwesen das überlieferte Preis- und Einkommensystem erschüttert war. Andererseits wird, wenn die Einlösungspflicht formell nicht aufgehoben ist, in ungünstigen Zeiten, falls die Einlösung verlangt würde, der Goldvorrat doch niemals ausreichen. Denn man würde in solchen Zeiten ja nicht nur die Banknoten, sondern auch den größten Teil aller sonstigen Forderungen in Gold realisieren wollen — zahllose Bankguthaben, Hypotheken usw. würden gekündigt und Rückzahlung in Gold verlangt werden —, so daß selbst der größte Goldvorrat nicht entfernt dazu ausreichen würde. Aber auch nur von einer prozentualen Auszahlung der Forderungen in Gold nach Maßgabe des vorhandenen Goldvorrats wird praktisch nie die Rede sein. Denn, wie wir das in Belgien und Serbien gesehen haben, die Regierung eines in Auflösung begriffenen Staates wird seinen Goldschatz immer in Sicherheit bringen; wenn aber nicht, wird er vom siegenden Staat als Beute angesehen werden.

Wie uns ebenfalls die Erfahrung des Krieges zeigt, bleibt aber trotz des Zusammenbruchs eines Staates seine allgemeine abstrakte Rechnungseinheit, das eigentliche Geld, bestehen, und zwar bleibt es ganz ebenso und in demselben Maße bestehen, wie die wirtschaftlichen Beziehungen der Einwohner des eroberten Landes trotz Aufhörens der Staatsgewalt bestehen bleiben. Die

Rechnungseinheit wird unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse Veränderungen erleiden, in dem überlieferten Preis- und Einkommenssystem werden auf Grund wirtschaftlicher Veränderungen Verschiebungen eintreten, aber wenn die Gefahr nicht mehr vorhanden ist, daß ein Staat durch Vermehrung der Geldmenge, also von der Geldseite her Einkommens- und Preisveränderungen herbeiführt, erhält sich die eingebürgerte Rechnungseinheit, auch wenn der Staat gar nicht mehr besteht und seine Einlösungspflicht nicht mehr in Betracht kommt. Sie erhält sich, nicht weil man eine spätere Rekonstruktion des Staates und Wiederaufnahme seiner Einlösungspflicht erwartet, auch nicht in Anknüpfung an das Geldwesen des erobernden Staates und in Hoffnung auf Einlösung durch ihn. Nicht die Hoffnung auf irgendeine Einlösung in Geld erhält die einmal eingebürgerte Rechnungseinheit, sondern einfach die Tatsache, daß jeder das Geld noch nimmt, die auf der Gewöhnung an die eingelebte Rechnungseinheit beruht, auf der Tatsache, daß jeder in ihr sein Einkommen und seine Kosten kalkuliert. So ist das „Geld", und das ist eben die abstrakte allgemeine Rechnungseinheit, wie schon gesagt, ein Geschöpf der Gewohnheit, aber nicht der Gewöhnung an gewisse reale Zahlungsmittel, sondern der Gewöhnung an eine abstrakte Rechnungseinheit, auf die auch die Zahlungsmittel nur lauten, und in der, weit über die Benutzung der realen Zahlungsmittel hinaus, alle Umsätze im Tauschverkehr, alle Preise, als Kosten und bei den Erwerbswirtschaften auch als Nutzen kalkuliert werden. Wenn man das einmal erkannt hat, ist der Metallismus auch durch philosophische Spekulationen über das Problem der endlichen Erfüllung nicht mehr zu halten.

Sechstes Kapitel

Der „Wert" des Geldes

Wie nach aller bisheriger Auffassung die Wertlehre im Zentrum der ganzen ökonomischen Theorie steht und den Hauptstreitpunkt und Hauptgegensatz der verschiedenen Richtungen bildet, so ist auch in der Lehre vom Gelde die Frage nach dem Werte des Geldes der Kernpunkt aller ihrer Probleme und das letzte Unterscheidungsmerkmal ihrer verschiedenen Richtungen. Und wie schon im allgemeinen Wertbegriff, einerlei ob nach der objektiven oder subjektiven Werttheorie, einer der Hauptfehler aller bisherigen Theorien enthalten ist, die Verwechslung von Wert und Preis, so knüpfen auch in der Frage nach dem Werte des Geldes alle Streitfragen an jenen grundlegenden Irrtum an.

Schon Aristoteles hat das Hauptproblem des Geldes dahin formuliert, ob das Geld *νόμῳ* oder *φύσει* sei, aus dem Gesetz oder aus der Natur stamme. Diese Grundfrage hat bis heute in wechselnder Gestalt die Geldtheorie beherrscht und ist in der neueren Theorie entsprechend der in ihrem Mittelpunkt stehenden Wertlehre zu dem Gegensatz von metallistischer und chartalistischer Geldtheorie zugespitzt worden. Nach der ersten stammt der Wert des Geldes aus der Natur, d. h. er stammt von einem wertgeschätzten Stoffe, auf den das Geld lauten muß, heute in der Regel Gold. Nach der anderen stammt das Geld aus dem Gesetze, es ist, wie Knapp, der Hauptvertreter der chartalistischen Theorie, es ausdrückt, ein „Geschöpf der Rechtsordnung". Aber in Wahrheit ist die chartalistische Auffassung, wie sie Knapp auf die Spitze getrieben hat, indem er überhaupt keine ökonomische, sondern nur eine „Staatliche Theorie des Geldes" lieferte, nur eine Abart eines weiteren Inbegriffs von Geldtheorien, die Knapp die nominalistischen genannt hat. Für sie ergibt sich der Wert des Geldes nicht aus dem Wert seines Stoffes — der

Nominalismus ist daher unter allen Umständen der Gegensatz zum Metallismus —, sondern er leitet sich ab von den Gütern, die man mit dem Gelde kaufen kann. Dieser Satz ist zwar schon von A. Smith behauptet worden, der dann aber doch zu einer metallistischen Geldlehre gekommen ist, und auch heute wird er noch von den in der Geldlehre so besonders zahlreichen Eklektikern gern mit der metallistischen oder der chartalen Auffassung vermengt. Man kann die rein nominalistische Geldtheorie, sofern sie nicht als Chartaltheorie Knapps das Geld auf den Staat und die Rechtsordnung zurückführt, als Anweisungstheorie bezeichnen.*) Sie sieht im Gelde nur eine „Marke", eine „Anweisung", ein „Wertzeichen" oder wie die verschiedenen Ausdrücke lauten, und ihre Vertreter sind dabei über den „Wert" des Geldes wieder sehr verschiedener Meinung.

Unter Chartaltheorie wollen wir daher nur die Lehre Knapps und seiner Anhänger verstehen, welche den „Wert" des Geldes auf das Gesetz, die Rechtsordnung zurückführt. Denn Charta bedeutet ja nicht nur Marke, sondern auch Gesetz. Alle diejenigen Theorien, die den Wert oder die Kaufkraft des Geldes nicht auf den wertgeschätzten Stoff zurückführen, wollen wir als nominalistische bezeichnen. Unsere Theorie ist daher natürlich auch eine nominalistische, aber mit der Vertretung der einen oder anderen Auffassung ist selbstverständlich noch nichts erklärt; auf die Begründung kommt es an. Die älteren Begründungsversuche einer nominalistischen Auffassung wollen wir als Anweisungstheorien zusammenfassen. Sie alle unterscheiden sich von der unsrigen dadurch, daß sie immer nur die realen Zahlungsmittel als Geld betrachten.

Die Anweisungstheorie ist in verschiedenen Spielarten schon von Law, Petty, Locke, Montesquieu und vielen anderen vertreten worden, von neueren ist wohl O. Heyn hierher zu rechnen. Sie hat aber nie viele Anhänger gefunden, und zwar, wie uns jetzt klar wird, deswegen nicht, weil sie in das überlieferte System der Wirtschaftstheorie mit ihren quantitativ-materialistischen Grundlagen, in die herrschende „Güterlehre"

*) Dabei ist Anweisung, wie schon gesagt, nicht in dem speziellen juristischen Sinne als Dokumentierung eines Rechtsanspruches genommen, sondern in dem allgemeinsten Sinne, in dem es nur soviel wie Anwartschaft, ein Inaussichtstehen bedeutet.



nicht paßte. Man gelangte zu ihr auf Grund von Beobachtungen tatsächlicher Verhältnisse, suchte diese zu begründen und kam so zu speziellen Geldtheorien. Aber eine Verschmelzung dieser nominalistischen Geldtheorien mit der allgemeinen Wirtschaftstheorie war nicht möglich. So finden wir bei solchen Nationalökonomen, die nicht ausschließlich Geldtheoretiker sind, sondern das Geld im Rahmen einer allgemeinen Wirtschaftstheorie betrachten wollen, wie besonders neuestens bei v. Wieser im „Grundriß der Sozialökonomik", Band I, charakteristische Widersprüche zwischen der nominalistischen Geldauffassung und ihrer sonstigen materialistischen Wirtschaftstheorie.

Natürlich neigen auch manche neuere Geldtheoretiker zu einem Eklektizismus, der auf Grund des unbefriedigenden Zustandes der allgemeinen Wirtschaftstheorie erklärlich ist, aber doch eine wirkliche Erklärung der Geldphänomene vermissen läßt. Eine solche muß auch das Geld mit der letzten Grundlage aller Wirtschaft, mit den Bedürfnissen der Individuen, in Verbindung bringen und von ihnen aus, wie alle tauschwirtschaftlichen Vorzüge, so auch das Geld systematisch erklären. Zu diesen eklektischen Schriften gehört auch das Buch von Helfferich, dem wir zwar in den Einzelheiten der Geldlehre viele ausgezeichnete Ergebnisse verdanken, das aber in der allgemeinen theoretischen Erfassung des Geldes versagt, eben wegen der Unklarheiten der allgemeinen Wirtschaftstheorie.

1. Der Nominalismus

Die metallistische Anschauung ist heute noch die ganz überwiegende. Es ist auch leicht einzusehen, daß sie der bisherigen technisch-materialistischen Wirtschaftstheorie, die eine „Güterlehre" ist, die Erscheinungen des Tauschverkehrs als Verhältnisse zwischen Gütermengen erklären will, durchaus entspricht. Ebenso der heutigen Wertlehre, die infolge der Verwechslung von Wert und Preis an einen absoluten Wert, einerlei ob Substanz- oder Funktionswert, glaubt. Wie nach dem Wert aller Güter, für den sie an einen objektiven Ausdruck im Wirtschaftsleben glaubte, so fragt sie auch nach dem Werte des Geldes und fand ihn natürlich in dem ihm zugrunde liegenden Edelmetall, dem Golde. Es ist kein Zweifel, daß nur sie, nicht aber die nominalistischen Anschauungen in die bisherige ökonomische Theorie hineinpassen.

Einige Vertreter des Nominalismus, vor allem O. Heyn, haben denn auch schwächliche Versuche gemacht, die allgemeine Wirtschaftstheorie zu verbessern. Aber Heyn ist über allgemeine Erörterungen über den Wertbegriff nicht hinausgekommen*) und zu einer theoretischen Begründung seiner nominalistischen Geldauffassung nicht gelangt. Andere Nominalisten haben daher auf eine Stütze ihrer Anschauung durch die ökonomische Theorie überhaupt verzichtet oder sie haben geglaubt, die Geldthorie unabhängig von der allgemeinen ökonomischen Theorie aufstellen zu können. Das gilt besonders für Knapp, „Staatliche Theorie des Geldes", die bestenfalls eine juristische, aber keine ökonomische Erklärung des Geldes ist. Es gilt aber auch für Versuche seiner Anhänger, wie F. Bendixen, der zwar meint, daß „die wirtschaftliche Theorie des Geldes da beginnt, wo Knapp aufgehört hat", aber daß „die staatliche Theorie die Elementarlehre des Geldes ist, über die man so wenig streitet wie über das Einmaleins", und daß sie „einer befriedigenden wirtschaftlichen Theorie des Geldes nicht widerspricht, sondern sie vielmehr fundamentiert".**)

Das ist nun sicherlich nicht richtig. Auch Knapp verkennt, ganz ebenso wie andere Vertreter der nominalistischen Anschauung, das eigentliche Wesen und die innerwirtschaftliche Funktion des Geldes. Er geht daher auch gar nicht näher auf eine ökonomische Begründung seiner Theorie ein, ersetzt vielmehr die fehlende ökonomische Begründung seiner nominalistischen Auffassung, wonach der Wert des Geldes nicht an einen wertvollen Stoff geknüpft sei, durch die Behauptung, daß das Geld „ein Geschöpf der Rechtsordnung" sei, daß der Staat bestimmt, was Geld sei und was es zu gelten habe, und daß es also nur die Staatsmacht sei, welche stofflich wertlosen Gegenständen den Charakter des Geldes geben könne. Knapp kam zu ihr als scharfsinniger Beobachter, er hat aber selbst empfunden, daß der Schluß, den er aus der Beobachtung tatsächlicher Verhältnisse, insbesondere des österreichischen Geldwesens, auf die „chartale" Natur des Geldes ziehen und der zur Ablehnung des Metallismus führen mußte, mit der

---

*) „Theorie des wirtschaftlichen Wertes", I. Teil, Berlin 1899.

**) „Währungspolitik und Geldtheorie", S. 86 und 95. Als Anhänger des „Chartalismus" kann man natürlich immer nur die vom Staate ausgegebenen oder autorisierten Zahlungsmittel, nicht aber die abstrakte Rechnungseinheit als Geld ansehen.

bisherigen Wirtschaftstheorie nicht übereinstimmte. Wie schwer Knapp diese Erkenntnis geworden ist, weil er sie nur aus der Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse schöpfte und in seinen sonstigen theoretischen Anschauungen auf dem Boden der überlieferten materialistischen Wirtschaftsauffassung stand, erhellt aus folgenden Sätzen (a. a. O., S. 13): „Lange hat es mir im Innersten widerstanden, anzuerkennen, daß die nominale Werteinheit vollständig ausreicht für Urteile über den lytrischen (d. h. in bestimmten Tauschmitteln ausgedrückten) Wert der Güter. Es war auch mein Irrtum, was der Irrtum fast aller ist; ich glaubte, Werturteile kämen nur zustande, wenn Güter mit Gütern verglichen werden ... Jetzt aber kann nur noch behauptet werden, daß auf diese Weise die ersten Werturteile zustande kamen. Wenn aber diese Art von Beurteilung eingebürgert ist, dann ist es unnötig, Gut mit Gut zu vergleichen. Dann können Werturteile über ein Gut abgegeben werden unter Benutzung der nominalen, nur historisch definierten Werteinheit."

Hätte man früher erkannt, daß Wirtschaften nicht Güterbeschaffung, sondern Nutzen- und Kostenvergleichen, etwas Psychisches ist, dann hätte man längst eingesehen, daß man überhaupt nicht Güter mit Gütern vergleicht, am wenigsten quantitativ, sondern Lust- oder Unlustgefühle.*) Diese können als Kosten auch an Dinge anknüpfen, die nur indirekt der Nutzenbeschaffung dienen und so auch an eine abstrakte Rechnungseinheit, sobald sie nur allgemein angenommen ist und damit die Sicherheit auf Beschaffung von Genußgütern im Tauschverkehr gewährt. Darauf allein beruht die Kaufkraft des Geldes, aber nicht auf irgendwelchen stofflichen Eigenschaften.

So ist es zweifellos unrichtig und zeigt die Folgen zu einseitig historisch-induktiver Betrachtung und das Fehlen einer systematisch-theoretischen Begründung, wenn Knapp am Eingang seines Werkes das Geld als „ein Geschöpf der Rechtsordnung" bezeichnet. Denn gerade das, was das eigentliche Geld und das ökonomische Wesentliche am Gelde ist, seine innerwirtschaftliche und tauschwirtschaftliche Funktion als Rechnungseinheit, das

*) Auch ist es, wie wir wissen, ein fundamentaler Irrtum, die Geldausdrücke, die Preise, für „abgegebene Werturteile" zu halten. Dann müßten alle, die ein Gut kaufen, es gleichhoch schätzen. Merkwürdig, daß ein so scharfsinniger Kopf wie Knapp einen so einfachen Satz nicht erkannt hat!

hat der Staat nicht geschaffen. Er benennt nur eine schon bestehende Rechnungseinheit, setzt fest, wie diese Rechnungseinheit eine Form im äußerlichen Gelde erhalten soll, bestimmt, daß der zehnte Teil einer Goldmünze, von der $139^1/_2$ auf ein Pfund feines Gold gehen, Mark genannt werden soll, aber er bestimmt nicht, was diese Rechnungseinheit gelten soll, ihre Schätzung den Gütern gegenüber, ihre Kaufkraft. Diese wird bestimmt durch das Verhältnis von Einkommen und Preisen einerseits, was damit an Bedarfsbefriedigung zu erreichen ist andererseits. Nicht das Geld kauft die Gütermengen, sondern die Einkommen, die in der Rechnungseinheit ausgedrückt sind. Ob dieses rechnungsmäßige Einkommen in Metallgeld, Banknoten oder Wechseln, Dividendenscheinen usw. besteht, ist ganz gleichgültig. Nicht das „Geld" wird bei der Bedarfsbefriedigung verbraucht — ein großer Teil der Einkäufe der Konsumwirtschaften vollzieht sich ja heute schon ohne Geld —, sondern das Einkommen. Nicht die Geldstücke sind Kostengut, sondern ein Soundsovielfaches der Rechnungseinheit. Das Einkommen ist keine Geldsumme, sondern nur eine in der Rechnungseinheit, dem „Nenner", auf die auch das Geld lautet, ausgedrückte Summe, die in jeder Einzelwirtschaft Grundlage der Nutzen- und Kostenvergleichung wird und daraufhin im gesamten Tauschverkehr wieder zu Preisen führt.

Durch die Entwicklung des Geldwesens im Kriege hat die nominalistische Auffassung, aber nicht die Knappsche rechtliche Begründung dafür, wohl eine weitere Bekräftigung erfahren. Insbesondere mußten die Verhältnisse in Schweden und Argentinien, wo die Banknoten ein Agio gegenüber dem Golde erzielten, ganz einfach, weil die Notenbanken solches nicht mehr nehmen wollten, den Metallisten zu denken geben. Bei Lichte besehen ist ja der Nominalismus eine logische Selbstverständlichkeit, aber auch jetzt noch fehlt vollkommen die ökonomisch-theoretische Begründung dieser Auffassung, die eben in einem materialistischen System nicht möglich ist. Deshalb halten auch gerade die Hauptvertreter der heutigen ökonomischen Theorie an der metallistischen Auffassung fest. Ich will nur eine charakteristische Äußerung dazu mitteilen. C. Diehl sagt:*) „Knapp behauptet: für den inneren Verkehr eines Staates ist ein Geld ohne Stoffwert möglich.

*) „Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege". Stuttgart 1916, S. 20.



Tatsächlich ist aber unser deutsches Geld gar kein stoffwertloses; es handelt sich um Geldsurrogate, die alle auf wirkliches Metallgeld basiert sind. Nie haben die Metallisten bestritten, daß in weitgehendem Maße Ersatzmittel für das Geld möglich sind, wenn nur die metallische Währung selbst erhalten bleibt... Unser Kriegsgeldzustand ist in keiner Weise ein Beweis für die Knappsche Theorie und gegen die metallistische Theorie, sondern es muß dabei bleiben, daß ein freier Wirtschaftsverkehr ein Geld mit Stoffwert notwendig hat... Wenn die Produktion einzelnen Privatpersonen anvertraut (?) ist, die nach Belieben Waren auf den Markt werfen, muß ein Wertvergleichungsmittel da sein. (Der bekannte Irrtum, daß das Geld und die Preise ein Vergleichsmittel des Wertes der Tauschgüter zwischen den Tauschenden seien!) Die Produzenten müssen die kauflustigen Konsumenten auffordern können: Nun schätzt ihr an einem allgemein beliebten Gegenstande wie z. B. Gold ab, wieviel ihr mir für meine Ware geben wollt!"

Daß dieser letzte Satz nicht stimmt, daß niemand am Golde abschätzt, wieviel er für eine Ware geben will, darüber braucht man sich kaum mehr zu unterhalten. Aber weiter: Zu behaupten, daß nur die metallische Währung Geld und alles andere nur Geldsurrogate sei, ist ein bloßer Streit um Worte. Erklären muß die ökonomische Theorie die unbestrittene Tatsache, daß es uneinlösbares Papiergeld gibt, dessen Kaufkraft von der des Metallgeldes ganz unabhängig ist, daß viele Staaten lange eine solche reine Papierwährung, ohne daß „die metallische Währung erhalten blieb", gehabt haben, viele zum Teil noch haben und ohne Nachteile dauernd haben könnten. Das kann die materialistische Wirtschaftstheorie mit ihrem auf Nutzen und Seltenheit beruhenden Wertbegriff, mit dem sie ein allgemeines Maß des Güterwertes und damit auch des in einem wertvollen Stoff verkörperten Geldes gefunden zu haben meint, nicht leisten. Die Erklärung ist nur möglich, wenn man das Wesen der Wirtschaft, das mit Stoffbeschaffung und Stoffumwandlung nichts zu tun hat, und die Funktion des Geldes in den Einzelwirtschaften richtig erkannt hat.

Doch kehren wir zur chartalistischen Theorie zurück. Mangels einer richtigen Wirtschaftstheorie hat man die induktiv gewonnene Erkenntnis von der Unabhängigkeit des Geldwertes von seinem

Stoff nicht durch die ökonomische Theorie begründen können. Und so ist es gekommen, daß die Chartalisten die eine Funktion des Geldes, sozusagen die juristische, die Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel, ganz gewaltig übertrieben, ja sie als die ursprüngliche ansahen.

Es ist natürlich ein ganz fundamentaler Irrtum, wenn Anhänger der „Chartaltheorie" glauben, daß auch der „Wert des Geldes" ein Geschöpf der Rechtsordnung sei, der Staat dadurch, daß er ein bestimmtes Geld schafft und sagt: dieser Schein soll 100 M. „gelten", auch die Kaufkraft dieses Geldes bestimme. Doch haben das zum mindesten nicht alle Anhänger einer nominalistischen Geldauffassung behauptet, und z. B. Otto Heyn wendet sich in seinem Aufsatze: „Zur Verteidigung der Chartaltheorie des Geldes"*) mit Recht dagegen. Aber auch diese Chartalisten haben das, was der Staat nun eigentlich dem Gelde gegenüber vermag und wodurch er auf das Geld einwirken kann, mangels einer richtigen Wirtschaftstheorie nicht richtig erkannt. O. Heyn wendet sich z. B. gegen die Behauptung von Lansburgh: „Alles was die Staatsgewalt dem Gelde gegenüber vermag, ist auf das rein Deklaratorische beschränkt." Er meint (S. 779): „Der Staat, welcher Papiergeld ausgibt, verleiht den betreffenden Stücken Papier, die an sich wertlos sind, gesetzliche Zahlkraft, d. h. die Fähigkeit, Geldschulden im gleichen Nominalbetrage zu tilgen. Solche vertragsmäßige Geldschulden gäbe es viele, und auch die Steuerschulden der Staatsbürger seien nicht ganz unerheblich. Daher ist ein mit gesetzlicher Zahlkraft ausgestelltes Stück Papier zweifellos ein Ding, welches für viele Personen „brauchbar" ist. Dieses Stück Papier... sucht der Staat möglichst teuer zu verwerten, und ebenso verfahren diejenigen, die es von ihm erworben haben. So „besitzt die Staatsnote einerseits „Brauchbarkeit", oder „Nützlichkeit", andererseits Kostspieligkeit. Das sind aber die beiden einzigen Vorbedingungen dafür, daß ein Ding im Tauschverkehr einen Preis und damit Tauschwert oder mit andern Worten „Kaufkraft" erlangt."

Auch hier finden wir bei einem ausgesprochenen und vielleicht dem ältesten „Chartalisten" die übliche Überschätzung der realen Zahlungsmittel im Tauschverkehr, die völlige Verkennung der

*) „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik", 1916, Band 106.

Tatsache, daß der größte Teil aller Umsätze nicht bezahlt, sondern verrechnet wird, vor allem auch die Verkennung der Tatsache, daß die Kaufkraft des Geldes von den Einkommen abhängt. Und daher scheint mir auch die Betonung der Zahlungsmittelfunktion des Geldes und der staatlichen Bestimmung, daß man Geldschulden in dem vom Staat mit dem Nennwert gegebenen Umfange damit tilgen könne, übertrieben zu sein. Ich glaube nicht, daß diese Möglichkeit die Kaufkraft des Geldes auf die Dauer beeinflussen kann. Einfach deswegen, weil diese rechtliche Bestimmung an den Einkommensverhältnissen in der Volkswirtschaft nichts ändert. Auch scheint sie mir durch die Erfahrung nicht bestätigt zu sein. Steigen infolge starker Geldvermehrung und dadurch bewirkter Einkommensverschiebungen die Preise, so erleiden zwar die Gläubiger aus auf Geld lautenden Verträgen, also die Empfänger von Leihzinsen u. dgl., Verluste, aber dem passen sich die Leih-, Miet- und Pachtpreise alsbald an. Entscheidend für den Geldwert sind auch hier einzig und allein die Einkommen und die bei starker Geldvermehrung eintretenden Einkommensverschiebungen. Aber die Festsetzung des Nennwertes durch den Staat ist immer etwas rein Deklaratorisches, und zwar ganz einerlei, ob bei Gold- oder bei Papierwährung, nur daß bei der ersteren die inländische Kaufkraft der Rechnungseinheit mit der des Auslandes intensiv verknüpft ist (s. darüber im 7. Kapitel).

Gerade bei der Festsetzung eines Nennwertes für sein Geld durch den Staat tritt das Subsidiäre des Geldes in diesem Sinne, der staatlichen Zahlungsmittel, und seiner „Rechtsordnung" gegenüber dem allgemeinen Tauschmittel, der abstrakten allgemeinen Rechnungseinheit, deutlich hervor. Denn der Staat kann bekanntlich diesen „Nennwert", seine ganze Währung nicht künstlich, aus dem Nichts schaffen, sondern muß immer an frühere Währungen, d. h. an eine früher ausgebildete allgemeine Rechnungseinheit, anknüpfen. Der Staat kann nicht sagen: ich führe jetzt eine Dukaten- und Kreuzerwährung ein, eine Dukate zu 100 Kreuzer, sondern jedes neugeschaffene „Geld" muß an das alte anknüpfen, d. h. in Wahrheit an die allgemeine Rechnungseinheit, die sich eingelebt hat und die rechnungsmäßige Grundlage aller Preise und Einkommen bildet. Das wäre charakteristischerweise selbst dann nötig, wenn der Staat eine

Goldwährung einführte, z. B. bestimmte, daß 100 Dukaten aus einem Pfund Feingold geprägt werden sollen. Dann würde der Verkehr sich das sofort in die allgemeine Rechnungseinheit Mark umrechnen, und danach würden sich alle Preise und Einkommen gestalten.

Die Überschätzung des Geldes als der **gesetzlichen Zahlungsmittel** zeigt sich auch bei vielen anderen Autoren, z. B. bei **Helfferich**, wenn er sagt (a.a.O., S. 353): „Die Reichsgoldmünzen werden vom Empfänger nicht angenommen als Waren, die sie verkaufen wollen, sondern in ihrer vom Recht bestätigten Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel." Lassen wir den Warencharakter des Geldes außer Erörterung, so ist doch sicher, daß Helfferichs Behauptung für die ungeheure Mehrzahl der Geldumsätze nicht zutrifft. Niemand denkt selbst jetzt im Kriege, wo bei ausschließlichem Papiergeldumlauf die Eigenschaft des gesetzlichen Zahlungsmittels viel größere Bedeutung hat, an die rechtliche Grundlage des Geldes, er denkt überhaupt nicht an Zahlungsmittel, sondern er denkt an **Einkommensquoten**, die er von Dritten zu fordern hat, wobei es ihm ganz gleichgültig ist, ob sie in gesetzlichen Zahlungsmitteln ausgezahlt oder ihm irgendwie auf Bankkonto verrechnet werden. Er denkt letzten Endes nur daran, was er sich mit seinem Guthaben für Bedürfnisse befriedigen kann, und man kann das Geld nur deshalb keine Ware nennen, weil überhaupt in der Regel nicht Geldstücke, sondern bloß verrechnete, in der bestehenden Rechnungseinheit ausgedrückte Summen, letzten Endes Einkommensteile umgesetzt werden.

In neuester Zeit gibt es nun einige Schriftsteller, die **Nominalisten** sind, aber nicht eigentlich als Vertreter der Anweisungstheorie noch der Chartaltheorie bezeichnet werden können, weil sie zu dieser Frage keine Stellung nehmen. Es gehören dahin vor allem v. **Wieser** und in gewisser Hinsicht auch O. **Heyn**. Sie suchen den „Wert" des Geldes aus dem Wert der Güter, die man damit kauft, abzuleiten, und vor allem v. Wieser kommt mit seiner Erkenntnis, daß das **Einkommen** der Geldwertbestimmungsgrund sei, unserer Auffassung in diesem Punkte am nächsten. („Grundriß der Sozialökonomie", Band I, besonders S. 301 ff.). Aber als Grenznutzler glaubt er noch an einen absoluten, durch Nutzen und Seltenheit bestimmten „Wert" der Güter und kennt einen „volkswirtschaftlichen, objektiven Tauschwert des Geldes"

(§ 50). Dieser ist „als die Geltung zu definieren, welche das Geld kraft des allgemeinen Preisstandes für alle Beteiligten im volkswirtschaftlichen Prozesse hat.“ Daß es so etwas nicht gibt, dürfte nach unsern bisherigen Ausführungen klar sein. Der Fortschritt liegt bei v. Wieser darin, daß er prinzipiell die Beziehung des Geldwerts zum Einkommen erkennt, aber auf Grund seiner Werttheorie und der ganzen streng materialistischen Auffassung, in der auch das Einkommen meist als eine Gütermenge erscheint, kommt er nicht zur „rein subjektiven“, individuellen Erfassung des Geldes; seine ganze Auffassung der „Volkswirtschaft“ ist durch Anlehnung an die soziale Betrachtungsweise verkehrt,*) und insbesondere wegen des Mangels jeder Preistheorie, die wirklich diesen Namen verdient, bleiben seine häufig recht zutreffenden Einsichten in das Geldwesen unklar und unbegründet und sind bestenfalls Fremdkörper in seinem streng materialistisch-quantitativen System.

2. Der Metallismus

Durch die von Knapp glänzend verwerteten Erfahrungen der Geldgeschichte, dann auch durch die Beobachtungen im Kriege ist die bisher unbedingt herrschende Ansicht über den Wert des Geldes, die *metallistische*, zweifellos weiter erschüttert worden. Eine ganze Reihe von Nationalökonomen, namentlich solche, die sich nicht theoretisch festgelegt haben, lehnen den Metallismus in der Geldlehree durchaus ab, aber wegen des trostlosen Zustandes der ganzen Wirtschaftstheorie wissen sie nichts anderes an seine Stelle zu setzen. Daraus ist die Knappsche staatliche Theorie entstanden; ein *ökonomische* Begründung des Nominalismus aber fehlt noch.

Andererseits fußt der Metallismus auf allgemeinen theoretischen Anschauungen, die im wesentlichen schon längst überwunden und zum alten Eisen geworfen sind, die aber an dieser Stelle wieder hervorgeholt werden. *Metallistische Geldlehre* und *objektive Werttheorie, Produktionskostentheorie* hängen eng zusammen. Jene ist nur mit dieser zu begründen. Nur wenige aber haben noch den Mut, sich auf den Boden der Lehre zu stellen, daß der „Wert“ der Güter durch ihre Produktionskosten bestimmt werde, wenn auch mangels einer wirklichen

*) Vgl. dazu meine eingehende Besprechung in der „Zeitschrift für Politik“, 8. Band, 1915.

Preistheorie noch niemand eigentlich darüber hinausgekommen ist. So werde auch der „Wert“ des Geldes durch den Wert des Goldes und dessen Wert durch seine Produktionskosten bestimmt (so noch neuestens Diehl). Die metallistische Geldlehre geht weiter von der Auffassung aus, daß vollkommenes Geld nur das sei, das seinen Wert in seinem Stoff trägt. Die staatliche Prägung hat danach nur den Zweck, Gewicht und Feingehalt der Geldstücke zu beglaubigen (Lexis). Nach dieser Auffassung sind Papiergeld, Scheidemünzen u. dgl. nur Geldersatzmittel oder Geldsurrogate, deren Wert im Tauschverkehr nur auf ihrer Einlösung in wirklichem Gelde und auf dem Kredit des Emittenten in bezug auf seine Fähigkeit zur Einlösung beruht. Indem man alle nichtmetallische Zahlungsmittel in den äußerst unklaren Kreditbegriff stopfte, hat man den Geldbegriff auf das „wertvolle“ Metallgeld beschränkt. Danach hat das Geld heute seinen Wert nur durch die Beziehung zum Golde. Nur wenn es aus einem allgemein beliebten Stoffe besteht oder doch auf einen solchen lautet, darin eingelöst werden kann, kann das Geld nach der herrschenden Ansicht seine Funktion als „Wertmaßstab“ erfüllen. Und nur die Verbindung dieser Funktion mit der als allgemeines Tausch- und Zahlungsmittel macht diese zum Gelde (Philippovich). Banknoten, Scheidemünzen u. dgl. sind nur Geldsurrogate, welche zwar als Tausch- und Zahlungsmittel, aber nicht als Wertmaßstab dienen können.

Es ist nun, wie schon gesagt, ein fundamentaler Irrtum, die völlige Verkennung des ganzen Geldmechanismus, zu glauben, daß für ein Wertmaß oder „Wertvergleichungs- bzw. Preisfestsetzungsmittel“, wie Diehl neuestens sagt,*) „ein Geld ohne jeden eigenen Wert, ein stofflich wertloses Geld“ unmöglich sei. Was ist das wieder anderes als die alte Vorstellung des absoluten, des Substanzwertes! Noch immer fehlt — immer wegen der technisch-materialistischen, „sozialen“, „volkswirtschaftlichen“ Betrachtungsweise des Verfassers — die Vorstellung des Geldes als Kostengut, die Vorstellung der innerwirtschaftlichen Funktion des Geldes, der Gedanke, daß alle Güter entfernter Ordnung, und so auch das Geld, nicht wegen ihres Stoffes, sondern nur wegen der Genußgüter, die man sich damit beschaffen kann, geschätzt

*) In einer Kritik des Buches von Bendixen, „Währungspolitik und Geldtheorie“ im „Bankarchiv“, 16. Jahrgang, Nr. 1.



werden. Und weil man eben mit Geld sich alle Genußgüter beschaffen kann, deswegen wird es geschätzt, ganz ohne Rücksicht auf den Stoff, aus dem es besteht.

Wenn Diehl weiter fragt: Wenn das Geld Wertvergleichungsmittel ist, „wie kann man Wert vergleichen, wenn ein tertium comparationis fehlt?“ so ist darauf zu sagen: für das psychische Nutzen- und Kostenvergleichen braucht man kein tertium comparationis. — Aber das Geld ist Kosteneinheit, Generalnenner der individuellen Kostenschätzungen. Allerdings ist es nicht das sachliche Geld und erst recht nicht nur das aus Edelmetall, sondern es ist die allgemeine Rechnungseinheit, die deswegen, weil alle Preise und Einkommen in ihr kalkuliert werden, Generalnenner der individuellen Nutzen- und Kostenvergleichungen wird.*)

Und schließlich, gewiß ist es sehr unvollkommen, wenn Bendixen sagt, das Geld habe selbst keinen Wert, sondern repräsentiere nur den Wert der übrigen Waren. Aber was soll man dazu sagen, wenn Diehl darauf bemerkt: „So fragen wir, welche Waren sind damit gemeint? Für Geld kann man Getreide, Fahrräder, Stahlfedern, Baumwolle, Stiefelwichse usw. haben. Alle diese Werte sollen also im Werte des Geldes widergespiegelt werden!“ So ruft im zwanzigsten Jahrhundert einer der angesehensten deutschen Nationalökonomen aus, als ob es sich gar nicht lohnte, darüber noch zu diskutieren! Und doch ist es für den, der auch nur eine Ahnung von dem tauschwirtschaftlichen Mechanismus hat, eine Selbstverständlichkeit — wenn auch nur mit einer richtigen Preistheorie zu erklären —, daß der „Wert“ des Geldes in der Tat alle Preise „widerspiegelt“. Denn jene Behauptung ist nichts weiter als die unumstößliche Tatsache, die allerdings erst

*) Das Geld ist in keiner Weise tertium comparationis. Bei der Preisvergleichung nicht, weil es eben doch selbst der Preis ist, das einzige Mittel, die Preise auszudrücken. Bei der Nutzen- und Kostenvergleichung nicht, weil es eben selbst Kostengut ist, als Kosten geschätzt wird, wenn es auch nicht letzte Kosten, sondern gewissermaßen nur Kostenersatz ist. Es hat nur den Vorteil, daß es einheitlicher Kostenfaktor — etwas anderes soll die Bezeichnung Generalnenner nicht ausdrücken — ist, bei dem man im Gegensatz zum Kostenfaktor Arbeitsmühe von einem ziemlich genau bekannten Vorrat, dem Einkommen, ausgehen kann, in dem infolgedessen jede Einheit als Kosten gleich hochgeschätzt wird, eben als Einkommensquote. Das ist die innerwirtschaftliche Bedeutung des Geldes.

neuestens von einigen Nationalökonomen erkannt wurde, daß durch das Geld alle Preise, alle Güter im Zusammenhang stehen. Allerdings, wer, wie Diehl und die bisherige Theorie, den Preis als eine „Gütermenge" definiert und glaubt, daß der Preis jedes Gutes durch seine Produktionskosten bestimmt werde, der hat natürlich von dem Zusammenhang aller Preise keine Ahnung. Und doch ist klar, daß diese Tatsache wenigstens zu erkennen, wenn man sie auch nicht erklären kann, eine der elementarsten Voraussetzungen für eine einigermaßen befriedigende Vorstellung über den tauschwirtschaftlichen Mechanismus ist. So weit sind wir also noch in der ökonomischen Theorie zurück. Dabei ist Diehl noch einer der Nationalökonomen, die sich ernstlich um die allgemeinen theoretischen Probleme bemühen.

Eine eingehendere Widerlegung der metallistischen Geldauffassung ist an dieser Stelle wohl unnötig. Sie ist praktisch widerlegt durch die Beispiele aus der Geldgeschichte, die sie nicht erklären kann. Ihre ganze Grundauffassung eines „Substanzwertes" ist ein Irrtum, den sogar Theoretiker anerkennen, die sich im übrigen noch nicht vollständig von ihr freigemacht haben (Helfferich). Die Erklärung des Werts des Geldes durch „die Produktionskosten", wie sie auch Diehl wieder vertritt, ist überhaupt nicht ernsthaft zu diskutieren. Denn da bei dem Institut der freien Prägung gewissermaßen unbeschränkte Nachfrage nach Gold vorhanden ist, hier also die Nachfrage unmöglich als feste Größe angenommen werden kann, wie es die bisherige „Preistheorie" sonst beliebte, erhebt sich die Frage: Warum wird nicht noch viel mehr Gold produziert, da mit erhöhten Produktionskosten die Produktion doch offenbar noch gewaltig gesteigert werden könnte? Daß sie deshalb nicht aufgewendet werden, weil hier wie überall der Preis erst die Kosten bestimmt, das sollte, wenn man nicht gerade durch die bisherige Theorie blind geworden ist, nicht so schwer zu erkennen sein.*)

Die Widerlegung der metallistischen Geldtheorie ist durch dieses ganze Buch gegeben. Bei näherer Betrachtung ist sie für jeden vernünftigen Menschen von selbst erledigt, und es ist nur

---

*) Auch der Preis des Goldes kann wie alle Preise nur durch den Begriff des tauschwirtschaftlichen Grenzertrages erklärt werden. Er hängt durch ihn mit den Preisen aller anderen Güter zusammen. (Näheres darüber im 7. Kapitel.)



bedauerlich, daß noch viele Leute, die einen guten praktischen Einblick in das Geldwesen haben, wie Helfferich, Lansburgh u. a., mangels richtiger allgemeiner theoretischer Grundlagen noch teilweise am Metallismus festhalten. Es sei deshalb noch mit ein paar Worten auf die metallistische Theorie eingegangen. Zu ihrer Kritik sei einer der neuesten, und zwar ein sehr geschickter Vertreter derselben gewählt, A. *Lansburgh*, „*Die Kriegskostendeckung und ihre Quellen*", ohne Jahreszahl, 1916 erschienen. Er sagt in dem Abschnitt *Die Kriegskostendeckung und die Geldtheorie*, S. 52. „Die metallistische Theorie versteht unter dem Gelde, wie es sein soll, ein Zahlungsmittel aus Metall, dessen Nennwert sich mit seinem Effektivwert deckt" usw. Also wiederum der alte Irrtum des absoluten Wertes, der durch den Ausdruck „Effektivwert" nur für sehr naive Gemüter ein wenig verschleiert wird. „Die Chartaltheorie hingegen steht auf dem Standpunkt, daß das Geld als solches mit dem Metall, aus dem es häufig besteht, oder in das es normalerweise meist umgetauscht werden kann, nicht notwendig verbunden zu sein braucht, sondern daß die Beziehung zwischen Geld und Metall ebensogut fehlen kann... Es genügt vielmehr, daß dem Zahlungsmittel ein bestimmter Wert durch Staatsbefehl verliehen wird, um es „Geld" werden zu lassen, es mag im übrigen beschaffen sein wie es will."

Gegen diese Charakterisierung der Chartaltheorie hat nun schon O. *Heyn* eingewendet, daß sie vielleicht auf die Theorie Knapps und mancher seiner Anhänger zutreffe, aber nicht auf alle nominalistischen Geldlehren.*) Er selbst betont mit Recht, daß das Papiergeld seine Kaufkraft nicht vom Staat verliehen erhalte, sondern sich selbst erwerbe, obwohl ich der Art, wie er das begründet, das Papiergeld sei „brauchbar" und der Staat suche es möglichst teuer zu verkaufen, nicht ganz zustimmen kann (s. oben). Lansburgh wendet sich also gar nicht gegen diejenigen Nominalisten, die nicht der falschen Ansicht huldigen, daß „der Staat den von ihm geschaffenen oder autorisierten Zahlungsmitteln... außer seinem nominellen Wert, auch einen *faktischen* Wert, eine bestimmte *positive Kaufkraft* verleihen könne". „Diese Annahme, die — wie er behauptet — den eigentlichen Inhalt

*) „*Zur Verteidigung der Chartaltheorie des Geldes*", a. a. O., S. 778.

der Chartaltheorie ausmacht, beruht auf Selbsttäuschung und auf gründlicher Verkennung des Geldwesens." Gegen andere nominalistische Begründungen hat sich Lansburgh gar nicht gewandt. Ich verteidige nun keineswegs die bisherigen „Chartaltheorien", die entweder, wie die Knapps, eine ökonomische Begründung überhaupt nicht versuchen oder sie mit den Mitteln der quantitativ-materialistischen Wirtschaftstheorie versuchen, mit denen sie nicht begründet werden kann. Die bisherigen Nominalisten haben weder den Metallismus durch ein klares theoretisches System ersetzt, obgleich sie für seine Unmöglichkeit höchst überzeugendes Material beibrachten, noch haben sie den Nominalismus theoretisch begründet. Beides ist nur in einem geschlossenen theoretischen System auf psychischer Grundlage möglich.

Wegen dieses Mangels der bisherigen nominalistischen Geldlehren wendet sich auch O. Heyn gar nicht gegen den Passus in Lansburghs Schrift, in dem dieser nun seinerseits den Metallismus zu begründen versucht, mit anderen Worten, er liefert eben nur eine „Verteidigung der Chartaltheorie", vermag aber die metallistische Theorie nicht mit Gründen der ökonomischen Theorie anzugreifen. Lansburgh sagt (S. 57): „Will ein Staat neue Geldarten schaffen, gleichzeitig aber seine Währung gegen Wertschwankungen sichern, so genügt es nicht, daß er die neuen Zahlungsmittel in sein historisch gewordenes Geldsystem einreiht und ihnen durch Gesetz oder Verordnung den Nennwert der alten Zahlungsmittel beilegt. Diese Verankerung des neuen Geldes in der Landeswährung ist viel zu lose. Es bedarf einer zweiten Verankerung, um zu bewirken, daß der so verliehene Nennwert der Zahlungsmittel zu einem Effektivwert wird. Die Zahlungsmittel müssen — da der (die übliche quantitative Betrachtungsweise!) Wert jedes Gutes sich durch das Austauschverhältnis mit anderen Gütern bestimmt — unlöslich mit demjenigen Gute verknüpft werden, welches man in den für den Handel maßgebenden Ländern zum Welt-Austauschgut und damit zum Welt-Wertmesser gemacht hat." „Um diese Weltgeldqualität zu haben und zu behalten, brauchen die Zahlungsmittel nicht unter allen Umständen stofflich aus dem Welt-Tauschgut zu bestehen. Sie haben und behalten diese Qualität auch, solange sie jedem Besitzer die Möglichkeit gewähren, ohne Mühe und Verzug in den Besitz des Welt-Tauschgutes zu kommen, also so-

lange sie Zertifikate über dieses Gut sind und im Verkehr Platzhalterdienste für dasselbe verrichten. ... die Noten ... müssen Stück für Stück durch das entsprechende Welt-Tauschgut gedeckt sein. Im anderen Falle ist wohl ihre Tauschwahrscheinlichkeit und damit ihre „Sicherheit" bis zu einem gewissen Grade gewährleistet, nicht aber ihre Wertbeständigkeit."

Diese Ansichten dürften heute als die herrschenden bezeichnet werden, und man erkennt, welche ungeheure praktische Bedeutung sie haben, indem danach völlige Golddeckung der Noten erlangt wird. Aber auf der anderen Seite sind diese Ansichten durch die Erfahrung des Krieges in einer Weise widerlegt worden, daß schon ein starker Doktrinarismus, ein blinder Goldglaube dazu gehört, sie in dieser Weise noch zu vertreten. Sind doch in Schweden, Holland und Argentinien die Banknoten mehr wert geworden, haben eine größere Kaufkraft als das Gold, für das sie nur „Platzhalterdienste" leisten sollen. Das kann die metallistische Theorie natürlich noch viel weniger erklären, wie die gleichen Verhältnisse gegenüber der Silberwährung in Österreich in den siebziger Jahren, denen gegenüber man sich, selbstverständlich mit Unrecht, noch darauf berufen konnte, daß das Papiergeld mit Rücksicht auf eine erhoffte spätere Goldeinlösung über den Wert des Silberguldens stieg.

Es ist auch merkwürdig, daß Lansburgh so sehr die „Wertbeständigkeit" der Goldwährung betont, während nach der Ansicht der meisten Metallisten die Teuerung vor allem von der Geldseite her, durch die Ausdehnung der Goldproduktion verursacht worden sein soll.

Äußerst verdächtig ist endlich an den Ausführungen Lansburghs, daß er über den entscheidenden Punkt, w o h e r n u n „d e r W e r t" d e s G o l d e s k o m m t, g a r n i c h t s s a g t. Kommt er im Sinne der objektiven Wertlehre von den Produktionskosten, so erhebt sich, wie gesagt, die Frage, warum nicht noch mehr Gold produziert wird. Bestimmt er sich im Sinne der subjektiven Wertlehre durch das, was man dafür kaufen kann, so ist damit die Begründung der Notwendigkeit einer „zweiten Verankerung" und der Metallismus überhaupt schon erledigt. Denn dann ist nicht gezeigt, weshalb nicht ein anderes allgemeines Tauschmittel ebensogut den Wert der Güter erlangen kann, die man damit kaufen kann.

Kurzum, eine wirkliche Begründung des Metallismus durch die allgemeine Wirtschaftstheorie fehlt auch hier. Lansburgh ist eben Spezialist auf dem Gebiete des Geld- und Bankwesens und glaubt eine Geldtheorie isoliert von der allgemeinen Wirtschaftstheorie aufstellen zu können. Das ist, wie aus dem Gesagten klar hervorgeht und sich eigentlich von selbst versteht, ein Irrtum. Aber man kann ihm kaum einen Vorwurf daraus machen, daß er keine allgemeine theoretische Fundierung seiner Geldlehre liefern konnte. Denn die Theoretiker vom Fach haben sie auch nicht geliefert, und der ganze Metallismus ist so nichts weiter als eine bloße Behauptung ohne eigentliche theoretische Begründung, ganz wie die Lehren der meisten Chartalisten.

Abgesehen von der Vorstellung eines absoluten Substanzwertes, bedeuten Lansburghs Ausführungen die schon oben kritisierte Verkennung der Grundlagen des ganzen Tauschverkehrs und der Funktion des Geldes dabei. Gerade wenn man auf dem Standpunkt steht, daß „der Wert jedes Gutes sich durch das Austauschverhältnis mit anderen Gütern bestimmt" (nur nicht eine bloße Mengenbetrachtung zugrunde gelegt!), daß also das „Geld" nur zwischen Leistungen und Gegenleistungen vermittelt, sollte man erkennen, daß auf seine stoffliche Qualität nichts ankommt, daß vielmehr jeder Gegenstand, sofern nur erreicht werden kann, daß er von allen genommen wird, als allgemeines Tauschmittel fungieren könnte. Wenn man sich dann von der üblichen technischen Auffassung der Wirtschaft, der Verwechslung von Wert und Preis u. dgl. frei macht, ist es auch nicht schwer, einzusehen, daß, nachdem einmal ein allgemeines Tauschmittel, einerlei wie und in welcher Gestalt, aufgekommen ist, mit ihm wie mit einer abstrakten Rechnungseinheit gerechnet wird, und daß die staatlichen Tausch- und Zahlungsmittel längst nicht mehr alle Umsätze vermitteln. Schließlich könnte man dann auch zu dem Satze kommen, daß nicht die Geldmenge in der ganzen Volkswirtschaft, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen und daß durch sie die Beziehung zwischen der allgemeinen Rechnungseinheit und ihrem Ausdruck, den Preisen, und den individuellen Bedürfnissen herbeigeführt wird, die die ökonomische Theorie klarzulegen hat, wenn sie die Funktion des Geldes wirklich erklären will.

Daß „der Staat nichts in valorisatorischer Hinsicht vermag", daß der Staat nicht „den von ihm geschaffenen Zahlungsmitteln außer ihrem nominellen Wert auch einen faktischen Wert, eine bestimmte positive Kaufkraft verleihen kann", ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß es zeigt, auf welchem Tiefstand die Geldtheorie sich noch befindet; wenn derartiges noch behauptet und bekämpft, überhaupt erörtert wird. Man darf aber auch die Tatsache nicht überschätzen, auf die O. Heyn so großes Gewicht legt und Knapp und seine Anhänger natürlich noch viel mehr, daß der Staat erzwingen kann, daß das von ihm ausgegebene Papiergeld so und so viel Mark zu gelten habe,*) daß man also auf die Rechnungseinheit lautende Geldschulden in seinem Gelde erfüllen und den Gläubiger befriedigen kann. Denn dieses Recht wirkt wohl auf die gegenwärtig laufenden Geldschulden und bewirkt, daß die Empfänger sich geschädigt fühlen, wenn inzwischen die Kaufkraft des Geldes gesunken ist. Sie hat aber keinerlei Einfluß auf die künftig zu vereinbarenden Preise, die sich eben allmählich ändern, wenn infolge von Einwirkungen des Staates auf die Geldmenge Einkommensverschiebungen eingetreten sind.

Erkennt man, daß nicht das „Geld", das man bisher ausschließlich betrachtete, die staatlichen oder vom Staate autorisierten Zahlungsmittel, die Güter kaufen, sondern die **Einkommen**, die in einer abstrakten allgemeinen Rechnungseinheit kalkuliert werden, dann ist nicht schwer, einzusehen, daß auch die „zweite Verankerung" den der Landeswährung verliehenen Nennwert nicht zu einem „Effektivwert" macht. Und das zeigen die Verhältnisse in Schweden während des Krieges dem, der nicht durch den metallistischen Aberglauben verblendet ist, auf das deutlichste. Dann braucht man die Frage nicht mehr zu scheuen, woher denn „der Wert" des **Goldes** komme, dann wird klar, daß auch das Gold der allgemeinen Rechnungseinheit eines Landes gegenüber nur eine Ware ist, nur daß deren Preis durch das Institut der freien Prägung in dieser allgemeinen Rechnungseinheit fixiert ist, was aber nicht hindert, daß sich mit Veränderungen in den subjektiven Schätzungen der allgemeinen Rechnungseinheit auch der Wert des Goldes, d. h. eben sein „Austauschverhältnis" anderen Gütern gegenüber, ändert.

---

*) Aber nicht, wieviel die Mark zu gelten habe.

3. Die Schätzung des Geldes

An diese Kritik der bisherigen Geldtheorien, des Metallismus und des Chartalismus, seien noch einige weitere Bemerkungen über den „Geldwert“ angeschlossen.

Über den Wertbegriff im allgemeinen und den Geldwert im besonderen ist so unendlich viel geschrieben worden, daß man sich fast scheuen muß, noch etwas dazu zu sagen. Ich wage es nur deswegen, weil ich schon eingangs betonte, daß ich weit davon entfernt bin, eine neue „Werttheorie“ aufzustellen, daß ich vielmehr den Wertbegriff, der so unendlich viel Unheil in der ökonomischen Theorie verschuldet hat, ganz aus ihr herauswerfen will. Dieses Kapitel hat daher nur die Aufgabe, viel schärfer als das bisher möglich war, zu zeigen, wie selbst die neuesten Autoren und solche, die ganz zweifellos in manche Einzelheiten des Geldwesens am tiefsten eingedrungen sind, wie Helfferich und Lansburgh, doch hinsichtlich des Geldwertes in fundamentalen theoretischen Irrtümern befangen sind, die sie aus der bisherigen Wirtschaftstheorie übernommen haben.

Diese Irrtümer beruhen letzten Endes auf der ganzen quantitativ-materialistischen Auffassung der Wirtschaft und im besonderen auf dem Fehlen einer wirklichen Preistheorie. Die Folge davon ist, daß man im Preise immer einen Wertausdruck sieht und immer an einen absoluten Wert der Güter glaubt, einerlei, ob man ihn als Substanzwert oder als Funktionswert auffaßt. Es ist auf das schärfste zurückzuweisen, wenn man tausendfach in der bisherigen Literatur solche Sätze findet wie bei Lansburgh (a. a. O., S. 52): „Die metallistische Theorie versteht unter dem Gelde . . . ein Zahlungsmittel aus Metall, dessen Nennwert sich mit seinem Effektivwert deckt.“ Es gibt keinen „Effektivwert“ des Geldes. Oder: „Es genügt (nach der Chartaltheorie), daß dem Zahlungsmittel ein bestimmter Wert durch Staatsbefehl verliehen wird.“ Es kann dem Gelde kein „Wert“ verliehen werden. Aber ist das nicht nur ein Streit um das vieldeutige Wort Wert? In gewisser Hinsicht sicher. Aber es liegen jener Verwendung doch fundamentale tauschwirtschaftliche Irrtümer zugrunde, eben der, daß der objektive Geldausdruck, der Preis gleichzeitig Ausdruck eines subjektiven Wertes sei. Das ist nicht der Fall; aber jeder Geldausdruck, jeder Preis

und jedes Einkommen wird subjektiv bewertet. Doch findet diese subjektive Bewertung des Geldes als Preis und Einkommen ebensowenig einen Ausdruck, wie überhaupt für subjektive Wertschätzungen ein Ausdruck möglich ist.

Das gleiche wie für den „Wert" gilt für den Begriff „Kaufkraft" des Geldes. Auch er kann nur individuell, subjektiv richtig verstanden werden. Denn Kaufkraft bedeutet: was man dafür kaufen kann, und diese Güter werden eben von jedem verschieden geschätzt. Daher hat das Geld verschiedene Kaufkraft für jeden, nicht nur entsprechend der Größe seines Einkommens, sondern auch je nach den Bedürfnissen, die der einzelne damit befriedigt. Einen Vergleichsmaßstab dafür gibt es aber nicht.

Allerdings liegt die quantitative Betrachtungsweise hier ganz außerordentlich nahe, besonders in den Fällen, wo Preise sich verändert haben. Es liegt außerordentlich nahe, wenn man für dieselbe Geldmenge eine geringere Gütermenge bekommt als früher, zu sagen, die Kaufkraft des Geldes sei gesunken. Aber sobald man an der Erkenntnis festhält, daß nicht das Geld, die realen Zahlungsmittel, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen, ist es nicht schwer, einzusehen, daß ein solcher Ausspruch voreilig ist. Man könnte ihn nur dann anerkennen, wenn alle Preise gestiegen sind. Wenn aber nur einige oder selbst viele Preise gestiegen sind, ist es doch schon voreilig, zu behaupten, „die Kaufkraft des Geldes sei gesunken". Denn das kann nur heißen: alle Preise, die Kaufkraft des Geldes für alle Güter ist gesunken. Wir werden nun unten erörtern, warum das kaum je vorkommt, und untersuchen, wodurch denn überhaupt von der Geldseite her Preisveränderungen zustande kommen.

Es muß also daran festgehalten werden, daß es ebensowenig eine objektive allgemeine Kaufkraft des Geldes, wie einen objektiven allgemeinen Wert desselben gibt. Trotzdem jener Satz so plausibel klingt, ist niemals die Kaufkraft des Geldes allen Gütern gegenüber gesunken. Jener Satz ist nur ein oberflächliches Durchschnittsurteil, hergeleitet aus einer Anzahl Preise. Wenn „die Preise", d. h. viele Preise, steigen, ist sicherlich für manche Güter die Kaufkraft des einzelnen Geldstückes gesunken, aber nicht für alle, und sie ist bei manchen Leuten gesunken, aber nicht bei allen. Und der „Wert" des Geldes? Auch er

ist sicherlich nicht allgemein gesunken, weil es eben keinen allgemeinen absoluten Wert gibt. Sondern wenn „der“ Wert oder „die“ Kaufkraft des Geldes gesunken ist, so heißt das nichts anderes, als es sind viele, aber wohl niemals alle Preise gestiegen, und es sind manche Einkommen gestiegen, aber nicht alle. Etwas Individuelles, für den einzelnen Wirtschafter oder gar für jede einzelne Wirtschaft Gültiges, woran man beim Worte Wert unwillkürlich denkt, ist damit keineswegs ausgesagt. Auf individuelle Schätzungen sind damit die Preise und ihre Veränderungen keineswegs zurückgeführt, was doch die Aufgabe der Wirtschaftstheorie ist.

Gerade beim Gelde und dem Phänomen der Preise gegenüber veranlassen die Begriffe Wert und Kaufkraft dazu, sie sich absolut vorzustellen, als ob das Geld von selbst, aus sich heraus, die Waren kaufe. Das ist nicht der Fall; man kann den ganzen Mechanismus des Tauschverkehrs nur erkennen, wenn man in jedem Augenblick daran denkt, daß Geld und Preise subjektiv, nämlich als Einkommensquoten, geschätzt werden. Diese Tatsache, die festzuhalten von der allergrößten Wichtigkeit ist, muß dazu zwingen, die Ausdrücke Wert und Kaufkraft des Geldes unter allen Umständen zu vermeiden und immer nur von Schätzung des Geldes zu sprechen, weil dieser Ausdruck immer subjektiv gefaßt ist und daher kaum mißverstanden werden kann. Wenn man das einmal erkannt hat, wird man in Zukunft allen theoretischen Erörterungen, die von Wert und Kaufkraft des Geldes sprechen, mit allergrößtem Mißtrauen entgegentreten, und die Autoren, denen es wirklich auf Klarheit und wissenschaftliche Erkenntnisse ankommt, werden gut tun, jene Ausdrücke ganz zu vermeiden.

Die Schätzung des Geldes folgt, wie gesagt, den allgemeinen Gesichtspunkten über Kostenschätzung, d. h., da man immer mit einem gewissen Geldvorrat, richtiger mit gewissen Summen in der abstrakten Rechnungseinheit, dem mehr oder weniger genau bekannten Einkommen rechnet, schätzt man das Geld nach dem Nutzen, den man sich mit einer über die verfügbare Menge hinausgehenden weiteren Einheit verschaffen könnte. Je weniger Bedürfnisse man sich also befriedigen kann, um so höher also die Preise sind, um so höher schätzt man die Geldeinheit. (Für diesen Wirtschafter ist also der „Wert“ des Geldes gestiegen, seine „Kaufkraft“ gesunken.)

Wenn nun viele Preise steigen, ist die Schätzung des einzelnen Geldstückes höher bei denen, die dasselbe Einkommen haben, aber damit jetzt weniger kaufen, also nur stärkere Bedürfnisse befriedigen können, andere ausfallen lassen müssen. Niedriger ist aber die Schätzung der Geldeinheit bei denen, deren Einkommen mehr gestiegen ist als die Preise der Güter, für deren Beschaffung sie es verwenden. Und — das ist das Entscheidende — wenn „die Preise", d. h. viele Preise, steigen, muß es solche gestiegene Einkommen geben. Eine Steigerung vieler Preise ist nicht möglich ohne eine große Zahl noch mehr gestiegener Einkommen. Alle Preise oder der größte Teil der Preise kann nur steigen, wenn gleichzeitig die Einkommen gestiegen sind. Bei gleichbleibendem Einkommen können einzelne Preise nur steigen, wenn andere dem Umsatze jener Güter entsprechend fallen. Von dieser Erkenntnis ist allerdings die bisherige Wirtschaftstheorie noch himmelweit entfernt, die weder eine wirkliche Preistheorie noch einen Zusammenhang zwischen Preis- und Einkommenstheorie kannte, die Einkommen nicht als Preise, sondern durch eine besondere „soziale Theorie der Verteilung", wie sie neuerdings sich breit macht, bestenfalls durch eine in logischer Hinsicht unmögliche Zurechnungslehre „erklärte". Und doch reden alle diese Leute über Geldtheorie. Wenn einem bei derartigen Erzeugnissen scharfe Worte in die Feder fließen, ist das wirklich zu entschuldigen.

Daß eine Steigerung vieler Preise nicht möglich ist ohne eine Steigerung vieler Einkommen, wird deutlich an dem Fall, in dem man am ersten von einer allgemeinen Preissteigerung, also davon reden kann, daß „die" Kaufkraft des Geldes gesunken sei, bei starker Papiergeldemission, obwohl auch dann, abgesehen vielleicht von dem Fall schrankenloser Assignatenwirtschaft, niemals alle Preise steigen werden. Denn Papiergeldausgabe bedeutet plötzlich gesteigerte Kaufkraft (hier ist dieser Ausdruck, da nicht auf „das Geld", sondern auf bestimmte Personen bezogen, unbedenklich), vermehrte, und zwar künstlich geschaffene, Einkommen des Staates und dann aller derjenigen, denen es für Lieferungen u. dgl. zufließt.

Wenn man das erkennt — und das ist nur mit einer einheitlichen Preis- und Einkommenstheorie auf der Grundlage der psychischen Wirtschaftsauffassung möglich —, dann wird klar,

daß es keinen Sinn hat und im höchsten Maße irreführend ist, zu sagen: „die" Kaufkraft des Geldes oder „der" Wert des Geldes sei gesunken oder gestiegen, sondern daß das Geld Kosten ist, von denen man immer nur in Beziehung auf ein konkretes Individuum sprechen kann. Auch das bedeutet der Fundamentalsatz, daß nicht das Geld, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen. Jeder schätzt das sogenannte „Geld" als Kosten, und zwar entsprechend seinem Einkommen.

Für den „Wert" des Geldes geht das ja eigentlich schon aus dem alten Satze hervor, daß das Geld den Wert der Güter hat, die man damit kaufen kann. Aber man fällt dabei so oft in die ewige Verwechslung von Wert und Preis, in die Vorstellung eines allgemeinen absoluten Wertes der Güter zurück, daß die rein individuelle Geltung jenes Satzes immer übersehen wird. Wie unklar die Ausdrücke Wert und Kaufkraft sind, könnte man schließlich auch schon daran erkennen, daß man bei gestiegenen Preisen ebensogut sagen kann, der Wert des Geldes sei gesunken, wie er sei gestiegen. Gesunken ist er für den Verkäufer, er verlangt daher mehr Geldstücke für seine Ware, gestiegen ist er für den Käufer, er kann sich mit seinem Einkommen weniger Bedürfnisse befriedigen, muß mehr für das einzelne Gut geben. Aber er ist auch für ihn gesunken, denn das einzelne Geldstück „kauft" weniger. Diese „Kaufkraft" ist ein ebenso irreführender Ausdruck wie Wert. Denn Kaufkraft des Geldes ist nichts anderes als Preise, Preise aber sind kein Ausdruck subjektiver Schätzungen, sondern ein kompliziertes Ergebnis aller Nutzen- und Kostenvergleichungen für alle Güter im Tauschverkehr unter Benutzung der allgemeinen Kosteneinheit.

Man kann also wohl sagen, der Preis sei ein objektiver Geldausdruck, aber nicht, er sei ein objektiver Ausdruck der Kaufkraft des Geldes. Denn dieses bedeutete eine allgemeine Eigenschaft des Geldes, die es nicht gibt, weil überhaupt nicht das Geld, sondern die Einkommen die Güter kaufen, aber dieser Vorgang, wie alle wirtschaftlichen Vorgänge, nur individuell in seiner Bedeutung im Tauschverkehr richtig verstanden werden kann.

Es hat keinerlei Erklärungswert, wenn der Preis eines Gutes gestiegen ist, zu sagen, diesem Gute gegenüber ist „die Kaufkraft des Geldes" gesunken. Und es hat ebensowenig Erklärungswert, wenn es überhaupt möglich wäre — wir haben das im 3. Kapitel

erörtert —, alle Preise zusammenzuzählen, sie der Geldmenge gegenüberzustellen, und wenn erstere Summe gestiegen ist, zu sagen: die Kaufkraft des Geldes ist gesunken. Noch viel mehr gilt das von einem aus willkürlich ausgewählten Indexnummern errechneten „Preisniveau". Es würde allein schon einen großen Fortschritt in der Geldlehre bedeuten, wenn man das endlich einmal erkennen und Ausdrücke wie Wert oder Kaufkraft des Geldes in Zukunft ganz vermeiden würde. Wer sie noch weiter verwendet, setzt sich dem Verdacht aus, damit nur seine völlige Unklarheit verdecken zu wollen.

Welches Unheil die Erörterungen über den „Wert" oder die „Kaufkraft" des Geldes angerichtet haben, das sei noch an einigen Zitaten aus dem besten systematischen Werke über das Geld, aus dem Buche Helfferichs erörtert, das, trotz aller Verdienste um Einzelheiten der Geldlehre, doch mangels einer richtigen allgemeinen Wirtschaftstheorie auch in der Theorie des Geldes versagt. An zahllosen Stellen seines Buches spricht auch Helfferich von „dem" Wert des Geldes und daß es „Wertqualität habe". Die sogenannte subjektive Wertlehre hat schon längst behauptet, aber dem Gelde gegenüber nie selbst beherzigt, daß das sinnlos ist, daß es nur einen Wert für eine einzelne Person gibt, und wir betonen weiter, daß sich dieser „Wert", den wir Nutzen nennen, nie und nimmer ausdrücken läßt. Gewiß ist das Geld auch ein „Objekt der Werturteile" (S. 532), aber in welcher Weise, das muß man eben erkennen, und davon ist die bisherige Theorie, einerlei ob subjektive oder objektive Werttheorie, und so auch Helfferich noch himmelweit entfernt. Dazu kommt man erst mit dem psychischen Kostenbegriff, der ja allen bisherigen Theorien vollkommen fehlt.

Helfferich, obwohl er einen Substanzwert leugnet, spricht immer von „Wertqualität", „selbständiger Wertqualität" u. dgl., als ob es überhaupt einen absoluten Wert gäbe. „Wenn das Subjekt" — heißt es S. 532 — „sich entschließt, für eine Ware Geld in einem bestimmten Verhältnis zu geben oder zu nehmen, so bedeutet das nichts anderes, als daß das Geld ebensogut wie die Ware ein Objekt der Werturteile ist oder Wertqualität besitzen muß, um seine Aufgabe als allgemeines Tauschmittel zu erfüllen." Es sollte doch nicht allzu schwer sein, einzusehen, daß „ein Objekt der Werturteile sein" und „Wertqualität be-

sitzen" nicht dasselbe ist. Die Verwendung des letzteren Ausdrucks führt Helfferich irre und macht seine Erörterungen falsch und „wertlos". Im Hintergrund steht aber natürlich die Vorstellung des absoluten Wertes, der Irrtum, daß der Geldausdruck, Preis, ein Wertausdruck sei. „Gegen diese Folgerung" — fährt Helfferich fort — „ist nur der Einwand möglich, daß im Austausch in dem Gelde nicht ein Ding an sich gegeben werde, sondern nur eine Anweisung, eine Repräsentation oder ein Symbol für andere Dinge, daß mithin bei einem Umsetzen einer Ware gegen Geld eigentlich ein Umsatz einer Ware gegen eine andere, für das gegebene Gut erhältliche Ware Platz greift, während das Geld nur das wesenlose Zwischenglied bei diesem Umsatz sei."

Aber andererseits sagt Helfferich selbst (S. 534), daß zwischen Geld und Ware nur ein gradueller Unterschied sei. Ware und Geld werden nur beschafft, um Genußgüter zu beschaffen. Wenn man den Begriff Anweisung so weit fasse, sei eben jede Ware eine „Anweisung" auf Genußgüter: „Bei dieser Definition des Begriffs Anweisung bleiben aber nur zwei Konsequenzen: entweder muß man den sämtlichen Waren, die auf den Markt kommen, die selbständige Wertqualität zugestehen" — das wäre selbstverständlich allein richtig; aber Helfferich zieht daraus nicht die weitere Konsequenz, daß er nun untersuchen müsse, wie alle „Anweisungen" auf Genußgüter, d. h. alle Güter entfernterer Ordnung und so auch das Geld, bewertet werden, nämlich als Kosten — „oder man muß auch den „Anweisungen" in dem besprochenen weiteren Sinne die Möglichkeit einer selbständigen Wertqualität zugestehen." Dies sei aber nicht möglich, der Begriff Anweisung sei nur in bezug auf einen bestimmten Inhalt denkbar. Daher sei das Geld keine Anweisung, „sondern es ist selbst ein Wertgegenstand". „Die Wertqualität ist eine integrierende Eigenschaft des Geldes" (S. 535). Aber der Wert des Geldes sei nur ein Funktionswert, und dann sucht Helfferich die „Bestimmungsgründe des Geldwertes" und kommt dabei hinsichtlich der internationalen Abhängigkeit der Goldwährungen voneinander doch auf einen ziemlich unklaren, verhüllten Metallismus.

Ich glaube, daß die Fehler dieser Argumentation jetzt deutlich zutage treten. Es ist die Vorstellung des absoluten Wertes, die Möglichkeit eines objektiven Wertausdrucks, die aus der Verwechslung von Wert und Preis, aus dem Fehlen einer richtigen

Preistheorie stammt. Es gibt eben überhaupt keine Dinge, die man objektiv als „Wertgegenstand" bezeichnen kann oder die an sich „Wertqualität haben", sondern alle Gegenstände werden nur subjektiv, und zwar von jedem Menschen verschieden, bewertet, und dafür gibt es niemals einen objektiven Ausdruck. Aus diesen subjektiven Bewertungen heraus sind die tauschwirtschaftlichen Erscheinungen zu erklären, der Preis ist eben niemals ein Ausdruck eines subjektiven Wertes irgendeiner Person, sondern, wie gesagt, eine komplizierte Komponente der verschiedensten subjektiven Nutzen- und Kostenschätzungen, deren Zustandekommen die Preistheorie zu erklären hat.

So wird auch das Geld subjektiv bewertet, und zwar genau so wie alle Güter entfernter Ordnung, als Kosten, Opfer. Und da man über Geld in einer ungefähr bekannten Menge, die man Einkommen nennt, verfügt, wird es bewertet wie ein gegebener Vorrat von Kostengütern, nach dem Nutzen, den man sich mit einer weiteren Einheit verschaffen könnte, und jede Geldeinheit der Einkommen wird so bewertet. In Wirklichkeit ist es aber gar nicht das Geld im Sinne der bisherigen Theorie, das als Kosten geschätzt wird, die staatlich ausgegebenen Münzen oder Papierscheine, sondern die Kosten werden in der Konsumwirtschaft nur verrechnet nach dem Einkommen, sie werden subjektiv veranschlagt nach dem Einkommen in einer abstrakten Rechnungseinheit, und nur ein geringer Teil von ihnen wird nicht nur in der Rechnungseinheit veranschlagt und verrechnet, sondern geht wirklich durch die Geldform hindurch.

Das gleiche ist der Fall bei den Erwerbswirtschaften, wo die Kosten in noch höherem Maße nicht die Form des baren Geldes erhalten, sondern nur in der allgemeinen Rechnungseinheit veranschlagt und verrechnet werden, in der man sie dann Kapital nennt.*)

Es ist schwer zu verstehen, wie Helfferich, von dem man doch nicht behaupten kann, daß er wie ein Studierstubengelehrter an dem „schalen Zeuge" überlieferter Theorien klebt, in dieser Weise noch an der Vorstellung eines absoluten Wertes festhalten

*) Sachkapital, wenn sie wirklich in Sachgütern in den Erwerbswirtschaften vorhanden sind, sonst Geldkapital, besser vielleicht Rechnungskapital genannt, s. darüber jetzt meinen Aufsatz „Kapital und Kapitalismus", in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft".

kann. Er sollte doch mindestens erkennen, daß, wenn man den Preis der Güter als einen absoluten Wert auffassen will, man ihn, als im Gelde ausgedrückt, nicht dem Gelde gegenüberstellen kann, daß diese Gegenüberstellung von „Wert“ der Ware und Wert des Geldes sinnlos ist. Was hat denn aber die ganze sogenannte „subjektive Wertlehre“ geleistet, wenn man zu Anfang des 20. Jahrhunderts noch nicht erkennt, daß es überhaupt keine Gegenstände gibt, die „Wertqualität haben“? Das macht, sie ist eben weit entfernt, wirklich „rein subjektiv“ zu sein.

Siebentes Kapitel

Die gegenseitige Abhängigkeit der Währungen durch das Gold

Von den vielen Fragen des Geldwesens, die durch unsere neue Auffassung des Geldes eine andere Gestalt bekommen und in denen man erst mit ihr klar sehen kann, sei hier eine besprochen, über die noch die größten Unklarheiten bestehen. Sie zu beseitigen ist eine der wichtigsten Aufgaben, die die ökonomische Theorie zu erfüllen hat, wenn sie die Frage des zweckmäßigsten Währungssystems erörtern will. Einer der Hauptgründe, die für den Nutzen der Goldwährung angeführt werden, ist nach der herrschenden Theorie immer der, daß nur mit ihr eine gewisse Stabilität des Wertmaßes Geld erreichbar sei, das Geld könne seine Funktion als „Welt-Wertmesser" nur erfüllen, wenn es an das wenig im Wert schwankende und von den wichtigsten Handelsländern zur Grundlage ihrer Währung gemachte Edelmetall anknüpfe, mit anderen Worten, die Preise — denn das ist der sogenannte Geldwert — seien bei der Goldwährung stabiler.

Um die Frage, ob das richtig ist, zu entscheiden, müssen wir zunächst einmal erkennen, 1. wie denn überhaupt der internationale „Wert" oder Preis des Goldes zustande kommt und 2. wie durch das Gold alle Goldwährungen der verschiedenen Länder in Zusammenhang stehen. Über beides sind, wie wir sehen werden, noch so große Unklarheiten vorhanden — nicht verwunderlich auf Grund der falschen Auffassung des Geldes —, daß es leicht erklärlich ist, wenn auch die Begründung jener Behauptung von den besonderen Vorzügen der Goldwährung theoretisch mangelhaft und tatsächlich nicht stichhaltig ist.

1. Wie kommt der Preis des Goldes zustande?

Über die Frage: Wodurch kommt der Preis des Goldes zustande? soll hier nur das Nötigste gesagt werden. Daß sie überhaupt noch aufgeworfen werden kann, beruht auf dem Mangel

einer wirklichen *Preistheorie*, darauf, daß die bisherigen sogenannten Preistheorien der Wirklichkeit gegenüber vollkommen versagen und gar nicht diesen Namen verdienen. Zur näheren Begründung des hier Gesagten muß ich einstweilen auf meinen Aufsatz: „*Die Entstehung des Preises*" im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" verweisen.

Die *objektive* Preistheorie ist, wie überhaupt, so auch in der Frage nach dem Preise des Edelmetalls konsequenter. Sie behauptet, daß der Wert und Preis des Goldes durch die *Produktionskosten* bestimmt werde. Nur ist das sicherlich falsch. Denn die Goldproduktion könnte mit größeren Kostenaufwendungen noch enorm gesteigert werden; warum werden sie denn nicht aufgewendet? Es ist sicher, daß, wie bei allen Gütern, so auch beim Edelmetall, umgekehrt *die zu erzielenden Preise* die Höhe der Kostenaufwendungen bestimmen.

Die Bestimmung des Preises durch die Kosten widerspricht prinzipiell auch der heute überwiegend vertretenen sogenannten *subjektiven Wertlehre*. Aber auch die Grenznutzentheoretiker kommen im allgemeinen nicht darüber hinaus, daß der Preis durch die Kosten bestimmt werde. Auch sie haben die Vorstellung eines mit dem Stoff und seiner Seltenheit verknüpften *absoluten Wertes*, eines „Substanzwertes", noch keineswegs abgestreift, und selbst diejenigen, die gelegentlich die Möglichkeit eines solchen leugnen, fallen doch immer wieder in diese Auffassung zurück, indem sie absolut von „dem Werte" des Goldes, dem „effektiven", „internationalen" Werte des Goldes u. dgl. sprechen. Dafür unten einige Beispiele. Durch die *Nachfrage*, die Bedürfnisse, kann der Preis des Goldes aber auch nicht bestimmt werden, denn bei dem Institut der freien Prägung ist die Nachfrage unbegrenzt. Hier liegt also schon eine Klippe vor, an der alle bisherigen Theorien scheiterten.

Zu einer klaren Erkenntnis kommt man erst mit dem von mir entwickelten Gedanken des *Ausgleichs der Grenzerträge* und wenn man sich von der bisherigen sogenannten Preistheorie freimacht, die Angebot und Nachfrage als quantitativ gegebene Größen ansieht. Dann steht das Angebot von Gold mit dem von allen anderen Waren im Zusammenhang, indem nämlich das Maximum der in einem Betriebe der Goldproduktion aufzuwendenden Kosten dadurch bestimmt wird, daß bei den zu erwartenden

Preisen auch der teuerste Produzent auf die Dauer noch ein *gewisses Minimum an Ertrag*, den *tauschwirtschaftlichen Grenzertrag*, erzielen muß. Die erwarteten Preise aber sind beim Golde besonders leicht zu kalkulieren, weil sie in jedem Goldwährungslande in dessen Rechnungseinheit festgesetzt sind. Die Nachfrage aber ist, wie bei allen Gütern, an sich als unbegrenzt anzunehmen und beim Golde noch besonders, weil es als Geld dient, das jedermann in unbegrenzter Menge gebrauchen kann. Daher hat auch die sonstige Gebrauchsmöglichkeit des Goldes, zu Schmuckzwecken, heute keinen nennenswerten Einfluß auf den Preis des Goldes, das dafür auch in ganz bedeutend geringerem Umfange verwendet wird als für Geldzwecke. Denn die Kaufkraft für goldenen Schmuck ist beschränkt, und um so weniger Leute können ihn kaufen, je geringer die Kaufkraft des Geldes, je größer also der „Wert" der Rechnungseinheit und damit auch des Goldes in einem Lande ist. Auch zu Schmuckzwecken kaufen die Goldwarenfabriken Gold nur so lange, als der teuerste Produzent beim Verkauf der Goldwaren auf die Dauer noch ein Minimum an Ertrag, den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag, erzielt. Gold wird für Schmuckzwecke verwendet, wenn und solange für Schmuckgegenstände so hohe individuelle Nutzenschätzungen vorhanden sind, daß sie von den Goldwarenfabrikanten noch mit dem tauschwirtschaftlichen Grenzertrag befriedigt werden können. Die Kosten, die sie dabei für das Gold aufzuwenden haben, stehen zwar in der inländischen Rechnungseinheit fest, verändern sich jedoch *gegenüber allen anderen Waren*, wenn sich deren Preise verändern.

Gerade nach der metallistischen Theorie, nach der ja eigentlich nur Gold Geld und alle übrigen Zahlungsmittel nur Anweisungen auf Gold sind, müßte in allen Ländern eine unbegrenzte Nachfrage nach Gold vorhanden sein, da gegenüber den Umsätzen die vorhandene Goldmenge auch in den Ländern, die am meisten mit Goldzahlungsmitteln ausgestattet sind, doch nur einen verschwindenden Teil ausmacht. In Wirklichkeit ist es aber gar nicht die Geldmenge, welche die Waren kauft, sondern es sind die *Einkommen*, die nicht Mengen staatlicher Zahlungsmittel, sondern in einer abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückte Summen sind. Daher strömt, wie die Erfahrung zeigt, nicht unbegrenzt Gold in ein Land, sondern nur dann und nur in solchem Um-

fange, als man im Inlande damit als dem staatlichen Zahlungsmittel mehr kaufen kann als im Auslande. Ist die Kaufkraft der inländischen Rechnungseinheit geringer, sind also im Inlande die Preise höher, so wird das Ausland nicht mit Gold kaufen, eventuell wird Gold abfließen, indem das Inland im Auslande kauft. Das Umgekehrte wird der Fall sein, wenn die Preise im Inlande niederer sind als im Auslande. Dann wird das Ausland im Inlande kaufen. Wie bekannt, vollzieht sich der größte Teil des Außenhandels durch Wechsel, also eine Art des Abrechnungsverkehrs, so daß nur die Differenzen zugunsten eines Landes, außer in Effekten, in Gold gezahlt zu werden pflegen, und wie man weiß, ist das auch der Weg, durch den hauptsächlich Gold in ein Land hineinkommt.

Da aber der Tauschverkehr nur in Form der Münze etwas mit Gold anfangen kann, der Exporteur, der für seine Waren nicht in inländischen Wechseln bezahlt werden konnte, mit Gold an sich noch nichts kaufen könnte, ist in den Goldwährungsländern das Institut der freien Prägung eingeführt. Jeder kann Gold zur Münze bringen, in den meisten Ländern so, daß die Notenbanken dafür Banknoten geben, sie kaufen Gold zu einem festen Satz gegen Banknoten, die allerdings auf Verlangen jederzeit in Gold eingelöst werden müssen. Doch hatten schon vor dem Kriege einige Länder, besonders Österreich-Ungarn, die sogenannte Golddevisenwährung. Obwohl der Goldschatz nach den gesetzlichen Vorschriften zur Deckung der Banknoten diente, wurden diese doch nicht in Gold eingelöst, sondern dieses wurde von der Notenbank nur dazu verwendet, bei einem ungünstigen Stand der Devisenkurse das Mehr an Auslandsforderungen auszugleichen. Infolge des ungünstigen Standes der Valuta in allen kriegführenden Ländern, in denen ja die Einlösungspflicht der Banknoten aufgehoben wurde, wird eine derartige Währung wohl auch nach dem Kriege zumindest noch längere Zeit beibehalten werden und das Gold nicht alsbald wieder in den freien Verkehr gelassen, sondern höchstens zur Hebung der Valuta benutzt werden.

Wenn auch freie Prägung besteht, ist Verschiedenheit der Preise doch Voraussetzung des Goldimports oder Exports. Denn wenn alle Warenpreise überall gleich wären, hätte es keinen Sinn, in ein Land Gold zu senden. Man tut das nur, weil man dort mit dem Gold mehr kaufen kann als im eigenen Land. Der

Goldimporteur will ja nicht Banknoten, sondern er will Waren, mit denen er im eigenen Lande den Ertrag seiner Goldproduktion realisieren kann, was dort mit der Ware Gold nicht möglich war.

2. Wie stehen alle Goldwährungen in Zusammenhang?

Damit können wir zur zweiten, oben erwähnten Frage übergehen: Welche Beziehungen werden durch die freie Prägung zwischen den Goldwährungen verschiedener Länder geschaffen? Die bisherigen Erörterungen über diese wichtige Frage sind ein typisches Ergebnis der quantitativ-materialistischen Wirtschaftsauffassung und der durch die bisherige Wertlehre hervorgerufenen Konfusion. Man sieht darin nur klar, wenn man die psychische Wirtschaftstheorie konsequent auf die Geldlehre anwendet. Wie durch unklare Fragestellung und falsche theoretische Grundlagen das Problem verdunkelt wurde, das sei zunächst an der Polemik gezeigt, die darüber zwischen K. Helfferich und O. Heyn geführt wurde. Man hat immer nach der „Abhängigkeit" der verschiedenen Währungen voneinander, die durch das Gold herbeigeführt werde, gefragt, ohne zu erkennen, daß alle Preise in der ganzen Welt in Zusammenhang stehen und daß, wenn überhaupt Tauschhandlungen zwischen den Wirtschaftssubjekten verschiedener Länder stattfinden, durch den Bestimmungsgrund aller Preise, das individuelle Gewinnstreben, auch bei Papierwährung alle Preise voneinander abhängig sind.

Doch lassen wir zunächst Helfferich sprechen. Er sagt („Das Geld", 2. Aufl., S. 553): „Die freie Prägung setzt ... den Wert des gemünzten Goldes in eine feste Verbindung mit dem Werte seines Metallgehaltes ... Der Wert des Goldes in Geldform kann mithin den Wert des Barrengoldes nur um minimale Differenzen übersteigen, während andererseits der Wert der Goldmünzen natürlich nicht geringer sein kann als der Wert des in ihnen effektiv enthaltenen Goldes." „Man ist so weit gegangen, zu bestreiten, daß die freie Prägung den Wert des Geldes in Abhängigkeit setze von dem Werte des Geldmetalls, indem man behauptet hat, der Wert des sogenannten vollwertigen Goldgeldes beruhe ebenso unabhängig von seinem Stoffwerte auf seiner Zahlungs- und Kaufkraft, wie etwa der Wert eines uneinlös-

baren Papiergeldes. Der durch die Zahlungs- und Kaufkraft der Mark gegebene Wert, nicht das in den Reichsgoldmünzen steckende Gold sei für den Wert des deutschen Geldes maßgebend, es sei deshalb falsch, die deutsche Währung eine Goldwährung zu nennen, sie sei eine „Markwährung" (vgl. Heyn, „Irrtümer auf dem Gebiete des Geldwesens", 1910, S. 9—12)." Helfferich behauptet dagegen: „Bei freier Goldprägung ist der Wert der Geldeinheit eines bestimmten Staates nicht isoliert zu begreifen als bestimmt durch die speziell den Geldwert dieses Landes berührenden Verhältnisse, wie es bei einer reinen Papierwährung der Fall wäre, sondern nur aus der Gesamtwirkung aller den Geldwert in sämtlichen Goldwährungsländern berührenden Faktoren ... Der Wert der deutschen Mark wird durch das Medium des Goldes mit beeinflußt durch Verhältnisse, die unmittelbar auf den Wert des Dollars, des Pfd. Sterling oder des Franken einwirken und unmittelbar mit der Zahlungs- und Kaufkraft der Mark nicht das Mindeste zu tun haben. Deswegen ist die deutsche Währung keine Markwährung im Sinne Heyns, sondern eine Goldwährung."

Wer hat nun Recht in dieser Frage? Zweifellos im wesentlichen Heyn, der aber eine wirkliche Begründung seiner Ansicht auch nicht geliefert hat. Goldwährung oder Markwährung ist allerdings zunächst ein Streit um Worte. Aber was Heyn meint, das drückt allerdings das Wort Markwährung besser aus, nämlich daß nicht ein bestimmtes Goldquantum, sondern eine abstrakte Rechnungseinheit das allgemeine deutsche Tauschmittel bildet. Goldwährung bedeutet etwas ganz anderes, viel allgemeineres, daß nämlich nur oder in der Hauptsache auf Gold lautende Tauschmittel gesetzliche Zahlungsmittel sind, die von jedem genommen werden müssen, und weiter, daß durch die freie Prägung diese gesetzlichen Zahlungsmittel, d. h. also die inländische Währung mit den gesetzlichen Zahlungsmitteln, also den Währungen aller anderen Länder verknüpft ist, die auch freie Goldprägung haben. Aber wodurch ist sie verknüpft? Das ist bisher niemals klar geworden. Die bloße Tatsache, daß die gesetzlichen Zahlungsmittel der Länder mit freier Goldausprägung irgendwie miteinander verknüpft sind, bedeutet noch längst nicht, wie Helfferich meint, daß „der Wert der deutschen Mark durch das Medium des Goldes mit beeinflußt wird durch Verhältnisse,

die unmittelbar auf den Wert des Dollars usw. einwirken". In Wahrheit ist das Medium nicht das Gold, sondern es sind alle Waren, alle Forderungen und Schulden, die zwischen Deutschland und Amerika ausgetauscht werden. Helfferichs Auffassung heißt in der üblichen Weise die staatlichen Zahlungsmittel mit dem eigentlichen Tauschmittel, der abstrakten Rechnungseinheit Mark, verwechseln. Sie besagt nichts anderes, als daß „der" Wert des Goldes, also sein „internationaler Wert", den Wert der deutschen Mark bestimme, sie ist also nichts anderes als die alte streng materialistische Geldtheorie, die hier wieder einmal durchbricht, aber bei näherer Betrachtung sich offensichtlich als falsch erweist.

Es ist fast unglaublich, wenn man die ersten oben zitierten Sätze Helfferichs liest, wie hier immer von „dem" Wert des Goldes und des Geldes die Rede ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Mann wie Helfferich es als ein Problem aufstellen kann, „daß der Wert des Geldes auf seiner Zahlungs- und Kaufkraft beruhe". Denn das bedeutet doch nichts anderes, als sich die Frage vorlegen, ob die Kaufkraft des Geldes auf seiner Kaufkraft beruhe! Nur der Wertbegriff, die Ursache aller Irrtümer in der ökonomischen Theorie, hat jene Problemstellung ermöglicht. Vermeidet man ihn, so muß sie sofort als sinnlos erkannt werden.

Es ist durchaus verkehrt, anzunehmen, daß auf die Kaufkraft des Papiergeldes nur die wirtschaftlichen Verhältnisse im Inlande einwirken, wie man bisher immer glaubte. Sofern überhaupt ein Austausch mit dem Auslande besteht, wirken auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes ein. Jeder Austausch ist nur eine Folge verschiedener „Kaufkraft" des Geldes, die aber immer, im inländischen Verkehr wie im ausländischen, nur eine individuelle bleibt. Das erkennt man erst mit dem Fundamentalsatze, daß überhaupt nicht das „Geld", die staatlichen Zahlungsmittel, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen. Es ist ein Rückfall in die alte absolute Wertauffassung und eine Folge des unglückseligen Tauschwertbegriffs, wenn behauptet wird, daß „die freie Prägung den (!) Wert des Geldes in Abhängigkeit setze von dem (!) Werte des Geldmetalls". Ohne Zweifel hat Heyn recht mit seiner Ansicht, „der Wert des sogenannten vollwertigen Goldgeldes beruhe ebenso unabhängig von seinem Stoff-

werte auf seiner Zahlungs- und Kaufkraft, wie etwa der Wert eines uneinlöslichen Papiergeldes". Das ist aber, wie gesagt, eine Tautologie, die gar nichts besagt und erklärt. Was ist denn „der" Wert des Geldmetalls? Es gibt nichts anderes als einen Preis des Geldmetalls in Mark, Franken, Dollars usw. Dieser Preis des Goldes in Mark ist, wie alle Preise, nicht nur abhängig von der deutschen Nachfrage nach Gold, hier also von der aus dem internationalen Zahlungsverkehr sich ergebenden Möglichkeit einer rentablen Goldversendung nach Deutschland, sondern ebenso von den Möglichkeiten der Goldlieferung nach Frankreich, Amerika usw. Aber deswegen bleibt es doch richtig, daß der „Wert" des inländischen Geldes, genauer: die Kaufkraft der inländischen Rechnungseinheit, nicht von dem „Werte" des Edelmetalls abhängig ist, von ihm bestimmt wird, ihm entspricht oder wie man das ausdrücken will. Denn „den" Wert des Edelmetalls, d. h. einen internationalen, allgemeinen „Wert" des Edelmetalls gibt es nicht, das Gold hat in jedem Lande einen anderen „Wert", Preis oder Kaufkraft. Da es aber diesen „Wert" in erster Linie deshalb hat, weil es als Preisausdrucksmittel, als Geld dient, so spricht sich dieser inländische Wert eben nicht im Gelde oder Golde aus, sondern nur in den recht verschiedenen Mengen von Waren, die in verschiedenen Ländern mit derselben Goldmenge gekauft werden können, oder in den verschiedenen Preisen, mit welchen dieselbe Warenmenge in den verschiedenen Ländern gekauft werden kann. Daher die alte Vorstellung von der Wertbeständigkeit des Metallgeldes, eine Auffassung, die also nicht einmal für den Wert des Edelmetalls zur selben Zeit in den verschiedenen Ländern richtig ist. Daß bei freier Prägung Deutschland für ein Pfund Feingold ständig 1392 M. bezahlt, bedeutet wohl, daß ein Pfund Feingold hier immer 1392 M. „wert" ist — denn der einzige Ausdruck dieses sogenannten „Wertes" ist ja der Preis. Aber es besagt nicht, daß dieser Preis, also 1392 M., den anderen Waren gegenüber dasselbe „wert" ist, und auch nicht, daß ein Pfund Feingold den anderen Waren gegenüber immer dasselbe bedeutet.

Nicht die Geldmenge und erst recht nicht die Goldmenge kauft die Waren, sondern die Einkommen kaufen sie, sie bestimmen die Kaufkraft der Rechnungseinheit und damit die Preise, von denen der des Goldes nur als einer von unzähligen in das

ganze Preissystem eingefügt ist. Kommen in Deutschland neue Bedürfnisse auf oder wird aus irgendwelchen Gründen die Befriedigung der alten schwieriger, so schätzen wir auch die Rechnungseinheit höher, weil bei gleichem Einkommen ein größerer Nutzen unbefriedigt bleibt und daher Kostenbemessungsgrundlage wird, die Schätzung der Kosteneinheit bestimmt. Viele Preise steigen, die Kaufkraft der Rechnungseinheit ist den gestiegenen oder dringlicher gewordenen Bedürfnissen gegenüber gesunken. Dann strömt das neu gewonnene Gold und strömt unter Umständen auch deutsches Gold in andere Länder, wo man mehr dafür kaufen kann. Das aber bewirkt doch keine Ausgleichung der Preise in den verschiedenen Ländern. Daß eine solche nicht erfolgt, zeigt die Beobachtung und es wird durch die verschiedenen Bedürfnisse, Produktions- und Transportkosten, Steuern u. dgl. erklärt. Nur wenn alle Bedürfnisse und alle Kosten überall gleich wären, könnten die Preise, auch in Gold ausgedrückt, überall gleich sein.

Die freie Prägung bewirkt nichts weiter als eine Ausgleichung der Preise des Goldes zwischen den verschiedenen Ländern. Das bedeutet aber keineswegs, daß man mit derselben Goldmenge gleichviel kaufen kann, d. h. gleichhohe Bedürfnisse befriedigen kann, daß die durch den Preis ausgedrückte Geldmenge also Menge an gesetzlichen Zahlungsmitteln, in den Preis- und Einkommensystemen, also der Bedarfsversorgung in den verschiedenen Ländern die gleiche Rolle spielt. Denn diese ist eben abhängig von den individuellen Bedürfnissen, dafür gibt es überhaupt keinen Maßstab, und ebensowenig wie die Mark für jeden in Deutschland dasselbe bedeutet, bedeuten auch die verschiedenen Rechnungseinheiten, die auf dieselbe sie verkörpernde Goldmenge lauten, dasselbe an Kaufkraft.

Kurz gesagt: nicht das Gold bestimmt die Kaufkraft des Geldes, diese beruht nicht auf „dem Wert" des Goldes, sondern die Kaufkraft der Rechnungseinheit, die Schätzung der Rechnungseinheit als Kosten allen Genußgütern gegenüber bestimmt auch die Schätzung des Goldes in allen Ländern und bestimmt, wieviel Gold in jedes Land kommen soll. Nur schwankt der inländische Preis des Goldes nicht, weil er bei freier Prägung eben an das Gold geknüpft ist; aber das Verhältnis der Schätzung des Goldes zu der aller anderen Waren schwankt, jedoch nicht entsprechend der Menge

des Goldes, vielmehr entsprechend der Menge der Waren, richtiger: entsprechend den individuellen Schätzungen der Waren. Kann man mit dem Einkommen viele Waren kaufen, so schätzt man die Geldeinheit, d. h. die Rechnungseinheit, und damit auch die Goldmengeneinheit geringer; kann man wenig Waren kaufen, so schätzt man sie höher, weil eben der ausfallende Nutzen ein höherer ist.

Auf den deutschen Preis des Goldes kann also die amerikanische Nachfrage nach Gold nicht einwirken, denn dieser Preis steht ja fest in deutschen Mark auf 1392 M. für das Pfund Feingold. Aber wieviel Gold nach Deutschland kommt, darauf wirkt nicht nur der amerikanische Preis, wohl aber, was man in allen Ländern für das Gold kaufen kann. Da aber nicht die Geldmenge, sondern die Einkommen die Waren kaufen, so hängt die Kaufkraft des „Geldes", richtiger der Rechnungseinheit, von den Einkommen und nicht von der Geldmenge und am allerwenigsten von der verschwindenden Menge der jährlichen Goldzufuhr eines Landes ab. Daher kann die Kaufkraft des deutschen Geldes nicht „durch die Verhältnisse beeinflußt werden, die unmittelbar auf den Wert des Dollars einwirken". Findet eine Einwirkung der amerikanischen Volkswirtschaft auf die deutsche statt, so vollzieht sie sich auch hier durch die Waren, Schulden und Forderungen in ihrer Gesamtheit, nicht „durch das Medium des Geldmetalls", das vielmehr unter den Waren nur einen ganz verschwindenden Bruchteil bildet.

Nun erkennt man, wie verkehrt die ganze Fragestellung bei der Polemik zwischen Helfferich und Heyn war und wie wegen dieser unklaren Fragestellung beide Gegner eigentlich aneinander vorbeireden. Die Frage: Setzt die freie Prägung den Wert des Geldes in Abhängigkeit von dem Werte des Edelmetalls? erkennt nicht — abgesehen davon, daß es „den Wert" des Edelmetalls nicht gibt, sondern nur Preise des Edelmetalls — diese Frage erkennt nicht, daß schon durch die Waren, d. h. überhaupt durch den Tauschverkehr, alle Preise in der ganzen Welt in Zusammenhang und Abhängigkeit voneinander stehen. Das Fehlen einer wirklichen Preistheorie, welche den Zusammenhang aller Preise erkennt, hat also allein jene Unklarheit verschuldet.

Die staatlichen Zahlungsmittel, nicht aber „das Geld", die allgemeine Rechnungseinheit, die kein Quantitätsbegriff, sondern



ein *Schätzungsbegriff* ist, stehen mit den Zahlungsmitteln der anderen Staaten, die auf dieselbe Ware, Gold, lauten, in Zusammenhang. Sie stehen mit ihnen in demselben Zusammenhang, in dem alle Waren in allen Ländern in Zusammenhang miteinander stehen. Aber durch das Ertragsstreben als Bestimmungsgrund aller Preise und durch den daraus hervorgehenden Austausch von Waren und Forderungsrechten stehen auch die Rechnungseinheiten aller Länder, stehen mit anderen Worten die Preise der ganzen Welt in einem gewissen Zusammenhang. Davon hatten die bisherigen sogenannten „Preistheorien" freilich überhaupt keine Ahnung.

Die sogenannte Kaufkraft des Geldes, wissenschaftlich ausgedrückt, die Schätzung der allgemeinen Rechnungseinheit als Kosten, beruht also weder auf dem „Werte" des Edelmetalls noch auf seiner Deckung durch Edelmetall, sondern sie beruht auf den *Einkommen*, d. h. auf den *Bedürfnissen*, die man damit befriedigen kann. Daß wir 1392 M. für ein Pfund Feingold geben, sagt gar nichts über die Bedeutung der Mark als Rechnungseinheit und damit über die inländischen Preise, die eben nicht in der Münze Einmark- oder Zwanzigmarkstück sondern in der bloßen Rechnungseinheit Mark, in der die Einkommen kalkuliert werden, ausgedrückt sind. Wir stabilisieren daher auch unser Geldwesen keineswegs dadurch, daß wir seit 40 Jahren das Pfund Gold für 1392 M. kaufen und jedem, der Gold bringt, soviel dafür in deutschen Zahlungsmitteln geben. Die Goldwährung und freie Prägung ist nichts weiter als ein bequemes Mittel, internationale Forderungen, die nicht durch Umschreibungen erledigt werden können, in einer Ware auszugleichen, die als Geld von jedermann gern genommen wird. Sie hat weiter den Zweck, daß wenn das Vertrauen in die staatliche Geldpolitik erschüttert ist — und das war früher wegen der fortgesetzten Eingriffe des Staates in das Geldwesen sehr oft der Fall —, die Deckung in diesem nur beschränkt vermehrbaren Metall die Sicherheit gibt, daß eine Vermehrung der staatlichen Zahlungsmittel in beschränkten und für die Schätzung der Rechnungseinheit unschädlichen Grenzen bleibt.

Das ist der große Vorteil der Goldwährung, der aber nicht hindert, daß die Preise, d. h. also die Kaufkraft des Geldes in jedem Lande verschieden sind. Aber es wäre doch zu weit ge-

gangen, zu behaupten, daß sie von denen der anderen Länder und damit auch von denen der Goldproduktion ganz unabhängig seien. Nur haben die, die solche Abhängigkeit behauptet haben, sie falsch aufgefaßt und falsch begründet. Die Kaufkraft des Geldes ist — und das gilt auch für das Papiergeld — in derselben Weise von der des Geldes in allen anderen Ländern abhängig, wie alle Preise in der ganzen Welt voneinander abhängig sind, weil alle auf wirtschaftliche Erwägungen, Ertragskalkulationen der Menschen zurückgehen, die den Umfang der Produktion von Gold in Südafrika in Verbindung bringen mit dem Umfang der Produktion von Getreide oder Kohle in Deutschland und von Baumwolle oder Kupfer in Amerika. In demselben Maße, wie diese voneinander abhängig sind, ist auch die Kaufkraft der deutschen Mark beeinflußt von der Kaufkraft des Geldes in Amerika. Die Beziehung durch das Gold wird um so geringfügiger, je geringere Bedeutung überhaupt dieses als Ausdrucksmittel der Preise und die Vermehrung seiner Menge für die Kaufkraft der inländischen Rechnungseinheit hat. Diese Bedeutung ist in Deutschland minimal, weil eben der Goldzufluß niemals eine nennenswerte Veränderung der Einkommen und damit der Kaufkraft des Geldes herbeiführen könnte. Daher haben die auf Seite der Waren eingetretenen Wertveränderungen, wie den Wert aller Waren, so auch den der Ware Gold geändert, obwohl dieser in der Rechnungseinheit ausgedrückt gleich geblieben ist; denn sie haben eben auch die Schätzung der Rechnungseinheit geändert.

Die von Helfferich vertretene Ansicht, die bisher die allgemeine war, läuft ganz einfach wieder darauf hinaus, die Kaufkraft des Geldes auf den Wert des Edelmetalls zurückzuführen. Wenn man aber das Wesen des Geldes, die Gründe seiner Kaufkraft und die Art, wie diese sich verändert, klar erkannt hat, liegen diese Dinge ziemlich einfach.

3. Ist der Geldwert bei der Goldwährung stabiler?

Nach diesen Ausführungen über den Zusammenhang der Währungen verschiedener Staaten ist die dritte hierher gehörige Frage leicht zu beantworten. Ist es ein der Goldwährung mit freier Prägung inhärenter Vorzug, der anderen Währungen fehlt, daß der „Wert", die „Kaufkraft" des Geldes, sei es im inneren Verkehr, sei es im Verhältnis zum Auslande, stabiler ist?

Ein Hauptargument für die Goldwährung ist von jeher gewesen, daß allein durch Anknüpfung an das Gold, dessen Wert im internationalen Verkehr ziemlich konstant sei, das inländische Geld vor starken Wertschwankungen geschützt sei. Diese Behauptung beruht, wie wir jetzt wissen, auf der falschen Vorstellung von einem internationalen „Wert" des Goldes, während es allein in den Rechnungseinheiten der einzelnen Länder ausgedrückte Preise desselben gibt. Daß diese Preise bei freier Prägung nicht oder nicht nennenswert schwanken, besagt nicht, daß nicht alle anderen auf dieselbe Rechnungseinheit lautenden Preise im Vergleich mit den auf eine andere Rechnungseinheit lautenden Veränderungen unterworfen sind, daß also z. B. die Kaufkraft der Mark für manche Güter im Verhältnis zur Kaufkraft des Dollars gesunken ist. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Völker werden eben nur durch die Waren im weitesten Sinne, alle Schulden und Forderungen eingeschlossen, gebildet. Das Geld, richtiger die abstrakte Rechnungseinheit, ist ein ganz indifferenter Vermittler.

Die Goldwährung würde, wenigstens für den internationalen Verkehr, einen Vorzug vor allen anderen Währungen haben, wenn das Gold in der Tat internationaler Wertmaßstab wäre, wie die Metallisten glauben, d. h. wenn der Preis der inländischen Rechnungseinheit, also der deutsche Wechselkurs in Gold ausgedrückt, überall im Auslande derselbe sein würde. Das ist aber bekanntlich nicht der Fall, der Wechselkurs eines Landes ist trotz der Goldwährung für jedes Land verschieden. Denn der Güteraustausch im weitesten Sinne, alle Leistungen, Forderungen und Schulden einbezogen, bestimmt die Kaufkraft der Rechnungseinheit eines Landes jedem anderen Lande gegenüber. Ein einheitliches internationales Wertmaß gibt es nicht. Gold ist im Tauschverkehr mit anderen Ländern nur ein Ausgleichsmittel neben allen anderen. Und es ist keineswegs das beste Ausgleichsmittel. Denn ganz abgesehen davon, daß es ein Luxusartikel ist und wenn es für Währungszwecke gebraucht wird ganz besonders, sind auch seine Versendungskosten ja viel höher als die von Wertpapieren. Diese in verschiedener Gestalt: Geld- und Kapitalpapiere*) sind also in Verbindung mit einer entspre-

*) Vgl. über diese Unterscheidung mein Buch: „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften", 2. Aufl., 1913, Kap. II.

chenden Diskontpolitik das einzige Mittel, die Ausgleichung im Tauschverkehr zwischen verschiedenen Ländern, die nicht durch wirkliche Gebrauchsgüter und Leistungen erfolgen kann, zu vollziehen. Wäre aber auch Gold das zweckmäßigste Ausgleichsmittel, so bliebe es doch immer eine ungeheure Verschwendung, sich nur für diesen Zweck mehr davon hinzulegen, als eben für einen Ausgleichungsfonds unbedingt nötig ist.

Als typisch für die heutige Auffassung sei noch angeführt, was einer der neuesten Metallisten, und ein in mancher Hinsicht sehr einsichtiger und scharfsinniger Kenner des Geldwesens, A. Lansburgh, in seiner Schrift: „Die Kriegskostendeckung und ihre Quellen" darüber sagt (S. 57/58): „Die Zahlungsmittel müssen unlöslich mit demjenigen Gute verknüpft werden, welches man in den für den Handel maßgebenden Ländern zum Welt-Austauschgut und damit zum Welt-Wertmesser gemacht hat. Zwar unterliegt auch dieses Gut gewissen Wertschwankungen. Aber da man es vorsorglich so ausgewählt hat, daß keine allzu plötzlichen und willkürlichen Veränderungen seiner Gesamtmenge eintreten können, und da die Nachfrage nach ihm eine dauernde und fast stets gleich intensive ist, so ist sein Wert relativ konstant. — Unterläßt man es, die Zahlungsmittel eines Landes aus dem jeweils als Welt-Wertmesser dienenden Gute herzustellen, so wird es unvermeidlich, daß diese Zahlungsmittel, ungeachtet ihres staatlich deklarierten Nennwertes, dem Welt-Wertmesser gegenüber zu einer Ware werden, die wie alle Waren im Effektivwerte schwankt und je nach dem Grade ihres Schwankens mehr oder weniger ungeeignet zur Feststellung der Güterwerte wird." Diese Ausführungen, die wohl die heute herrschende Meinung am besten wiedergeben und mit den Mitteln der heutigen Wirtschaftstheorie zu begründen suchen, haben nur in historischer Hinsicht praktisch-politisch eine gewisse Berechtigung. Denn früher waren mit der Papierwährung Wertschwankungen des Geldes unzertrennlich verbunden, die durch die Goldwährung — wenn sie in kritischen Zeiten aufrechterhalten werden kann! — auf ein geringes Maß vermindert werden. Aber müssen deshalb die Wertschwankungen bei Papierwährung größer sein? Überlegung und Erfahrung zeigen doch schon, daß das nicht der Fall zu sein braucht. Und die ganze theoretische Begründung jener Auffassung ist zweifellos falsch. Was Lansburgh über die Funktion des Geldes als

„Welt-Wertmesser" sagt, zeigt die bisherige völlige Verkennung des Wesens des Geldes. Das sind die Folgen der heutigen Wertlehren und des Mangels einer wirklichen Preistheorie. Es zeigt die übliche Überschätzung der staatlichen Zahlungsmittel und die Unkenntnis der abstrakten Rechnungseinheit, in der alle Umsätze kalkuliert werden und der gegenüber das Gold auch bei freier Prägung und gerade dann eine Ware ist, die genau so wie alle Waren importiert wird, wenn das sich bei der Kaufkraft der inländischen Rechnungseinheit im Verhältnis zu derjenigen des Goldproduktionslandes lohnt.

Von dem Golde als einem „Welt-Wertmesser" kann in keinerlei Bedeutung die Rede sein. Dem liegt immer die absolute sinnlose Vorstellung zugrunde, daß „das Geld" seinen Wert von „dem" Wert des Goldes ableite. Ob Goldwährung oder nicht, umgesetzt werden im inneren wie im äußeren Verkehr immer nur „Waren" im allerweitesten Sinne, Leistungen und Forderungen jeder Art inbegriffen, sie werden umgesetzt durch eine abstrakte Rechnungseinheit, in der alle Einkommen und alle Preise kalkuliert werden. Für die Umsätze und die „Produktion" der Waren sind entscheidend die Gewinne, letzten Endes die Bedürfnisse der Konsumenten. Das gilt auch für den Geldstoff, der unter allen Umständen eine Ware bleibt, die in jedem Lande ihren in der Rechnungseinheit desselben ausgedrückten Preis hat.

Im Auslande zahlt man ja überhaupt nicht mit „Geld", sondern man zahlt mit Sachgütern, Waren im engeren Sinne, zu denen natürlich auch die Edelmetalle gehören, oder mit Forderungen aller Art, die in Geld- oder Kapitalpapieren verbrieft sind. Alle diese werden von jedem Wirtschafter, der sie erwerben will, in der Rechnungseinheit seines Landes und im Rahmen seiner ganzen wirtschaftlichen Erwägungen individuell geschätzt und werden damit in das ganze Preis- und Einkommenssystem des Landes mit hineingezogen. Also auch für solche Forderungen des einen Landes an ein anderes bilden sich dann in dem Schuldnerlande Preise, und sofern sie in vertretbaren Wertpapieren verbrieft sind, Kurse, und zwar auf Grund jener individuellen Schätzungen, sie werden also auch Waren, genau wie alle anderen, deren Preis mit dem aller anderen Waren und Leistungen durch das Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge im Zusammenhang steht. Wenn man das, d. h. also das Wesen

der Preisbildung, einmal erkannt hat, wenn man gleichzeitig daran festhält, daß nicht die staatlichen Zahlungsmittel, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen, und wenn man auf Grund der psychischen Wirtschaftstheorie die Schätzung des Geldes und der Einkommen in der Konsumwirtschaft erfaßt hat, dann ist das „Rätsel des Geldes" gelöst, dann bieten die Geldprobleme der ökonomischen Theorie keine großen Schwierigkeiten mehr.

Das Gold, das bei freier Prägung ins Ausland kommt, ist die Bezahlung für einen Mehrexport von Waren oder für Schulden aus Zinsverpflichtungen u. dgl. Wenn daraus Münzen geprägt oder dafür Banknoten ausgegeben werden — es braucht keineswegs das Dreifache zu sein, das die Bestimmungen über Noten„deckung" ermöglichen —, importieren wir eben Zahlungsmittel. Daß das besonders vorteilhaft sein soll, ist nicht einzusehen. Will man das Geld vermehren, so kann das billiger durch Banknotenausgabe auf Warenwechsel oder Lombard geschehen. Aber das Ausland, das Gold anbietet, wenn es keine anderen Waren im Inlande absetzen kann, hat damit einen doppelten Vorteil: es gleicht nicht nur seine Schulden aus, sondern indem es im Inlande zu einer Geldvermehrung führt, steigert es unter Umständen die Preise und erleichtert damit seinen sonstigen Import in dieses Land. Solchen Goldimport in dem Importlande unter allen Umständen als etwas Erfreuliches anzusehen, ist daher ganz falsch und nur durch den allgemeinen Goldhunger zu erklären. Gold ist die überflüssigste, wenigst brauchbare Ware, die man importieren kann. Wieviel nützlicher wäre es z. B., wenn das Ausland, das von uns kaufen muß, gezwungen wäre, Effekten nach Deutschland zu senden, die die Grundlage dauernder Erträge für das Inland wären! Was für Folgerungen daraus zu ziehen sind, das sich zu überlegen muß ich unseren Staatsmännern und Finanzpolitikern überlassen.

An der Behauptung der größeren Wertstabilität des Geldes bei der Goldwährung ist also nur richtig, daß die Goldwährung bei freier Prägung und freier Exportmöglichkeit des Goldes und der Münzen der *staatlichen Geldschöpfung enge Grenzen setzt*. Die historische Bedeutung dieses Mittels, die früheren Eingriffe des Staates in das Geldwesen zu beschränken, soll nicht verkannt werden. Aber die Erfahrung hat zur Genüge gezeigt, daß dieses Mittel in einigermaßen kritischen Zeiten nicht

wirkt, weil dann die freie Goldzirkulation und freie Ausfuhr eingestellt werden muß, daß es aber in normalen Zeiten unnötig ist, sobald der Staat seine Pflichten und Aufgaben gegenüber dem Geldwesen erkennt. Ist das der Fall, so ist die Stabilität der allgemeinen Rechnungseinheit auch bei Papierwährung ebensogut zu wahren, da der Ausgleich mit dem Auslande noch vorteilhafter als durch Gold durch Devisen und Effekten erfolgt, die heute schon einschließlich einer zweckentsprechenden Diskontpolitik dazu in größtem Umfange verwandt werden. In kritischen Zeiten bringen aber allein schon die gewaltigen Umstellungen des inländischen Wirtschaftslebens auf die Kriegswirtschaft solche Preisveränderungen hervor, daß, auch ganz abgesehen von dem dann regelmäßig sinkenden Export, die Kaufkraft der inländischen Rechnungseinheit so sinken wird, daß eine Ausgleichung durch Gold auf die Dauer gar nicht möglich wäre, selbst wenn das Inland Gold bereitwillig hergäbe, das Ausland es in unbegrenzter Menge bereitwillig nehmen würde. Beides ist aber nicht der Fall. Der allgemeine Goldwahn bewirkt, daß die Staaten mit Goldwährung die Einlösungspflicht der Noten aufheben und Ausfuhrverbote für Gold erlassen. Andererseits haben die Erfahrungen des Krieges viele Länder, vor allem Schweden, Argentinien und Holland, gelehrt, daß es nützlichere Waren gibt als Gold und daß es unzweckmäßig ist, es sich mit dem Institut der freien Prägung vom Ausland in beliebiger Menge aufdrängen lassen zu müssen.

So wird also der Zweck der Goldwährung, die Schwankungen in der Kaufkraft des „Geldes“ in engen Grenzen zu halten, in *kritischen* Zeiten nirgends erreicht. Diese Schwankungen treten doch ein und hängen von den gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen, der Umstellung der Volkswirtschaft auf den Kriegsbedarf und eventuell auch von der Geldvermehrung ab. In *normalen* Zeiten aber ist ein großer Goldschatz überflüssig, für die Ausgleichung mit dem Auslande können Devisen und Effekten ebenso dienen und dienen schon heute so, und eine Papierwährung auf dieser Grundlage wird nicht mehr, ja bei geschickter Diskont- und Devisenpolitik eher noch geringeren Schwankungen der Preise von der Geldseite her ausgesetzt sein als die heutigen Goldwährungen mit Banknotenausgabe. Die Behauptung von der größeren Wertstabilität des Geldes bei der Goldwährung

war also nur, wie die ganze bisherige Geldlehre, eine historische Beobachtung, eine empirisch-induktiv begründete Behauptung. Die tatsächlichen Verhältnisse aber haben sich längst geändert, und es wird allmählich an der Zeit, daß auch die Wirtschaftstheorie Fortschritte macht und die schon bestehenden Tatsachen auch theoretisch zu begründen vermag. Denn das praktische Leben, ganz besonders in Deutschland, und vor allem auch die Geldpolitik, dieses frühere Gebiet vieler gefährlicher Experimente, verlangt eine theoretische, wissenschaftliche Begründung. Sie ist mit meiner Wirtschaftstheorie und Geldlehre gegeben, die mancherlei hierher gehörige Probleme zu erklären vermag. Hoffentlich findet sie unvoreingenommene Beurteiler, die nicht, um eigene frühere Irrtümer zu verteidigen, sondern nur von dem Streben aus, der Wahrheit und Aufklärung zu dienen, zu ihr Stellung nehmen. Sind diese Gedanken einmal durchgedrungen, so ist der Boden für die „Entthronung des Goldes" reif.

Achtes Kapitel

Geldvermehrung und Preise

1. Allgemeines über das Geld als Ursache der Preisveränderungen

Noch eines der wichtigsten Probleme der Geldtheorie bleibt zu besprechen: die Frage der Geldvermehrung. In der bisherigen Literatur ist viel von dem Geldbedarf einer Volkswirtschaft die Rede. Darüber möchte ich nur kurz folgendes sagen: Der Verkehr braucht für die Umsätze des täglichen Lebens ein gewisses Maß realer Zahlungsmittel. Ihre Menge, der „Geldbedarf", richtet sich nach den Lebensgewohnheiten und nach den Zahlungssitten, ist aber für ein Land schwer einheitlich und zahlenmäßig festzustellen, da er in den verschiedenen Landesteilen und verschiedenen Bevölkerungsschichten sehr verschieden zu sein pflegt. Auch nach den einzelnen Geldsorten besteht ein gewisser, aber ebenfalls in einzelnen Gegenden sehr verschiedener und auch zeitlich oft wechselnder Bedarf. Ein zu großes Fehlen gewisser Münzsorten kann mancherorts als ein Mangel empfunden werden. So ist durch die Trambahnen und neuerdings durch die Automaten der Bedarf an Zehnpfennigstücken erheblich gesteigert worden und steigt z. B. an kleinen Orten, wo diese Dinge eingeführt werden. Aber abgesehen davon, gibt es einen bestimmten „Geldbedarf" in der ganzen Volkswirtschaft als eine irgendwie zahlenmäßig erfaßbare Summe aller Zahlungsmittel, über die der Staat nicht wesentlich hinausgehen und unter die er nicht wesentlich hinabgehen dürfe, nicht. Was darüber in den Lehrbüchern, z. B. bei Philippovich („Grundriß", 9. Aufl., § 88), zu finden ist, ist viel zu einseitig vom metallistischen Standpunkt aus gesehen, der nur das vollwertige Metallgeld als eigentliches Geld ansieht. Einerseits spielt das bare Geld überhaupt eine zu geringe Rolle im Vergleich zu allen Umsätzen, andererseits ist der Faktor Umlaufsgeschwindigkeit zu

elastisch, d. h. die Anwendungsmöglichkeit aller sonstigen Zahlungsmethoden zu groß, auch die Zahl und Höhe der Umsätze zu wechselnd, als daß sich ein Geldbedarf einer ganzen Volkswirtschaft als einigermaßen fest bestimmte Größe angeben ließe.

Woraus diese realen Zahlungsmittel bestehen, ist vom geldlichen Standpunkt aus vollkommen gleichgültig. Metallene und papierne Zahlungsmittel werden immer nebeneinander nötig sein. Die sogenannten Scheidemünzen werden gegenüber dem Kurantgeld eine größere Bedeutung gewinnen, vollwertiges Geld wird wohl in Zukunft, zum mindesten aus dem Verkehr, üllerall verschwinden, wenn es überhaupt noch ausgeprägt wird. An und für sich aber läge kein Bedenken vor, auch Zehn- und Zwanzigmarkstücke als Scheidemünzen auszuprägen und die Ein-, Zwei-, Drei- und Fünfmarkstücke viel unterwertiger als heute.

Es soll nun auf die Frage des Geldbedarfs hier nicht näher eingegangen werden, die die bisherige Theorie, die nur in den staatlichen und von ihm autorisierten Zahlungsmitteln Geld sah und die Bedeutung der abstrakten Rechnungseinheit nicht erkannte, gewaltig überschätzte. Sie ist überhaupt keine Frage der allgemeinen Geldtheorie, sondern der praktischen Geldpolitik jedes Landes. Die Menge der staatlichen Zahlungsmittel an sich (nicht aber ihre Veränderungen) spielt in Wahrheit eine ziemlich indifferente Rolle, wie daraus hervorgeht, daß manche Länder bei etwa gleicher wirtschaftlicher Entwicklung und nicht sehr verschiedenen Preisen eine sehr verschiedene Menge von solchen besitzen. So war z. B. nach Schätzungen des amerikanischen Münzamtes im Jahre 1913 die Menge der staatlichen oder staatlich autorisierten Zahlungsmittel aus Gold, Silber und Papier pro Kopf der Bevölkerung in Frankreich zirka $2^1/_2$mal so groß wie in Deutschland und England: 205 M. gegen 89 M.

Die verschiedene Menge solcher Zahlungsmittel wird durch das ausgeglichen, was man bisher als Umlaufsgeschwindigkeit bezeichnete, was aber auch alle bargeldsparenden Zahlungsmethoden umfaßt. Das Ideal des Geldwesens ist dasjenige, bei welchem der Verkehr sich selbst die jeweils notwendigen Umsatzmittel schafft, so daß nur für den Kleinverkehr der Staat die notwendigen Münzen bereitstellen muß, die bloße Zeichen der Rechnungseinheit sind und deren Stoff daher für ihre Geltung ganz gleichgültig ist. Sie für das eigentliche Tausch- und Preisausdrucksmittel zu

halten, in ihrer Schaffung den eigentlichen Bestimmungsgrund des Geldwertes zu sehen, wie es Metallisten und Knappianer in gleicher Weise tun, war nur auf dem Boden der hergebrachten materialistischen Wirtschaftsauffassung möglich, die, wie die Sachgüter, so auch nur die realen Zahlungsmittel betrachtete. Der größte Teil aller Umsätze wird heute schon und wird bei weiterer Entwicklung sicher noch mehr in der allgemeinen Rechnungseinheit nur verrechnet.

Wie verhalten sich diesem Ideal gegenüber die heutigen Ordnungen des Geldwesens? Um das zu beurteilen, ist es nötig, sich über eines der wichtigsten Probleme der Geldtheorie Klarheit zu verschaffen, nämlich über die Frage: Wie wirkt die Geldvermehrung, die Vermehrung der realen Zahlungsmittel auf die Preise, oder, nach der heute üblichen, stark mißverständlichen Ausdrucksweise, auf die „Kaufkraft" oder den „Wert" des Geldes?

Hier gilt noch heute im großen und ganzen die Quantitätstheorie, die, wie wir gesehen haben, erst neuestens in dem großen Werke von Irving Fisher über „Die Kaufkraft des Geldes" ins Extrem getrieben wurde. Der richtige Gedanke der Quantitätstheorie, daß, wenn die Geldmenge stark vermehrt wird, viele Preise (aber nicht „die" Preise) steigen, kann auch nicht bestritten werden und ist durch tausendfältige Erfahrung bewiesen. Aber die Quantitätstheorie behauptet ganz allgemein, daß „die" Preise — das kann nur heißen alle Preise — steigen, und die strenge Quantitätstheorie behauptet dabei eine proportionale Steigerung „der" Preise, also natürlich aller Preise, entsprechend der Geldvermehrung. Dies insbesondere auch J. Fisher, der nur schärfer formuliert hat, was unter Geldmenge zu verstehen ist. Es muß dabei auch die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes berücksichtigt werden, und daher sind nach Fisher nicht nur die realen Zahlungsmittel, sondern auch die Depositen, die dem Scheck- und Giroverkehr zugrunde liegen, und ihre Umlaufsgeschwindigkeit der Geldmenge hinzuzurechnen. Alle diese Faktoren will Fisher zahlenmäßig feststellen, und aus ihren Veränderungen glaubt er entnehmen zu können, daß die Preise proportional mit der Vermehrung der Geldmenge in jenem weiteren Sinne, und zwar vor allem auch infolge der Vermehrung der Goldproduktion gestiegen seien.

Fisher, der immerhin die Untersuchung der Frage, wenn auch von der ganz falschen Grundlage der bisherigen Auffassung aus, wesentlich vertieft hat, geht dabei aber auch insofern von Irrtümern aus, als er aus einigen sehr willkürlich ausgewählten Preisen eine Indexnummer, ein „allgemeines Preisniveau" herausrechnet, das er seiner Geldmenge × Umlaufsgeschwindigkeit gegenüberstellt. Er berücksichtigt dabei nicht im geringsten die Frage, ob wirklich alle Preise gestiegen sind, sondern begnügt sich, wie übrigens alle, die das Problem bisher untersucht haben, mit der Tatsache, daß bei Vermehrung der Geldmenge viele Preise zu steigen pflegen. Das „allgemeine Preisniveau" ist also, wie wir schon oben (Kapitel 3) ausführten, eine Fiktion, eine Annahme, die nicht im mindesten auf ihre tatsächlichen Grundlagen geprüft wurde.

Vor allem aber beschäftigt sich Fisher, und dieser Vorwurf gilt ebenfalls nicht nur für ihn, sondern für alle, die bisher den Einfluß der Geldvermehrung auf die Preise erörtert haben, gar nicht mit der Frage, wodurch, auf welchem Wege und in welcher Weise eine vermehrte Geldmenge zu Preissteigerungen führt. Das gilt für alle bisherigen Lehren über die „Kaufkraft des Geldes". Regelmäßig stellt man es sich so vor, als ob eine Vermehrung der Geldmenge mechanisch und automatisch alsbald eine Erhöhung der Preise herbeiführte. Man hat empirisch festgestellt, daß eine starke Papiergeldvermehrung immer zu sehr ungünstigen wirtschaftlichen Zuständen, namentlich zu starken Preissteigerungen führte, hat demgegenüber rein empirisch die Verknüpfung der Zahlungsmittel an ein nur beschränkt vermehrbares Edelmetall als Schutzmittel gegen die schädliche Geldvermehrung erkannt und hat ebenso rein empirisch die bekannten Deckungsvorschriften für die papiernen Zahlungsmittel getroffen. Den tauschwirtschaftlichen Prozeß aber, durch den eine Geldvermehrung zu Preissteigerungen führt, hat man sich nie recht klargemacht, mangels einer richtigen Wirtschaftstheorie. Die Quantitätstheorie gilt als Naturgesetz. Wie in zwei kommunizierenden Röhren das Wasser in der einen steigt, wenn es in der anderen vermehrt wird, einen solchen natürlich-mechanischen Prozeß nahm man auch bei der Geldvermehrung und dadurch herbeigeführten Preissteigerung an. Man hielt es für ganz unnötig, noch näher den tauschwirtschaftlichen Vorgang zu untersuchen, durch den das herbeigeführt wird. Fisher hat

keine Ahnung davon, daß eine vergrößerte Geldmenge dadurch und nur dadurch wirkt, daß sie erhöhte Kaufkraft, neue Einkommen bedeutet, was zunächst beim Staate der Fall ist. Er sagt u. a. (S. 126): „Wir versuchen nunmehr zu beweisen, daß (mit Ausnahme von Übergangsperioden) das Handelsvolumen ebenso wie die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes von der Quantität des Geldes unabhängig ist. Eine außerordentliche Erhöhung der Umlaufsmittel kann weder die Erzeugnisse von Ackerbau und Industrie, noch die Fahrgeschwindigkeit von Lastzügen oder Schiffen erhöhen." (Hier sieht man die Folgen der üblichen Verwechslung von Wirtschaft und Technik!) Eine Zunahme an Goldgeld führe nur eine Zunahme im Handel in Goldgegenständen, von Maschinen zum Goldbergbau usw. herbei! Ein größerer Irrtum ist kaum denkbar. Wohl hat eine Steigerung der Geldmenge oft eine Steigerung der Preise zur Folge, aber man muß erkennen, auf welchem Wege. Dann erkennt man auch, daß von einer automatischen Proportionalität, wie sie Fisher sich vorstellt, keine Rede sein kann.

Die Quantitätstheorie gilt, obwohl sie in der oben gegebenen allgemeinsten Fassung nicht falsch ist, in Wahrheit nur innerhalb der einzelnen Konsumwirtschaft und besagt nichts weiter, als daß, je mehr „Geld", d. h. Einkommen, man zur Verfügung hat, man um so mehr für die Befriedigung jedes einzelnen Bedürfnisses verwenden kann. Aber von einer Proportionalität kann dabei schon um deswillen nicht die Rede sein, weil die Bedürfnisse niemals und unter keinen Umständen meßbar und äußerlich ausdrückbar sind. Für den ganzen Tauschverkehr und die dabei verwendete Geldmenge, für die ja die Quantitätstheorie gelten soll, ist zu sagen, daß überhaupt nicht diese Geldmenge, auch wenn man sie mit dem großen X, dem ganz unfaßbaren Begriff Umlaufsgeschwindigkeit multipliziert, die Güter kauft, sondern die Einkommen, die nicht Geldmengen, sondern in der abstrakten Rechnungseinheit Mark ausgedrückte und individuell geschätzte Größen sind.

Wir können unsere Anschauungen über die Frage der Einwirkung der Geldvermehrung auf die Preise, eine der wichtigsten der Wirtschaftstheorie überhaupt, in möglichster Kürze etwa folgendermaßen formulieren. Geld, Preise und Einkommen stehen im allerengsten Zusammenhange miteinander, von dem die bis-

herige Theorie, die den Preis und die Einkommen als Gütermengen auffaßte und ohne jede Beziehung zum Gelde durch „Wertzurechnung“ zu erklären suchte, freilich nicht die mindeste Ahnung hatte. Und doch besteht in diesem Zusammenhang das einzige große Problem der Wirtschaftstheorie.

Es gibt überhaupt kein Geld ohne Preise. Ein Tauschmittel wird erst dadurch zu Geld, daß es zu Preisen führt, d. h. eben, daß alle Konsumwirtschaften ihre Kosten und die Erwerbswirtschaften sowohl Nutzen als Kosten in diesem Tauschmittel veranschlagen. Dadurch wird es Nutzen- und Kostenvergleichungsmittel, Kosteneinheit, Generalnenner der Nutzen- und Kostenvergleichung, allgemeine Rechnungseinheit, Geld. Ebensowenig aber hat es in der ökonomischen Theorie, die Erscheinungen des Geldtausches zu erklären hat, einen Sinn, beim Naturaltausch das eine Gut den Preis des andern zu nennen, wie die bisherige Theorie das tat, die damit die Aufgaben der Preistheorie völlig verkennt.

Preise sind ein objektiver Geldausdruck, der aber in der Konsumwirtschaft als Kosten subjektiv geschätzt wird, und zwar je nach dem Einkommen, also als Einkommensquote. Durch die Einkommen stehen die Preise in engster Beziehung zu den subjektiven Nutzen- und Kostenvergleichungen jeder Konsumwirtschaft, denn alle Einkommen entstehen aus Preisen und werden wieder Preise und damit auch wieder Einkommen. Durch das Einkommen, das den individuellen Bedürfnissen gegenübergestellt wird, ist der ganze Geldtauschverkehr an die letzteren verankert. Die Preise sind niemals ein Ausdruck dieser Bedürfnisse, also eines subjektiven Wertes, sondern eine Komponente aller Nutzen- und Kostenvergleichungen aller Wirtschafter, die dabei an eine allgemeine Kosteneinheit anknüpfen. Man kann daher auch die Preise nicht so direkt mit den Bedürfnissen verknüpfen, wie die bisherigen Preistheorien das glaubten, die eine bestimmte Gütermenge als nachgefragt voraussetzen. So einfach, wie sich das insbesondere die subjektive Wertlehre (Böhm-Bawerk) vorstellte, die den Preis eines jeden Gutes durch festgegebene Nachfrage und Angebot dieses Gutes „erklärt“ haben wollte, ist die Bildung des Preises nicht. Sondern die Preise sind nur als Gelderscheinungen zu erklären, und zwar durch die Einkommen, aber auch nicht individuell durch das Einkommen jedes

einzelnen Käufers — dann würde ja jeder einen verschiedenen Preis zahlen, was er auch bei der psychischen Betrachtung tut, aber ausgedrückt in einem allgemeinen Kostengut. Sondern die Bildung aller Preise ist zu erklären durch ein die Grenzen des Angebots bestimmendes Minimum an Einkommen, den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag.

Durch die Einkommen werden auch das Geld und die Preise, diese anscheinend objektiven Bildungen des Tauschverkehrs, wird vor allem auch die Grundlage aller Preise, das Geld, an die subjektiven wirtschaftlichen Erwägungen und damit an die Bedürfnisse angeknüpft, aus denen alle tauschwirtschaftlichen Vorgänge zu erklären das letzte Ziel der ökonomischen Wissenschaft ist. Man erkennt, wie unendlich weit sie mit ihrem Begriff des objektiven Tauschwertes, welchen die sogenannte subjektive Wertlehre ebensowenig wie die ältere objektive entbehren zu können glaubte, noch von diesem Ziel entfernt war. Man erkennt auch, wie wenig eine ökonomische Theorie das Geld als bloßes Geschöpf der Rechtsordnung bezeichnen darf, und wie wenig mit den richtigen Knappschen Beobachtungen an sich schon für die ökonomische Erklärung des Geldes gewonnen war.

Nach unseren bisherigen Ausführungen können wir jetzt an die Erörterung der Frage herantreten, in welcher Weise die Preise, also die sogenannte Kaufkraft des Geldes, durch Veränderungen der Geldmenge verändert werden.

Je genauer die Wirtschafter die früheren Preise schon kennen, je mehr Aussicht auf deren Stabilität besteht und je weniger für sie selbst neue Bedürfnisse in Frage kommen, um so mehr können sie ihren Wirtschaftsplan auch schon auf die Befriedigung weniger wichtiger Bedürfnisse erstrecken, desto genauer wissen sie, wie sie ihr Einkommen auf die Gesamtheit ihrer Bedürfnisse zu verteilen haben. Ein solches Einkommen im Verhältnis zu den Preisen muß also immer so groß sein, daß es dem Wirtschafter wenigstens eine der Kulturhöhe seines Volkes entsprechende Lebenshaltung ermöglicht. Darunter kann auf die Dauer kein Einkommen fallen, das „eherne Lohngesetz“ gilt, ganz allgemein gesprochen, in dieser Weise nicht nur für den Lohn, sondern für alle Einkommen.

Der so von jedem Einzelnen vorgenommenen Verteilung seines Einkommens auf seine Bedürfnisse gegenüber kommt nun

das Angebot der Erwerbswirtschaften in der Weise zustande, daß für die Grenze des Angebots in jedem Erwerbszweige auch wiederum ein Minimum von Ertrag maßgebend ist, das seinem Bezieher als Einkommen die durchschnittliche Lebenshaltung ermöglichen muß. Dieses Minimum an Ertrag, das also zugleich auch Minimum an Einkommen ist und auf die Dauer nicht unterschritten werden kann, nennen wir tauschwirtschaftlichen Grenzertrag. Es bestimmt also das Angebot und den Preis. Alle übrigen Anbieter erzielen höhere Erträge als den tauschwirtschaftlichen Grenzertrag. Sie sind durch die Monopol- und Konkurrenztheorie zu erklären.

Die so zustande gekommenen Preise der Güter können nie als ein objektiver Ausdruck ihres „Wertes" betrachtet werden. Denn einen solchen gibt es nicht. Inwieweit aber können die Preise als ein objektiver Ausdruck der „Kaufkraft" des Geldes betrachtet werden? Wie wir zeigten, ist die sogenannte Kaufkraft des Geldes nichts Allgemeines, sondern für jeden Menschen verschieden, einmal entsprechend seinem Einkommen, weil ja überhaupt nicht das Geld, sondern die Einkommen es sind, die die Güter kaufen; dann aber auch, weil jeder die Güter, die er kauft, verschieden schätzt. Kann man aber nicht trotzdem, wenn auch nicht von einem allgemeinen Ausdruck der „Kaufkraft" des Geldes, die es eben nicht gibt, so doch von einem Ausdruck allgemeiner Veränderungen in der Kaufkraft des Geldes sprechen, wenn die Preise vieler oder gar aller Waren gestiegen sind? Jede Preiserhöhung einer Ware bedeutet doch für jeden, der sie kauft, eine Veränderung der Kaufkraft seines Einkommens und damit auch des „Geldes" zunächst dieser Ware gegenüber, damit aber auch, theoretisch gesprochen, zugleich allen anderen Waren gegenüber. Wird eine Ware teurer, so hat der Wirtschafter für alle anderen weniger übrig!

Hoffentlich sieht jeder Leser jetzt klar den Fehler oder, könnte man auch sagen, die Falle, die in dieser Argumentation steckt. Kaufkraft der Einkommen ist eben nicht Kaufkraft des Geldes. Erstere bedeutet etwas Individuelles, weil eben die Einkommen verschieden sind, und daher und weil auch die Bedürfnisse und das Ergebnis der Nutzen- und Kostenvergleichungen bei jedem Menschen verschieden sind, bedeutet auch der Preis eines Gutes für jeden Menschen etwas anderes. Also statt von Kaufkraft

der Einkommen spricht man besser von Schätzung der Einkommen oder der Rechnungseinheit, wobei der subjektive Charakter nicht mißverstanden werden kann. Kaufkraft des Geldes aber würde eine objektive absolute Kaufkraft bedeuten, die es nicht gibt. Und selbst wenn bei einer Geldvermehrung wirklich alle Preise steigen, wären sie doch kein Ausdruck der Kaufkraft des Geldes, da niemals alle Preise gleichmäßig steigen würden. Es ist also nicht richtig, daß die Preise ein objektiver Ausdruck der Kaufkraft des Geldes seien, vielmehr muß man auch die Tatsache der Preisveränderungen immer individuell betrachten, sie mit den Einkommen der einzelnen Wirtschafter in Beziehung bringen. Es führt zu den größten Irrtümern, wenn man, wie es regelmäßig geschieht, die beliebte „volkswirtschaftliche Betrachtungsweise" anwendet, die Preise und Preisveränderungen statt mit den Einkommen der Einzelwirtschaften mit der Geldmenge in der ganzen Volkswirtschaft in Beziehung bringt. Das entsprach der quantitativ-materialistischen „Volks"wirtschaftstheorie, die verschuldet hat, daß in allem, was bisher über die „Kaufkraft" des Geldes geschrieben wurde, noch die allergrößten Irrtümer stecken. Wir wissen jetzt, warum es keine Kaufkraft des Geldes gibt; einfach deswegen nicht, weil überhaupt nicht die Geldmenge, sondern die Einkommen die Güter kaufen. Durch die Einkommen stehen die Geldtauschvorgänge mit den Bedürfnissen — auf sie, nicht auf die „Güter", kommt es an — in Beziehung. Aus ihnen, also individuell, sind alle Gelderscheinungen zu erklären.

Daher gilt auch die Quantitätstheorie nicht für „das Geld" in der gesamten „Volkswirtschaft", sondern sie gilt nur für die Einkommen der Einzelwirtschaften, besagt nichts anderes als: je größer das Einkommen, um so mehr kann man für ein einzelnes Gut zahlen.*)

Wenn der einzelne Wirtschafter ein höheres Einkommen erzielt als bisher, schätzt er die Rechnungseinheit, in der das Einkommen ausgedrückt wird, geringer. Denn er kann, da sich

*) Ich denke, Diehl, Stolzmann, Amonn und viele andere werden jetzt, nachdem ich mit der individualistischen Auffassung der wirtschaftlichen Vorgänge, die ja auch die logisch selbstverständliche ist, zu so vielen neuen Ergebnissen gelangt bin, allmählich einsehen, daß ihre „soziale Beachtungsweise" nicht dasselbe leisten kann, sondern ein Irrtum ist.

durch seine Nachfrage allein die meisten Preise nicht ändern, sich mehr dafür kaufen, d. h. auch weniger dringende Bedürfnisse befriedigen. Wann aber würden im ganzen Tauschverkehr alle Preise steigen, wann also könnte man noch am ersten davon sprechen, daß „die Kaufkraft des Geldes" gesunken sei? Wenn Einzelne ein höheres Einkommen erzielen, muß das noch nicht der Fall sein. Sie erzielen es z. B. auf Grund von Kostenersparungen, die bewirken, daß andere Leute ein geringeres Einkommen oder überhaupt weniger Leute Einkommen erzielen. Ersparungen am Kostenfaktor eigene Arbeitsmühe z. B. bedeuten wohl auch verminderte Kosten, psychisch, aber Einkommenssteigerungen auf Grund vermehrter Nachfrage nach den angebotenen Waren sind nur möglich — vom Verzicht auf andere Konsumgegenstände, der deren Anbietern ein vermindertes Einkommen bewirkt, abgesehen —, wenn die Einkommen der Nachfragenden selbst aus irgendwelchen Gründen gestiegen sind. Wenn die Geldmenge nicht vermehrt wird, können Preissteigerungen einzelner Waren nur dadurch eintreten, daß die Preise anderer fallen. Es treten dann Einkommensverschiebungen ein, die z. B. mit Kostenänderungen oder mit Änderungen in den Bedürfnisrichtungen zusammenhängen können. Aber eine allgemeine Preissteigerung auf dieser Grundlage, eine Erhöhung des gesamten sogenannten Preisniveaus ist unmöglich, und eine Aufstellung von Indexnummern, in der die Preiserhöhungen einzelner Waren die Preisverminderungen anderer übertreffen, gibt kein richtiges Bild der Vorgänge im Tauschverkehr, der Beziehungen zwischen Geld, Einkommen und Preisen.

Eine Erhöhung aller Preise ist nur denkbar bei Vermehrung der Geldmenge. Doch wird sie auch da nur höchst selten, etwa bei vollkommener Assignatenwirtschaft, Platz greifen, und von einer proportionalen Steigerung aller Preise kann weder in ihrem Verhältnis zueinander noch zur Geldmenge jemals die Rede sein. Um das zu erkennen, muß man sich vergegenwärtigen, wie eine Geldvermehrung wirkt. Sie wirkt nicht automatisch, so daß von selbst die Preise steigen, wenn der Staat die Notenpresse in Bewegung setzt, etwa infolge automatisch und progressiv sinkenden Vertrauens zum Staatsgelde, das dann einen immer mehr sinkenden Kurs erhält — so hat man sich die Sache bisher meist vorgestellt —, sondern sie wirkt nur durch plötzliche Ver-

mehrung der Einkommen, die zum Konsum verwendet werden können, zunächst des Staates, der seinen Bedarf mit Noten bezahlt, dann auch aller derjenigen, die erhöhtes Einkommen erhalten, weil der Staat z. B. in Kriegszeiten teurer einkaufen muß. Je mehr der Staat dabei mit einem ganz neuen Bedarf auftritt, nicht etwa nur bisherigen privaten Bedarf ersetzt, sondern wie in Kriegszeiten beim Bedarf an Geschützen, Munition, Wagen, Pferden, Automobilen usw. mit ganz neuen Bedürfnissen erscheint, auf deren Befriedigung sich Produktion und Handel erst einrichten müssen, um so größer ist die Gefahr, daß die durch Geldvermehrung künstlich geschaffene Kaufkraft zu Preissteigerungen führt. Stellt sich dann gleichzeitig ein Mangel an mancherlei Rohstoffen oder an Arbeitskräften ein, so steigen die Preise natürlich noch mehr und schneller. Daher ist niemals festzustellen, welcher Teil an der Teuerung im Kriege auf Geldvermehrung, welcher auf Knappheit an Waren und Arbeitskräften zurückzuführen ist. Höchstens kann man behaupten, daß bei uns in Deutschland, von den ersten Kriegswochen abgesehen, infolge der ganz außergewöhnlichen Verhältnisse durch die Absperrungspolitik und angesichts der verhältnismäßig geringfügigen Notenvermehrung der größte Teil der Preissteigerungen bisher auf Ursachen auf der Warenseite, Material- und Arbeitermangel zurückzuführen war.

Daß so Preise und Einkommensveränderungen auf das engste zusammenhängen, konnte man freilich in einer Wirtschaftstheorie nicht erkennen, die überhaupt die Preislehre und die Einkommenslehre gar nicht in Verbindung brachte, die eine wirkliche Erklärung der Preisbildung gar nicht kannte und die Einkommen nicht aus der Preisbildung, sondern, vom Standpunkt der technisch-materialistischen Auffassung wohl konsequent, aber logisch unhaltbar, auf Grund einer kausalen Zurechnung auf die einzelnen zusammenwirkenden „Produktionsfaktoren" erklärte. In Wirklichkeit stehen Preise und Einkommen in folgender, bisher nie klar erkannter Wechselwirkung; ein gewisses Minimum von Einkommen bestimmt als tauschwirtschaftlicher Grenzertrag, den einzelne Erwerbswirtschaften in jedem Erwerbszweig erzielen, den Umfang des Angebots jeder Ware, d. h. die Grenze der aufzuwendenden Kosten und damit ihren Preis, der gleich diesen Grenzkosten plus dem tauschwirtschaftlichen Grenzertrag ist. Alle sonstigen in dem Er-

werbszweige erzielten Einkommen werden dann durch diesen Preis bzw. durch die individuellen Kosten des Anbieters bestimmt, ergeben sich aus der jeweiligen Tauschkonstellation des Erwerbszweiges, in der Regel (nämlich, wenn alle Anbieter den gleichen Preis erzielen) als relativer Konkurrenzpreis und -einkommen.*) Daher sind alle individuellen Einkommen aus der Preistheorie, aus Angebot und Nachfrage, wie die populäre Formulierung sagt, aus Nutzen und Kosten, wie es zutreffender heißt, zu erklären, sie sind gewonnen aus den Preisen, welche ein Niederschlag aller Nutzen und Kosten in der Volkswirtschaft sind, und den individuellen Kosten des Anbieters, der das betreffende Einkommen erzielt. Der Preis selbst aber ist eine Funktion eines Minimaleinkommens oder weniger nach Lebensgewohnheiten der betreffenden Erwerbsklassen abgestufter Minimaleinkommen = Minimallohn der Arbeitsleistungen Anbietenden, Minimalgewinn der Warenverkäufer, Minimalzins der Leihkapital Anbietenden. Diese tauschwirtschaftlichen Grenzerträge, die direkt auf die Bedürfnisse, die man damit befriedigen kann, zurückgehen, knüpfen ihrerseits wieder an frühere Preise an, die jede Konsumwirtschaft mit größerer oder geringerer Genauigkeit ihren wirtschaftlichen Kalkulationen zugrunde legt. So ist, wie das ja auch nicht anders sein kann, jeder Tauschverkehr ein fortwährendes Anpassen der von allen zu bringenden Opfer von Sachgütern und Arbeitsmühe, der Kosten, an die Bedürfnisse nach dem Gesichtspunkt möglichst hohen Ertrages und unter Vermittlung des Geldes als Kosteneinheit.

Eine Geldvermehrung wirkt also nur dadurch auf die Preise, daß sie zunächst beim Staate ein künstlich geschaffenes, nicht aus dem Tauschverkehr entstandenes Einkommen bedeutet. Beim Staate ist es ein Einkommen, das nicht, wie Steuern und Anleihen, aus den privaten Einkommen oder, wie die Erwerbseinkünfte, aus Leistungen im Tauschverkehr geschöpft ist, sondern das er sich künstlich geschaffen hat, und das seinen sonstigen Einnahmen hinzutritt und seinen Wirtschaftsplan umgestaltet. Diejenigen, denen der Staat dann Güter und Leistungen eventuell zu hohen Preisen abkaufen muß, erzielen dann ebenfalls ein höheres Einkommen und treten mit neuer Kaufkraft und neuen

*) Vgl. dazu meinen Aufsatz „Konkurrenz und Monopoltheorie" im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Band 41.



Bedürfnissen im Tauschverkehr auf. So vollzieht sich allmählich ein Steigen vieler Preise, aber keineswegs aller und nicht im entferntesten gleichmäßig.

Solange man diese Tatsache, daß eine Geldvermehrung nur durch die Einzelwirtschaften, einschließlich der des Staates, und durch die künstlich geschaffenen Einkommenssteigerungen wirkt, welche die Wirtschaftspläne der betreffenden Konsumwirtschaften umgestalten, solange man diese Tatsache nicht klar erkennt, kann von einem Verständnis der Preisentwicklung und des Geldwesens keine Rede sein.

Man hat das aber heute noch fast nirgens genügend beachtet. Fisher z. B., dessen Buch die eingehendste Untersuchung der Kaufkraft des Geldes darstellt, hat nicht die leiseste Ahnung davon, wie und wodurch eine Geldvermehrung nur wirken kann. Er macht z. B. die Voraussetzung (S. 123 ff.), daß ein Weihnachtsmann plötzlich jedem Amerikaner die doppelte Geldmenge wie vorher, im Durchschnitt 15 Dollar, in die Tasche zaubere, meint, daß dieses Beispiel den tatsächlichen Verhältnissen bei der Entdeckung der neuen Goldfelder entspreche, und daß diese Verdoppelung der Geldmenge binnen kurzem zu einer Verdoppelung aller Preise führen werde.

Eine derartige Behauptung zu beweisen, ist nun sicherlich unmöglich, ja sie auch nur irgendwie wahrscheinlich zu machen, ist schon unmöglich, einfach deswegen, weil die Voraussetzung, die sie macht, eine glatte Unmöglichkeit ist und die Art, wie Geldvermehrungen überhaupt nur wirken können, völlig verkennt. Aber selbst die Möglichkeit angenommen, so könnte, wenn plötzlich eine Verdoppelung der Einkommen, auf die — und nicht auf die Geldmenge — es in Wahrheit ankommt, stattfände, also eine Verdoppelung dessen, was jeder Wirtschafter an einem Tage verzehren könnte, dies wohl eine stärkere Nachfrage nach manchen Gütern herbeiführen. Aber ich möchte wetten, daß nicht ein einziges seinen Preis verdoppeln würde, geschweige denn die Gesamtheit aller Güter. Wenn jeder eines Morgens plötzlich doppelt so viel im Portemonnaie hätte wie am Abend vorher, würden wohl die meisten den größten Teil dieser Summe auch länger mit sich herumtragen, d. h. die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes würde sich vermindern. Nur ein wahrscheinlich recht kleiner Teil dieser Summe würde sofort ausgegeben werden, würde vielleicht zu zahllosen „blauen Montagen", zu massenhaften Landpartien,

einem gewaltigen Andrang nach den Wirtshäusern, Theatern usw. benutzt werden, aber die Preise wohl so gut wie gar nicht verändern. Doch denken wir uns selbst alle Einkommen eines ganzen Jahres verdoppelt — also etwas sehr viel weitergehendes, als es Fisher voraussetzt —, so würden gewiß manche Preise erheblich steigen, aber die meisten Produktionszweige sind auf einen sehr viel größeren Absatz als den normalen eingerichtet und würden in glänzender Beschäftigung und hohen Gewinnen bei gleichbleibenden Preisen Befriedigung finden, die Bankdepositen aber würden stark steigen und die Kapitalbildung erheblich zunehmen. Jedenfalls würden sich allgemeine Preissteigerungen erst in Jahren durchsetzen, von einer allgemeinen Verdoppelung der Preise würde keine Rede sein.

2. Geldvermehrung wirkt nur durch die Einkommen

Auf Grund der hergebrachten materialistisch-quantitativen Wirtschaftsauffassung hat man bis in die neueste Zeit kaum erkannt, daß eine Banknotenausgabe nur dann und dadurch preissteigernd wirkt, wenn sie nicht mit dem gesteigerten Tauschverkehr in Zusammenhang steht, sondern eine künstlich geschaffene neue Kaufkraft bedeutet. Noch neuestens sind selbst Nationalökonomen, die einen guten und namentlich von der bisherigen Wirtschaftstheorie nicht übermäßig beeinflußten Einblick in die Erscheinungen des Tauschverkehrs haben, wie v. Schulze-Gaevernitz und H. v. Beckerath, nicht weiter gekommen als, wie früher schon Lexis, reale und formale Kaufkraft zu unterscheiden. Was darunter zu verstehen ist, das hat erst neuestens v. Beckerath schärfer formuliert. Er bezeichnet in der Schrift „Kapitalmarkt und Geldmarkt“, Jena 1916, S. 75, „als formale Kaufkraft diejenige, welche nicht in der Verfügung über in dem Eigentum des Inhabers über konkrete Güter oder Güteransprüche beruht, sondern welche in bloßen, auf dem Papier stehenden Wertsummen (?) besteht, die lediglich kraft des allgemeinen Kredits ihres Schöpfers gelten, wie Akzepte, oder die, wie Staatspapiergeld, durch den Funktionswert (?) eines stets benötigten Minimums an Umlaufsmitteln im Handelsverkehr, als vollwertiges (?) Zahlungsmittel genommen werden. Im Gegensatz hierzu steht die reale Kaufkraft, wie wir es nennen wollen, nämlich Bargeld und diejenigen Zahlungsmittel, welche in der Verfügungsmacht

ihres Schöpfers über bestimmte übertragbare Güterbestände in der Volkswirtschaft fundiert sind. Das hauptsächlichste, aber keineswegs einzige Beispiel formaler Kaufkraft sind Staatspapiergeld und metallisch ungedeckte Noten; ein Beispiel realer Kaufkraft ist z. B. Bargeld, auch ein auf Grund eines Guthabens ausgestellter Scheck usw."

Was daran falsch ist, ist nach unseren Ausführungen unschwer zu erkennen: die Überschätzung der Sachgüter, „Güterbestände", „bestimmte, materiell verkörperte Vermögensteile", einschließlich des Edelmetalls, und die Verkennung, daß es auf die **Erträge** aus dem Tauschverkehr, einerlei in welcher Gestalt, ankommt, also der wahren, rein rechnungsmäßigen Natur des Geldes als Einkommensteile. Es ist auch nicht im mindesten einzusehen, weshalb durch gute Wechsel gedeckte Banknoten weniger reale Kaufkraft darstellen sollen als ein auf Grund eines Guthabens ausgestellter Scheck. Daß letzterer in der Regel schneller präsentiert werden wird, kann doch keinen prinzipiellen Unterschied ausmachen. Auch hier ist anderweitige Verfügung des Inhabers über das Guthaben und Unfähigkeit der Bank zur Auszahlung möglich. Außerdem ist die Sicherheit ja gar nicht das Entscheidende, sondern auf die Wirkungen auf die Preise kommt es an. Endlich liegt der ganzen Unterscheidung der Irrtum zugrunde, den wir schon beim allgemeinen Begriff des Geldes betont haben, daß man das Geld nicht sachlich definieren kann. So kann man auch der einzelnen Form der Zahlungsmittel ihre Wirkung auf die Preise nicht ansehen.

Auch v. **Schulze-Gaevernitz** („**Die deutsche Kreditbank**" im „Grundriß der Sozialökonomik", S. 48 ff.), der die Schrift v. Beckeraths mehrfach zitiert, verwendet die Unterscheidung realer und formaler Kaufkraft. Es würde zu weit führen, auf die in vieler Hinsicht sehr bemerkenswerten Ausführungen, denen nur die richtige theoretische Grundlage fehlt, hier näher einzugehen. Nur ein Satz sei zitiert. Verfasser schildert Fälle „formaler Kaufkraft", die „beim Diskont prolongationsbedürftiger Wechsel, bei dem Lombard nicht börsengängiger Effekten, beim Akzeptkredit, soweit er verfallende Akzepte ersetzt, vorkommen. Die Bank erweitert damit die Kaufkraft des Kreditnehmers über den Bestand an realen Gütern (!) hinaus. Der Kreditnehmer kann nun aus dem Gesamtvorrat (!) an Gütern eine größere Quote für sich heraus-

schöpfen, als er auf Grund eigener Kaufkraft vermöchte, die Quoten der anderen Wirtschaftssubjekte müssen entsprechend sinken, da die Menge der realen Güter eine gegebene (!) ist". Hier tritt die übliche quantitativ-materialistische Betrachtungsweise noch viel deutlicher hervor, und mit der Annahme eines statischen Zustandes der Volkswirtschaft, nach der „die Menge der realen Güter eine gegebene ist", verschließt sich der Verfasser jeder Einsicht in den wirklichen Organismus des Tauschverkehrs und seiner Erklärung. Aber ohne Zweifel liegen dem allen richtige Beobachtungen zugrunde, denen nur die Stütze durch eine realistische, nicht auf falschen Konstruktionen wie die Wertlehre und die Annahme eines statischen Zustandes aufgebaute Wirtschaftstheorie fehlt.

In diesem Zusammenhang sei hier nochmals auf die Ausführungen von Zwiedineck in dem Aufsatze „Die Einkommensgestaltung als Geldwertbestimmungsgrund" aufmerksam gemacht, der in diese Probleme verhältnismäßig am tiefsten eingedrungen ist, aber, wie alle Arbeiten, die außerhalb der gewöhnlichen theoretischen Schablone fallen, längst nicht genügend beachtet wurde. Bedauerlich ist nur, daß v. Zwiedineck zu viel umfassen will, nebensächliche Erscheinungen nicht genügend ausscheidet und von den Hauptursachen trennt, kurz, zu wenig systematisch-konstruktiv vorgeht. Hätte er seine richtigen Beobachtungen mehr nach rückwärts auf die allgemeinen Grundlagen der Wirtschaft hin verfolgt, so wäre er meiner Geld- und Wirtschaftstheorie schon längst näher gekommen, während er jetzt noch nach einem unfruchtbaren Eklektizismus strebt und die Bedeutung eines geschlossenen Systems zur Erklärung der elementaren Tauschvorgänge, die die erste Aufgabe ist, unterschätzt. Wie kann aber heute schon die ökonomische Theorie alle möglichen Nebenerscheinungen berücksichtigen, solange, wie wir gesehen haben, selbst die angesehensten Theoretiker sich noch nicht einmal darüber klar sind, daß durch das Geld alle Preise im Zusammenhang stehen. —

Der wichtigste Fall der Geldvermehrung wird immer die Banknotenausgabe sein. Erst neuestens fängt man an, zu erkennen, daß es dabei darauf ankommt, daß die durch die Notenausgabe vermehrte Kaufkraft aus einer im Tauschverkehr erzielten Einkommenssteigerung entstanden ist, oder ob sie eine künstlich geschaffene, rein zusätzliche Kaufkraft bedeutet. Insbesondere bei A. Lansburgh, „Die Kriegskostendeckung und ihre

Quellen", S. 62 ff., finden sich darüber, trotz seiner metallistischen Grundauffassung, einige zutreffende Bemerkungen und Erkenntnisse, während sein Gegner O. Heyn, der sich in einem Aufsatze „Zur Verteidigung der Chartaltheorie des Geldes" in den „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", 1916, Band 106, S. 776 ff., speziell gegen jene Schrift wendet, trotz seines „Chartalismus" in diesem Punkte durchaus irrige Vorstellungen vertritt, ein Beweis mehr, daß Chartalismus und Metallismus beides bloße Behauptungen bleiben, ohne Begründung durch eine richtige allgemeine Wirtschaftstheorie. O. Heyn sagt z. B. (a. a. O., S. 795) gegen die Behauptung von Lansburgh, daß die Banknotenausgabe im Gegensatz zur Deckung des Kriegsbedarfs durch Anleihen, die „Erzeugung einer zusätzlichen Kaufkraft" mittels „Herbeizauberung von Geld aus der vierten Dimension" sei: diese Kaufkraft sei doch nicht zusätzlich erzeugt, sondern „war schon vorher da", nur latent (?); sie wird jetzt erst ausgenutzt. Der Staat erhält die Noten nur dann, wenn er Schuldverschreibungen hinterlegt, die gleichwertig (?) sind. Er spannt seinen Kredit an, der längst vorhanden war, aber bisher in Reserve gehalten wurde; dieser wird ausgemünzt oder richtiger in bares Geld verwandelt, „mobilisiert". Das ist alles. Der Staat tut nichts anderes, als etwa der Grundbesitzer tut, wenn er in Zeiten der Not sein schuldenfrei gehaltenes oder wenig belastetes Grundstück durch Aufnahme einer Hypothek heranzieht, oder wenn er seinen noch nicht erschöpften Personalkredit voll ausnützt, indem er diese Vermögensteile in Geld verwandelt."

Was soll man dazu sagen, wenn einer der ersten Sachkenner auf dem Gebiet des Geldwesens, wie O. Heyn, der sich damit seit Jahrzehnten als Spezialist beschäftigt, derartige Ansichten vertritt. Sie müssen Widerspruch gegen den ganzen Nominalismus hervorrufen, wenn damit solche Gedanken verbunden werden. Dann ist in der Tat die Gefahr naheliegend, daß jede nominalistische Geldauffassung als dem „Inflationismus" Vorschub leistend angesehen wird, was gegenüber einer richtigen Geldlehre ganz unzutreffend ist. Es ist doch klar, daß ein Gutsbesitzer Kredit nur aufnehmen kann, wenn und in dem Maße als er ihn aus den Erträgen seiner Wirtschaft verzinsen und zurückzahlen kann. Und nur so weit erhält er auch Personalkredit. Der Staat aber bezieht die zur Erfüllung seiner Aufgaben nötigen Summen durch

Steuern aus den Erträgen und Einkommen der Einzelwirtschaften, und auch bei der Aufnahme von Anleihen ist das der Fall. Nur insoweit also seine Kaufkraft*) auf im Tauschverkehr entstandenen Erträgen beruht, ist sie normal und wird, von großen wirtschaftlichen Umstellungen im Kriege abgesehen, das bestehende Preis- und Einkommensystem nicht verändern. Wenn aber Papiergeld ausgegeben wird, ohne daß es alsbald durch Anleihen, die aus den wirtschaftlichen Erträgen im Tauschverkehr stammen, ersetzt wird, so wird in der Tat eine künstliche zusätzliche Kaufkraft geschaffen, welche das bisherige Preis- und Einkommensystem um so mehr in Unordnung bringt, je größer diese künstliche Kaufkraftsteigerung ist. Nur der Staat ist dazu in der Lage, und daher kann der sogenannte „unverzinsliche Kredit", den er sich durch Papiergeld verschafft, mit der Kreditinanspruchnahme einer privaten Erwerbswirtschaft nicht verglichen werden. Derartige falsche Anschauungen, die, wie man ohne weiteres erkennt, von der allergrößten Bedeutung für die praktische Geldpolitik sind, hätten vermieden werden können, wenn man dem Ertragsgedanken als dem regelnden Prinzip aller Wirtschaften und allen Tauschverkehrs in der Wirtschaftstheorie mehr Beachtung geschenkt hätte.

Im allgemeinen hat man sich die Preissteigerungen immer so vorgestellt, daß bei einer Geldvermehrung das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte immer mehr sinkt und die Verkäufer daher immer weniger dafür geben wollen. Selbst bei O. Heyn, einem der vorgeschrittensten Geldtheoretiker, finden sich dafür zahlreiche Belege. Auch in seiner neuesten Schrift: „Unser Geldwesen nach dem Kriege. Finanzwirtschaftliche Zeitfragen", Heft 28, S. 40, ist er sich über diesen Punkt noch durchaus im unklaren. Wenn er auch im Anschluß an meinen Aufsatz im „Bankarchiv" jetzt von der durch das Geld bewirkten Vermögensvermehrung spricht, meint er doch, meine Auffassung bleibe auf halbem Wege stehen und gehe nicht auf die letzte Ursache zurück. Diese bestehe in einem „Übermaß der Kreditgewährung". „Dabei ist es gleichgültig, ob das bei der Krediterteilung hingegebene Geld erst neu geschaffen, oder ob schon früher vorhandenes Geld dazu verwendet wird, und ob die Geldmenge sich infolge der Krediterteilung über das frühere Maß hinaus ver-

*) Hier, auf ein bestimmtes Wirtschaftssubjekt und sein Einkommen angewendet, ist der Ausdruck Kaufkraft, wie nochmals betont sei, unbedenklich.



mehrt oder nicht." Wann — so muß man demgegenüber fragen — tritt denn das Übermaß von Kreditgewährung ein? Das ist der entscheidende Punkt, über den Heyn gar nichts sagt. Er übersieht hier und an vielen anderen Stellen, daß die Kreditgewährung mit den Erträgen aus dem Tauschverkehr im Zusammenhang stehen muß.*) Heyn scheint den Kredit und so auch das Kreditgeld rein als eine persönliche Vertrauenssache gegenüber der Einzelwirtschaft und dem Staate als Schuldnern aufzufassen und übersieht die Quellen, aus denen er gewährt wird, und die, aus denen der Zins gezahlt wird und auf die hin er gewährt wird, d. h. in beiden Fällen die Erträge. Heyn glaubt (a. a. O., S. 41), daß „ein Übermaß der Kreditgewährung" ... bei wankendem Vertrauen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Inlands ... die Kurse der ausländischen Wechsel steigere, es entwickelt sich daneben ein Agio für Gold. Hierdurch veranlaßt, steigen auch die Preise der Exportgüter ..., ferner die Preise der Importartikel ... In weiterer Folge gehen dann noch die Preise der Surrogate von Export- und Importartikeln und die Preise der Grundstücke, auf denen sie gewonnen werden, in die Höhe. Das wirkt auf die Löhne und anderen Preise zurück. Eine allgemeine Entwertung des inländischen Geldes, die sich aus dem Steigen des durchschnittlichen Preisniveaus ergibt, ist die Folge." Hier tritt deutlich hervor, daß nach Heyn das größere oder geringere Vertrauen zu den staatlichen Zahlungsmitteln und zur Solidität aller Schuldner die Ursache der Preisveränderungen sein soll, er hat also keine Vorstellung davon, daß die Erträge, die Einkommen die Güter kaufen und die Preise nur durch Einkommensverschiebungen verändert werden können; mit einem Worte, es fehlt eben die Grundlage einer richtigen allgemeinen Wirtschaftstheorie.

Übrigens sei erwähnt, daß bei Heyn in einigen seiner Schriften sich auch richtigere Ansichten finden, besonders über die Funktion des Geldes als „Wertmaß" in dem Aufsatz: „Der Kursrückgang der deutschen Wechsel keine Folge einer Entwertung des deutschen Geldes", „Jahrbücher für Nationalökonomie", Band 106, S. 376 ff. Zutreffend sind hier die allgemeinen Erörterungen

*) Das ist von mir in dem Aufsatze „Theorie des Sparens und der Kapitalbildung" scharf formuliert worden, dessen wirklicher Inhalt aber, wie mir scheint, noch von den wenigsten richtig verstanden wurde, weil er wohl zuviel voraussetzt.

über Geldentwertung, die Betonung, daß der Tauschwert des Geldes nicht allen Gütern gegenüber gefallen ist, z. B. nicht gegenüber Effekten, daß der Gedanke des „Preisniveaus“, der „durchschnittlichen Entwertung des Geldes“ ohne Bedeutung ist,*) kurz, die Erkenntnis des individuellen Charakters des Geldwerts. Aber es fehlen Ausführungen darüber, wodurch bei Vermehrung der Geldmenge Preiserhöhungen entstehen (s. unten), und es fehlt auch die klare Unterscheidung von Geld als realen Zahlungsmitteln und Geld als abstrakter Rechnungseinheit, die eben nur mit einer allgemeinen psychischen Wirtschaftstheorie zu gewinnen war. Vor allem aber fehlt die Preistheorie, ohne die es eben keine Geldtheorie gibt. Auch Heyn ist nur Geldtheoretiker, und seine „Werttheorie“ ist nie zur Erklärung des Preises gelangt. Auf seine mehrfache Polemik gegen mich wegen meiner Ablehnung des Wertbegriffs, den man doch „im wirtschaftlichen Leben vorfinde“, brauche ich daher nicht einzugehen, denn Heyn hat mit seinem Wertbegriff niemals auch nur den Versuch gemacht, den Preis zu erklären. Wegen seiner Unklarheit über die allgemeinsten Grundlagen finden sich übrigens in den verschiedenen Schriften dieses reinen Geldtheoretikers, der aber sicherlich, mit Bendixen, bisher am tiefsten in das Wesen des Geldes eingedrungen war, mancherlei Widersprüche. Die zahlreichen Polemiken zwischen Heyn und Bendixen sind fast ausschließlich auf diese mangelnde theoretische Grundlage auf beiden Seiten zurückzuführen, sie lösen sich vom Standpunkt meines theoretischen Systems in vielen Fällen um einen Streit um Worte oder um nebensächliche Momente auf.

Wenn nun auch in neuerer Zeit einige Nationalökonomen von künstlicher Vermehrung der Kaufkraft durch Papiergeldausgabe sprechen, so hindert doch die „volkswirtschaftliche Betrachtungsweise“, die immer an die ganze in der Volkswirtschaft verfügbare Geldmenge denkt und die damit zusammenhängende materialistische Auffassung aller wirtschaftlichen Vorgänge, an einer klaren Erkenntnis des Hergangs der Preissteigerungen. Es ist das wohl eine richtige Beobachtung, aber es ist noch nicht im geringsten eine theoretische Begründung des Zusammenhangs. Von Kaufkraft und Kaufkraftsteigerung bzw. -verminderung des Geldes, statt einzelner Wirtschaften, zu sprechen, wie es regelmäßig geschieht, legt noch

*) Siehe aber das obige Zitat aus seinem späteren Aufsatz.

immer einen naturwissenschaftlichen, quantitativen Zusammenhang nahe. Denn die Kraft eines Objektes ist etwas Naturwissenschaftliches, und die bisherige Theorie betrachtet ja nur die Geldobjekte und spricht von ihrer Kaufkraft wie von einer naturwissenschaftlichen Erscheinung. Zur Erklärung der Vorgänge der Preissteigerungen kommt man nur in Verbindung mit einer richtigen Preis- und Einkommenslehre, welche den engen Zusammenhang zwischen Geld, Preis und Einkommen klar in Erscheinung treten läßt. Vor allem aber ist die grundlegende Beobachtung erforderlich, daß nicht die Geldmenge, die staatlichen Zahlungsmittel, sondern daß die Einkommen die Güter kaufen, die nicht Geldmengen, sondern in einer abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückte, nur verrechnete Summen sind, die die Grundlage der Nutzen- und Kostenvergleichungen der Einzelwirtschaften bilden. Diese allgemeine Rechnungseinheit hat keine „Kaufkraft", aber alle Kosten werden nach den individuellen, in ihr ausgedrückten Einkommen geschätzt.

Wenn man diesen ganzen Mechanismus des Tauschverkehrs erst einmal klar erkannt hat — in der bisherigen Wirtschaftstheorie fehlt dafür geradezu alles, die Geld-, die Preis- und die Einkommenslehre —, dann ist auch nicht schwer einzusehen, daß jede Geldvermehrung nicht automatisch und proportional auf die Preise wirken kann, sondern daß sie nur durch die Einkommen wirkt und daher auf die einzelnen Preise höchst verschieden. Sie bewirkt zunächst beim Staat eine künstliche Einkommenssteigerung, die nicht durch Erwerbstätigkeit oder, wie bei Steuern und Anleihen, aus den Erträgen der privaten Erwerbswirtschaften erzielt ist, sondern als zusätzlich zu seinen Erträgen hinzutritt. Mit dem damit hervortretenden Bedarf steigert sie zunächst die Preise der betreffenden Güter und Leistungen, bringt schließlich aber das ganze bisherige Preis- und Einkommenssystem ins Wanken.

Also nur auf die Einkommen und ihre plötzliche künstliche Vermehrung, nicht aber auf die Menge der Zahlungsmittel kommt es an. Dieselbe Vermehrung der Zahlungsmittel braucht nicht im geringsten Preisveränderungen herbeizuführen, wenn sie nämlich nicht zusätzliche Einkommen künstlich schafft, sondern nur ein Ausdruck einer aus dem Tauschverkehr selbst hervorgegangenen Steigerung der Erträge und Einkommen ist. Andererseits können, wie gesagt, auch durch Einkommensverschiebungen Preisveränderungen sich vollziehen, ohne daß die Geldmenge vermehrt wird.

Die Wirkung einer Geldvermehrung auf die Preise ergibt sich also nicht schon aus der bloßen Betrachtung ihres Umfangs, wie die Quantitätstheorie meint, die immer an irgendeine Proportionalität dabei glaubt, sondern es müssen die Umstände berücksichtigt werden, aus denen sie erfolgt. Man kann allgemein sagen, daß die Geldvermehrung um so weniger bedenklich ist, je direkter sie mit einer Erweiterung des Tauschverkehrs und mit Erträgen aus ihm in Beziehung steht. Deswegen ist wohl am unbedenklichsten die Vermehrung der Banknotenausgabe — Metallgeldvermehrung kommt kaum praktisch bei dieser Frage in Betracht —, die auf Grund eingereichter Warenwechsel erfolgt. Diese wird deshalb von Bendixen, aber wohl etwas einseitig, als die „klassische" Art der Geldschöpfung bezeichnet. Auch solche neuen Noten bedeuten natürlich vermehrte Kaufkraft, aber — und darauf kommt es an — sie beruht auf Erträgen aus dem Tauschverkehr, auf Forderungsrechten aus tauschwirtschaftlichen Leistungen, mit denen man in der Tat neue Güter kaufen kann. Die neuen Noten sind also höchstens insofern künstlich geschaffenes Einkommen, als sie den Gläubigern, welche die Wechsel diskontieren lassen und Banknoten erhalten, ihr Einkommen früher zuführen, als sie es ohne diese Kreditinanspruchnahme erhalten hätten. Daher die Aufgabe der Notenbank, dafür zu sorgen, daß solche Kreditinanspruchnahme keinen zu großen Umfang annimmt. Aber diese Verfrühung der Einkommenserzielung ist um so unbedenklicher, als ja für die Kreditinanspruchnahme auch ein Zins, eben der Diskont, gezahlt wird und damit die Gewißheit besteht, daß auch sie nur auf Grund späterer Erträge, also auf Grund irgendeiner tauschwirtschaftlichen Funktion erfolgt.

Von allen diesen Zusammenhängen hat man bisher infolge falscher theoretischer Grundanschauungen nur eine sehr unklare Vorstellung gehabt. Die Ansicht, daß die Schaffung von Geld mit den Umsätzen im Verhältnis stehen müsse, die insbesondere von Bendixen, einem Praktiker, richtig erkannt, aber nicht theoretisch begründet wurde,*) hängt also aufs engste mit der

---

*) Die Berufung Bendixens auf Knapps staatliche Theorie des Geldes ist natürlich durchaus verfehlt und im Rahmen seiner Anschauungen überhaupt unverständlich. In diesem Punkte ist Diehls Polemik zutreffend, nur ist seine Begründung mit den Dogmen des Metallismus vollkommen abwegig.

Tatsache zusammen, daß eben die Erträge, die Einkommen es sind, die die Güter kaufen. C. Diehl kritisiert neuestens in einem Aufsatze im „Bankarchiv" vom 1. Oktober 1916 die Ansicht Bendixens, daß die auf Warenwechsel auszugebenden Banknoten die „klassische Geldschöpfung" seien. Er meint: „Wie aber, wenn der Käufer seine Wechselschuld an die Reichsbank nicht aus den für die Waren einkassierten Geldern bezahlen kann, weil er die Waren nicht verkaufen konnte? Hier muß ganz unabhängig vom Warenumsatz sein Vermögen bzw. das der übrigen als zahlungsfähig bekannten Firmen und Personen die Garantie bieten, daß die Noten wirklich „so gut wie Geld" in Zahlung genommen werden." Gewiß haftet auch das Vermögen, aber wenn der Käufer wirklich einen Posten Ware, für den er eine Wechselschuld auf sich genommen hatte, nicht verkaufen konnte, so rechnet er doch auf Erträge aus seiner gesamten sonstigen Wirtschaftstätigkeit. Wenn es aber selbst vorkommt, daß sich die Kaufleute hierbei verrechnen und alle aus dem Wechsel Verpflichteten für ihn einstehen müssen, so ist das doch kein Argument gegen die Behauptung, daß nur eine auf Grund vermehrter Erträge aus dem Tauschverkehr erfolgende Banknotenvermehrung unschädlich für die Preisbildung ist. Das muß jeder, der sich nicht auf falsche ökonomische Theorien festgelegt hat, auf Grund unserer Ausführungen einsehen und eingestehen. Diehl hat eben selber auch gar keine Vorstellung davon, *wodurch* die Banknotenausgabe auf die Preise wirkt.

Allerdings hat auch Bendixen nicht seine richtige Beobachtung theoretisch auf das Wesen des Geldes begründet, er hat nicht erkannt, daß die Banknotenausgabe auf Warenwechsel deswegen nicht die Preise verändert, weil *die Erträge* aus dem Tauschverkehr, die Einkommen und dadurch wieder Preise werden, es eigentlich sind, die die Güter kaufen. Die in der abstrakten Rechnungseinheit ausgedrückten *Erträge* sind es, die „zirkulieren", sie entstehen aus Preisen, werden Einkommen und dann wieder Preise usw. Sie sind das eigentliche Geld, durch welches die Umsätze herbeigeführt werden. Es kommen natürlich auch die Umsätze in Betracht, die aus dem *Vermögen*, aus dem Geldkapital gemacht werden, aber sie werden in noch höherem Grade als jene, die aus dem Einkommen gemacht werden, nur verrechnet, und sie stehen durch das „Sparen", die Kapitalbildung mit den

Einkommen werdenden Gelderträgen in engem Zusammenhang. An diese Umsätze des Tauschverkehrs muß sich in der auf dem Ertragsstreben beruhenden Wirtschaftsordnung auch das Geld anschließen. Dahin geht auch die ganze Entwicklung des Geldwesens. Das kann freilich weder mit der staatlichen Theorie, die von dieser Erkenntnis am weitesten entfernt ist, noch mit dem Metallismus erkannt werden.

3. Ergebnisse über die Gründe der Preisveränderungen

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die allgemeine Theorie der Preisveränderungen zu entwickeln, die selbstverständlich noch in den allerersten Anfängen steht, solange es an einer wirklichen Erklärung der Entstehung des Preises und der Grundlagen der Preisbildung überhaupt noch fehlt. Die Theorie der Preisveränderungen wird die Hauptaufgabe der ökonomischen Wissenschaft in den nächsten Jahrzehnten sein. Hier haben wir es nur mit den Einflüssen der Geldvermehrung auf die Preise zu tun. Nur so viel sei über jene allgemeine Frage gesagt, daß natürlich auch ohne Veränderung der Geldmengen Einkommensverschiebungen zu Preisveränderungen führen können. Alle stärkeren Einkommensverschiebungen müssen zur Veränderung mancher Preise führen, und zwar um so mehr, je mehr durch die Einkommensverschiebung auch die Kapitalbildung verschoben wird. Das ist eben bei der Kriegsnachfrage des Staates in großem Umfang der Fall. Die Anleihen, die er aufnimmt, sind zu einem erheblichen Teil Konsumtivkredite und, wie bekannt, absorbiert er mit ihnen gerade die Summen, die sonst von den Einzelwirtschaften zur Kapitalbildung verwendet worden wären. Anders hätten wir die mehr als 20 Milliarden Mark Kriegsanleihen jährlich gar nicht aufbringen können. Bei dem Umfange der heutigen Kriegskosten handelt es sich also nicht nur um Einkommensverschiebungen, sondern sie greifen auch in den Reproduktionsprozeß des Kapitals weitgehend ein, was sich natürlich mit der längeren Dauer des Krieges immer mehr bemerkbar macht.

Unter allen Umständen muß die große Umwälzung in den Bedürfnissen und damit in der Aufwendung von Kosten, die die Kriegswirtschaft mit sich bringt, zu Einkommensverschiebungen



und zur Veränderung vieler Preise führen, keineswegs nur der Preise für Kriegsmaterial im weitesten Sinne, alles dessen, was der Staat gebraucht, sondern durch die veränderten Einkommen auch der Preise vieler anderen Güter. Auch wenn die ganzen Kriegskosten sofort durch Anleihen aufgebracht und die Notenbank und Notenpresse gar nicht benutzt werden, können natürlich viele Preise Veränderungen erleiden, um so mehr, je größer die Einkommensverschiebungen sind, je mehr der Staat, um sein Kriegsmaterial zu erhalten, hohe Preise bewilligen muß. Aber diese verteilen sich doch, namentlich durch die Aktiengesellschaften, als Erträge auf sehr viele Personen, und wenn diese nur entsprechend ihrem gestiegenen Einkommen Kriegsanleihen zeichnen, ist die Gefahr nicht so groß, daß die Preisumwälzungen sich nicht auf das Kriegsmaterial beschränken, sondern die große Mehrzahl aller Preise ergreifen. Denn wenn die Kriegsausgaben aus Anleihen stammen, ist anzunehmen, daß dadurch allein — also von Knappheit in wichtigen Lebensmitteln abgesehen — die Lebenshaltung sich im großen und ganzen noch nicht viel verändert. Es gehen nur mehr Güter durch die Hände des Staates als vorher.

Allerdings ist der Umfang, in dem heute ein länger dauernder Krieg Rohstoffe aller Art für Kriegszwecke in Anspruch nimmt, eine Erscheinung, die, selbst wenn die Zufuhr aus dem Auslande offen steht, doch dahin wirken wird, die allgemeine Lebenshaltung zu beeinflussen. Bei uns ist das natürlich noch viel mehr der Fall. Hier ist vielleicht das beste Beispiel der gewaltige Umfang der Verwendung von Fett und Zucker für die Munitionsherstellung (Glyzerin), die sogar in dem letzteren Artikel, an dem wir vor dem Kriege Überfluß hatten, zu einem Mangel führte. Je mehr so durch die Kriegsbedürfnisse des Staates allgemeine Genußgüter betroffen werden und die Lebenshaltung sich verändert, um so mehr kommt auch ohne Geldvermehrung, allein durch Einkommensverschiebungen, das ganze bisherige Preis- und Einkommensystem ins Wanken.

Man erkennt aus dem Gesagten schon, welch außerordentlich große Bedeutung für den ganzen tauschwirtschaftlichen Organismus die Frage hat, ob Kriegskosten durch Anleihen oder durch Steuern aufgebracht werden sollen, mit andern Worten die Notwendigkeit, alle Kriegsgewinne möglichst zu verhindern, wenn sie aber entstanden sind, sie durch Besteuerung möglichst

schnell und vollkommen wieder wegzunehmen, um dadurch starke Einkommen- und Preisschwankungen möglichst zu vermeiden. Davon hatte, eben mangels einer richtigen Preistheorie, die bisherige finanzwissenschaftliche Literatur, die sich mit der Frage: Kriegssteuern oder Kriegsanleihen beschäftigte, freilich keine klare Vorstellung.

Doch kehren wir zu unserem Thema zurück, der Frage nach dem Einfluß einer Geldvermehrung auf die Preise. An und für sich bedeutet jede, auch die kleinste Papiergeldausgabe und in gewissem Umfange auch jede Ausgabe unterwertiger Scheidemünzen eine künstlich gesteigerte Kaufkraft des Ausgebers, also in der Regel des Staates oder der Notenbank, gesteigerte Kaufkraft, die nicht aus dem Tauschverkehr, aus Erträgen einer Erwerbstätigkeit, einer tauschwirtschaftlichen Funktion stammt. Diese gesteigerte Kaufkraft muß, je größer sie ist, um so mehr das bisherige Preis- und Einkommensystem beeinflussen, zu Preisveränderungen führen, welche ihrerseits neue Preis- und Einkommensveränderungen im Gefolge haben. Hier liegt der Grund, weshalb man aus bösen Erfahrungen heraus Geldvermehrungen so fürchtet, ohne daß man sich mangels einer richtigen Preis- und Einkommenstheorie über den wirklichen Zusammenhang ganz klar war.

Aber man muß erkennen, daß die verschiedenen Arten, in denen eine Geldvermehrung möglich ist, sehr verschieden wirken. Und zwar kann man sagen, sind ihre Wirkungen um so weniger gefährlich, je mehr die Geldvermehrung an den Tauschverkehr anknüpft, im Anschluß an ihn erfolgt und durch ihn begründet ist. Man kann auch sagen, eine Geldvermehrung ist um so weniger gefährlich, 1. je mehr sie nur dazu dient, wirkliche im Tauschverkehr entstandene Erträge zu realisieren, 2. je mehr dafür gesorgt ist, daß die Geldvermehrung nur eine vorübergehende ist, sich zeitweilig erhöhten Umsätzen anpaßt und dann unter Umständen von selbst sich zurückschraubt.

Dieses ist am meisten der Fall bei der Banknotenausgabe auf Grund solider Warenwechsel. Hier werden beim Diskontgeschäft zu erwartende Erträge aus dem regulären Tauschverkehr nur für eine relativ kurze Frist vorausgenommen. An sich ist es natürlich auch hier nicht unbedenklich, daß Erträge ihren Ausdruck finden in einer Vermehrung der Zahlungsmittel. Denn Gelderträge sind etwas Flüchtiges, sollen alsbald wieder in neue

Güter umgesetzt werden. Durch Notenausgabe dafür werden sie aber in gewisser Hinsicht in der Geldform perpetuiert. Man braucht sich nur das auf alle Erträge im Tauschverkehr ausgedehnt zu denken, um sich klarzumachen, was dieser Vorgang an sich bedeutet. Aber gerade bei der Banknotenausgabe auf Warenwechsel sind Kautelen gegeben, welche diese Gefahren hier vermindern. Der Abzug eines Diskonts bewirkt, daß in der Regel die Geldbeschaffung nur auf Grund wirklich zu erwartender Erträge, und zwar solcher, die über den Diskont hinausgehen, benutzt werden wird.

Verstärkte Edelmetalldeckung der Noten bedeutet unter den heutigen Verhältnissen nur vorausgehende günstige Einkaufsgelegenheit des Auslandes im Inlande, niedrige inländische Preise, welche es vorteilhaft erscheinen ließen, im Inlande mit Gold zu zahlen bzw. welche der Notenbank den Ankauf von Gold ermöglichten. Vergrößerter Wechselbestand bedeutet größere Aktivität im inländischen Verkehr, oft bekanntlich auch nur eine ganz vorübergehende Steigerung der Umsätze, wie regelmäßig an den Quartalsterminen.

Wenn diese Steigerung des Zahlungsmittelbedarfs an den Quartalsterminen, der ja die Gesetzgebung durch Erhöhung der steuerfreien Notensummen an diesen Terminen Rechnung getragen hat, auch durch eine dem vermehrten Einzug von Wechseln entsprechende Steigerung der Notenausgabe in der zweckmäßigsten Weise befriedigt werden kann, so sind diese Schwankungen doch im Interesse der Stetigkeit des Wirtschaftslebens und der Geldverhältnisse nicht erwünscht. Denn es ist zweckmäßig, wenn sich die Einkommenserzielung möglichst gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt. Ganz ist das freilich wegen der großen Abhängigkeit auch der modernen Wirtschaft von den Naturbedingungen nicht zu erreichen, aber der Staat sollte doch mehr, als es bisher geschehen ist, dafür sorgen, daß eine zu große Anhäufung von Zahlungsverpflichtungen an den Quartalsterminen vermieden werde. Daher wären gewisse Änderungen der Kündigungsbestimmungen erwünscht, welche eine Beendigung des Dienstverhältnisses nur an den Quartalsterminen gestatten. Viele derartige Bestimmungen sollten unabhängiger vom Monats- oder Quartalsanfang bzw. -ende sein. Auch müßte der Staat mehr dafür sorgen, daß die Zinszahlungen öffentlicher Körperschaften sich besser als bisher

über das ganze Jahr verteilen und nicht gewisse Termine zu ausschließlich bevorzugen.

Da jede Geldvermehrung, die nicht aus dem Tauschverkehr selbst heraus erfolgt, erhöhte Kaufkraft bedeutet, ist es auch nicht richtig, wenn Geheimrat **Huber** im „Bankarchiv" 15. Mai 1916 meint: „Eine Vermehrung der Geldmittel, welche durch eine Störung in der Ausnutzungsmöglichkeit des vorhandenen Geldbestandes notwendig wird, kann die Zahl und Art der stattfindenden Wertübertragungen völlig unbeeinflußt lassen." Eine erhöhte Kaufkraft, Vermehrung oder doch zum mindesten Vergrößerung der Umsätze, die einer Vermehrung gleichkommt, ist immer vorhanden. Nur kann sie natürlich so unbedeutend sein, daß sie das gesamte Preissystem nicht merkbar zu beeinflussen vermag. Aber wie gesagt, es kommt darauf an, von wem die Geldvermehrung ausgeht. In normalen Zeiten kommt dafür nur der Staat bzw. die Notenbank in Betracht. Huber denkt aber bei seinen Ausführungen offenbar an die privaten Geldersatzmittel, welche zu Beginn des Krieges in den meisten Ländern teils von Anstalten, Sparkassen u. dgl., teils auch von Privatpersonen ausgegeben wurden, um einem wirklichen Mangel an barem Gelde abzuhelfen. Doch bedeuten auch diese Fälle immer ein Kreditgeld, die Tatsache, daß viele Zahlungsmittel, die im Tauschverkehr weiter zirkulieren, unter Benutzung des Kredits ausgegeben werden. Ein Fabrikant, der seine Forderungen nicht hereinbekommen kann, sei es auch nur ein Bankguthaben nicht realisieren kann, gibt Gutscheine aus zu Lohnzahlungen, eine Sparkasse, deren Schuldner, vielleicht nur aus Mangel an realen Zahlungsmitteln, nicht zahlen können, zahlt zurückgezogene Guthaben in Gutscheinen aus. Es ist nicht so sehr die Vermehrung der Zahlungsmittel an sich, wie die Quantitätstheorie glaubt, als vielmehr der Einfluß auf die Einkommensgestaltung, der in allen diesen Fällen berücksichtigt werden muß. Da erkennt man, daß er allerdings nur gering sein kann; aber wenn er auch nicht statistisch feststellbar ist, ganz zu leugnen ist er nicht. Der Einleger, der sein Sparkassenguthaben abhebt, verwendet es zu Einkäufen, legt sich vielleicht Vorräte hin und beginnt damit die spätere Warenknappheit vorzubereiten. Der Händler, von dem er kaufte, macht weitere Warenbestellungen beim Fabrikanten und trägt so weithin zu gesteigerten Umsätzen und Einkommen bei.

*

Sobald sich eine bestimmte Rechnungseinheit einmal eingelebt hat, brauchen die papiernen Zahlungsmittel, wenn nur ihre Menge nicht willkürlich vermehrt wird, an sich gar nicht gedeckt zu werden. Denn sie bekommen ihre „Kaufkraft" doch nicht von ihrer Deckung. Aber dennoch ist es natürlich zweckmäßig, sie in irgendeiner Weise zu decken, da der Staat doch immer mit der Möglichkeit rechnen muß, daß in politischen und wirtschaftlichen Krisen das Vertrauen in die allgemeine Zirkulationsfähigkeit und überhaupt das Vertrauen in die Rechnungseinheit verloren geht. Aber wenn nur der Staat auch in solchen kritischen Zeiten die Benutzung der Notenpresse, um sich neue Kaufkraft zu schaffen, unterläßt, ist eine Deckung durch solide Warenwechsel völlig ausreichend. Sie hat den Vorteil, das Geldwesen direkt mit den Bedürfnissen des Tauschverkehrs nach Zahlungsmitteln zu verbinden. Wenn sehr viele Wechsel umlaufen, die Aktivität der Erwerbswirtschaften groß ist, wird auch im Kleinverkehr der Bedarf nach realen Zahlungsmitteln groß sein, und daher ist eine entsprechende Vermehrung der Banknotenausgabe in solchen Zeiten das beste Mittel, das Geldwesen dem wechselnden Bedarf nach realen Zahlungsmitteln anzupassen. Daher sind auch kleine Noten, aber doch wohl nicht unter 10 M., zweckmäßig; daneben selbstverständlich eine genügende Reserve an kleinsten Scheidemünzen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß es jedenfalls durchaus verkehrt ist, wenn zur Rechtfertigung der Ausgabe von zirka 2 Milliarden Mark papierner Zahlungsmittel gleich in den ersten Wochen des Krieges immer, auch in der Denkschrift der Reichsbank, angeführt wird, der Bedarf an Zahlungsmitteln sei so stark gewachsen infolge der großen Summen baren Geldes, die die Soldaten mit ins Feld nahmen, infolge Eindringens unseres Geldes in die besetzten Gebiete in Belgien und Polen,*) infolge Einschränkung des Wechselverkehrs u. dgl., sowie infolge von Geldanhäufung bei zahlreichen Privaten. Diese Tatsachen alle zugegeben, so ist doch auch hier wieder die „volkswirtschaftliche" und quantitative Betrachtungsweise, die einfach die Geldmenge der ganzen Volkswirtschaft berücksichtigt, unzulässig, wenn es sich um die Frage der Wirkungen auf die Preise handelt. Hier kann nur die auf die Einkommensgestaltung zurückgehende indi-

*) Der Bedarf an Zahlungsmitteln dafür wird auf 1½ Milliarden Mark geschätzt.

vidualistische Betrachtungsweise klare Erkenntnis herbeiführen. Denn nicht auf den Ersatz einer durch verminderte Umlaufsgeschwindigkeit verkleinerten Geldmenge in der ganzen Volkswirtschaft kommt es an, sondern darauf, ob durch die Papiergeldausgabe künstlich neue Kaufkraft, neue Einkommen geschaffen werden, die nicht aus dem Tauschverkehr entstanden sind. Die wird aber durch die plötzliche Vermehrung der Banknoten oder sonstigen Papiergeldes geschaffen, ganz gleichgültig, ob die Vorschriften über Edelmetalldeckung noch gewahrt sind, ganz gleichgültig auch, ob irgendwo reale Zahlungsmittel aus dem Verkehr verschwunden sind. Sie führt zu Kaufkraft-, Einkommensverschiebungen, die auf die Preise wirken. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt, der auch bei der Vermehrung unserer Zahlungsmittel zu Beginn des Krieges zu berücksichtigen gewesen wäre.

Das System der Befriedigung eines wechselnden Zahlungsmittelbedarfs und der Anpassung der Zahlungsmittel an ihn durch Banknotenausgabe auf Grund von Warenwechseln ist zweifellos, nächst den reinen Abrechnungsmethoden, am meisten einer richtigen Erfassung des Geldes entsprechend. Natürlich muß dafür gesorgt sein, daß nur auf Grund solider Warenwechsel, also auf Grund wirklich zu erwartender Erträge Banknoten ausgegeben werden, und eine Kreditüberspannung muß durch sorgfältige Überwachung der Qualität der Wechsel und durch die Diskontpolitik verhindert werden. Staatliche Leitung der Notenbank ist dafür nicht erforderlich, Zentralisierung der Notenausgabe aber, schon einer einheitlichen Diskontpolitik wegen, jedenfalls erwünscht. Wenn entsprechend einem Rückgang der Geschäfte und Umsätze ein Rückfluß der Banknoten stattfindet, kann von einer „Inflation" nie die Rede sein, und zwar ist es ganz gleichgültig, inwieweit die Banknoten durch Edelmetall oder durch solche Wechsel gedeckt sind.

Aus alledem ergibt sich wieder, daß das Entscheidende für eine Einwirkung auf die Preise von der Geldseite her nicht die Geldmenge, sondern die Einkommen und die Ursachen ihrer Veränderungen sind. Wenn es auf die Geldmenge ankäme, wie die Quantitätstheorie und alle bisherigen Geldtheorien behaupten, die nur die realen Zahlungsmittel betrachten, würde die Elastizität des Faktors Umlaufsgeschwindigkeit, vor allem aber die Elastizität der privaten Abrechnungsmethoden genügen, eine Vermehrung

jener, wenn sie nicht ganz ungeheure Dimensionen annimmt, zu kompensieren, so daß sie keinen Einfluß auf die Preisbildung haben könnte. Nur dadurch, daß und wenn die Geldvermehrung künstlich geschaffene, nicht aus dem Tauschverkehr entstandene neue Einkommen bedeutet, wirkt sie preissteigernd. Daher ist es vollkommen irreführend und zwecklos, als Beispiel für die Einwirkung der Geldvermehrung auf die Preise anzunehmen, daß plötzlich jedermann doppelt soviel Geld in der Tasche habe wie vorher, und gar noch zu behaupten, daß dies durch Vermehrung der Goldproduktion verwirklicht sei. Vielmehr ist der einzige praktisch vorkommende und überhaupt für die Untersuchung der Beeinflussung der Preise durch Vermehrung der Geldmenge in Betracht kommende Fall die plötzliche starke Banknoten- oder Papiergeldvermehrung. In allen anderen Fällen ist eine überhaupt nur denkbare Veränderung der Preise durch Veränderungen von der Geldseite her völlig ausgeschlossen. Denn selbst der größte Zuwachs im Goldbestand eines Landes spielt doch eine ganz verschwindende Rolle im Vergleich mit den gesamten jährlichen Umsätzen und wird allein schon durch die jährlichen Schwankungen in der Banknotenzirkulation weit übertroffen, von den sonstigen Umsatzmitteln gar nicht zu reden.

Die oft gehörte, von Sombart, J. Fisher, Gide, Ashley, Diehl und vielen anderen vertretene Behauptung, daß die Steigerung der Goldproduktion vor dem Kriege die ausschließliche Ursache oder doch eine der Ursachen der Teuerung gewesen sei, ist daher durchaus abzulehnen. Von der Geldseite her ist eine Einwirkung auf die Preise nur durch plötzliche starke Vermehrung papierner Zahlungsmittel möglich. Wir können also im Gegensatz zu Sombart, Fisher u. a. mit Sicherheit behaupten, daß die Steigerung der Goldproduktion seit Beginn dieses Jahrhunderts einen Einfluß auf die Preisbildung weder in Deutschland noch sonst irgendwo, selbst nicht in den Goldproduktionsstaaten, ausgeübt haben kann.*) Alle dahin gehenden Behauptungen beruhen

*) In den Goldproduktionsländern nur indirekt dadurch, daß durch vermehrten Goldabsatz die Einkommen stark gestiegen sind, also Preissteigerung durch das Gold als Ware, nicht durch Vermehrung der Geldmenge, die dabei auch gar nicht eingetreten zu sein braucht. Das ganze Gold kann ins Ausland geflossen sein, hat im Inlande vermehrten Reichtum geschaffen, natürlich auch den Import erhöht, aber auch im Inlande vermehrte Nachfrage verursacht, alles möglicherweise ohne Vermehrung der realen Geldmenge.

auf unklaren und falschen theoretischen Grundanschauungen. Fisher hat diese Irrtümer wenigstens klar ausgesprochen, geteilt aber haben sie alle; vorher überwog nur die Unklarheit. Es ist Fishers Verdienst, falsche theoretische Grundlagen durch sorgfältige Ausarbeitung des Details ins Extrem getrieben und dadurch für jeden Unvoreingenommenen ihre Unrichtigkeit klar herausgestellt zu haben.

Also auch wenn der Staat seine Zahlungsmittel vermehrt, erfolgt — das kann nicht scharf genug betont werden — die Wirkung auf die Preise nicht eigentlich durch das Geld, sondern auch nur durch die Waren, d. h. von der Nachfrageseite her, indem höhere Einkommen stärkere Nachfrage bedingen und die Preise vieler Güter in die Höhe treiben. Und das kann auch nicht anders sein, denn das Geld ist nur ein ganz indifferenter Vermittler zwischen den Bedürfnissen und den letzten Kosten, die nicht Geld, sondern Arbeitsmühe und Opfer an anderen Gütern sind. Alle Veränderungen im Tauschverkehr können nur durch Veränderungen der grundlegenden Faktoren Bedürfnisse oder Nutzen und Kosten erfolgen. Das kann man freilich nur erkennen und konsequent erklären mit der psychischen Wirtschaftstheorie, welche Nutzen und Kosten als psychische Vorgänge zu ihren Grundbegriffen macht. Die quantitativ-materialistische Wirtschaftsauffassung muß, konsequent durchgeführt, zu den unwirklichen Konstruktionen führen, wie Fisher sie uns vorgeführt hat.

Daher führt auch eine Verminderung der Geldmenge nicht an sich und automatisch eine Verminderung der Preise herbei, wie die bisherige Theorie glaubt. Sondern im Gegenteil, mit zunehmender Bevölkerung und Steigerung des Reichtums tritt in der Regel*) auch hier eine Steigerung vieler Preise ein. Geht die Geldmenge zurück, wie in den neunziger Jahren in Italien, wo die silberne Scheidemünze exportiert wurde, oder vermehrt sie sich nicht entsprechend der Bevölkerung, so wirkt das doch nicht preisvermindernd. Die Rechnungseinheit bleibt dieselbe, eventuell hilft sich der Verkehr mit privaten Zahlungsmitteln, wie 1907 mit den Clearinghouse certificates in den Vereinigten Staaten oder mit den Gutscheinen überall zu Be-

*) Außer vielleicht in ganz jung besiedelten Ländern, wo das Gesetz vom abnehmenden Ertrag noch keine Rolle spielt. Darüber fehlen Beobachtungen.



ginn des Krieges. Von einer Preisverminderung infolge geringerer staatlicher Zahlungsmittel habe ich weder in den neunziger Jahren in Italien noch 1907 in den Vereinigten Staaten etwas beobachten können.*)

Die Ursachen der Teuerung vor dem Kriege liegen, um darauf noch mit ein paar Worten einzugehen, ausschließlich auf der Warenseite, d. h. in den Verhältnissen von Angebot und Nachfrage, in der Zunahme der Bedürfnisse und in Veränderungen der Kosten, der Zunahme mancher, dem Sinken anderer. Was die Steigerung der Bedürfnisse betrifft, so ist auch sie nicht nur quantitativ zu verstehen: größere Nachfrage nach Gütern etwa infolge Bevölkerungsvermehrung, sondern außerdem auch als Steigerung der Lebensansprüche. Sie konnte befriedigt werden durch intensivere Arbeit, bessere Organisation der Arbeit und technische und wissenschaftliche Fortschritte. Naturgemäß ist eine Steigerung der Bedarfsbefriedigung bei gleichzeitigem Steigen vieler Preise nur möglich, wenn die Einkommen stärker als jene gestiegenen Preise gestiegen sind. Das muß aber der Fall gewesen sein, und zwar vor allem aus zwei Gründen:

1. weil viele Preise infolge Sinkens der Produktionskosten gefallen sind, die Konsumenten also mehr Einkommen für andere Zwecke zur Verfügung hatten (das ist neuerdings, aber sehr einseitig und mit unzutreffender Begründung von O. Spann, „Theorie der Preisverschiebung", 1913, betont worden);

2. aber, weil manche Güter und gerade sehr wichtige, vor allem Lebensmittel, die nur mit steigenden Kosten vermehrt werden können, infolge Zunahme der Bevölkerung und gesteigerter Lebensansprüche höhere Kostenaufwendungen, d. h. das Eintreten weniger günstig arbeitender Produzenten ins Angebot erforderten, was zu höheren Preisen und damit zu höheren Einkommen

*) Ich habe in meinem Aufsatz im „Bankarchiv", aus dem ich diese Stelle wörtlich entnehme, nicht gesagt, wie O. Heyn, „Unser Geldwesen im Kriege", S. 42, behauptet: „Er spricht auch der Verminderung der Geldmenge jeden Einfluß auf die Preise ab." Wie kann man eine solche Unsinnigkeit einem Autor unterstellen! Denn als allgemeiner Satz ist das natürlich unsinnig. Nur wird man praktisch Preissenkungen nie als Folge einer Verminderung der Geldmenge nachweisen können, schon weil eben nie alle Preise sinken werden.

(Differentialeinkommen, relative Monopoleinkommen) der früheren Produzenten führte. Von einer gleichgerichteten Tendenz aller Preise kann also — das zeigt auch schon die Beobachtung — nicht die Rede sein, und jedes Operieren mit Indexnummern und einem allgemeinen Preisniveau ist ein fundamentaler Irrtum. Billigere Produktionskosten und Preise mancher Güter haben den meisten Konsumenten Einkommen erspart, steigende Kosten und Preise haben vielen Produzenten steigende Einkommen verschafft. Dadurch ist die Teuerung herbeigeführt worden.

Man kann auch sagen: die Teuerung seit Beginn des Jahrhunderts ist eingetreten, weil die Verbilligung wichtiger Güter, die in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts durch Verminderung der Transportkosten, besonders der überseeischen, Inangriffnahme neuer, besserer Böden für Bodenprodukte eingetreten war, sich gerade bei diesen nicht mehr fortsetzte, während für zahlreiche Industrien durch technische Fortschritte noch weitere Kostenverbilligungen gemacht wurden. Das führte zu Differentialgewinnen bei den Produzenten der mit steigenden Kosten vermehrbaren Güter, zu Einkommensersparungen der Konsumenten bei den mit sinkenden Kosten vermehrbaren und in beiden Fällen zu einer Steigerung sehr vieler Preise. Daneben haben natürlich auch andere Momente mitgewirkt: Schutzzölle, Kartelle, Trusts, Gewerkvereine, welch letztere gesteigerten Lebensansprüchen zu schnellerer Durchsetzung verholfen haben, auch gesteigerte Intensität und bessere Organisation der Arbeit. Um nur noch eins zu erwähnen, haben auch die vielen technischen Fortschritte nicht nur dadurch preissteigernd gewirkt, daß sie den Konsumenten Einkommen ersparten, also manche Preise verbilligten, sondern auch dadurch, daß sie den Unternehmern, die sie zuerst anwendeten, hohe Gewinne und damit neue große Einkommen verschafften, endlich dadurch, daß der gewaltige Kapitalbedarf, den die Gründung immer neuer privatwirtschaftlich rentabler Unternehmungen verursachte, den Zinsfuß in die Höhe trieb und damit viele Einkommen vergrößerte.

Also vor dem Kriege ist die Teuerung ganz ausschließlich durch Vorgänge auf der Warenseite, in den Nachfrage- und Angebotsverhältnissen der Waren — und in den Goldproduktionsländern ist die vermehrte Goldproduktion auch eine Ware — zu

erklären, und auch im Kriege hat nicht, wie die Quantitätstheorie annimmt, die Vermehrung der Geldmenge schon an sich und automatisch eine Steigerung der Preise herbeigeführt, sondern die großen und plötzlichen Einkommenssteigerungen und -verschiebungen, die auf Grund von Nachfrage- und Angebotsänderungen erfolgten und zum Teil durch Vermehrung der Geldmenge realisiert wurden, haben die Steigerung vieler Preise hervorgerufen. Von einer wirklichen allgemeinen Steigerung aller Preise kann man aber auch im Kriege nicht reden, noch viel weniger in den vorhergehenden Zeiten der Teuerung.

Neuntes Kapitel

Abrechnungsmethoden und Papiergeld

1. Allgemeines

Nicht die staatlichen, realen Zahlungsmittel, nicht die Geldmenge sind die Grundlage aller Umsätze im Tauschverkehr, sondern eine abstrakte Rechnungseinheit, auf die die Einkommen lauten. Es ist sicher, daß ursprünglich nur ein wertgeschätztes Sachgut die Rolle des allgemeinen Tausch- und Zahlungsmittels spielen konnte. Aber sobald dieses allgemeine Kosten- und Rechnungseinheit wird, in der alle Erträge der Einzelwirtschaften, dann Einkommen genannt, veranschlagt werden, ist deren Verkörperung in einem wertgeschätzten Sachgut nicht mehr erforderlich. Dann erst beginnt die eigentliche Epoche der „Geldwirtschaft". Je mehr das der Fall ist, je mehr die Trennung von Konsum- und Erwerbswirtschaft, die rein geldliche Nutzen- und Kostenvergleichung der letzteren, die Geldrechnung aller Kosten bei den ersteren fortschreitet, je mehr alle Güter und Leistungen Geldpreise haben und auch das Geldleihkapital sich entwickelt, um so mehr treten die vom Staate geschaffenen realen Zahlungsmittel an Bedeutung zurück hinter der rein abstrakten Rechnungseinheit, die, von den Einzelnen als Grundlage ihrer Einkommen geschätzt, alle Umsätze vermittelt.

Niemals aber, auf keiner Stufe der Entwicklung, wird der „Wert", die Kaufkraft des Geldes durch den Wert des Geldstoffes bestimmt, sondern Kaufkraft ist selbstverständlich immer das, was man damit kaufen kann. Nur bleibt diese Kaufkraft immer individuell, subjektiv. Es gibt keine allgemeine Kaufkraft des Geldes, sondern nur eine subjektive der Einkommen. Auch dieser Satz ist eines der wichtigsten Ergebnisse meiner Wirtschaftstheorie. Geld ist Kostengut, einerlei, aus welchem Stoff es besteht. Wie bei anderen Kostengütern ist die stoffliche Eigenschaft ganz unwesentlich, sofern man sich nur Genußgüter mit ihnen verschaffen, Bedürfnisse befriedigen kann. Scheide-

münzen und Papiergeld zirkulieren nicht als Verkörperung eines geschätzten Stoffes — niemand, der Goldmünzen empfängt und ausgibt, hat von ihrem Stoffwert eine Vorstellung —, sondern als Verkörperung der abstrakten Rechnungseinheit, in der in der Form des Einkommens alle Nutzen und Kosten kalkuliert werden. Die ganze Vorstellung eines „Kreditgeldes", die alle bisherigen Theorien hatten, ist ein Irrtum. Schließlich wird der größte Teil der Umsätze überhaupt nicht mehr in Zahlungsmitteln ausgeführt, sondern, was innerhalb der Einzelwirtschaft mit den Einkommen schon lange der Fall war, alle Kosten im Tauschverkehr und bei den Erwerbswirtschaften auch der Nutzen werden in der abstrakten Rechnungseinheit nur verrechnet.

Daß ein „Geld" ohne jede metallische Deckung bestehen und die Umsätze vermitteln kann, wird durch die Erfahrung bewiesen. Die Frage, ob ein Papiergeld durch Edelmetall gedeckt werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Nötig ist eine solche Deckung jedenfalls nicht, wenn der Staat nur eine beliebige Vermehrung des Papiergelds unterläßt. Denn das Papiergeld empfängt seinen „Wert" doch nicht von dem Edelmetall, sondern von der abstrakten Rechnungseinheit aller Umsätze, auf die auch das Geld nur lautet. Die Schätzung dieser Rechnungseinheit, genauer gesagt die Bedeutung, welche sie als Kosten in den wirtschaftlichen Erwägungen der Einzelwirtschaften hat, kann verändert werden nur durch Veränderungen in den Einkommen. Denn die Einkommen und nicht die Geldmengen sind es, die die Güter kaufen. Und nur indirekt dadurch, daß er plötzliche starke Einkommenssteigerungen herbeiführt, kann auch der Staat bei Vermehrung des Papiergeldes die Rechnungseinheit beeinflussen. Dabei ist es dann ganz gleichgültig, ob und in welchem Umfang das Papiergeld durch Edelmetall gedeckt ist, denn die individuelle Schätzung der Rechnungseinheit, die durch Einkommensverschiebungen verändert wird, kann man nicht „decken". Deshalb ist eine Metalldeckung papierner Zahlungsmittel, wenn nur ihre Vermehrung dem Eingriff des Staates ebenso entzogen ist wie dem Privater, überflüssig.

Die allgemeine Rechnungseinheit, d. h. das gesamte System aller Preise und Einkommen, das in ihr seinen Eindruck findet, ist, wenn man so sagen will, ein Geschöpf der Gewohnheit. Es entsteht ganz allmählich, indem immer mehr Wirtschafter mit

bekannten Einkommen und bekannten Preisen rechnen. Durch Änderungen in den Nachfrage- und Angebotsverhältnissen ist es aber einem steten langsamen Wechsel unterworfen, sie führen zu Preis- und Einkommensverschiebungen, mit den sich der Einzelne möglichst schnell auseinanderzusetzen und denen er seine Kalkulationen anzupassen sucht.

Eine Beeinflussung der Schätzung der Rechnungseinheit wird, wie gesagt, von der Geldseite her heute nur bei Papiergeld, bei starker Vermehrung desselben und dadurch plötzlich gesteigerter Kaufkraft einzelner Wirtschafter, vor allem des Staates, möglich sein. Der Verkehr sucht dabei doch möglichst an dem überlieferten Preis- und Einkommenssystem und seiner Kosteneinheit festzuhalten, sträubt sich, das neue Geld in seine Kalkulationen aufzunehmen, und bewertet in der alten Rechnungseinheit ausgedrückt das neue Geld geringer, unter Umständen selbst dann, wenn der Schätzung des alten Geldes entsprechende Münzen nicht mehr umlaufen: rechnungsmäßige Abschlüsse und Umsätze in Goldgulden, Goldpesos u. dgl. In der Regel aber erzwingt der Staat heute die allgemeine Zirkulation seines Papiergeldes, und dann wird bei längerem Gebrauch auch die allgemeine Rechnungseinheit als Grundlage der Kosten Veränderungen erleiden, weil, wenn die Stabilität der Rechnungseinheit einmal erschüttert ist, kein Mittel vorhanden ist, die Preise auszudrücken. Diese Erschütterung der Rechnungseinheit kann sich aber, wenn sie vorher einigermaßen stabil war, d. h. wenn ein geordnetes Geldwesen bestand, nur durch Einkommenssteigerungen ergeben, dadurch, daß der Staat durch Geldvermehrung seine Kaufkraft plötzlich vermehrt und mit seinen Einkäufen dann das Einkommen einer großen Zahl von Erwerbswirtschaften plötzlich steigert. Ist dann aber infolge falscher Geldmanipulationen des Staates das Vertrauen in die Rechnungseinheit gesunken, so nimmt das ganze Wirtschaftsleben jenen spekulativen Charakter an, der immer in kritischen Stadien des Staats- und Wirtschaftslebens vorhanden war und auch im gegenwärtigen Kriege vor allem in Rußland, zu einem nicht geringen Teile leider auch in Deutschland beobachtet werden konnte. Die dabei entstehenden starken Einkommensverschiebungen haben dann die Tendenz, die Teuerung weiter zu verstärken.

Wenn vorher ein geordnetes Geldwesen bestand, hält das inländische Wirtschaftsleben im allgemeinen mit großer Zähigkeit

an der überlieferten Rechnungseinheit fest. Die Preise ändern sich um so weniger, je stabiler sie vorher waren. Das Vertrauen zur Rechnungseinheit wird von der Geldseite her nicht leicht erschüttert, und insbesondere die Schwankungen der Goldzufuhr können keinerlei Wirkung auf die Preise ausüben. Auch in politischen und wirtschaftlichen Krisen gehen, solange der Staat eine einigermaßen vernünftige Geldpolitik treibt, Veränderungen der „Kaufkraft", also der Preise, nicht von der Geldseite aus, sondern entstehen aus Bedarfsverschiebungen, vor allem aus dem enorm wachsenden Staatsbedarf, der eine Umstellung der ganzen Wirtschaft nötig macht. Zu verbreiteten Preiserhöhungen kommt es aber auch hier nur durch die Einkommen, sei es, daß die eintretende Knappheit einzelner Waren die Preise in die Höhe treibt und zu hohen Gewinnen in diesen Gewerben führt, sei es, daß der Staat, auch ohne daß Warenknappheit vorhanden ist, nicht genügend kaufmännisch rechnet, zu hohe Preise bewilligt und damit große Einkommenssteigerungen herbeiführt.

Der Staat hat heute, nachdem sich einmal auf Grund einer langen Entwicklung eine allgemeine Rechnungseinheit in einem Lande entwickelt hat — und die Rechnungseinheit Mark knüpft bekanntlich an die frühere in Talern an —, nichts weiter zu tun, als die Zahlungsmittel für den Kleinverkehr zu schaffen, wobei ziemlich gleichgültig ist, woraus diese bestehen. Im übrigen soll er die Rechnungseinheit möglichst in Ruhe lassen. Er kann durch seinen Eingriff in das Geldwesen ihre Stabilität, die natürlich niemals eine absolute sein kann, sondern immer von der Warenseite, den Nachfrage- und Angebotsverhältnissen der Güter abhängig ist, nur erschüttern. Diese Erschütterung erfolgt durch plötzliche große Einkommenssteigerungen, welche durch eine starke Vermehrung der Geldmenge herbeigeführt werden und eine plötzliche Steigerung der Kaufkraft vieler Personen bedeuten. Sie bringen das überlieferte Preis- und Einkommenssystem in Unordnung und bewirken durch Verminderung des Vertrauens zur Geldpolitik des Staates und zu seinen Zahlungsmitteln schließlich auch eine Erschütterung des Vertrauens in die Stabilität der allgemeinen Rechnungseinheit. Das wird aber nur eintreten bei fortgesetzter starker Vermehrung der staatlichen Umlaufsmittel und dadurch plötzlich gesteigerten Einkommen, die nicht aus dem Tauschverkehr entstanden sind. In der Regel wird das nur bei Papierwährung vorkommen.

Es leuchtet ein, daß jede Geldvermehrung um so eher die Schätzung der Rechnungseinheit beeinträchtigen, das auf ihr aufgebaute Einkommen- und Preissystem erschüttern muß, je größer noch die Rolle der staatlichen Zahlungsmittel im Verkehr ist und je geringere Bedeutung die Methoden privater Zahlungsausgleichung und Abrechnung erlangt haben. Deshalb gelten die praktischen Konsequenzen unserer Geldtheorie erst in der neuesten Zeit, in der sich der Ersatz des Geldes durch private Zahlungsmethoden erst in so großem Umfange entwickelt hat, und man erkennt, welche Bedeutung er für die ganze Volkswirtschaft hat. Diese besteht nicht, wie man bisher immer glaubte, in erster Linie darin, daß Metallgeld im Verkehr gespart wird und die Notenbank damit eine bessere Deckung ihrer Noten erzielt. Vielmehr ist die Verminderung des Notenumlaufes durch Schecks, Giros und Clearing, wie sie England am vollkommensten erreicht hat, ganz genau so wichtig. Denn die Bedeutung dieser privaten Abrechnungsmittel besteht darin, daß ihre Anwendung die Zugrundelegung der abstrakten Rechnungseinheit im Tauschverkehr vermehrt, diese damit immer mehr in den Mittelpunkt schiebt, während die Banknote doch immer noch reales Geld bleibt und mit dem Metallgeld verknüpft erscheint. Je mehr sich aber die bloße Rechnungseinheit als abstrakter Vermittler aller Umsätze durchsetzt, je geringere Rolle das reale „Geld“, einerlei in welcher Form, dabei spielt, um so unabhängiger wird der ganze Tauschverkehr von ihm, seinem Stoff und seiner Deckung. Daher ist es so wichtig, dafür zu sorgen, daß die sogenannten Terminzahlungen, Gehalte, Anleihen, Hypothekenzinsen u. dgl., möglichst im Überweisungsverkehr erledigt werden, während heute dafür noch eine erhebliche Vermehrung unserer Geldzahlungsmittel erforderlich ist, die dann nach den Quartalsterminen zur Reichsbank zurückfließen. Diese Zahlungen sollten also vielmehr der Abrechnung in der bloßen Rechnungseinheit überlassen werden, die eben doch ein viel elastischeres und weniger gefährliches Mittel ist als die vielgerühmte Elastizität der Banknote.

Mangels richtiger theoretischer Grundlagen hat man diese Bedeutung der privaten Zahlungs- und Abrechnungsmethoden, daß sie eben die Benutzung einer abstrakten Rechnungseinheit und damit ihr Einwurzeln im Wirtschaftsleben steigern, nicht erkannt, mit anderen Worten, man hat eben die Unvollkommenheit des

realen Geldes, das man allein in der Geldtheorie beachtete, gegenüber einer abstrakten Rechnungseinheit nicht erkannt. Aber diese konnte sich auch erst im heutigen Umfang entwickeln, nachdem der Staat an Stelle der früheren fortgesetzten Eingriffe einmal die Notwendigkeit eines stabilen Geldwesens erkannt hatte. Und sie wird sich sicherlich in noch viel größerem Umfang entwickeln, wenn es dem Staate auch in den Erschütterungen des Krieges gelingt, sein Geldwesen in Ordnung und das Vertrauen in die Rechnungseinheit aufrechtzuerhalten, so daß wenigstens von der Seite des Geldes, also von außen her, Veränderungen ihrer Schätzung nicht zu befürchten sind. Dies wird dem Staate heute um so leichter als früher, weil eben die abstrakte Rechnungseinheit, die sich eingelebt hat, heute im Tauschverkehr eine ganz andere Rolle spielt.

Unbedeutende Vermehrungen der staatlichen Zahlungsmittel werden daher, obwohl sie natürlich immer künstlich gesteigertes Einkommen bedeuten, die Rechnungseinheit nicht beeinflussen. Dabei ist es einerlei, ob sie in Metallgeld, Banknoten oder ungedecktem Papiergeld ausgegeben werden. Insbesondere in Ländern mit wachsender Bevölkerung und mit zunehmender Intensität der Erwerbstätigkeit ergibt sich durch die stete Steigerung der Umsätze von selbst ein Kompensationsmoment. Deswegen ist noch nicht gesagt, daß der Staat die Aufgabe habe, einer derartigen Steigerung des Geldbedarfs (abgesehen von Bedarf nach Scheidemünzen) durch Vermehrung seiner Zahlungsmittel, besonders des Banknotenumlaufs oder ungedeckten Papiergeldes, alsbald nachzufolgen. Es ist sicher für das Geldwesen und die Preisstabilität besser, wenn diese Ausgleichung durch vermehrten Gebrauch privater Zahlungsmittel erfolgt. Aber es kann keine Rede davon sein, daß etwa die Ausgabe kleiner Banknoten, die Vermehrung der Reichskassenscheine und der Scheidemünzen in Deutschland vor dem Kriege die Schätzung der Rechnungseinheit geschmälert und so zur Teuerung beigetragen habe.

Immerhin ist es nicht unwichtig, in solchem Falle dafür zu sorgen, daß die Vermehrung des Geldumlaufes möglichst rasch in die kleinsten Kanäle des Verkehrs dringt. Es macht also einen gewissen Unterschied aus, ob — sagen wir einmal — hundert Millionen Mark ausgegeben werden, um damit einige große Kriegslieferanten zu bezahlen, oder ob die hundert Millionen

sofort an zahlreiche Staats- oder Reichsbankkassen verteilt werden und dort in unzähligen kleinen Auszahlungen sofort verschwinden. Kurzum, die wirtschaftliche Funktion der Zahlungsmittel im Tauschverkehr, ihr Verhältnis zur Einkommensbildung ist unter allen Umständen für den Einfluß auf die Preise entscheidend.

Daß die in früheren Zeiten so unendlich häufigen Eingriffe des Staates in das Geldwesen in der Regel sehr bald Veränderungen seiner Schätzung bewirkten, hat darin seinen Grund, daß eben wegen dieser häufigen Eingriffe sowohl das Vertrauen zum Staate wie auch infolgedessen das Vertrauen auf die allgemeine Annahme des Geldes nicht vorhanden waren. Bei dem damals üblichen Papiergeld spielte natürlich auch der Kredit des Staates, seine Fähigkeit und sein Willen zur Einlösung eine Rolle. Aber darüber hinaus ist das Vertrauen in das Geldwesen selbst, die Beständigkeit in der allgemeinen Schätzung der Rechnungseinheit, die sich eben in den Preisen ausspricht, von Bedeutung. Daher sind die heutigen, nicht von der Geldseite hergekommenen Veränderungen seiner Kaufkraft auch auf das dem Staat und seiner Geldpolitik gewährte Vertrauen von Einfluß. Wo einmal die Stabilität der Rechnungseinheit durch einerlei welche Gründe erschüttert ist, das überlieferte System der Preise und Einkommen starken Schwankungen unterworfen ist, da wird auch jede Vermehrung der staatlichen Zahlungsmittel viel schneller auf die Schätzung des Geldes einwirken, als das in ruhigen Zeiten der Fall ist. Hier liegt wohl der Grund, weshalb die fast doppelt so starke Vermehrung der Banknoten in Frankreich während des Krieges, trotzdem sie schon zu einer fast doppelt so großen Geldmenge pro Kopf der Bevölkerung hinzukam und bewirkte, daß der Geldvorrat in Frankreich pro Kopf der Bevölkerung jetzt ungefähr vier- bis fünfmal so groß ist wie bei uns, doch nicht zur Folge gehabt hat, daß die Kaufkraft des Geldes im Kriege dort stärker gesunken ist als bei uns, denn Frankreich hatte eben vor dem Kriege die geringste Teuerung.*) Das alles beweist, daß die Menge, die der Verkehr in Zahlungsmitteln aufnehmen kann, eine ungeheuer elastische Größe ist, und daß auch recht erhebliche Veränderungen dieser Menge die Schätzung der Rechnungseinheit

*) Der Außenwert des französischen Geldes, sein Verhältnis zu den Währungen des neutralen Auslandes, ist sogar erheblich weniger gesunken als der des deutschen.



nicht zu beinträchtigen brauchen, wenn nur das Vertrauen auf die Stabilität dieser Schätzung und auf die Sorgfalt des Staates gegenüber dem Geldwesen nicht leidet. Der entscheidende Gesichtspunkt aber wird immer bei den Wirkungen auf die Einkommensgestaltung liegen.

Über die Funktion der privaten Zahlungs- und Abrechnungsmittel im Tauschverkehr sind noch große Unklarheiten vorhanden. Auf der einen Seite betrachtet man sie, entsprechend der metallistischen Geldlehre, überhaupt nicht als Geld — diese Auffassung ist richtiger, aber ihre Begründung durch den Metallismus und die staatliche Theorie des Geldes falsch —; auf der andern Seite finden sich hier und da Sätze, in denen sie dem realen Gelde vollkommen gleichgestellt werden. So sagt noch neuestens v. Schulze-Gaevernitz in seiner Abhandlung: „Die deutsche Kreditbank" im „Grundriß der Sozialökonomik", S. 148, offenbar vor allem an Schecks und Wechsel denkend, merkwürdigerweise: „Unsere Kreditbanken können beliebig Zahlungsmittel schaffen, es lauern hier alle jene Krisengefahren, welche man einst den Notenbanken vorwarf." Hier wird völlig außer acht gelassen, daß diese privaten Zahlungsmittel doch an andere Vorgänge im Tauschverkehr, wobei Erträge aus Leistungen und Gegenleistungen erzielt werden, anknüpfen, an Forderungen, über die mittels Scheck, Wechsel u. dgl. verfügt wird. Und wenn auch gelegentlich übermäßige Akzeptgewährung einer Bank und Wechselreiterei vorkommt, so sind das doch Ausnahmen, die die allgemeine Schätzung der Rechnungseinheit nicht beeinflussen können, nicht zu Preisveränderungen führen.

Es ist kein Zweifel, daß — abgesehen davon, daß die größere Benutzung privater Umsatz- uud Abrechnungsmittel die Bedeutung der staatlichen Zahlungsmittel und in gewissem Grade auch die Wirksamkeit einer Vermehrung ihrer Menge verringert — die Benutzung solcher Zahlungs- und Abrechnungsmethoden für die Schätzung der Rechnungseinheit und damit für die Preise ganz indifferent ist. Die größere oder geringere Zahl solcher privater Zahlungs- oder Umsatzmittel — meistens handelt es sich überhaupt nicht um sachliche Geldsurrogate, sondern um bloße rechnungsmäßige Umschreibungen in den Büchern der Banken durch Giro und Clearing — kann die Kaufkraft der allgemeinen Rechnungseinheit nicht verändern. Denn sie werden eben nur geschaffen

und zirkulieren nach Maßgabe der Umsätze von Gütern und Leistungen im Tauschverkehr. Bei Giro und Clearing, die überhaupt keine sachlichen Zirkulationsmittel sind, ist das selbstverständlich, ebenso bei Schecks. Eher fraglich könnte es beim Wechsel sein. Denn er ist, wie das ungedeckte Papiergeld, nicht nur Zahlungs-, sondern auch Kreditmittel. Aber wir haben jetzt die theoretischen Grundlagen, um zu beurteilen, inwieweit die Schätzung der allgemeinen Rechnungseinheit durch solche Kreditzahlungsmittel verändert werden kann. Das kann nur dadurch geschehen, wenn damit das Einkommen vermehrt wird, also entweder neue Einkommen geschaffen oder alte erhöht werden. Es ist klar, daß das beim Wechsel der Fall sein kann, weil durch die Diskontierung die Erträge früher realisiert werden, als das sonst der Fall gewesen wäre, und der Wechselinhaber den früheren Eingang seiner Forderung, der Diskonteur aber den erhaltenen Zins höher schätzen, beide also eine Einkommens- bzw. Vermögensvermehrung erzielen. Aber es ist leicht einzusehen, daß das nur eine Einkommens- bzw. Vermögensvermehrung ist, die aus dem allgemeinen Tauschverkehr — bei welchem allerdings, entgegen der materialistischen Theorie, das Ausleihen von Kapital als geradeso „produktiv" angesehen werden muß wie andere Erwerbstätigkeiten — sich ergibt, nicht aber als plötzliche neue Kaufkraft, ganz losgelöst von dem sonstigen durch die Rechnungseinheit vermittelten Tauschverkehr erscheint. Die durch Verkauf eines Wechsels vergrößerte Kaufkraft beruht immer auf einer tauschwirtschaftlichen Leistung, auf einem anderen erwiesenen Vorteil, hier der Verzinsung, die dem Kapitalisten gewährt wird.

Etwas anders liegt die Sache schon bei den Banknoten. Sie sind in größerem Umfang Kreditmittel, Mittel unverzinslicher Kreditbeschaffung, und damit für den, der sie ausgibt, eine Einkommens- oder Vermögensvermehrung. Der Kredit der Notenbanken ist von jeher das Hauptmittel gewesen, durch das sich die Staaten ihre laufenden Kriegskosten beschafft haben. Unter den früheren Verhältnissen blieb auch kaum etwas anderes übrig. Die beweglichen Steuern waren noch wenig entwickelt, der Reichtum in sehr viel höherem Grade immobilisiert. Deswegen kamen auch größere Kriegsanleihen nicht in Betracht, ganz abgesehen davon, daß der Staatskredit im absoluten Staate nicht sehr gefestigt und das Risiko für den Staatsgläubiger auch durch die fortgesetzten

Währungsänderungen groß war. So haben alle Kriege zu einer starken Benutzung der Notenpresse geführt, und erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts hat man mehr Rücksicht auf das inländische Geldwesen genommen, wenn es darauf ankam, Kriege zu finanzieren. Das gilt vor allem für die große Ausgaben Englands im Burenkriege.

Aber heute noch, im Weltkriege, sind die allerdings gegen früher ins Ungeheure gestiegenen Kriegsausgaben überall noch zu einem ansehnlichen Teile mit Hilfe der Notenbanken aufgebracht worden. Nur beachtet man heute mehr als früher die Deckungsvorschriften, durch die man einerseits einer zu großen Vermehrung der Noten Schranken anzulegen, andererseits ihren „Wert" durch die Verknüpfung mit dem Golde und, soweit dieses nicht ausreicht, durch Deckung mit jederzeit realisierbaren Forderungen aufrechtzuerhalten sucht.

Wie steht es aber mit diesen Deckungsvorschriften? Wir haben gesehen: das eigentliche Tauschmittel kann gar nicht gedeckt werden, denn die „Kaufkraft des Geldes", d. h. die Schätzung der Rechnungseinheit, wird bestimmt nicht durch den Goldvorrat, sondern durch die Einkommen, letzten Endes durch das, was man an Bedarfsbefriedigung damit erzielen kann. Daher nützt, wenn die Schätzung der Rechnungseinheit durch Gründe, die von der „Warenseite" her kommen, sinkt, die schönste Deckung nichts. Wenn wir nichts vom Auslande kaufen könnten, wären unsere Preise um keinen Pfennig niederer, auch wenn wir 100 Milliarden Mark in Gold hätten.

Bei dem heutigen System der Notenausgabe, welches diese mit dem wichtigsten privaten Kredit- und Zahlungsmittel, dem Wechsel, in enge Beziehung bringt, sind aber die Deckungsvorschriften der Banknoten von Bedeutung, da sie die Grenzen für ihre Vermehrung bilden. Und zwar ist wichtiger als die Golddeckung, bei welcher man schematisch eine Dritteldeckung oder irgendeine andere Quote für genügend hält, die vollständige Deckung des Restes durch jederzeit realisierbare Wertpapiere, unter denen seiner Natur nach der Wechsel die Hauptrolle spielt. Solange dieses System beibehalten wird, wird man auf Deckung der Banknoten durch gute Warenwechsel vor allem zu sehen haben. Wir wissen jetzt weshalb. Nicht weil der „Wert" der Banknoten von der Deckung abhängt, sondern weil nur damit eine gewisse

Sicherheit besteht, daß die Noten entsprechend einer Steigerung der Umsätze und damit der Einkommen ausgegeben werden und nicht künstliche neue Kaufkraft erzeugen ohne aus dem Tauschverkehr entstandene Erträge.

Wenn eine gute wechselmäßige Deckung der Banknoten vorhanden ist, ist die Gefahr nicht groß, daß durch ihre Ausgabe das bestehende Preis- und Einkommenssystem und damit das Vertrauen in die Rechnungseinheit erschüttert wird, denn sie repräsentieren dann kurzfristige Forderungen, die aus dem Tauschverkehr entstanden sind. Hier kann also auch die durch Banknotenausgabe erzielte Einkommenssteigerung und vermehrte Kaufkraft nicht losgelöst von den im Tauschverkehr entstehenden Erträgen eintreten. Wer auf diskontierte Wechsel oder auf gangbare Waren Banknoten erhält, realisiert damit nur einen künftigen Ertrag aus tauschwirtschaftlicher Tätigkeit. Immerhin liegt hier schon die Gefahr vor, daß die Notenbank den unverzinslichen Kredit, den sie mit der Notenausgabe in Anspruch nimmt, zu sehr benutzen kann und dadurch Überspekulation und Kreditüberspannung im Tauschverkehr fördert. Hieraus ergibt sich die Bedeutung der Diskontpolitik für den inneren Markt sowie die Bedeutung einer staatlichen Notensteuer. Eine Verminderung der Kaufkraft der Rechnungseinheit infolge Vermehrung der Geldmenge aber wird die Notenausgabe, die auf Grund des privaten Geschäftsverkehrs der Bank, ihrer Verknüpfung mit dem Wirtschaftsleben erfolgt, bei einer gut geleiteten Notenbank doch nicht herbeiführen. Dafür stehen sie heute zu sehr unter der Kontrolle der Öffentlichkeit und in normalen Zeiten auch des Staates.

Diese Gefahr ist nur naheliegend, wie vielfache Erfahrung zeigt, bei der Kreditgewährung durch Notenausgabe an den Staat. Und zwar deswegen, weil hier die Vermehrung der Geldmenge nicht mit der Entstehung von Einkommen im Tauschverkehr verknüpft ist, nicht durch Leistungen im Tauschverkehr entstanden ist, wie das bei dem privaten Verkehr der Notenbank der Fall zu sein pflegt: die Deckung der Noten geschieht nicht durch Warenwechsel, sondern durch Schatzanweisungen, welche Anweisungen sind auf spätere Geldeingänge aus Steuern oder Anleihen. Erst durch sie, welche aus den Erträgen des Tauschverkehrs stammen, wird die Geldausgabe mit dem allgemeinen Preis- und

Einkommensystem und damit mit der individuellen Bedarfsbefriedigung, der letzten Quelle des Geldwerts, verknüpft. Durch den Verkauf von Schatzscheinen an die Notenbank soll der Staat nur spätere Steuer- und Anleiheeingänge eskomptieren, also Summen, die von den Privatwirtschaften, welche sie aufbringen, innerhalb ihrer ganzen Wirtschaftsführung kalkuliert und damit in das ganze Preis- und Einkommensystem des Tauschverkehrs aufgenommen sind. Je mehr aber die Realisierung dieser Summen aus dem Tauschverkehr noch im weiten Felde steht und von dem Moment der Banknotenausgabe an den Staat entfernt ist, um so größer ist die Gefahr, daß die Geldvermehrung als plötzlich vergrößerte, künstlich geschaffene Einkommen des Staates im Tauschverkehr auftritt und das bestehende Preis- und Einkommensystem ins Wanken bringt, weil diese Summen nirgends mit der durch den Tauschverkehr bewirkten Bedarfsbefriedigung verknüpft sind, also außerhalb der Kalkulation der Einzelwirtschaften fallen, welche die Kaufkraft der Rechnungseinheit bestimmen.

Diese Verhältnisse hat die ökonomische Theorie noch längst nicht genügend erkannt, und daher ist auch die ganze praktische Politik des Staates und der Notenbanken auf diesem Gebiete eine rein empirische. Die Kreditgewährung der Notenbank an den Staat durch Ausgabe von Banknoten wirkte früher, wo die staatlichen Zahlungsmittel noch eine größere Rolle im Tauschverkehr spielten und eine bloße Rechnungseinheit sie noch nicht in dem heutigen Umfange ersetzte, direkter, schneller und schärfer auf die Schätzung des Geldes. Denn sie erschütterte sehr bald das Vertrauen in die Rechnungseinheit und die staatlichen Zahlungsmittel und brachte so das bisherige Preis- und Einkommenssystem ins Wanken. Sie wirkte also direkter auf die Preise. Sie wirkt heute indirekter und daher langsamer, weil das Vertrauen darauf und die Gewöhnung an die Rechnungseinheit größer, die Funktion der staatlichen Zahlungsmittel geringer ist. Sie wirkt zunächst auf die Einkommen, indem sie beim Staate und dann auch bei zahlreichen Privatwirtschaften zu einer plötzlichen, nicht aus dem regulären Tauschverkehr fließenden Steigerung der Kaufkraft, zu sprunghaften Einkommens- und Vermögenssteigerungen führt. Erst indirekt werden dadurch die Preise beeinflußt, deren Schwankungen dann die Spekulation noch ausnutzt und verstärkt.

Alles das ist unter den bisherigen Verhältnissen beim eigentlichen Papiergeld noch in verstärktem Maße der Fall. Auch hier gilt nicht einfach die bisherige mechanisch-quantitative Auffassung, der man, wenn man sie auch nicht mehr so ausdrücklich vertrat, doch keine wirkliche Erklärung gegenüberstellen konnte, wie und wodurch die „Inflation" wirkte. Auch hier hat man sich mit der Meinung begnügt, daß ungefähr entsprechend der Geldvermehrung das Vertrauen in das Geld immer mehr abnehme und die fortgesetzten Preiserhöhungen wenn nicht die direkte Folge der Geldvermehrung, so doch gewissermaßen eine Eskomptierung bevorstehender weiterer Geldvermehrungen seien. Nun ist ja allerdings bekannt, daß bei jeder erheblichen Papiergeldvermehrung große Spekulationen und Preistreibereien einsetzten, die eben die einmal erschütterte Stabilität der Rechnungseinheit ausnutzen. Aber als eigentlichen Anstoß der Preisveränderungen muß man auch hier die durch die Geldvermehrung bewirkten **Einkommensverschiebungen und Einkommenssteigerungen** erkennen. Solche vollziehen sich bei der Papiergeldvermehrung um so leichter, weil diese schon immer und heutzutage ganz besonders in Zeiten einzusetzen pflegt, die an und für sich große wirtschaftliche Umwälzungen und damit Bedarfs- und Einkommensveränderungen zur Folge haben. Heutzutage ist in den entwickelten Volkswirtschaften eine starke Vermehrung papierner Zahlungsmittel nur noch denkbar infolge kriegerischer Verwicklungen. Diese gestalten, wie die Erfahrung gezeigt hat, dermaßen das Wirtschaftsleben um, daß, auch ganz unabhängig von der Geldseite, also bei völlig unverändertem Zahlungswesen, große Einkommensverschiebungen eintreten, die, wie wir gesehen haben, das überlieferte Preis- und Einkommenssystem erschüttern müssen. Die Bedürfnisse werden dermaßen andere, der Staat als Konsument tritt dermaßen in den Vordergrund, die Kosten vieler Güter werden derartig verschoben, daß große Preis- und Einkommensänderungen unvermeidlich sind. Dazu tritt nun noch das gewaltig gesteigerte Kreditbedürfnis des Staates, das bei der heutigen engen Verbindung des Geldwesens mit dem Staatskredit leicht zu einer Vermehrung der Geldmenge führt, welche dem Staate plötzlich große Einnahmen verschafft, die ihre Quelle nicht im Tauschverkehr haben.

Eine solche Papiergeldausgabe bedeutet für den Staat eine Einkommensvermehrung, also neue, für den Verbrauch verfügbare

Summen, ohne daß ihnen, wie bei fast allen anderen Einkommens-steigerungen,*) gesteigerte Erwerbserträge, die wieder auf einer Steigerung der Bedürfnisse beruhen, und Kosten, Leistungen und Aufwendungen dafür gegenüberstehen. Diese Geldvermehrung ist also nicht vergleichbar dem Fall, daß ein Hausbesitzer aus seinen Mieten eine Einkommenssteigerung oder mit dem Anwachsen der Stadt und Steigerung der Mieten eine Vermögensvermehrung erzielt. Denn dieser Einkommens- und Vermögenssteigerung stehen gesteigerte Bedürfnisse, steht eine gestiegene Kaufkraft, kurzum stehen andere aus dem Tauschverkehr sich ergebende Einkommens-steigerungen gegenüber, so und so viel Mieter können für Läden oder Wohnungen mehr geben. Bei der Geldvermehrung aber bleibt das ganze System, alle Bedürfnisse, Preise und Einkommen unverändert, aber plötzlich hat der Staat eine gesteigerte Kaufkraft, die er nicht aus dem Tauschverkehr, aus der Befriedigung von Bedürfnissen im Tauschverkehr geschöpft hat, mit der er aber die den Tauschverkehr vermittelnde Rechnungseinheit beeinflußt.

Der große Unterschied der Ausgabe reinen Papiergeldes gegenüber der Banknotenausgabe auf Wechsel, den z. B. Heyn nicht wahrhaben will, beruht also nicht darauf, daß diese Banknoten „gedeckt" sind (wenn auch nach Ansicht der Metallisten schlecht gedeckt), sondern sie beruht darauf, daß sie mit Erträgen aus dem Tauschverkehr in Beziehung stehen und außerdem ihre Benutzung als Kreditmittel durch die Diskontpolitik beeinflußt werden kann.

Wenn also auch die Banknotenausgabe auf Warenwechsel am wenigsten die Gefahr einer „Inflation" mit sich bringt, so ist doch immerhin die Frage berechtigt, ob es ein richtiges System ist, daß vermehrte Kreditgewährung auch zu einer Vermehrung der Zahlungsmittel führen müsse. Die vermehrten Umsätze könnten doch heutzutage im Wege der bargeldlosen Zahlungen erfolgen. Ja, da vermehrte Kreditgewährung bedeutet, daß entsprechende Einkommensteile, zunächst wenigstens, nicht zum Konsum, sondern zur Kapitalbildung verwendet werden, also im Verkehr der

*) Inwieweit die Spekulation auch solche neue Einkommen ohne tauschwirtschaftliche Leistungen, ohne Bedarfsbefriedigung zu bieten, schafft, das soll hier nicht erörtert werden. Auch auf diesem noch gänzlich unklaren Gebiete liefert unsere Wirtschaftstheorie neue Anregungen zu einer vertieften Erkenntnis.

Erwerbswirtschaften bleiben, wo weniger bares Geld gebraucht wird wie bei den Konsumwirtschaften, so ist eigentlich auch kein Grund einzusehen, weshalb bei größerem Wechselumlauf mehr Banknoten zirkulieren sollen. Richtiger wäre es vielleicht, statt an den Wechselkredit, also an den Warenkredit, die Banknotenausgabe anzuknüpfen an die Depositen, eine Vermehrung der Banknotenausgabe mit der Zunahme der Depositengelder, natürlich bei allen Banken, in Verbindung zu bringen.

Doch soll von solchen Zukunftsfragen des Notenbankwesens hier nicht die Rede sein. Ich halte die Banknotenausgabe auf solide Warenwechsel im allgemeinen für unbedenklich und glaube nicht, daß bei einer zweckmäßigen Diskontpolitik hier eine Ursache von Preisveränderungen und Krisen liegt. Die Bedeutung der Geld- und Krediterscheinungen, vor allem natürlich der Goldproduktion, als Ursache von Krisen wird heute meines Erachtens stark überschätzt. Sie können höchstens sekundärer Natur sein. Aber mangels eines einheitlichen geschlossenen Systems zur Erklärung der tauschwirtschaftlichen Vorgänge untersucht man heute mit Vorliebe nebensächliche Momente und übersieht die aus dem Wesen unserer ganzen Wirtschaftsordnung hervorgehenden primären Ursachen. Als solche habe ich für die Krisen das Auseinandergehen des privaten Gewinninteresses mit dem volkswirtschaftlich zweckmäßigsten Grade der Kapitalbildung erkannt,*) also eine Erscheinung, die direkt mit dem Organisationsprinzip des Tauschverkehrs, dem Ertragsstreben zusammenhängt. Der technische Fortschritt veranlaßt die Unternehmer zu immer neuen Kapitalinvestitionen, die für sie privatwirtschaftlich rentabel sind. Aber es werden dadurch investierte Kapitalien zur Vernichtung, zum Ausscheiden aus der Produktion gebracht, die noch nicht volkswirtschaftlich amortisiert waren. So kann sich also der Prozeß der Kapitalersetzung und Kapitalvernichtung zu schnell vollziehen.

Diese Gedanken sind seitdem in der Literatur oft erwähnt worden — zum Teil auch, ohne die Quelle zu zitieren —, aber in ihrer Bedeutung als primärer Krisengrund, namentlich auch in den Konjunkturschwankungen der letzten Jahrzehnte, sind sie doch noch nicht genügend erkannt worden, weil man in der Krisenlehre noch zu sehr an den Symptomen im Geld- und Kreditverkehr

*) Vgl. meinen Aufsatz: „Theorie des Sparens und der Kapitalbildung" in „Schmollers Jahrbuch", 1912.



haftet. Die Krisentheorie gehört wie die Theorie der Preisveränderungen zu denjenigen Lehren der nationalökonomischen Wissenschaft, die dadurch, daß man immer mehr sekundäre Momente heranzieht, immer weiter ausgebaut und verfeinert werden können. Doch setzen derartige Arbeiten erst eine wirkliche Klarstellung der allgemeinsten Grundlagen des tauschwirtschaftlichen Mechanismus, vor allem der Preis- und Einkommensbildung und des Geldes voraus, diese ist daher die erste Aufgabe der Wissenschaft. Es ist ein typischer Fehler und eine Folge der historischen deskriptiven Schule, das zu verkennen, auch die nebensächlichsten und singulärsten Erscheinungen mit gleicher Liebe, ja letztere aus einem gewissen Sammlerinteresse und dem Streben nach Neuem noch mit besonderer Vorliebe zu umfassen wie die allgemeinsten und wichtigsten und zu glauben, daß wir mit der möglichst vollständigen Anhäufung solchen Tatsachenmaterials ein Bild des wirtschaftlichen Lebens geben können, das wirklicher sei als die „Theorie". Das ist nicht der Fall. Der menschliche Geist braucht zunächst eine ordnende Hand in der Fülle der Gesichte, um den Lebensprozeß des wirtschaftlichen Körpers in seinen Grundlagen, seinen letzten Ursachen erkennen zu können. Diese Erkenntnis ist nur durch Vereinfachung, durch Abstrahieren von allem Unwesentlichen, mit einem Wort: durch die Theorie zu gewinnen. Sie zu leisten ist zunächst die wichtigste und war hier unsere einzige Aufgabe.

2. Das deutsche Papiergeld im Weltkriege

Diese allgemeinen Erörterungen mögen hier genügen. Betrachten wir noch, jetzt immer mehr zu den tatsächlichen Verhältnissen und Aufgaben Deutschlands im Weltkriege übergehend, die deutschen papiernen Zahlungsmittel und den Einfluß ihrer Vermehrung auf die Preisbildung.

Als solches Papiergeld haben wir in Deutschland bekanntlich seit langem die Reichskassenscheine. Dies ungedeckte Reichspapiergeld und damit nach Ansicht der herrschenden Deckungstheorie der große Schönheitsfehler unserer Währung sollte auf Grund des Gesetzes vom 3. Juli 1913 von 120 auf 240 Millionen Mark vermehrt werden, indem gleichzeitig der Reichskriegsschatz im Juliusturm, der aber keineswegs zur Deckung jener diente, auf dieselbe

Summe verdoppelt werden sollte. Wir wissen nun heute noch besser als wir es vor dem Kriege wußten, daß diese Absonderung von 120 bzw. 240 Millionen Mark von dem Goldbestand der Reichsbank eine bloße Spielerei war. Denn es war natürlich klar, daß sie im Kriegsfalle nicht ausgegeben werden, sondern zur Reichsbank fließen und dort die Grundlage der Ausgabe weiterer Noten bilden sollten, wie es auch tatsächlich geschehen ist. Da aber auf Grund jenes Gesetzes zu den alten 120 Millionen Mark erst 85 Millionen Mark in Gold hinzugekommen waren, so sind der Reichsbank damit 205 Millionen Mark zugeflossen.

Vom Standpunkt unserer „nominalistischen" Geldtheorie kann natürlich gegen das Nichtgedecktsein dieser Reichskassenscheine nicht der geringste Einwand erhoben werden, und es ist kein Zweifel, daß, wenn nur das Vertrauen besteht, daß der Staat sein Papiergeld nicht vermehrt, noch viel größere Summen dieses Zahlungsmittels, obwohl es niemand zu nehmen braucht, anstandslos zirkulieren würden und die Kaufkraft der Mark nicht im geringsten vermindern würden. Dagegen ist vom Standpunkt der metallistischen Auffassung und der auf ihrer Grundlage beruhenden heutigen Organisation der Banknotenausgabe und Banknotendeckung es nicht mehr nur ein Schönheitsfehler, sondern, wie man nicht mit Unrecht bemerkt hat, ein Charakterfehler unserer Währung, daß diese ungedeckten Papierscheine, die niemand zu nehmen braucht,*) nach § 17 des Bankgesetzes als Bardeckung der Banknoten, also wie Gold und Silber, nicht etwa nur als Restdeckung wie Wechsel zu betrachten sind. Vom Standpunkt der metallistischen Auffassung ist diese Deckungsvorschrift eine Maßregel, die wie nichts anderes geeignet wäre, das Vertrauen in unser Geldwesen zu erschüttern, wenn es eben bei stabilen Geldverhältnissen überhaupt auf die „Deckung" ankäme. Jene Vermehrung der Reichskassenscheine aber, die ja bei Gründung des Reiches nur einzelstaatliches Papiergeld ersetzten, könnte selbst dann keine Wirkung auf die Kaufkraft des deutschen Geldes haben, wenn man nicht gleichzeitig 1913 eine Verbindung mit dem Reichskriegsschatz hergestellt hätte. Denn der „Wert" des Geldes wird durch die Einkommen und nicht durch seine Deckung bestimmt.

---

*) Durch Gesetz vom 4. August 1914 wurden auch die Reichskassenscheine gesetzliches Zahlungsmittel. Es liegt gar keine Veranlassung vor, diese Bestimmung nach dem Kriege wieder aufzuheben.



Daran ist jedenfalls festzuhalten: nicht die Vermehrung der Zahlungsmittel an sich, sondern nur Einkommenssteigerungen und Einkommensverschiebungen können von der Seite des Geldes her eine Verminderung seiner Kaufkraft bewirken. Auf demselben Wege wirken aber auch Bedarfs- und Kostenverschiebungen, also die von der Seite der Waren ausgehenden Ursachen der Preissteigerung. Daraus ergeben sich die engen Beziehungen, in denen beide Ursachenkomplexe stehen, und daß es nicht möglich ist, die Bedeutung des einen oder anderen Faktors exakt festzustellen. Das einzige, was man sagen könnte, ist, daß die von der Warenseite kommenden Faktoren direkter auf die Preise, die von der Geldseite kommenden direkter auf die Einkommen wirken. Da aber in allen Preisen Einkommen der Erwerbswirtschaften stecken, welche sie erzielen, so wirken die meisten Bedarfs- und Kostenveränderungen, welche zu Preisänderungen führen, auch sehr schnell auf die Einkommen, während umgekehrt eine Geldvermehrung zwar zunächst beim Staat als neues Einkommen auftritt, aber, wie alle Einkommen, alsbald in Preise umgesetzt wird, und je mehr diese verändert werden, um so mehr auch die Einkommen der Erwerbstätigen verändert, die an den Staat Güter oder Leistungen verkaufen.

Wenden wir uns nun den Geldverhältnissen Deutschlands im Kriege selbst zu. Was zunächst die „Gutscheine" betrifft, von öffentlichen Kassen und auch von privaten Unternehmungen ausgegebenes Papiergeld ohne jede gesetzliche Zahlungskraft, so erkennt man leicht, daß die Kaufkraft der allgemeinen Rechnungseinheit durch sie nicht verändert worden sein kann. Ja selbst das Vertrauen in die deutsche Währung werden sie nicht vermindert haben; denn im Gegenteil, diesen Scheinen gegenüber war das staatliche Geld der ruhende Pol. Nur der vorübergehende Mangel desselben, der aber die Kaufkraft der Rechnungseinheit nicht beeinträchtigte, veranlaßte kreditwürdige Anstalten, vorübergehend ihren Kredit zur Ausgabe von Zahlungsmitteln nutzbar zu machen. Sie haben die Kaufkraft der Mark ebensowenig beeinflußt, wie das z. B. 1907 in den Vereinigten Staaten mit den in vielen Städten ausgegebenen clearinghouse certificates der Fall war.

Allerdings waren sie nicht nur Ersatz fehlender Scheidemünzen, sondern auch Kreditmittel, aber doch nur für ganz kurze Fristen. Sie schufen nur in sehr beschränktem Umfange neues Einkommen und können daher die Kaufkraft der Rechnungseinheit,

die auf dem Einkommen beruht, kaum beeinflußt haben. Jedoch muß man sich auch hier wieder vor der üblichen quantitativen Betrachtungsweise hüten, die argumentiert, die Gutscheine könnten deshalb die Kaufkraft des Geldes nicht verändert haben, weil in mindestens gleichem Umfange anderswo Geld thesauriert worden sei. Darauf kommt es gar nicht an, sondern nur auf die Wirkung auf die Einkommen. Wenn eine Stadt z. B., statt aus ihren regulären Einnahmen, ihre ganzen Gehaltszahlungen und eventuell alle ihre sonstigen Verpflichtungen in von ihr ausgegebenen Gutscheinen bezahlt, so hätte das wohl lokal auf die Preise wirken können, wenn gleichzeitig die zu Leistungen an die Stadt Verpflichteten ihre Einkommen anders verwerteten. Doch waren die Wirkungen dieses Notgeldes eben immer nur lokal, sie trafen mit den durch die ganze wirtschaftliche Umwälzung der ersten Kriegswochen herbeigeführten Preisverschiebungen zusammen, und ein direkter Einfluß dieser Geldvermehrung auf die Preise wird sich nirgends feststellen lassen.

Wie steht es aber mit den berühmten Darlehenskassenscheinen? Zunächst sei bemerkt, daß sie ja keineswegs nur in Deutschland, sondern auch in zahlreichen anderen Ländern, auch nicht kriegführenden, so in der Schweiz, zur Ausgabe gelangt sind. Aber an das deutsche Vorgehen hat sich vor allem in der ausländischen Presse der Ruf der „Inflation" angeknüpft, und es ist anzunehmen, daß diese Agitation gegen das deutsche Geld, ebenso wie die Agitation gegen alles Deutsche überhaupt, mit dazu beigetragen hat, die Schätzung des deutschen Geldes im Auslande zu verschlechtern.

Wie sind diese Darlehenskassenscheine ganz objektiv vom Standpunkt unserer Geldtheorie zu beurteilen? Offenbar wurden hier Werte, die bisher die Form von Sachgütern und verbrieften Forderungsrechten (Effekten) hatten, zu Zahlungsmitteln umgegossen, wie das Dr. Helander in seinem Aufsatz „Das Inflationsproblem im Kriege" zutreffend erläutert hat („Conrads Jahrbücher", August 1915, S. 246 ff.), d. h. auf die als beleihungsfähig erklärten Waren und Wertpapiere werden bis zu einem wohl vorsichtig bemessenen Betrage ihres Preises oder Kurses Zahlungsmittel ausgegeben, die durchaus allgemein als Geld angenommen werden und zirkulieren. Der ursprünglich vorgesehene Höchstbetrag von 1½ Milliarden Mark wurde im November 1914 auf 3 Milliarden Mark erhöht. Tatsächlich war

aber der Umlauf erheblich geringer und hat im Jahre 1915 nur an drei Ausweistagen infolge der großen Kreditansprüche vor den Quartalsterminen 2 Milliarden Mark überschritten. Im Jahre 1916 ist er aber am 30. September auf 2,484 Milliarden Mark gestiegen.

Zum Verständnis ihrer Bedeutung im deutschen Wirtschaftsleben, aber auch für die Beurteilung ihres Einflusses auf die Kaufkraft des deutschen Geldes ist es von Wichtigkeit, festzustellen, wer die Kreditnehmer waren. Nach dem Bericht der Hauptverwaltung für 1915 entfielen in diesem Jahre an Darlehen auf

die Bundesregierungen	14,2 %
die Kommunalverbände	12,6 „
die Sparkassen	19,8 „
Banken, Kreditgenossenschaften	9,2 „
Kriegsgesellschaften (Reichsgetreidestelle, Zentraleinkaufsgesellschaft usw.) . . .	5,7 „
Handel, Transporte, Versicherungswesen .	12,8 „
Industrie	5,7 „
Landwirtschaft	1,0 „
sonstige Kreditnehmer	19,0 „
	100,0 %

Von dem Gesamtumsatz von 16,84 Milliarden Mark entfielen allein 9330 Millionen Mark auf Berlin, von diesen wieder 20,5 % auf Darlehen für Kriegsanleihezeichnungen, während diese Darlehen in Frankfurt a. M. 93,9 % (über 50 Millionen Mark) ausmachten. Die Zinseneinnahmen betrugen 54,64 Millionen Mark, die Verwaltungskosten 10,38 Millionen Mark, so daß das Reich einen Überschuß von 48,86 Millionen Mark behielt (1914: 15,75 Millionen Mark).

Bemerkenswert ist vor allem die starke Inanspruchnahme durch öffentliche Körperschaften mit über einem Viertel der gesamten Darlehen.

Wie steht es nun mit der „Inflation" durch dieses Kriegsgeld? Auf der einen Seite haben seine Verteidiger in allen Ländern, auch in der Denkschrift der Reichsregierung, welche die Erhöhung der Maximalgrenze auf 3 Milliarden Mark befürwortete, betont, das Entscheidende für dieses neue Papiergeld sei, daß hier „wirkliche Werte zugrunde gelegt sind". Aber was sind

„wirkliche Werte“? Grund und Boden ist gewiß auch ein „wirklicher Wert“ und ebensogut könnte man, wie es John Laws Gedanke war, ihn beleihen und dafür Zahlungsmittel ausgeben. Helander weist mit Recht darauf hin, daß die beliehenen Objekte Zukunftswerte seien, die teilweise periodische Erträge abwerfen (Effekten) oder erst einen späteren Ertrag (Rohstoffe, Waren). Jetzt aber werden sie in Zahlungsmittel, also in einen „Gegenwartswert“ verwandelt. Das ist ganz richtig, trifft aber auch für die Banknotenausgabe auf Grund einer Deckung von Wechseln und Waren zu, nur ist der Zukunftswert hier ein weniger entfernter.

Den richtigen Standpunkt für die Beurteilung hat man auch hier mangels Klarheit über das Wesen des Geldes nicht gefunden, er beruht auf der Frage: *Wie wirken diese Geldsummen als Einkommen?* Rein mechanisch und materialistisch haben die Kritiker der Darlehenskassenscheine immer die Geldmenge den Gütern gegenübergestellt. Inflation ist einfach dann vorhanden, wenn die Geldmenge stark vermehrt wird, und hat die Wirkung, die Preise zu verteuern. Auf welchem Wege diese Wirkung überhaupt herbeigeführt werden kann, darum hat man sich niemals bekümmert. Sonst wäre man schon längst dazu gelangt, zu erkennen, daß überhaupt nicht die Menge der staatlichen Zahlungsmittel, sondern die Einkommen die Güter kaufen und Veränderungen der Geldmenge die Güterpreise nur verändern können, wenn sie zu starken Einkommensverschiebungen führen.

Ist das nun bei den Darlehenskassenscheinen der Fall gewesen? Die Frage ist sehr schwierig einigermaßen exakt zu beantworten. Das Bedenkliche ist vor allem, daß man von ihrer Bedeutung gar keine Ahnung hatte. Die Schaffung dieser Zahlungsmittel erfolgte, wie die ganze Geldpolitik, rein empirisch, über ihre wirklichen Wirkungen und die dabei vorliegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge war man sich völlig unklar. Aus unserer Geldtheorie ergibt sich nun, daß der Einfluß dieser Geldvermehrung dann gefährlich für die Preisbildung ist, wenn er zu plötzlichen Einkommenssteigerungen, einer plötzlichen vermehrten Kaufkraft zahlreicher Personen führt. Das dürfte aber bei den beiden größten Posten der Kreditnehmer der Darlehenskassen nur in geringem Umfange eingetreten sein. Unter „sonstige Kreditnehmer“ sind wohl hauptsächlich zahlreiche mittlere Konsumwirtschaften zu verstehen, welche momentan unverkäufliche Effekten verpfändeten, um sich Geld zu

beschaffen, und die Sparkassen werden ihre Verpfändungen auch vielfach zur Auszahlung vieler kleiner Summen an ihre Einleger vorgenommen haben. (Wofern die Verpfändungen dieser beiden Kategorien für die Zeichnung von Kriegsanleihe vorgenommen wurden, ist entscheidend, was der Staat bzw. die Reichsbank damit angefangen hat, darüber siehe unten.) Hier handelt es sich also nicht um große Kaufkraftverschiebungen, sondern diese ausgegebenen Darlehenskassenscheine kamen in zahllosen Akten des regulären Konsums in den Verkehr. Da die gegebenen Darlehen in der Regel innerhalb drei Monaten, nur ausnahmsweise in sechs Monaten zurückzuzahlen sind, so fließt, wenn das streng eingehalten wird, nach kurzer Zeit ein entsprechender Betrag an Zahlungsmitteln wieder in die Darlehenskasse zurück. Diese Scheine sind daher nicht sehr viel anders zu beurteilen als eine Art besonders vertretbarer Wechsel. Und deswegen ist es auch kein sehr arger Verstoß gegen die heutigen Ansichten über die „Deckung“ der Banknoten, die auch hauptsächlich der metallistischen Geldauffassung entspringen, wenn diese Darlehenskassenscheine auch, wie Wechsel, zur Deckung der Banknoten benutzt werden können. Nur gegenüber den aus Kriegsanleihezeichnungen der Reichsbank zugeflossenen Scheinen wird man auch bei mildester Beurteilung einen anderen Standpunkt einnehmen müssen.

Für die Beurteilung der Wirkung der Darlehenskassenscheine fehlt also eine sehr wichtige Angabe, wie lange nämlich die Mehrzahl der Darlehen gewährt worden ist. Sie sind um so ungünstiger zu beurteilen, wenn es richtig ist, was behauptet wird, daß sehr viele Darlehen immer wieder prolongiert werden, denn dadurch werden immer von neuem künftige Erträge in dauernd zirkulierende Zahlungsmittel umgewandelt. Das einzige Gegengewicht, welches dennoch offensichtlich einen nennenswerten Einfluß der Ausgabe dieses Kriegsgeldes auf die Preise verhindert hat, ist der Umstand, daß der Darlehensnehmer einen Zins von $5^1/_2$ % ($5^1/_4$ % bei Kriegsanleihezeichnungen) zu leisten hat. Diese Bestimmung, die also für die Beurteilung der Maßregel von der allergrößten Wichtigkeit ist, gibt eine gewisse Sicherheit dafür, daß diese Darlehen *nur im Anschluß und auf der Grundlage von realen, aus dem Wirtschaftsleben fließenden Erträgen aufgenommen werden können.* Darauf kommt es, wie wir jetzt wissen, an. Auch insofern steht

der Darlehenskassenschein dem Wechsel nahe. Es wäre daher auch zu erwägen, ob man nicht unter Umständen den Zinsfuß heraufsetzen müßte, um die Inanspruchnahme zu erschweren, und die Herabsetzung für Kriegsanleihezeichnungen ist jedenfalls bedenklich.

Die Organisation der Darlehenskassenscheine hat gegenüber jeder anderen Vermehrung der staatlichen Zahlungsmittel den außerordentlichen Vorteil, daß hier das Volk selbst den Umfang der Vermehrung bestimmt. Allerdings kann der Staat diese Kreditinanspruchnahme durch Herabsetzung des Darlehenszinsfußes stark anregen, aber immerhin bleibt hier die Geldvermehrung von den Bedürfnissen des Volkes bestimmt und damit immer im Zusammenhang mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen jedes einzelnen Kreditsuchenden, während die Ausgabe von Banknoten allein von dem guten Willen des Staates mit seinem in Kriegszeiten unendlichen Zahlungsbedarf abhängt. Daher wäre, wenn bei sehr langer Kriegsdauer einmal der bisherige Weg der Deckung der Kriegskosten durch Anleihen und Steuern nicht mehr anwendbar wäre, eine etwaige Überschreitung der bisherigen Mindestgrenze der Darlehenskassenscheine, etwa auf Grund von Verpfändungen seitens der öffentlichen Körperschaften, jeder Benutzung der Banknotenpresse unter allen Umständen noch vorzuziehen. Allerdings werden die so zu beschaffenden Summen bei der Deckung der Kriegsausgaben keine sehr bedeutende Rolle spielen, und bedenklich bleibt jede Vermehrung der Zahlungsmittel unter allen Umständen.

Was an dem System der Darlehenskassenscheine vor allem zu tadeln ist, ist zweierlei. Einmal die Benutzung zu Kriegsanleihezeichnungen. Denn die mit Benutzung der Darlehenskassen durchgeführten Zeichnungen sind keine verfügbaren Einkommen und kein verfügbares, sei es erspartes, sei es augenblicklich in den Erwerbswirtschaften sonst nicht benötigtes Geldkapital, sondern die Pfandobjekte sind Güter, die augenblicklich sonst nicht in die Geldform zu verwandeln wären. Wenn das auch nicht in bar geschieht, sondern wenn die Darlehensscheine entsprechend der Summe der Anleihezeichnungen direkt der Reichsbank ausgefolgt werden, die die Anleihen aufnimmt, bleibt eine derartige „Mobilisierung" und Umwandlung von Gütern in die Geldform, die Schaffung vermehrter Kaufkraft auf diese Weise doch bedenklich. Vermindert wird diese Gefahr auch hier nur dadurch, daß für

die Inanspruchnahme der Darlehenskassen ein relativ hoher Zins ($5^1/_4$ %) zu zahlen ist, der bewirkt, daß die Kreditnehmer doch mindestens die Verzinsung des ihnen zur Verfügung gestellten Kapitals aus ihren Erträgen aufbringen. Unter allen Umständen bleibt für die Beurteilung der Darlehenskassen auch maßgebend, daß die Rückzahlungsverpflichtungen von Darlehen streng eingehalten werden. Je länger diese laufen, desto mehr wird eine erst später eintretende Kaufkraft schon jetzt vorweggenommen.

Und mit dem Gesagten hängt ein zweiter Mißstand eng zusammen, die Benutzung der Darlehenskassenscheine als Deckungsmittel für die Noten der Reichsbank. Der größte Teil der dazu benutzten Darlehenskassenscheine ist wohl der Reichsbank durch die Kriegsanleihezeichnungen zugeflossen. Daß sie als Golddeckung der Noten dienen, wenn auch der Goldbestand getrennt aufgeführt wird, und daß für je eine Mark der Reichsbank zufließender Darlehenskassenscheine drei Mark Banknoten ausgegeben werden können, ist ein Fehler, den man bei besserer Einsicht in das Geldwesen sicher hätte vermeiden können. Die daran anknüpfende Kritik des Auslandes hat uns mehr geschadet, als uns die ganze Maßregel, die nur aus der gedankenlosen Anbetung des Fetischs Dritteldeckung hervorgegangen ist, genutzt hat. F. Bendixen hat ganz recht, wenn er betont (a. a. O., S. 20), daß es das richtigste gewesen wäre, die Darlehenskassen zahlten ihre Darlehen in Banknoten aus, die ihnen die Reichsbank unter Bürgschaft des Reiches leiht. Man hat aber der Reichsbank die Möglichkeit lassen wollen, diese Leihscheine selbst wieder zur Deckung ihrer Noten verwenden zu können. Das ist unter allen Umständen ein schwerer Fehler, selbst wenn die bei der Reichsbank befindlichen Darlehenskassenscheine keine große Rolle spielen. (Am 30. September 1916 378 Millionen Mark.)

Man hat geglaubt, auf diese Weise die Dritteldeckung aufrechterhalten zu können. Man hat eben nicht erkannt, daß es auf sie am allerwenigsten ankommt, oder mangels einer richtigen Geldtheorie überhaupt keine Ahnung gehabt, worauf es eigentlich ankommt, daß nämlich künstliche Einkommenssteigerungen durch die Geldvermehrung vermieden werden müssen. Und das ist auch der Hauptgesichtspunkt, von dem aus wir jetzt im letzten Kapitel zur Besprechung der Aufgaben der Geldpolitik im Kriege und nach dem Kriege übergehen.

Zehntes Kapitel

Aufgaben der Geldpolitik

1. Aufgaben der Geldpolitik im Kriege

Von den Aufgaben der Geldpolitik, die sich aus unserer Auffassung des Geldes ergeben, sei nur einiges hier angeführt, was in der gegenwärtigen Lage, im Kriege und nach dem Kriege von besonderer Wichtigkeit ist. Vor allem ergibt sich die Forderung, jede starke und plötzliche Geldvermehrung, in welcher Form auch immer, zu vermeiden, nicht nur weil dadurch das Vertrauen zum staatlichen Gelde schwinden könnte, sondern weil jede Geldvermehrung durch künstliche Steigerung der Kaufkraft des Staates Preis- und Einkommensverschiebungen hervorruft, die den geordneten Gang des Tauschverkehrs stören und höchst ungünstig wirken. Es gibt keine wichtigere Aufgabe für den Staat in unsicheren Zeiten als diese. Hätte man sie richtig erkannt, so wäre wohl in allen Staaten die Kriegsfinanzierung anders ausgefallen, hätte man mehr Sorge getragen, das überlieferte Preis- und Einkommenssystem möglichst wenig zu erschüttern, hätte gleich von Anfang an die Erträge in der Volkswirtschaft mehr für die Kriegsfinanzierung nutzbar gemacht, hätte die Kriegsgewinne viel schneller und schärfer besteuert und hätte die Heranziehung der Notenbank für die Beschaffung der Kriegsausgaben und die Vermehrung der Zahlungsmittel, letzteres vor allem in Frankreich und Rußland, viel mehr vermieden. Im einzelnen sei über die Aufgaben der Geldpolitik im Kriege folgendes gesagt.

Wenn also in dem Punkte die alte metallistische Lehre wenigstens recht behält, daß „Inflation“ unter allen Umständen vermieden werden muß, so ist doch keineswegs gesagt, daß das nur mit einer metallischen Währung möglich ist. Freilich stimme ich auch darin noch den Metallisten bei, daß die Chartaltheorie, die im Gelde nur ein Geschöpf der Rechtsordnung sieht, so daß der Staat auch seine Kaufkraft bestimme, einer Inflation gewaltig

Vorschub zu leisten vermag. Aber andererseits hindert auch das System der Drittelsdeckung nicht, daß durch Vermehrung der Banknoten künstliche Kaufkraft und damit Preissteigerungen geschaffen werden, und in kritischen Zeiten kann überhaupt durch allerlei fiktive Mittel, Guthaben im Auslande, Deckung eines Papiergeldes durch ein anderes u. dgl. das ganze an das Gold anknüpfende Deckungssystem über den Haufen geworfen werden. Viel wichtiger, als das Geld an ein nicht ganz beliebig vermehrbares Edelmetall zu binden, wäre es, das Geld dem Einfluß des Staates und insbesondere der Verbindung mit dem Staatskredit mehr zu entziehen. Dadurch kann die Inflation, die größte Gefahr im Geldwesen, am besten vermieden werden. Dahin geht auch die ganze Entwicklung schon von selbst, indem die staatlichen realen Zahlungsmittel von immer geringerer Bedeutung werden gegenüber der abstrakten allgemeinen Rechnungseinheit; aber diese Entwicklung kann auch und muß durch ein zweckmäßiges wirtschaftspolitisches Eingreifen gefördert werden. Hier liegen die zukünftigen Aufgaben der Geldpolitik, die man freilich nur mit einer richtigen Auffassung des Geldes und seiner Funktionen erkennen kann. Wir wollen sie im folgenden in den wesentlichsten Punkten unter Verzicht auf alle Einzelfragen betrachten, indem wir von den Aufgaben der Geldpolitik im Kriege ausgehen.

Es sei nochmals betont, von wie großer Bedeutung im Kriege es ist, daß der Staat Einkommenssteigerungen und Preisverschiebungen, die, wie wir jetzt wissen, in engstem Zusammenhang miteinander stehen, möglichst vermeidet, daß er deshalb seinen Kriegsbedarf möglichst durch vorher abgeschlossene Verträge sich sichert, daß er schon im voraus zahlreiche Fabrikanten zur Lieferung gewisser Güter verpflichtet, vielleicht nach Preisskalen, die mit den Rohstoffkosten steigen, daß er von den wichtigsten Rohstoffen Vorräte hält usw. Man erkennt ferner, von wie großer Wichtigkeit für den ganzen Mechanismus des Tauschverkehrs es ist, Kriegsgewinne zu verhindern, weil sie große Einkommensverschiebungen und damit Preisverschiebungen bedeuten. Es kann nicht oft genug betont werden, wie wenig, besser gesagt, wie gar nicht wir wirtschaftlich auf den Krieg vorbereitet waren. Um so mehr muß dies betont werden, weil unsere Feinde eine solche wirtschaftliche Vorbereitung bei uns

im Gegensatz zu ihrem eigenen Unvorbereitetsein behaupten. Die Vorbereitung der Reichsbank mit ihrer Heranziehung des inländischen Goldes und ihrer Sorge für bessere Liquidät der Banken war ja sehr verdienstlich, die Goldheranziehung aber hätte leichter nachgeholt werden können als die wirtschaftliche Bereitschaft unserer Industrie und Landwirtschaft, die jetzt mit starken Preiserhöhungen erkauft werden mußte zu einer Zeit, als von Warenknappheit als Ursache der Preissteigerungen noch nicht die Rede sein konnte. Daß außerdem die Regierung bei ihren Ankäufen, namentlich in der ersten Zeit, die genügende kaufmännische Gewandtheit vermissen ließ, daß vielfach für Kriegslieferungen exorbitante Preise bezahlt wurden, ist bekannt. Teilweise war das wohl unvermeidlich, es war eben mangelnde Kriegsvorbereitung. Man hat aber auch gar nicht daran gedacht, welchen unheilvollen Einfluß große Einkommensverschiebungen für die ganze Volkswirtschaft haben, wie sie durch Nachfrageänderungen zu Preissteigerungen führen, wie sie die Spekulation anregen und den geregelten Gang des ganzen Wirtschaftslebens in Unordnung bringen.

Daher kann es als wichtigste Aufgabe der Geldpolitik, ja der gesamten Wirtschaftspolitik im Kriege bezeichnet werden, *große Einkommensverschiebungen, starke Einkommenssteigerungen einzelner Personenkreise zu verhindern. Die Verhinderung der Geldvermehrung, der „Inflation", ist nur eine Seite dieses großen Problems.*

Es ist nicht zu viel behauptet, wenn ich sage, daß man, mangels einer richtigen Wirtschaftstheorie, davon bisher so gut wie nichts gewußt hat. Die Aufgaben der Geldpolitik, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand. Zunächst: *strengste Preiskalkulationen* in allen Zweigen der Verwaltung! Nicht gerade größte Sparsamkeit, Zurückhaltung mit den Ausgaben! Es ist gut, wenn der Staat die Erwerbswirtschaften, natürlich möglichst gleichmäßig, beschäftigt. Vor allem aber: *Verhinderung aller übermäßig hohen Gewinne* in allen Erwerbszweigen! Was danach besonders in unserer Militärverwaltung zu verbessern ist, ist leicht einzusehen. Auch das gehört eigentlich schon in die Kriegsbereitschaft. Schon im Frieden müßten aus dem großen Heer der für den Frontdienst Untauglichen Tausende geeigneter

Elemente für den ganzen Intendanturdienst im weitesten Sinne ausgebildet und für den Abschluß von Lieferungsverträgen, Rechnungskontrolle usw. nach einem bis ins kleinste zu regelnden System herangezogen werden. Das bedeutet *wirtschaftliche Mobilmachung*, die sich nicht nur auf die Anfangswochen des Krieges, sondern bis zur Wiederkehr regulärer wirtschaftlicher Zustände zu erstrecken hätte. Dazu sind heute noch nicht einmal Ansätze vorhanden.

In das Kapitel: Verhinderung starker Einkommenssteigerungen, gehören auch die vielfach bezahlten hohen Gehalte, vor allem solche an ganz junge Leute, die mit dem Gelde nichts anzufangen wissen, den Konsum von Luxusgütern aller Art stark steigern, sich zu Ausschweifungen verleiten lassen u. dgl. Ein weitgehender *Sparzwang* ist hier ebenso berechtigt wie bei den jungen, in der Kriegsindustrie beschäftigten Personen, die teilweise sehr hohe Löhne verdienen.*) Die guten Geschäfte, die im Kriege viele Juweliere, Theater, manche Gastwirtschaften usw. machen, die Einkommenssteigerungen, die hier erzielt werden, entstammen diesen Verhältnissen ganz ebenso, wie die Steigerung der Grundstücks-, Häuser- und Aktienspekulation den Kriegsgewinnen der großen Kriegslieferanten entstammt. Alles das zusammen wirkt höchst ungünstig auf die allgemeine Preisbildung.

Zweitens ergibt sich aus dem Gesagten die dringende Notwendigkeit einer starken *Kriegsgewinnbesteuerung*, um, wenn doch große Einkommenssteigerungen eingetreten sind, sie den Beziehern möglichst bald und in möglichst großem Umfange zum Nutzen des Staates und der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wieder wegzunehmen. Auch das hat man bei uns längst nicht genügend erkannt, und ist mit der Kriegsgewinnbesteuerung viel zu langsam und nicht energisch genug vorgegangen. Eine durchgreifende Kriegsgewinnsteuer ist nicht nur eine sozialpolitische Maßregel, sondern auch für die geordnete Preisbildung und damit für das ganze Wirtschaftsleben von höchster Wichtigkeit. Natürlich darf man aber nicht erwarten, mit einer Kriegsgewinnsteuer die nachteiligen Wirkungen einer Papiergeldvermehrung ausgleichen zu können.

Daher kann drittens nicht dringend genug davor gewarnt werden, die *staatlichen Zahlungsmittel stark zu ver-*

*) Vgl. über den Sparzwang u. a. die Schrift von Dr. A. *Grabowsky*, „*Weltpolitik und Finanzpolitik*", Berlin 1916.

mehren und dem Staate so künstlich gesteigertes Einkommen, vermehrte Kaufkraft zu verschaffen. Es ist ein ungeheurer Irrtum, die Vorschriften über Drittelsdeckung und überhaupt über Notendeckung als ein Naturgesetz anzusehen, zu glauben, daß, wenn ein Staat vor Kriegsausbruch vielleicht drei Milliarden vollgedeckte Banknoten hatte, er nun ungestraft, ohne Einwirkung auf die Preise, weitere sechs Milliarden Banknoten ausgeben dürfe. Es ist ein ebenso großer Irrtum, zu glauben, daß man für jede aus dem Verkehr gezogene Mark in Gold unbedenklich drei Mark in Banknoten ausgeben dürfe, wenn dadurch die Geldmenge um Hunderte oder Tausende von Millionen Mark vermehrt wird. Das ist um so bedenklicher, wenn das Gold vorher nicht als Geld zirkulierte, sondern nur in Form von Schmucksachen u. dgl. jetzt zur Verfügung gestellt wird. Man hüte sich also vor dem Glauben, auf das jetzt überall von den Sammelstellen beschaffte Gold ohne Schaden das Dreifache in Banknoten ausgeben zu dürfen. Leider scheint diese naive Auffassung selbst bei sehr maßgebenden Stellen vorhanden zu sein.

Auf das eindringlichste muß immer wieder der Satz betont werden: Nichts ist für das Wirtschaftsleben, für die möglichste Stabilität der Preise, die ein Erfordernis geregelten Tauschverkehrs und zweckmäßiger Bedarfsversorgung ist, verderblicher als künstlich geschaffene Kaufkraft durch starke Geldvermehrung. Anleihen und Steuern sind also die richtigen Mittel der Kriegsfinanzierung. In welchem Umfange, weit über die tatsächlichen jährlichen Ersparnisse des Volkes hinaus, Anleihen aufgenommen werden können, hat der Krieg uns gelehrt. Es ist das die bedeutendste wirtschaftliche Erfahrung des Krieges. Anleihen und Steuern, die natürlich immer aus dem Einkommen bezahlt werden, wenden dem Staat die im Wirtschaftsleben entstandene Kaufkraft zu, die sonst die Einzelwirtschaften zur Geltung gebracht hätten.

Ob durch das bei uns übliche System der Finanzwechsel, welche die Reichsbank diskontiert, die sie dann eventuell an die Privatbanken weitergibt, nicht auch schon eine erst zukünftig entstehende Kaufkraft vorweggenommen und damit die momentane Kaufkraft künstlich erhöht wird, und ob das zu Preissteigerungen führt, muß Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben. Hier sei nur so viel gesagt, daß die Heranziehung der Notenbank für den

Staatskredit niemals erwünscht ist und die Tatsache, daß die Geltendmachung des Staatskredits auf dem Umwege über die Geldform erfolgt, immer eine unzweckmäßige und keineswegs ideale Organisation darstellt. Das muß man mit einer richtigen Geldtheorie erkennen, wenn auch zuzugeben ist, daß sie nicht von heute auf morgen beseitigt werden kann. Ungefährlicher ist jedenfalls die direkte Heranziehung der Privatbanken und des Sparkapitals.

Aus dem Gesagten erkennt man, daß es ein großer Fehler war, gleich in den ersten Wochen des Krieges, und zwar ohne zwingende Notwendigkeit, den Geldumlauf in der deutschen Volkswirtschaft um etwa zwei Milliarden zu vermehren. Sie wurden großenteils verwendet, um reichen Automobilbesitzern ihre Wagen zu hohen Preisen abzukaufen und Pferde und sonstiges Kriegsmaterial teuer zu kaufen, wofür man auch langfristige Wechsel oder Kriegsanleihen hätte geben können. Kein Zweifel, daß diese plötzliche künstlich geschaffene Kaufkraft zu der Preissteigerung und zum Sinken unserer Valuta mit beigetragen hat zu einer Zeit, wo von durch Warenknappheit verursachten Preissteigerungen noch nicht die Rede sein konnte. Es war ein Fehler, der auch wohl nur dem unseligen Dogma der Drittelsdeckung zu verdanken ist und der zeigt, daß unsere leitenden Kreise von dem Zusammenhang keine klare Vorstellung davon hatten, wie durch Geldvermehrung Preissteigerungen entstehen. Aber kann man ihnen denn einen Vorwurf daraus machen angesichts der Tatsache, daß auch die Wissenschaft bis in die neueste Zeit nicht wußte, wodurch und unter welchen Verhältnissen eine Geldvermehrung preissteigernd wirkt?

Aber, wird man fragen, wenn Anleihen nicht mehr genügen, die Kriegskosten aufzubringen — und bei sehr langer Dauer des Krieges würde das sicher auch bei uns der Fall sein — muß dann der Staat nicht doch zur Notenpresse greifen? In der äußersten Notlage des Staates, wenn Anleihen nicht mehr untergebracht werden können, ist es dann nicht das kleinste Übel, die Notenpresse in Bewegung zu setzen und dem Staate so Geld zu schaffen? Kann nicht das Sinken seiner Valuta in solchen Zeiten um so eher in Kauf genommen werden, als bekanntlich eine entwertete Valuta den Export stark anregt, weil in einem solchen Lande das Ausland billig kaufen kann? Ist damit nicht die

Möglichkeit gegeben, daß wir auf diese Weise nach dem Kriege schnell wieder aus der Geldentwertung und ihren Übelständen herauskommen?

Eine derartige Argumentation ist auf das entschiedenste abzulehnen, und sie anzuwenden würde von den schlimmsten Wirkungen begleitet sein. Die ausgiebige Benutzung der Notenpresse, um dem Staat neue Mittel zu schaffen, wäre verhältnismäßig harmlos, wenn sie die Wirkung hätte, die die strengen Quantitätstheoretiker bei der Geldvermehrung voraussetzen, alle Preise gleichmäßig in die Höhe zu treiben, wenn also entsprechend der Vermehrung der Geldmenge alle Preise gewissermaßen automatisch in die Höhe gehen. Das ist aber nicht der Fall, weil eben nicht die Geldmenge, sondern die Einkommen die Güter kaufen. Das einmal bestehende Preis- und Einkommensystem ist daher ein außerordentlich komplizierter, ineinandergreifender Organismus. Alle bedungenen Einkommen, Löhne, Gehälter u. dgl., namentlich die auf längere Zeit bedungenen, passen sich erst sehr allmählich den gestiegenen Preisen an. Die vermehrte Kaufkraft des Staates wirkt zuerst auf die Güter, die der Staat gebraucht und nach den Verhältnissen von Nachfrage und Angebot bezahlen muß. Der Staat muß hier vielfach hohe Preise zahlen, um die Industrie zur Steigerung der Produktion der von ihm gebrauchten Güter anzuregen, und das sind ja bei den heutigen Millionenarmeen nicht nur Waffen und Munition, sondern Kleidung und Lebensbedürfnisse der verschiedensten Art. Die so erzielten hohen Einkommen wirken dann weiter preissteigernd, aber natürlich auf die verschiedensten Güter und Leistungen in sehr verschiedenem Umfange. Sie führen auch zu mancherlei Luxuskonsum und regen insbesondere die Spekulation an, wie immer in unruhigen Zeiten zu beobachten ist.

Unter allen Umständen muß also der Staat vermeiden, sich künstliche Kaufkraft durch Notenausgabe zu verschaffen. Liefern freiwillige Anleihen nicht mehr genügende Summen und lassen sich Ersparungen in der Kriegswirtschaft, die bei uns leider lange nicht in genügendem Umfange versucht worden sind, nicht weiter durchführen, so bleiben immer noch Steuern und Zwangsanleihen. Denn die Subskriptionsanleihen stellen natürlich längst nicht die Gesamtheit der beim Konsum entbehrlichen Einkommensteile dem Staate zur Verfügung. Gerade unter

den Verhältnissen in Deutschland, wo infolge der Abschließungspolitik unserer Gegner eine Einschränkung des Konsums wünschenswert ist, wäre auch eine so weitgehende Heranziehung aller höheren Einkommen für die Staatszwecke möglich, daß nur ein der bisherigen Lebenshaltung entsprechender notwendiger Konsumtionsfonds übrigbleibt. Die Steuer brauchte nicht unbedingt nach dem Einkommen bemessen zu werden, sie müßte aber natürlich aus dem Einkommen bezahlt werden können. Von einer Konfiskation von Vermögensteilen, die dann nicht realisiert werden könnten, hätte der Staat natürlich keinen Vorteil. Es ist kein Zweifel, daß auf diese Weise für ein weiteres Jahr noch mindestens zwanzig Milliarden Mark zusammengebracht werden könnten, für jedes folgende naturgemäß weniger.

Zwangsanleihen mit niedriger Verzinsung wären natürlich eine mildere Form der Besteuerung. Sie kommen auch nach dem Kriege zu schnellerer Beseitigung bzw. Verminderung der gewaltigen Kriegsschuldenlast in Betracht. Davon soll hier nicht näher gesprochen werden.

Dagegen sei eine andere Frage der Geldpolitik hier behandelt. Wir besprechen sie und auch die folgenden Erörterungen über die Geldpolitik nach dem Kriege hier ganz offen, weil wir von autoritativster Seite erfahren haben, daß unsere Gedanken in absehbarer Zeit leider kaum praktische Verwirklichung finden werden. So seien sie denn hier als Theorie behandelt, später wird man es vielleicht bedauern, daß man nicht entschlossener ihnen gefolgt ist. Ist es richtig — so wollen wir zunächst fragen —, daß die Reichsbank und ebenso die Zentralbanken anderer Länder mit solcher Zähigkeit an ihrem Goldvorrat festhalten? Nach den bisher herrschenden wissenschaftlichen Anschauungen und der in diesem Punkte sehr wichtigen öffentlichen Meinung, die durchaus die metallistischen Gedanken in sich aufgenommen hat, zweifellos. Danach ist immer noch Gold gleichbedeutend mit Reichtum, und nichts zeigt unsere wirtschaftliche Kraft besser, als wenn wir einen recht großen Goldvorrat aufzeigen können. Ich gebe zu, daß mit diesem weiteste Kreise beherrschenden Dogma die praktische Geldpolitik auch dann in gewisser Hinsicht rechnen muß, wenn sie es als falsch erkennt. Aber das ist heute noch keineswegs der Fall. Sehr viele halten noch an der metallistischen Auffassung fest. Die meisten sehen heute, allerdings weniger aus wissenschaftlicher Überzeugung als

aus einem gewissen Trägheitsmoment und wegen Unklarheit über diese schwierige theoretische Frage, einen möglichst großen Goldvorrat und möglichst volle bare Deckung der Banknoten noch als das Ideal an, ohne Rücksicht auf die ungeheuren Kosten, die ein derartiges Geldwesen bedeutet, ohne Rücksicht auch auf den Vorschub, den wir damit unseren politischen und wirtschaftlichen Gegnern leisten. So fordern nicht nur wissenschaftliche Nationalökonomen, sondern auch kenntnisreiche Praktiker, wie G. Bernhard, A. Lansburgh u. a., mangels richtiger Erkenntnis über das Wesen des Geldes, Festhalten und möglichste Vermehrung unseres Goldschatzes. Es sei nur eine einzige Äußerung zitiert. A. Grabowsky sagt in der schon genannten Schrift (S. 20) im Anschluß an seine Empfehlung des Sparzwangs: „Die großen Summen, die auf diese Weise zusammenkommen, sollen zu umfangreichen Goldankäufen dienen. Auf diesen neuen starken Goldvorrat hin werden sodann nach dem bisherigen Prinzip der Drittelsdeckung oder nach einem erst einzuführenden Deckungsprinzip außerordentlich erhebliche Umlaufsmittel in Gestalt von Banknoten ausgegeben werden können, die die künftigen Kapitalien bilden (!), mit denen wir produktiv im inneren und vor allem jenseits unserer Grenzen zu arbeiten imstande sind."

Derartige Anschauungen sind durchaus die Konsequenz der herrschenden metallistischen Geldlehre; sie entsprechen auch einstweilen noch der allgemeinen Meinung, die im „Goldwahn" befangen ist, und werden in ähnlicher Form von den angesehensten Nationalökonomen vertreten. Sollten sie — was leider höchst wahrscheinlich ist — auch von den maßgebenden Stellen der Regierung geteilt werden, so ist der Kampf dagegen eine Aufgabe von höchster vaterländischer Wichtigkeit, zu der nach bestem Wissen und Gewissen — nicht um eigene überlieferte Irrtümer zu verteidigen — jeder Nationalökonom Stellung nehmen müßte. Wir sollen also möglichst viel Gold ankaufen und daraufhin recht viel Banknoten ausgeben, die dann unsere Kapitalien bilden! Kann man den Engländern besser in die Hände arbeiten, als mit derartigen ungeheuerlichen Vorschlägen? Würden solche Anschauungen in der praktischen Geldpolitik befolgt, so würde uns das Millionen und Milliarden kosten, es wäre einer verlorenen Schlacht gleich zu achten. Die Engländer würden wieder einmal über die dummen Deutschen triumphieren, die sklavisch ihren wirtschaftlichen

Ideen folgen. Es ist höchste Zeit, daß wir uns auch auf diesem Gebiete, wie auf so vielen, von der Herrschaft englischer Gedanken frei machen, daß wir die klassische Schule der Nationalökonomie, auf deren Grundlage vor jetzt hundert Jahren die Goldwährung eingeführt wurde, überwinden, daß wir in der ganzen ökonomischen Theorie und damit auch in der Geldlehre und Geldverfassung über die Engländer hinauskommen.

Die Goldwährung war ein Ideal höchstens vom Standpunkt der traurigen Währungsverhältnisse früherer Zeiten, weil sie der Allmacht des Staates bei der Geldschöpfung Naturgrenzen setzte, sie an die Gewinnung eines nur beschränkt vermehrbaren Edelmetalles band. Heute ist sie ein ungeheurer Luxus, und die Irrtümer der ökonomischen Theorie, die seine Aufrechterhaltung als notwendig erklären, sind ein höchst schädliches Hindernis für eine zweckmäßigere Gestaltung unserer Wirtschaft, sie sind eine große Verschwendung und dazu der Verzicht auf eines unserer wirksamsten Kampfmittel im Wirtschaftskriege mit unsern Gegnern.

Sofern der Staat die allgemeine Rechnungseinheit in Ruhe läßt und nicht durch starke Papiergeldvermehrung und dadurch bewirkte künstliche Kaufkrafterzeugung das überlieferte Preis- und Einkommensystem stört, ist ein großer Edelmetallvorrat völlig überflüssig, die gewaltigen Kosten einer Golddeckung der Zahlungsmittel könnten vermieden werden. Hier liegen die Hauptaufgaben jeder Geldpolitik, nachdem man einmal das Wesen des Geldes richtig erkannt hat.

Vor dem Kriege konnten wir uns den Luxus allenfalls gestatten, daß uns unsere Tauschmittel über drei Milliarden Mark kosteten. Ja, vielleicht waren diese Kosten bis in die neueste Zeit hinein kein Luxus, sondern eine Art Buße für die jahrhundertelangen Sünden der früheren staatlichen Geldpolitik, welche mit ihren Eingriffen in das Geldwesen dessen Sicherung durch ein nicht beliebig vermehrbares, allgemein geschätztes Gut erforderlich machte und es zur Ausbildung einer stabilen Rechnungseinheit und der Entwicklung privater Zahlungs- und Abrechnungsmittel überhaupt nicht kommen ließ. Heute dagegen, wo der größte Teil der Umsätze sich von der Benutzung der staatlichen Zahlungsmittel unabhängig gemacht hat, ist damit der Beweis gegeben, daß die Schätzung der Rechnungseinheit von dieser Seite

nichts zu fürchten hat, daß der Staat vielmehr seine Pflicht gegenüber dem Geldwesen und Wirtschaftsleben erkennt. Damit wird aber der große Edelmetallvorrat zum Luxus, und angesichts der durch den Krieg gewaltig gestiegenen Staatsausgaben können wir uns diesen Luxus nicht mehr leisten.

An und für sich brauchte der Staat, wenn das Vertrauen in die Stabilität seiner Rechnungseinheit vorhanden ist, sein Geld gar nicht zu „decken", denn die Rechnungseinheit, ihre Schätzung kann er doch nicht decken. Sie kann trotz Deckung und ohne Veränderung der Geldmenge sich doch ändern aus den auf seiten der Waren liegenden Gründen, welche die Hauptursache der Teuerung sind.

Will er aber sein Papiergeld decken, weil das bisher immer üblich war und ohne Deckung das Vertrauen zur Währung leiden könnte, so kann das für den inneren Verkehr geradesogut wie durch Edelmetall durch andere allgemein geschätzte, leichtveräußerliche Waren geschehen. Es ist also gar kein Zweifel, daß für den inneren Verkehr in Deutschland die drei Milliarden Mark, die in als Geld und Gelddeckung dienendem Edelmetall stecken, gespart werden könnten. Als Deckungsmittel könnten solche Waren genommen werden, die für die Zwecke der jetzt viel erörterten staatlichen Vorratswirtschaft in Betracht kommen, Getreide, Kupfer, Baumwolle, Wolle, Nickel, Platin u. dgl., für die wir, um im Kriegsfalle vom Auslande für längere Zeit unabhängig zu sein, zweckmäßig größere Vorräte ansammeln. Allein für die Banknotendeckung große Mengen an Gold hinzulegen, die zu nichts anderem verwendet werden können, ist höchst unwirtschaftlich.

Aber auch für die Ausgleichung internationaler Verpflichtungen ist Gold zwar bequem, aber sehr unwirtschaftlich. Sie könnte, außer in Devisen, an sich ebensogut in Waren erfolgen, die der Gläubigerstaat gebrauchen kann, oder auch in Effekten, da die Länder, die eine stark passive Warenbilanz haben, meist im Geldkapitalverkehr Gläubiger sind. Gewiß wird der Devisenhandel durch das Vorhandensein eines allgemeinen internationalen Ausgleichsmittels, für das bekannte Paritäten bestehen, erleichtert. Für verschiedene Waren müßten die Versendungskosten besonders festgestellt werden. Aber dieser Vorteil des Goldes wird doch durch die in die Milliarden gehenden Kosten seiner Beschaffung

viel zu teuer erkauft. Am einfachsten wäre die Ausgleichung durch Abgabe aus einem zur Notendeckung benutzten Devisenvorrat oder von ebenso benutzten internationalen Effekten. Schon jetzt wird dieses Mittel ja im größten Umfange angewandt. Vor allem wird immer ein zweckmäßig ausgewählter Devisenvorrat als Deckung der Banknoten und als Mittel der Zahlungsausgleichung in Betracht kommen, der gegenüber der Golddeckung noch den Vorteil hat, daß er Zinsen trägt.

Manche Nationalökonomen, z. B. O. Heyn, „Unser Geldwesen nach dem Kriege", geben sich Mühe, zu zeigen, daß wir eine freie Goldzirkulation nach dem Kriege für geordnete Währungszustände nicht nötig haben, und daß eine Golddevisen- oder Goldkernwährung (Plenge) genüge. Vielleicht ist es angesichts der noch so verbreiteten Meinung, als ob wir überhaupt nicht genug Gold haben könnten und kein Opfer dafür zu groß sei, wirtschaftspolitisch zweckmäßig, zunächst einmal dies Ziel zu proklamieren, und auch meine Vorschläge laufen ja darauf hinaus, sich einen kleinen Goldbestand für die Zwecke internationaler Zahlungsausgleichung den Staaten gegenüber, die durchaus Gold haben wollen, zu reservieren. Aber über die freie Goldzirkulation im inneren Verkehr ist wissenschaftlich meines Erachtens überhaupt nicht mehr zu diskutieren. Ich betrachte es aber vor allem als meine Aufgabe, der Wissenschaft und den leitenden Männern der Praxis auch die weiteren Aufgaben der Geldpolitik, die nur die Theorie erkennt, aufzuzeigen. Da handelt es sich nicht nur darum, ein bisher als zweckmäßig erkanntes Währungssystem ohne Rücksicht auf seine Kosten einfach weiterzuführen, weil bisher die große Masse von seiner Vortrefflichkeit überzeugt war, sondern wir haben die Geldpolitik in die Gesamtheit der gewaltigen und ganz neuen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben hineinzustellen, die wir nach dem Kriege, und zwar auf Jahrzehnte hinaus, zu erfüllen haben. Von diesem Standpunkt erhebt sich auf Grund unserer theoretischen Erörterungen die Frage, ob wir unseren Goldbestand nicht nützlicher als zur Zirkulation und zur Deckung unserer Banknoten benutzen können. Darüber soll im folgenden einiges gesagt werden.

An der Anschauung, daß ein möglichst großer Goldvorrat zu einer geordneten Währung gehört, die ja angesichts der früheren Eingriffe des Staates in das Geldwesen begreiflich war, haben

heute nur die Goldproduktionsländer ein Interesse. Für uns aber ist es eines der wichtigsten Maßregeln des wirtschaftlichen Kampfes, der nach dem Friedensschluß unter allen Umständen einsetzen wird, diese Anschauung zu zerstören und uns zunächst selbst von ihr abzuwenden. Aber es wäre durchaus verkehrt, damit bis nach dem Kriege zu warten. Gerade während des Krieges könnten wir unseren Goldschatz am günstigsten verwerten, brauchten ein weiteres Sinken unserer Valuta deswegen nicht zu fürchten, sondern könnten im Gegenteil, wenn er in geschickter Weise benutzt wird, damit am ersten eine Steigerung derselben erzielen.

Nun sind allerdings während des Krieges offenbar nicht unerhebliche Goldmengen ins Ausland abgeflossen, aber zweifellos nicht als Folge richtiger Erkenntnis des Geldwesens — die Regierung rechnet offenbar nur mit dem allgemeinen und von ihr selbst geteilten Goldaberglauben —, als weil das Ausland, unter dem Einfluß desselben Irrtums, die Goldzahlung verlangte. Andererseits soll auch von uns eine Entschädigung in einem gewissen Falle in Gold verlangt worden sein, obwohl wir sicherlich auch uns sehr viel nützlichere Waren hätten bekommen können.

Das ist sicher, daß wir niemals unseren Goldvorrat so günstig verwenden können wie gerade jetzt, wo der Goldglaube noch alle Länder beherrscht. Denn nach dem Kriege würde die Kaufkraft des Goldes, wenn die bisherige Produktion in dieser Weise fortdauert, selbst dann sinken, wenn die wichtigsten Staaten eine Golddevisenwährung beibehalten würden. Heute können wir uns aber die größten Vorteile erkaufen, wenn wir mit großen Goldzahlungen herausrücken wollten.

Unseren Goldbestand möglichst günstig zu verwerten, muß also eine der wichtigsten Aufgaben unserer Geldpolitik sein. Sie wird nicht dadurch erfüllt, daß man auf Grund des Dogmas der Dritteldeckung bis zur äußersten Grenze Banknoten ausgibt, sondern daß man ihn, natürlich nicht überstürzt, zu Ankäufen wichtiger Waren verwendet. Auch bei den Friedensverhandlungen kann die Einsicht eine Rolle spielen, daß wir nicht starr an unserem Goldvorrat festzuhalten brauchen, sondern daß unser Geldwesen ganz unabhängig von ihm wohl geordnet sein und unsere Währung ohne ihn ihren Stand behaupten kann.

Man könnte immerhin Bedenken tragen, mit der allmählichen Abstoßung unseres Goldvorrates schon im Kriege zu beginnen,

sie also gerade in diesem Augenblick in Angriff zu nehmen, wo schon vor dem Kriege durch die Teuerung und dann seit dem Kriege durch die mit ihm verbundenen Einkommensverschiebungen und sonstigen wirtschaftlichen Umwälzungen die Stabilität unserer Rechnungseinheit erschüttert ist. Aber einmal wird die Maßregel der Abstoßung des Goldes, wenn sie geschickt und vorsichtig erfolgt, keine weitere Erschütterungen unserer Rechnungseinheit mit sich bringen, da sie keine Einkommensverschiebungen bewirkt. Sie wird im Gegenteil unsere Valuta heben. Andererseits gilt hier wieder einmal, daß nur der vollen Erfolg hat, der zuerst kommt. Es handelt sich hier um die möglichst schnelle Ausnützung einer wissenschaftlichen Erkenntnis, die wirtschaftlich um so weniger erfolgreich verwertet werden kann, je mehr sie allgemein befolgt wird. Außerdem kann gerade jetzt unser Goldvorrat besonders gut zur Hebung unserer Valuta benutzt werden. Denn selbst unsere Feinde, die sonst nichts von uns kaufen wollen, unser Gold nehmen sie gern, und würden sich, in falschen Theorien befangen, nicht scheuen, uns Waren zu liefern, die uns viel nützlicher sind.

Ich würde daher gar kein Bedenken tragen, allmählich einen Teil unseres Goldvorrates zur Beschaffung von Rohstoffen wie Kupfer, Nickel, von seltenen Erden, Baumwolle, Wolle u. dgl. zu verwenden. Die Ankäufe müßten natürlich so geschickt gemacht werden, daß sie die Weltmarktpreise nicht weiter steigern. Die Rohstoffe brauchten keineswegs bei der Reichsbank zu lagern, sondern könnten der Industrie gegen Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden. Das ganze würde schließlich darauf hinauslaufen, daß einige der wichtigsten Industrien mit ihrem in den Rohstoffen steckenden Betriebskapital für das ausgegebene Papiergeld haften. Wenn dieses nicht ohne Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften vermehrt werden kann — das System der indirekten Kontingentierung müßte verändert werden, aber der Reichsbank ein gewisser Spielraum zur Vermehrung der Zahlungsmittel an den Quartalsterminen gewährt sein —, liegt gar keine Gefahr vor, daß die Kaufkraft der Mark darunter leiden könnte.

Doch könnte man dem eingewurzelten Gedanken der Golddeckung während des Krieges noch in anderer Weise Rechnung tragen. Es könnten die Edelmetallvorräte, die sich im Inland noch in der Form von Schmucksachen und Geräten befinden, zur

Deckung der Banknoten herangezogen werden, um der öffentlichen Meinung, insbesondere auch des Auslandes, welche in ihrer Beurteilung der deutschen Währung von der Golddeckung ausgeht, diese möglichst günstig erscheinen zu lassen. Die Heranziehung jener Goldvorräte soll also nicht dazu dienen, dem Staate weiteres Geld zu verschaffen, er darf daher auch beileibe nicht die Banknoten entsprechend vermehren, sondern sie sollen die Möglichkeit geben, einen Teil des faktischen Goldvorrates nützlich im Auslande zu Ankäufen zu verwenden und damit gleichzeitig unsere Valuta zu heben, ohne den allgemeinen Anschauungen über Golddeckung zuwider zu handeln. Die Heranziehung dieser Wertgegenstände geschähe am besten durch Verpfändung an das Reich, um einen Anreiz dazu zu gewähren vielleicht so, daß im Anschluß an die Darlehenskassen für je 100 M. geschätzter Goldwert Kriegsanleihescheine zu 100 M. oder auch Scheine einer besonderen niederer verzinslichen Anleihe ausgegeben werden. Öffentliche Behörden, Kirchen, Museen, die Herrscherfamilien könnten ihre Goldschätze ohne faktische Übergabe zur Verfügung stellen. Die Maßregel — auf ihre nähere Durchführung will ich hier nicht eingehen — soll nur einen großen Teil des Vorrats an Barrengold für andere nützlichere Zwecke freimachen und dabei doch dem herrschenden Golddeckungsglauben Rechnung tragen. Voraussetzung ist nur, daß die papiernen Zahlungsmittel nicht weiter vermehrt werden. Das ist unter allen Umständen die Hauptaufgabe einer vernünftigen Geldpolitik.

Sieht aber die Bevölkerung, daß die früher in Kriegszeiten übliche Notenwirtschaft nicht wiederkehren wird und daß die inländischen Zahlungsmittel nicht übermäßig vermehrt werden — tatsächlich sieht ja doch jeder Kaufmann mit richtigem Instinkt bei der Beurteilung der Reichsbankausweise mehr auf die Steigerung der Notenmenge als auf die Deckungsquote —, so wird auch das Vertrauen zu ihnen nicht sinken und weitere Preissteigerungen, die nach dem Kriege aber unwahrscheinlich sind, jedenfalls nicht von der Seite des Geldes her verursacht werden.

Dem Auslande gegenüber ist aber gerade jetzt während des Krieges das Gold nicht nur das kaufkräftigste, sondern von unserem Standpunkte aus das zweckmäßigste Zahlungsmittel. Mit dem Golde können wir zweifellos Güter kaufen, die man uns

sonst nicht abgeben würde, und wir können sie zu viel niedrigeren Preisen kaufen, als sie uns angerechnet werden, wenn wir andere Waren dafür liefern wollten. Deswegen muß aber doch bei solchen Abschlüssen scharf gehandelt werden, damit wir nicht die gegenwärtigen übermäßigen Kriegspreise bezahlen müssen. Am richtigsten wäre es wohl, jetzt schon für die Zeit gleich nach dem Frieden Abschlüsse zu machen für wichtige Rohstoffe, die wir unbedingt gebrauchen, zu möglichst niedrigen Preisen gegen das Versprechen der Goldzahlung. Es würde z. B. meines Erachtens gar keine Bedenken haben, eine Milliarde Gold zu opfern zum Ankauf von Baumwolle, Wolle, Kupfer u. dgl. zu einigermaßen normalen Preisen. In der ersten Zeit nach Beendigung der Kriegshandlungen ist unsere Industrie noch verhältnismäßig wenig exportfähig, weil uns eben wichtige Rohstoffe fehlen und die Umstellung auf den Friedensbedarf noch nicht durchgeführt ist. Da kann zweifellos Gold ein wichtiges Exportmittel sein und muß gleichzeitig in geschickter Weise zur Hebung unserer Valuta benutzt werden. Später können dann Goldverkäufe zur Hebung unseres Exports nach den feindlichen Staaten dienen, etwa indem wir Rußland sagen: wir kaufen euch Getreide in der und der Menge ab und zahlen dafür soundso viel in Gold, wenn ihr uns gleichzeitig soundso viel Maschinen abnehmt, soundso viel deutschen Bauern die Auswanderung gestattet u. dgl. Wenn gleichzeitig die Regierung die Notenmenge nicht vermehrt und eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik verfolgt, welche nicht einzelne Erwerbsstände übermäßig begünstigt und dadurch zu Einkommenssteigerungen führt — z. B. durch Einführung von Staatsmonopolen mit hohen Abfindungen, wovor nicht dringend genug gewarnt werden kann —, so wird ein weiteres Sinken der Kaufkraft des Geldes nicht eintreten und von einer ungünstigen Wirkung des verminderten Goldvorrates auf die Preise kann jedenfalls keine Rede sein. Unter diesen Kautelen von einer „Inflation“ zu sprechen, könnte selbst dem eingefleischtesten Metallisten nicht einfallen, weil wir auf Grund unserer Theorie erkennen, wann und unter welchen Bedingungen die Notenvermehrung gefährlich ist, und diese Verhältnisse, die Schaffung künstlicher Kaufkraft und dadurch bewirkte Einkommens- und Preisverschiebungen, sehr viel energischer bekämpfen und zu vermeiden suchen als die bisherigen Währungssysteme mit ihrer Drittelsdeckung u. dgl.

2. Die Aufgaben der Geldpolitik nach dem Kriege

Mit diesen Erörterungen sind wir schon auf die Fragen der Geldpolitik **nach dem Kriege** gekommen. Wir wollen uns im folgenden in der Hauptsache auf die Geldpolitik im engsten Sinne, die **Währungspolitik**, beschränken.

In welchem Umfange könnte, wenn man weitergehende Schritte scheut, zunächst wenigstens die Goldwährung mit ihren enormen Kosten allmählich abgebaut werden? Unsere entscheidenden Gesichtspunkte und ihre allgemeinen theoretischen Grundlagen sind den Lesern bekannt. Zwei Probleme stehen hier im Vordergrund: **Die Goldzirkulation** und die **freie Goldprägung**. Daß die Goldzirkulation ein Luxus ist, den sich allenfalls reiche Goldproduktionsländer leisten können, mit dem aber alle anderen nur den Interessen jener dienen, das haben wohl im Kriege selbst die orthodoxesten Metallisten eingesehen. Daß aber auch eine reine Papierzirkulation ihre Aufgabe erfüllt, selbst wenn die Bevölkerung vorher an Gold gewöhnt war, und das nicht nur in normalen Zeiten, sondern auch unter den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen des Krieges, das haben wir zur Genüge in Deutschland beobachten können.

Man kann daher auch kaum einwenden, daß „das Volk sich nicht mit dem Papiergeld begnügt, das ihm nur einen Wert bezeichnet, es will einen Wert fühlen, einen Wert umklammern". Das Vertrauen in den Staat „beruht im wesentlichen auf der Vorstellung, daß in den Kellern der Reichsbank eine riesenhafte ... Menge roten Edelmetalls lagert. Man mag das noch so häufig Goldwahn heißen, solange dieser Goldwahn vorhanden ist, bedeutet er eine feste Realität in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht" (Grabowsky a. a. O., S. 20). Nein, es ist im Gegenteil eine höchst wichtige Aufgabe, diese unwirtschaftlichen Vorstellungen zu zerstreuen, genau wie man auch auf anderen Gebieten unwirtschaftliche Verfahren zu beseitigen trachtet. Die erste Anregung dazu kann aber nur der Theoretiker geben, der die Mängel der heutigen Ordnung und die Irrtümer, durch welche sie aufrechterhalten werden, erkennt. Nichts anderes ist meine Absicht. Mögen die Praktiker und Politiker sehen, wie sie sich mit diesen Ideen auseinandersetzen und wie sie die Hindernisse, die ihrer Verwirklichung entgegenstehen, überwinden. Aber einfach zu sagen,

der Goldwahn ist einmal vorhanden und daraufhin nichts zu tun, ist zwar sehr bequem, geht aber nicht an und ist höchst unpatriotisch.

Außerdem ist der „Goldwahn" tatsächlich nur in den Köpfen einer kleinen Schicht vorhanden, der Kaufmannschaft, die ökonomisch halbgebildet ist, falsche, allerdings noch weit verbreitete Theorien als „bare Münze", als Dogmen nimmt. Aber in den meisten Volksschichten denkt niemand an Golddeckung beim Papiergeld. Daß die Vorstellung der Golddeckung der staatlichen Zahlungsmittel in einem geordneten Staatswesen keineswegs tief sitzt und leicht zu beseitigen ist, zeigte Österreich vor dem Kriege und zeigen die Verhältnisse Deutschlands und Frankreichs seit dem Kriege. Eine große Goldzirkulation im inländischen Verkehr, wie wir und Frankreich sie vor dem Kriege hatten, werden sich nachher nur wenige Staaten leisten. Überall wird, auch wenn man an dem Luxus der Goldwährung und Golddeckung festhält, der bargeldlose Zahlungsverkehr, in dem der Fortschritt des Geldwesens liegt, gefördert werden. Aber auch für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande ist zum mindesten ein großer Goldschatz heute schon überflüssig. Mit wachsender Einsicht wird man immer mehr anfangen, Forderungen an das Ausland in zweckmäßig ausgewählten Devisen und internationalen Effekten sich begleichen zu lassen und damit und mit wichtigen Rohstoffen eventuell das inländische Papiergeld zu decken, statt die zinslose Last eines sonst ganz unbrauchbaren Edelmetalls auf sich zu nehmen.

Da infolge der Verarmung durch den Krieg in den von ihm betroffenen Ländern wohl noch lange hinaus eine Verminderung der Umsätze im inneren und äußeren Verkehr, eine Einschränkung der Lebenshaltung weiter Kreise vorhanden sein wird, wird auch der Bedarf an Zahlungsmitteln und damit an Gold zur Deckung derselben auf Grund der bisherigen Währungsgesetze nach dem Kriege nicht ebenso weitersteigen wie früher, die Nachfrage nach Gold also selbst dann geringer werden, wenn die kriegführenden Länder die freie Prägung wieder einführen sollten.

Die freie Prägung ist der eigentliche Kernpunkt der Goldwährung, der Punkt, durch den die Goldwährungen der verschiedenen Länder miteinander verknüpft sind, wenn auch, wie wir gesehen haben, über die Art dieser Verknüpfung mangels einer richtigen Geld- und Preistheorie noch die größten Unklarheiten bestehen. Praktisch war diese Institution für uns nicht von großer

Bedeutung, weil die internationalen Zahlungsverhältnisse Deutschlands in der Regel eine Goldeinfuhr nicht begünstigten. Wenn trotzdem Gold nach Deutschland kam — in den letzten Jahren vor dem Kriege nahezu 200 Mill. Mark jährlich, wovon allerdings ein großer Teil Industriebedarf abzuziehen ist —, so mußte es eben gekauft und mit anderen Waren oder Effekten bezahlt werden.

Nach dem Kriege wird, selbst wenn der Wirtschaftskrieg, den uns unsere Gegner als getreue Vasallen Englands ankündigen, nicht in dem erwarteten Maße zur Durchführung gelangt, der Außenhandel Deutschlands ebenfalls kaum die Goldeinfuhr begünstigen. Es müßte denn sein, daß andere Länder eher als wir die Entbehrlichkeit der Golddeckung erkennen und uns ihren Goldüberfluß selbst zu geringeren Preisen zuzuschieben suchen. Dagegen müssen wir uns aber unter allen Umständen wehren. Von freier Goldprägung kann daher in Deutschland und den ihm wirtschaftlich verbündeten Staaten nach dem Kriege auf keinen Fall die Rede sein. Das müßte allen maßgebenden Kreisen als eine Selbstverständlichkeit erscheinen.

Die **Golddevisenwährung** wird wohl der Währungszustand sein, den wir und unsere Verbündeten nach dem Kriege zunächst haben werden. Wenn die anderen Länder, insbesondere die neutralen Staaten, noch die Geschäfte Englands und der übrigen Goldproduktionsstaaten weiter besorgen wollen, ist das ihre Sache. Wir dagegen dürfen unter keinen Umständen uns weiter Gold aufschwätzen lassen. Im Gegenteil sei nochmals betont: **man fürchte nicht, Gold abzugeben**; man suche nicht durch hohen Diskont künstlich Guthaben aus dem Auslande heranzuziehen, die wir hoch verzinsen müssen. Man lasse vor allem auch nicht Effekten, Kriegsanleihen u. dgl. zur Bezahlung von Forderungen ins Ausland gehen, die eine einmalige Verschuldung zu einer dauernden machen. Gold sei für uns ein Exportartikel wie jede andere Ware, die wir abgeben, wenn das Ausland, auf Grund falscher ökonomischer Theorien, sie uns lieber abnimmt. Nur zögern wir nicht zu lange mit dem Abgeben; denn die Ware Gold wird voraussichtlich nach dem Kriege weiter an Wert verlieren.

Ich bin davon überzeugt, daß wegen seiner Unwirtschaftlichkeit noch im Laufe dieses Jahrhunderts das Gold seine Rolle als internationales Zahlungsmittel und vor allem als Grundlage des

inländischen Geldes ausgespielt haben wird. Es wird eine ebensolche „Entthronung des Goldes" eintreten, wie sie im 19. Jahrhundert für das Silber erfolgte. Diejenigen Staaten, die sich am frühesten von dem Goldhunger freimachen, werden ihren Goldbesitz, diese ganz unnütze Last, noch am günstigsten los werden können. Eine Vereinbarung der wichtigsten Länder darüber wird nicht erforderlich sein. Im Gegenteil wird die Lossagung vom Golde durch allmähliches Abstoßen eine Maßregel des wirtschaftlichen Kampfes sein, die wir und die uns verbündeten Mächte am ersten vornehmen können, weil wir nur in verschwindendem Umfange Gold produzieren, während unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner die größten Goldproduzenten und Goldbesitzer sind. So wird sich die Demonetisierung des Goldes allmählich wie beim Silber mit zunehmender Einsicht in das Geldwesen von selbst vollziehen. Man scheue sich daher auch nicht, einen großen Teil unseres Goldschatzes abzugeben, wenn wir uns dadurch günstige Friedensbedingungen bei dem einen oder anderen unserer Gegner verschaffen können. Nachdem wir aber einen großen Teil des Goldes abgestoßen haben, bleibt uns weiter die wichtige Aufgabe, in den übrigen Ländern, die kein Interesse an der Goldproduktion haben, aufklärend zu wirken und sie zur Nachfolge zu veranlassen. An den internationalen Wirtschaftsbeziehungen wird dadurch nichts geändert. Für diejenigen Länder, die durchaus Gold haben wollen, werden wir uns solches immer billig beschaffen können. Schließlich mag England als letztes Goldwährungsland, wie das Bendixen hübsch schildert, auf den Goldhaufen der ganzen Welt sitzen bleiben.*) Erforderlich ist nur, daß der Staat sein Papiergeld nicht beliebig vermehrt, also vor allem die Trennung der Banknotenausgabe vom Staatskredit. Staaten, die es damit nicht ernst nehmen, werden eben durch unstabile Preisverhältnisse und die damit zusammenhängenden Nachteile für die Einkommensbildung und das ganze Wirtschaftsleben selbst die Folgen zu tragen haben.

Zunächst muß also eine eingehende Aufklärungsarbeit im Inlande einsetzen, welche die Irrtümer des Metallismus klarlegt, und zwar nicht durch bloße Behauptungen, sondern auf der Grundlage einer richtigen allgemeinen Wirtschaftstheorie. Man

*) F. Bendixen, „Währungspolitik und Geldtheorie im Lichte des Weltkrieges", 1916.

muß also vor allem erkennen, wie eine Vermehrung des Geldes, die nicht aus dem Tauschverkehr entstanden ist, wirkt, daß sie künstliche Einkommenssteigerungen und damit Verschiebungen in dem Verhältnis von Nachfrage und Angeboten bewirkt, die zu Preisveränderungen führen. Man muß erkennen, daß das auch geschieht, wenn noch so schöne Deckungsvorschriften bestehen. Es würde auch für den Goldimport gelten, wenn nicht das Gold wie eine Ware gekauft, mit Leistungen aus dem Tauschverkehr bezahlt werden würde. Jeder Goldimport bedeutet also einen Verzicht auf andere Gebrauchsgüter, ein Opfer zugunsten der Währung, das man bisher für nötig hielt. Wird aber auf Grund solchen Goldimports gleich das Dreifache an Banknoten ausgegeben, wie es Grabowsky verlangt, so ist die Gefahr der „Inflation", d. h. von Preissteigerungen, trotz aller Deckungsvorschriften um so größer, je größer die Vermehrung von Zahlungsmitteln ist. Entscheidend ist eben nicht ihre Menge, sondern wofür die Banknoten ausgegeben werden. Auf gute Warenwechsel sind sie nichts anderes als ein Spiegelbild größerer Umsätze im regulären Tauschverkehr, auf Finanzwechsel des Staates bedeuten sie um so mehr künstlich geschaffene Kaufkraft, je weniger rasch ihre „Deckung" durch eine Anleihe erfolgt, die in entsprechender Menge private Einkommen dem Staate zur Verfügung stellt.

Bendixen hat durchaus recht, wenn er in seiner erwähnten Schrift (S. 68) sagt, daß auf Warenwechsel umlaufende Banknoten eine besondere Deckung neben den Wechseln nicht bedürfen. Auch betont er, daß das Bankgesetz die Unterscheidung von Warenwechseln und Finanzwechseln nicht macht und nur auf die Güte der Unterschriften sieht, ein Beweis, daß es die Reichsbank nur als Kreditgeberin, nicht als Geldschöpfungsanstalt betrachtet. Aber die Bankleitung hat schon längst erkannt, daß es mindestens ebenso auf den dem Wechsel zugrunde liegenden wirtschaftlichen Vorgang ankommt.

Nun könnte man in der Tat die Frage aufwerfen, ob nicht das ganze System, eine nur gelegentliche Vermehrung der Umsätze im Tauschverkehr zur Grundlage einer Vermehrung der realen Zahlungsmittel zu machen, bei denen doch keine Sicherheit besteht, daß sie alsbald wieder zur Notenbank zurückfließen, ob nicht dieses ganze, auf dem Sachgeld aufgebaute System heute im Zeitalter der privaten Abrechnungsmethoden vielleicht schon ver-

altet ist und durch ein besseres ersetzt werden könnte. Doch soll auf diese Frage, die die Zukunft der Notenbanken überhaupt betrifft, hier nicht näher eingegangen werden. Sie muß aber erkannt und im Auge behalten werden; auf Grund der bisherigen Geld- und Wirtschaftstheorie fehlten dafür überhaupt die Gesichtspunkte.

Einstweilen kann das System der Notenausgabe auf Warenwechsel jedenfalls beibehalten werden. Nur muß hier auch eine Grenze für die Notenausgabe gesetzt sein. Natürlich macht eine solche Begrenzung eine sorgfältige Überwachung des Wirtschaftslebens und eventuelle Einschränkung des Kredits durch die Diskontpolitik nicht überflüssig.

Neben den in veränderlicher Menge zirkulierenden Banknoten der Reichsbank, die jeder Beziehung zu den Staatsfinanzen entkleidet werden müßte, könnten als Ersatz für das vor dem Kriege zirkulierende Goldgeld eine bestimmte, unveränderliche Menge Staatspapiergeld in Umlauf gesetzt werden, vielleicht im Höchstbetrage von 1 bis 2 Milliarden Mark. Diese könnten durch einen „Reichskriegsschatz" gedeckt werden, der aus wertvollen und für den Krieg wichtigen Rohstoffen zu bilden wäre. Darüber, daß dieses Geld ebenso wie jedes andere, etwa unsere jetzigen Reichs- oder Darlehenskassenscheine, ohne jedes Bedenken genommen werden würde, besteht kein Zweifel. Ist diese Ordnung aber einmal durchgeführt, so soll der Staat das ganze Währungswesen in Ruhe lassen. Die deutsche Papierwährung wird dann genau ebenso gut funktionieren wie bisher die Goldwährung und uns zirka 3 Milliarden überflüssige Ausgaben ersparen.

Weshalb halten denn insbesondere auch die Praktiker mit solcher Zähigkeit an der Goldwährung als der höchsten denkbaren Stufe des Geldwesens fest, trotzdem sie damit zweifellos nur die Geschäfte der Goldproduktionsländer, vor allem Englands, besorgen? Es wirkt dabei außer der Erinnerung an die schrankenlose Notenausgabe früherer Zeiten auch der Gedanke an die bimetallistische Agitation mit und an die unbestreitbaren Gefahren, denen man sich ausgesetzt hätte, wenn man jenen ganz unklaren, auf falsche Theorien gestützten Bestrebungen nachgegeben hätte. Solange das ganze Geldwesen Gegenstand bloßer Empirie war, eine richtige theoretische Erfassung des Tauschverkehrs und damit des Geldes und seiner Funktionen noch fehlte, war die Goldwährung, weil sie die Geldvermehrung an eine gewisse natürliche

Schranke band, das zweckmäßigste Währungssystem. Sie wird es aber in Zukunft nicht mehr sein, auch dann nicht, wenn man unsere Auffassung des Geldes als falsch nachweisen könnte, oder, trotz Anerkennung ihrer Richtigkeit, die daraus sich ergebenden Konsequenzen über Golddeckung nicht ziehen und die Abschaffung der Goldwährung nicht wagen würde.

Denn, wenn anders nicht eine starke Verminderung der Goldproduktion eintritt, wenn diese vielmehr in dem jetzt erreichten Umfange weiter betrieben wird oder sich gar noch ausdehnt, werden für Gold ähnliche Verhältnisse eintreten, wie wir sie seit den siebziger Jahren beim Silber erlebt haben. Die Staaten werden sich nicht mehr wie bisher um die jährliche Goldproduktion von mehr als einer Milliarde Mark reißen, sie können Besseres tun, als ihre Guthaben bei einer aktiven Zahlungsbilanz in Gold sich auszahlen zu lassen oder gar ohne eine solche Gold mit großen Opfern im Auslande zu kaufen.

Es ist allerdings wahrscheinlich, daß sich die Goldproduktion in gewissem Grade der verminderten Nachfrage anpassen wird und sich von selbst vermindern wird, selbst wenn die technische Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung besteht. Denn auch im Golde ausgedrückt sind überall die Preise gestiegen, und diese Preiserhöhung wird voraussichtlich in gewissem Grade dauernd bzw. für absehbare Zeit erhalten bleiben. Daher wird man wohl noch lange für dieselbe Goldmenge überall weniger kaufen können und deshalb wird auch der Preis des Goldes und die Kosten, die die Goldproduzenten auf seine Gewinnung aufwenden können, im Verhältnis zu den Preisen der übrigen Waren, die man mit ihm kaufen kann, geringer sein.

Wenn das Gold auch nicht selbst „Geld", d. h. allgemeine Rechnungseinheit, sondern höchstens gesetzliches Zahlungsmittel — jene von den Chartalisten so gewaltig überschätzte Funktion — in vielen Ländern ist, so gilt doch auch ihm gegenüber der Satz, daß, wenn bei gleichbleibendem Einkommen einzelne Preise steigen, andere fallen müssen. Dieser Satz bleibt trotz freier Prägung auch dem Golde gegenüber in Gültigkeit. Denn wenn wir auch nach wie vor 1392 M. für ein Pfund Feingold geben, so sind diese 1392 M. — das ist eben der Ausdruck der allgemeinen Rechnungseinheit — doch weniger wert, weil man mit ihnen weniger kaufen kann. Und dasselbe gilt für alle anderen Länder,

in denen die wichtigsten Preise gestiegen sind. Die freie Prägung ist weit davon entfernt, die inneren Preise dem „internationalen Werte" des Goldes anzupassen, ganz einfach deswegen, weil es einen solchen „internationalen Wert" des Goldes nicht gibt. Es gibt nur Preise des Goldes, ausgedrückt in der Rechnungseinheit der einzelnen Länder, und daß diese bei freier Prägung fest sind, besagt nicht, daß sich die übrigen Preise im Verhältnis zu dem des Goldes, also die sogenannte „Kaufkraft" der Rechnungseinheit, die nichts anderes ist als die Preise, nicht ändern können, wenn sich auch nie alle Preise in gleicher Weise ändern. Und ebenso kann sich auch die „Kaufkraft" der Rechnungseinheit verschiedener Länder zueinander ändern, d. h. richtiger ausgedrückt, es können in den Preisen verschiedener Waren in verschiedenen Ländern Verschiebungen in ihrem Verhältnis zueinander eintreten. Es ist ein fundamentaler Irrtum, zu glauben, daß das Gold ein einheitlicher internationaler Wertmaßstab sei. Einen allgemeinen, absoluten oder internationalen Wert des Goldes gibt es nicht.

Wir haben diese Auffassung im 7. Kapitel kritisiert. Es gibt keinen „Stoffwert" und nicht einen „Wert des Metallgehalts", „des in den Münzen effektiv enthaltenen Goldes", sondern es gibt nur Preise des Goldes in den verschiedenen Rechnungseinheiten. Und die freie Prägung tut nichts anderes, als die Preise des Goldes in den verschiedenen Ländern in enge Beziehung zu bringen. Aber auch die Preise des Goldes, wie die aller anderen Waren, werden nur durch den Tauschverkehr in Beziehung gebracht, was nicht hindert, daß die Rechnungseinheit, die in verschiedenen Ländern auf dieselbe Goldmenge lautet, in ihnen den einzelnen Waren gegenüber Verschiedenes bedeutet.

Das ist an sich nicht schwer einzusehen, und die bisherigen Unklarheiten in diesem Punkt beruhen nur auf der herrschenden Wertlehre, auf der Vorstellung eines absoluten Wertes, gleichgültig, ob man ihn als Substanzwert oder als Funktionswert auffaßt, auf der Verwechslung von Wert und Preis, letzten Endes auf dem Fehlen einer wirklichen Preistheorie und einer richtigen Wirtschaftstheorie überhaupt.

Solange man nicht über diese Frage der Abhängigkeit der einzelnen Goldwährungen voneinander, eine der Kernfragen der ganzen Geldtheorie, sich völlige Klarheit verschafft hat, kann man

überhaupt zu den Problemen der Geldpolitik, die jetzt und nach dem Kriege zu lösen sind, nicht entscheidend Stellung nehmen. Das Ergebnis, zu dem man gelangt, kann aber bei ruhiger Überlegung nicht zweifelhaft sein, wenn man sich nur immer klar macht, daß der Preis nie ein Ausdruck eines Wertes ist und daß es einen allgemeinen, absoluten oder internationalen Wert des Goldes ebensowenig gibt wie bei allen anderen Gütern.

Die freie Prägung wirkt höchstens darauf, wieviel Gold nach Deutschland kommt, nicht aber darauf, was man dafür kaufen kann. Vielmehr bestimmen die Bedürfnisse und das Angebot, also die Preisverhältnisse in Deutschland, sowohl was an allen anderen Waren aus- und eingeführt werden kann, als auch was an Gold aus- und eingeführt werden kann. Eine Einwirkung der ausländischen Volkswirtschaften auf die deutsche findet also auch bei freier Prägung nur durch die Waren statt. Aber, was die metallistischen Theorien nie erkannten, das Edelmetall gehört bei den metallischen Währungen auch mit zu den Waren. Daß sein Preis in der allgemeinen Rechnungseinheit des einzelnen Landes fest bestimmt ist, ändert daran nichts. Immer wieder muß betont werden, nicht das Geld, sondern die Einkommen kaufen die Güter. Durch die Aufhebung der freien Prägung wird kein Land in seiner Teilnahme am internationalen Warenverkehr irgendwie gehindert. Man ist ja auch nicht gehindert, im Gegenteil, solange wir noch den großen Goldvorrat haben — und einen kleinen können wir uns immer übrig behalten —, wird es sogar empfohlen, den Ländern, die Gold über alles schätzen, solches auszufolgen. Diese Vorliebe wird bei wachsender Einsicht in das Geldwesen aber schon bald nachlassen. Die Aufhebung der freien Prägung soll nur verhindern, daß, wie bisher, die Goldzufuhr nach Deutschland in das Belieben der Goldproduktionsländer, also unserer wirtschaftlichen Gegner gestellt ist, die uns mit unnützem Gold statt brauchbarer Waren überschwemmen können. Wir wollen verhindern, daß England und Amerika uns ihr überschüssiges Gold etwa gegen gute deutsche Anleihen zuschieben. Die Gefahr ist leider nicht von der Hand zu weisen, daß, wie Bendixen (a. a. O., S. 56) mit Recht sagt: „Die Engländer hoffen, daß ... der Deutsche sich wieder an die englische goldene Kette werde legen lassen." „Und in der Tat — meint er — ist bei der Rückständigkeit, die heute

noch unter den Größten der Finanz wie unter den Kleinsten des Volkes in den Anschauungen über Geld und Währung herrscht, zu befürchten, daß dies von unserer öffentlichen Meinung nur als natürlich und selbstverständlich erachtet werden würde. Dankbar wird der Deutsche, fürchte ich, die Goldbarren in Empfang nehmen, welche ihm der Engländer für seine Reichsanleihen bietet." „Hier erwächst unserer Diplomatie im Wirtschaftskampf gegen England die Aufgabe, jedes populäre und wissenschaftliche Mittel anzuwenden, um die öffentliche Meinung des betreffenden Landes aufzuklären und den englischen Anschlag zu vereiteln. Das setzt allerdings voraus, daß in den leitenden Kreisen Deutschlands absolute Klarheit über die Sachlage und die von uns zu verfolgenden Ziele besteht. Wenn wir doch wenigstens dessen gewiß sein könnten!"

Leider können wir gewiß sein, daß *diese Klarheit in den leitenden Kreisen bisher nicht bestand.* Denn woher sollte sie auch kommen? Klarheit über das Geld ist nur mit einer richtigen allgemeinen *Wirtschaftstheorie* zu erlangen, welche die technisch-materialistische Auffassung der Wirtschaft und ihre Anwendung auf das Geld, den Metallismus, vermeidet und die überragende Bedeutung der abstrakten Rechnungseinheit gegenüber den staatlichen Zahlungsmitteln erkennt. Die Wirtschaftstheorie hat hier also eine eminente praktische Bedeutung, und es ist zunächst nicht die Aufgabe der *Diplomatie, in anderen Ländern,* sondern Aufgabe der *Wissenschaft* bei *uns,* die öffentliche Meinung über das Geldwesen aufzuklären, damit die leitenden Kreise nicht glauben, dem Goldirrtum der Menschen in der Währungspolitik Konzessionen machen zu müssen. Zunächst aber müssen sie selbst von den Irrtümern befreit werden, und dazu müssen sich vor allem die wissenschaftlichen Nationalökonomen über das Wesen des Geldes klar werden. Einige hervorragende Nationalökonomen, wie z. B. Knapp, Schulze-Gaevernitz, Wieser, Zwiedineck und wahrscheinlich noch viele andere, von jüngeren ganz zu schweigen, erkennen aus Beobachtungen des Wirtschaftslebens den nominalistischen Charakter des Geldes und damit auch die Möglichkeit einer Abschaffung der Goldwährung. Aber als Kinder der historischen Schule der Nationalökonomie oder der ganz fehlgreifenden Grenznutzentheorie vermögen sie nicht zu den theoretischen Grundfragen Stellung zu nehmen und ihre Auf-

fassung, die zunächst bloße Empirie ist, theoretisch zu begründen. Das geht nicht an; wir brauchen eine wissenschaftliche Begründung des empirisch Erkannten, die nur die Theorie liefern kann. Aber mit der heutigen „Güterlehre", der technisch-materialistischen Auffassung der Wirtschaft, die auch das Geld nur als reales Zahlungsmittel, nicht aber als abstrakte Rechnungseinheit erkennt, ist sie nicht möglich. Daher ist die Weiterführung der ökonomischen Theorie eine Sache von größter praktischer Bedeutung. Wer imstande ist, dazu beizutragen, darf nicht zurückbleiben. Die Grundlagen für eine richtige Geldpolitik in der Zukunft kann kein Praktiker, sondern kann nur die Wissenschaft, die ökonomische Theorie liefern. Hoffen wir, daß Deutschland auch auf diesem Gebiete anderen Völkern vorangeht und, wie in so vielen Fällen, so auch auf dem Gebiete des Geldwesens durch seine wissenschaftlichen Methoden den menschlichen Fortschritt fördert. Wenn das rechtzeitig geschieht, wird es auch selbst den größten Vorteil davon haben.



